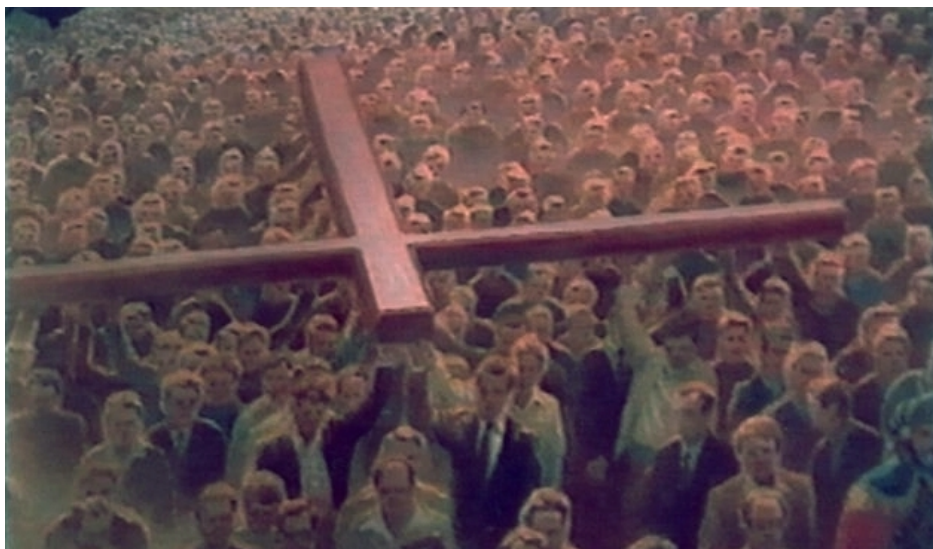


Im Kreuz die Wahrheit



Ausschnitt aus einem Bildnis in der Wallfahrtskirche von Kalwaria Zebrzydowska, Polen

Kirchenkampf im Kalten Krieg

Eine Dokumentation
von Werner Kaltefleiter

Erschienen im März 2008 im Weblog „Allegro Andante“ auf www.kath.de
(<http://blog.kath.de/kaltefleiter>)

PDF-Version erstellt vom kath.de-Medienservice, Moritz Bringenberg 2008

Inhaltsverzeichnis

- | | | | |
|-------|--------------------------------------|-------|--|
| S. 4 | Topographie des Schreckens | S. 61 | <i>Stichwort: Der Vietnam-Krieg</i> |
| S. 5 | Besuch aus dem Kreml | S. 62 | Eine Mehrheit für Krieg |
| S. 6 | Sprache des Kalten Krieges | S. 64 | Johnsons Trick? |
| S. 7 | Anspruch der Kirche | S. 67 | Wetterleuchten des Kalten Krieges |
| S. 8 | Der Papst ist unerwünscht | S. 68 | Ein Gotteshaus für Geheimdienst-Agenten |
| S. 9 | Angst vor einem Nuntius | S. 69 | Spurensuche in Stasi-Dateien |
| S. 10 | Doppelzüngigkeit | S. 74 | Die Nixon-Ära |
| S. 10 | Die „ukrainische Frage“ | S. 74 | Für den Frieden in Vietnam |
| S. 11 | Ideologischer Kampf der zwei Systeme | S. 79 | Ein Erz-Yankee für den Vatikan |
| S. 12 | „Planvorgaben“ der Stasi | S. 80 | Wunsch nach häufigeren Begegnungen |
| S. 17 | Krieg der Propaganda | S. 81 | Zornesblitze aus Peking |
| S. 23 | Über die Wahl von Papst Paul VI. | S. 82 | China und die Menschenrechte |
| S. 25 | Wunsch-Kandidat von Johannes XXIII. | S. 83 | Vom Wert des Lebens |
| S. 26 | Keine Kursänderung | S. 84 | Kirche in Lateinamerika: „Quo Vadis“? |
| S. 27 | Hinter den Kulissen | S. 86 | Vorrangige Option für die Armen |
| S. 28 | Tauben und Falken | S. 87 | Europas Sicherheit |
| S. 32 | Chinesische Passion | S. 89 | Ein Dorn im Herzen des Papstes |
| S. 33 | Zersetzungsarbeit der Stasi | S. 89 | „Friedensfühler“ zur russischen Kirche |
| S. 37 | Zielscheibe Montini | S. 90 | Der Papst – ein Schmerzensmann |
| S. 38 | Paul VI. und die Frage des Friedens | S. 90 | Nixon beim Papst |
| S. 39 | Wollte Paul VI. zurücktreten? | S. 91 | Die Vietnamfrage |
| S. 42 | Eine Flut von „Informationen“ | S. 91 | Lateinamerika |
| S. 43 | Ein erschütterndes Jahr | S. 91 | Naher Osten |
| S. 46 | Ein Spitzel war immer dabei | S. 93 | Nixon zum zweiten Mal beim Papst |
| S. 46 | Im Visier: die Jesuiten | S. 94 | Der Krieg ist tot, der Krieg geht weiter |
| S. 47 | „Kirche in Not“ | S. 96 | Kirchenkampf nach Moskauer Art |
| S. 48 | Konzils-„Beobachter“ | S. 97 | „Beauftragte“ aus Ostberlin |
| S. 50 | Nicht nur Schreibfehler | S. 97 | Ungarische Schützenhilfe |
| S. 52 | Verletzer der Geheimhaltung | | |
| S. 52 | Vatikanische Personalfragen | | |
| S. 55 | Alliierte und Gegner | | |
| S. 57 | Enger Meinungs-austausch | | |
| S. 59 | Vatikanischer Besuch im Weißen Haus | | |
| S. 60 | Der Krieg in Vietnam | | |

- | | | | |
|--------|-----------------------------------|--------|-----------------------------------|
| S. 98 | „Offener Antikommunismus“ | S. 110 | Geheim-operative Maßnahmen |
| S. 99 | Mit Marxisten sprechen? | S. 110 | Vor der „Wachablösung“ in Rom |
| S. 100 | Mit Menschen guten Willens | S. 112 | Kein Religions-Frieden mit Moskau |
| S. 101 | Abweichler in Gefahr | S. 113 | Ein Signal des Konklaves |
| S. 102 | Den Vorhang öffnen | S. 115 | Eine Reise verändert die Welt |
| S. 103 | Keine Chance für den Dialog | S. 117 | Ein Sohn polnischer Erde |
| S. 104 | Ein Treffen in Budapest | S. 118 | Kirchenkampf bis zum Ende |
| S. 105 | Aus aktuellem Anlass | S. 119 | Mühsame Bekenntnisse |
| S. 106 | Kirchenkampf der „Tscheka“ | S. 121 | Quellen und Zapfstellen |
| S. 108 | Eine neue Front | S. 122 | Polnischer Kompromiss |
| S. 108 | Der Papst – Washingtons Komplize? | S. 124 | Ein ewiges Geheimnis |
| S. 109 | Eindringen in Objekte | S. 125 | Die Wahrheit darf nicht schweigen |
| S. 109 | Sprache des Kalten Krieges | | |

Topographie des Schreckens

Von dem Haus „Leistikowstraße Nr. 1“ in Potsdam geht für manche Menschen, wenn sie nur den Name hören, ein Schauer aus. „Halb verhungert, im Stehkarzer, nicht enden wollende Verhöre“, so beschreibt ein ehemaliger „Bewohner“ dieses Hauses seine Zeit dort. Der Zeitzeuge: Ein Häftling in den Fängen der sowjetischen Staatssicherheit: Die Räumlichkeit: eine Zelle in dem als „Untersuchungshaftanstalt“ zwar behördlich korrekt aber faktisch äußerst unzulänglich bezeichneten Verhörzentrum des KGB.

In der Nauener Vorstadt, nahe dem Neuen Garten, dem Heiligen See und dem Schloss Cecilienhof (dem Ort des Potsdamer Abkommens) hatte sich die sowjetische Besatzungsmacht einquartiert, hermetisch abgeschirmt und eingegelt in einem Wohnbezirk mit dem sinnigen Namen „Sternenstädtchen No. 7“ – im Gefolge der Geheimdienst KGB, der hier seine Kommandozentrale hatte. In dem besagten Haus in der ehemaligen Mirbachstrasse – das bis 1945 die „Evangelische Reichsfrauenhilfe“ beherbergte und eine Pfarrerswohnung – richtete sich die „Spionageabwehr“ ein. Die Häsher hatten offenbar viel zu tun. „Spion“ des Westens zu sein – in diesen Verdacht geriet man in jenen Jahren schnell. Es genügte, öfter mal einem Freund in Hamburg geschrieben, eine Zeitung von einem Kiosk am Wannsee gelesen zu haben. Auffällig war die Zahl junger Menschen unter den Verhafteten. Einige kamen, so heißt es, nicht mehr lebend aus diesem Vorhof der Hölle heraus. Wir sprechen von den fürchterlichen 50er Jahren des Stalinismus. Andere, die den „grauenhaften Haftvollzug“ und „die menschenverachtenden Verhörmethoden“ überlebten, war die Leistikowstrasse Durchgangsstation nach Sibirien, in die Straf- und Arbeitslager des GULAG. Ab 1955 ging der Zellenbau an die Rote Armee. Wie es den „armen Schweinen“ dort erging, wenn einem dieser Opfer etwa „zu enger Kontakt“ mit Angehörigen des „sozialistischen Brudervolkes“ vorgeworfen wurde, oder – schlimmer noch – Fahnenflucht, lässt sich denken.

Nach der Wende ging es an die ehemaligen Eigentümer zurück und dient jetzt als Erinnerungsstätte und Mahnmal, auch dies eine Topographie des Schreckens.

Zwar hat die Potsdamer Leistikowstrasse nicht unmittelbar mit dem Themenkomplex zu tun, der, wie schon in den vorausgegangenen Beiträgen (Spionage gegen den Vatikan, In den Fängen der Stasi) zu tun. Andererseits wäre ein Zusammenhang durchaus nicht konstruiert. Wie es Geistlichen und Laien aus dem kirchlichen oder allgemein religiösen Bereich erging, wenn ihnen „Spionage“ vorgeworfen wurde – oder „subversive“ Tätigkeit im Auftrag des Vatikans – ist durch die erschütternden Berichte von Betroffenen aus den Haftanstalten des KGB-Imperiums belegt.¹

¹Vgl. Wiesbadener Kurier v. 9. 7. 07 / Gedenk- und Begegnungsstätte Ehem. KGB-Gefängnis Potsdam e.V.

Besuch aus dem Kreml

Wer in die Geschichte blickt kommt in die Situation des Fotografen bei der Suche nach den verschiedenen Motiven. Sie verändern sich, sobald meine seine Position wechselt. Es kommt auf den Standpunkt an. Natürlich ist das eine Binsenweisheit und doch eine, die dem zeitgeschichtlich Interessierten einigen Kummer bereitet. Wie kam es zu einer „Annäherung zwischen Moskau und dem Heiligen Stuhl“? Darüber gibt das „Kalenderblatt“, eine Sendung von Deutschland-Radio vom 27. April 2006 Auskunft.²

Vierzig Jahre zuvor, am 27. April 1966, sei zum ersten Mal eine schwarze Luxuslimousine mit dem roten Hammer-und-Sichel-Stander im Vatikan vorgefahren. In dem Fahrzeug: der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko.³ Der Termin: Audienz bei Papst Paul VI. Der Besucher aus Moskau habe selbst um ein offizielles Treffen gebeten.

In Gromykos Erinnerungen⁴ stellt sich der Sachverhalt genau umgekehrt dar. Ab 1963 habe er „insgesamt achtmal“ mit dem „Haupt der römisch-katholischen Kirche und des Vatikanstaates, dem Papst also“ zu tun gehabt. Das waren – nach der Zählung des russischen Chefdiplomaten – Johannes XXIII (1963), Paul VI. (1965, 1966, 1970, 1974, 1975) und Johannes Paul II. (1979, 1985).

Das Treffen von 1965 fand in New York statt, am Rande der UN-Vollversammlung, zu dem auch Papst Paul VI. an den East River gereist war, „alle übrigen im Vatikan.“ Und er fügt hinzu: „In jedem Einzelfall war die Initiative vom Vatikan ausgegangen.“ Es sei zwar „nicht gerade eine offizielle Einladung“ ergangen, doch sei der Moskauer Führung zu verstehen gegeben worden, „der Papst wünsche einen Gedankenaustausch mit dem sowjetischen Außenminister.“ Das habe sich mit den eigenen Wünschen „im allgemeinen“ gut gereimt.

Paul VI. und Gromyko, die sich insgesamt fünfmal trafen, zuletzt am 28. Juni 1975, sollen sich schließlich „wie alte Bekannte“ begrüßt haben. Hauptthema seiner Gespräche mit dem Papst seien Fragen „von Krieg und Frieden“ gewesen, erinnert sich Gromyko. Der Historiker Roland Werner, der sich insbesondere mit der Ostpolitik des Vatikans gegenüber der DDR beschäftigt, hebt hervor, Paul VI. habe die Religionsfreiheit in der Sowjetunion angesprochen. Da der Vatikan, seinen Gepflogenheiten entsprechend, keine Einzelheiten verlauten lässt, sondern sich mit dürren Presse-Kommuniqués begnügt, bleibt nur, in Gromykos Autobiographie „zwischen den Zeilen“ zu lesen. Nicht überraschend, sucht er den Vatikan für die sowjetische „Friedenspolitik“ zu gewinnen – in den Jahren vor der europäischen Sicherheitskonferenz insbesondere für ein solche Versammlung, natürlich nach Moskauer Vorstellungen. Er vergisst nicht darauf hinzuweisen, dass Paul VI. sich „anerkennend über die Außenpolitik der UdSSR, unsere Arbeit im Interesse der gegenseitigen Verständigung und Einigung unter den Völkern“ geäußert habe. Die Sorgen des Papstes wegen Religionsfreiheit in der Sowjetunion dürf-

²Vgl. <http://dradio.de/dlf/sendungen/kalenderblatt/493435>.

³Andrej Andrejewitsch Gromyko (1909-), von 1957 bis 1985 sowjetischer Außenminister, anschließend, bis Ende September 1988, Staatspräsident.

⁴Andrej Gromyko: Erinnerungen. Internationale Ausgabe. Düsseldorf 1989.

te er auf dieselbe Weise abgetan haben, wie 1979 gegenüber Johannes Paul II.: Nicht jedes Gerücht verdiene Aufmerksamkeit.

Sprache des Kalten Krieges

Während die Diplomaten auf dem roten Teppich empfangen wurden, kamen die Spitzel durch die Hintertür. Ihre Berichte kommen später in Parteireden ans Tageslicht und die klingenden Worte des sowjetischen Weltrekord-Außenministers gerinnen zur Phrase. Als Beispiel einige Auszüge aus einem Wortbeitrag von Wladimir Alexejewitsch Kurojedow, dem Vorsitzenden des Rates für Religionsangelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR. Der ranghohe KP-Funktionär sprach auf einer „Beratung der Leiter der Staatsämter der Sozialistischen Länder für Religionsangelegenheiten“ im Oktober 1972 in Sofia. Sein Thema „Einige Probleme unserer Beziehungen zum Vatikan“.⁵

„Die heutige Periode der historischen Entwicklung wird durch eine Verschärfung des ideologischen Kampfes zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus gekennzeichnet“, beginnt Kurojedow seine Ansprache an die Genossen aus den „sozialistischen Bruderländern“. Er fährt fort: „Wie es in dem Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU (auf) dem XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion betont wurde,⁶ leben wir im Zustand des immer fort gehenden ideologischen Krieges, den die imperialistische Propaganda gegen unser Land, gegen die Welt des Sozialismus führt, in dem sie dabei die raffiniertesten Methoden ausnützt.“

Damit war klar, wen der Moskauer Scharfmacher insbesondere meinte: „Nach wie vor durchzieht der Antikommunismus als roter Faden alle wichtigen Dokumente des „heiligen Stuhls“. So habe der Vatikan „seine tiefe feindselige Einstellung zum Marxismus, zur revolutionären Arbeiterbewegung, zur gesamten fortschrittlichen Menschheit noch einmal in der vor kurzem erschienenen apostolischen Botschaft des Papstes Paul VI. im Zusammenhang mit dem achtzigjährigen Bestehen der Enzyklika „Rerum novarum“ zum Ausdruck gebracht.“ Es sei bekannt, dass diese Enzyklika „ein reaktionärstes Dokument“ sei, „das gegen den Sozialismus zur Verteidigung des Kapitalismus und des Privateigentums gerichtet ist.“ (der deutsche Übersetzer vermerkt – nicht ganz korrekt – handschriftlich den Titel des Apostolischen Schreibens von Papst Paul VI.: *Octogesima Adveniens*.⁷

⁵MfS HA XX/4 – Nr. 289 „Über einige Probleme unserer Beziehungen zum Vatikan“, Das Wort des Vorsitzenden des Rates für Religionsangelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR, Genossen Kurojedow W.A., auf der Beratung der Leiter der Staatsämter der Sozialistischen Länder für Religionsangelegenheiten im Oktober 1972 in Sofia.

⁶XXIV. Parteitag der KPdSU am 30. 3. 1971, zweieinhalb Jahre nach der Militäraktion gegen die Tschechoslowakei.

⁷Papst Paul VI.: Apostolisches Schreiben „Octogesima Adveniens“ v. 14. Mai 1971 aus Anlass des 80. Jahrestages von „Rerum Novarum“, von Papst Leo XIII. am 15. Mai 1891 veröffentlicht. Dieses als „Mutter aller Sozialenzykliken“ genannte Rundschreiben brachte Leo den Ruf eines „Arbeiterpapstes“ ein.

Die „Linie“ des Moskauer Parteifunktionärs unterscheidet sich im Prinzip nicht von der des Außenministers Gromyko bei dessen Besuchen im Vatikan. Nur – der eine auf diplomatischen Parkett, der andere zuständig fürs Grobe: Vertreter des Vatikans hätten „in den Jahren 1970 – 1971, bei den Treffen zwischen den Staatsleuten der UdSSR und den Vertretern des Vatikans für einen Meinungsaustausch in den Fragen der Erhaltung des Friedens und der Stärkung der internationalen Sicherheit, ständig eine Möglichkeit sondiert, auch andere Fragen zu besprechen, die sich auf die Tätigkeit der katholischen Kirche in der UdSSR beziehen.“ Solche Fragen, „die mit der Lage der katholischen Kirche zusammenhängen“, seien aber abgelehnt worden, „da wir solche Ansprüche als einen Versuch betrachten, ein breites Programm der Eindringung der vatikanischen Ideologie in unser Land zu verwirklichen.“

Anspruch der Kirche

Wo Gromyko gegenüber Paul VI. sich zurückhält, greift Kurojedow zu der bekannten Leier kommunistischer Tiraden gegen den Vatikan und redet von „Einmischung in innere Angelegenheiten der Kirche in der UdSSR.“ Der Vatikan versuche „jeden Vorwand auszunutzen, um in unser Land die einflussreichsten Hierarchen der römisch-katholischen Kirche zu schicken, mit dem Ziel, „dass jeder solche Besuch die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich lenke“, zur Entwicklung der offiziellen Beziehungen des Vatikans zu der UdSSR beitrage, die „Aktivisierung“ der katholischen Kirche „bei uns“ beeinflusse, den Vertretern des Vatikans eine Möglichkeit biete, „an uns verschiedenen Fragen und Ansprüche zu stellen, die sich auf die Lage der katholischen Kirche in unserem Lande beziehen.“

Zu den „Emissären“ des Vatikans, die nach Kurojedows Meinung nur Böses gegen die Sowjetunion im Schilde führen, zählt der Parteifunktionär die Besuche von Jesuitengeneral Pedro Arrupe, von Kardinal Willebrands, dem Leiter des Einheits-Sekretariats und Kardinal König, dem Leiter des Sekretariats für die Nichtgläubenden.

„Selbst“ mit dem Besuch des Sekretärs des Rates für staatliche Angelegenheiten, Erzbischof A. Casaroli, „der im Februar 1971 im Zusammenhang mit der Regelung des Anschlusses des Staates Vatikan an den Vertrag über die Nichtweitergabe der Atomwaffe in Moskau weilte“, habe der „heilige Stuhl“ versucht, „zu diesem Zweck“ auszunutzen. Casaroli habe „eindeutig zu verstehen gegeben“, dass der Vatikan „als Gegenleistung für seine friedliche Tätigkeit die Realisierung der früher an uns gestellten Ansprüche erwartet, d.h. eine Erlaubnis in innere Angelegenheiten der katholischen Gemeinden und Diözesen (*Schreibweise des Übersetzers*) in unserem Lande einzumischen.“⁸

⁸Erzbischof Agostino Casaroli, der „Außenminister“ des Vatikans war Ende Februar/Anfang März nach Moskau gereist, um die Beitrittserklärung des Heiligen Stuhls zum Nonproliferationsvertrag (Nichtweitergabe von Nuklearwaffen) zu hinterlegen. Dabei hatte er Gelegenheit zu einer Begegnung mit hohen Beamten des sowjetischen Außenministeriums und des Komitees für religiöse Angelegenheiten, das erste Treffen auf diplomatischer Ebene zwischen dem Heiligen Stuhl und der Sowjetregierung nach fünfzig Jahren.

Dabei habe sich Casaroli beleidigt und darüber erbittert gezeigt, dass „eine der größten Schwierigkeiten für den Vatikan die verbreitete Meinung bereitet, dass der heilige Stuhl die Kontakte zu der UdSSR zum Zweck des Kampfes für den Frieden aufstellt und nichts für die Lösung des Problems der Kirche tut.“ (So die holprige Übersetzung durch die internationale Abteilung des MfS). Der Moskauer Parteifunktionär: „Wir haben Casaroli deutlich gemacht, daß wir es nicht für rechtmäßig halten, die Lösung der Friedensfragen in Abhängigkeit von der Lösung der inneren Fragen der katholischen Kirche zu stellen.“

Dem Vertreter des Vatikans sei auch zu verstehen gegeben worden, „dass wir nicht auf eine Änderung der bei uns entstandenen Normen in der Verwaltung der katholischen Kirche eingehen und eine Einmischung in ihre Tätigkeit von außen zulassen können, um so mehr, dass die gläubigen Katholiken in unserem Lande alles Nötige für freie Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse haben und keine Vormundschaft brauchen.“

Den Ausführungen des sowjetischen „Religionsministers“ zufolge herrschen Anfang der 70er Jahre wohl eher „chinesische Verhältnisse“ für die Kirchen in der Sowjetunion. Nicht der Papst, sondern die Partei entschied über die Religionsgemeinschaften, in diesem Fall katholische Gemeinden. Sie hatten sich beim Staat registrieren zu lassen. Und waren erheblichen Pressionen ausgesetzt, nicht zuletzt die mit Rom unierten Ukrainer – nicht nur aus weltanschaulichen Gründen.

Der Papst ist unerwünscht

Einer Reise des Papstes nach Moskau, von der in jenen Jahren angeblich viel hinter den Kulissen gesprochen worden sei, erteilt Kurojedow eine deutliche Absage. Eine zeitlang sei zwar ein Gerücht in Umlauf gebracht worden, „vielleicht als eine Art Sondierung“, dass Papst Paul VI. den Wunsch habe, in die UdSSR zu reisen und bereit wäre, „als Pilger zu kommen“, wenn er keine Einladung vom Patriarchen der russischen orthodoxen Kirche oder der Sowjetischen Regierung bekommen würde, also etwa „nach der Art seiner Reise nach Jerusalem.“ Es sei ganz selbstverständlich, so Kurojedow, „dass ein Besuch des Papstes in die Sowjetunion eine große Sensation hervorrufen würde, einen großen moralischen Effekt machen und den alten heimlichsten Wünschen des Vatikans entsprechen würde.“ Es sei nicht ausgeschlossen, dass man im Vatikan diese Möglichkeit weiter studiere, „wir denken aber, dass dieser Wunsch des Papstes kaum je zustande kommt.“

In diesem Zusammenhang zielt Kurojedow auch auf das Moskauer Patriarchat. Es werde vom Vatikan „als Sprungbrett für Eindringen in unser Land und als eine Vermittlerin in der Entwicklung der Beziehungen mit der Sowjetunion auf der staatlichen Ebene“ betrachtet. Der Vatikan suche „aktiv“ eine Annäherung an die russische orthodoxe Kirche, „oft sogar auf Kosten mancher theologischer Sätze, darunter auch solcher, die im Laufe von Jahrhunderten Gegenstand der Streitigkeiten zwischen dem Katholizismus und der Orthodoxie gewesen sind.“ Auch die Beziehungen des Vatikans zum Katholik

der Armenier in Edschmiadzin⁹ geraten ins Schussfeld des sowjetischen Religionsbeamten.

In seiner Rede, in der Transkription fünfzehn Seiten umfassend, schlussfolgert der sowjetische Religionsminister, als „wichtigste Aufgabe“ strebe der Vatikan „die Herstellung der diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR“ an. Diese würden ihm „eine Annäherung zu anderen sozialistischen Ländern erleichtern. Man hoffe im Vatikan, „und nicht ohne Gründe“, dass man mit Hilfe der diplomatischen Beziehungen es leichter haben werde, den Sozialismus „aufzuweichen“ und zu „unterspülen“. Kurojedow: „So hat das Problem der Beziehungen zum Vatikan eine gleiche Bedeutung für uns alle, und unsere Position in dieser Frage muss höchst klar sein“ – Moskauer Befehlston, der den MfS-Übersetzer veranlasste, das Adverb „alle“ doppelt zu unterstreichen und drei Ausrufungszeichen an den Zeilenrand zu setzen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wiederholt sich Kurojedow im Stil der Partei-Litanei: „Wir unterstützen die Kontakte zum Vatikan in den Friedensfragen und in den Fragen der internationalen Entspannung.“ – „Wir wollen aber nicht zulassen, dass der Vatikan diese Kontakte zur Stärkung der katholischen Kirche bei uns, zur Einmischung in die Fragen ausnutzt, die zur Tätigkeit der Kirche in unserem Land und zu ihren Beziehungen zum Staat gehören.“ – „Was aber die Aufstellung der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan anbetrifft, so sind wir tief überzeugt, dass solche Beziehungen nur für den Vatikan von Nutzen sein könnten.“

Der Übersetzer ist ganz bei der Sache. Er unterstreicht alle Zeilen. Großes Ausrufungszeichen am Rand, der letzte Satz am Rand dick angestrichen. Deutlicher konnte nicht angezeigt werden: Es herrschte Kalter Krieg – auch gegen Papst und Kirche.

Angst vor einem Nuntius

Folgt man Kurojedow, dann hat die Kreml-Führung geradezu panische Angst vor einem päpstlichen Nuntius in der UdSSR. Es bestehe „kein Zweifel“, dass dieser „nicht die Hände in den Schoß legen“ sondern in dem „einem Diplomaten gebührenden Rahmen sich in alle Sphären des Lebens der katholischen Kirche einmischen würde“. Es bestehe kein Zweifel „auch darin, dass Fanatiker und Extremisten aller Art, und nicht unbedingt Katholiken, zum Vertreter des Vatikans ziehen würden.“ Und umgekehrt werde der sowjetische Vertreter beim Vatikan, „ständig den Druck von Seiten seiner höchsten Organe (*gemeint ist der Vatikan*) in den Fragen spüren, die mit der Lage der Religion und der Kirche in der UdSSR zusammenhängen“, denn es sei „gut bekannt“, „dass unsere Politik und unsere Gesetzgebung über religiöse Kulte nicht dem Geschmack des Vatikans entsprechen“. Der Vatikan könne und wolle sich nicht damit zufrieden geben, „dass die Kirche bei uns nicht all das tun darf, was sie will.“

⁹Die Armenier zählen zu den altorientalischen Kirchen des Nahen Ostens; sie sind in langer Geschichte wiederholt geteilt worden und bilden heute einen eigenständigen und einen mit der römisch-katholischen Kirche unierten Zweig, mit jeweils einem Katholikos als geistliches Oberhaupt mit Sitz in Armenien, bzw. im Libanon.

Kardinal Willebrands¹⁰ habe einmal in dieser Hinsicht erklärt, dass der Vatikan eine Änderung des Teiles der Verfassung der UdSSR fordern werde, der die Beziehungen des Sowjetstaates zur Kirche betrifft, und dass der Vatikan dabei mit einer Mitwirkung der russischen orthodoxen Kirche wie auch anderer Kirchen in der UdSSR rechne. Kurojedow: „Es folgt aus dem oben gesagten, dass der Vatikan aus einer Herstellung der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion ganz offensichtlich Gewinn ziehen wird. Deswegen sind wir gegen eine Herstellung der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan.“

Doppelzüngigkeit

Ja, doch. Auch „Positives“ bringt Kurojedow zur Sprache: eine Politik des Heiligen Stuhles, die das Gefallen Moskaus findet. Der Beitritt des Vatikans zum Abkommen über das Verbot der Weitergabe von Atomwaffen; die Zustimmung des Vatikans zu den „Ostverträgen“ der deutschen Bundesregierung mit der Sowjetunion und Polen; die angebliche Unterstützung des „außenpolitischen Kurses“ der sozialliberalen Koalitionsregierung unter Willy Brandt und Walter Scheel; die Zustimmung zur Einberufung einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz. Aber dieses Lob ist kaum mehr als das, was man einem „nützlichen Idioten“ zuteil werden lässt. Kurojedow bezeichnet die Kontakte auf staatlicher Ebene zum Vatikan „in Fragen des Friedens und der Entspannung“ zwar für durchaus brauchbar, aber doch nur, wenn man dabei „die Möglichkeit für eine effektive Beeinflussung der Politik des Vatikans“ suche.

Die „ukrainische Frage“

Kaum ausgesprochen wird sogleich wieder das Feindbild an die Wand geworfen: Zum einen hätten der Vatikan und die katholische Kirche „eine große Auswahl offizieller Möglichkeiten“ zur Verfügung um ihre Ziele zu erreichen. Darüber hinaus scheuten sie sich nicht „vor illegalen Formen und Methoden der Wühlarbeit gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder.“ Der Vatikan schicke seine „Emissäre“ „für aufhetzerische Arbeit unter der Bevölkerung“ als Touristen in die Sowjetunion. Diese brächten „illegal Drucksachen und Kultusgegenstände“ ins Land, verbreiteten „alle möglichen Verleumdungsmaterialien über die Kirchenlage in der UdSSR“, unterstützten antisowjetische Emigranten und Nationalistenorganisationen, in dem sie die Emigranten als Opfer des sowjetischen „gottlosen Regimes“ (*Interpunktion des Originaltextes*) darstellten, versuchten die unierten Fanatiker zu einem aktiveren Eintreten für eine Wiederherstellung der Unionskirche in der Ukraine zu inspirieren. Die Kreml-Politik scheinen dabei weni-

¹⁰ Johannes Willebrands, (1909-2006), niederländischer Kurienkardinal, (von 1975 bis 1983 Erzbischof von Utrecht). 1960 von Papst Johannes XXIII. mit der Leitung des neu gegründeten Sekretariats für die Einheit der Christen beauftragt, ab 69 Präsident dieses vatikanischen Dikasteriums, dieses umbenannt in „Sekretariat für die Förderung der Einheit der Christen“. An dessen Spitze bis 1989.

ger die historisch komplizierten kirchlichen Verhältnisse zu interessieren, als vielmehr die politischen, wenn Kurojedow den Vatikan beschuldigt, er rufe die Angehörigen der mit Rom verbundenen Ostkirche dazu auf, „sich zu vereinigen für den Kampf für das Losreißen dieser Republik von der UdSSR, in dem sie behaupten, zum Beispiel, dass „die Ukrainer nichts gemeinsam mit Russland haben“.¹¹

Nationalistische Gefühle würden angeheizt. Als ein Beispiel „der Arbeit der vatikanischen Agentur“ (Kurojedow übernimmt einen Begriff des KGB), nennt der sowjetische Religionsbeamte „den im Westen viel Staub aufgewirbelten und breit und weit veröffentlichten vermeintlichen Brief der 17 Tausend litauischen Katholiken, die sich über Unterdrückung der katholischen Kirche und Verfolgung der Gläubigen in der UdSSR beklagen.“ Kurojedow: „Diese Angaben wie auch der Inhalt des Briefes – übrigens ohne Angabe irgendwelcher Tatsachen – sind ein lauter Bluff und verfolgen provokatorische Ziele.“

Ideologischer Kampf der zwei Systeme

Schließlich höhnt der Religionsminister: In der katholischen Presse erschienen ständig antisowjetische Artikel, die ein Ziel verfolgten: einen Schein der vermeintlichen „Religionsverfolgungen“ in der UdSSR zu erwecken. „Katholische Verleumder“ versuchten zu behaupten, dass der Kirche in der UdSSR „eine Verfolgung droht“, dass sie eine „Katakombenkirche“ sei, „wie in den Zeiten des alten Christentums“, und „im ständigen Drama“ lebe.

Zum Ende kommend peitscht Kurojedow die Genossen der „sozialistischen Bruderländer“ noch einmal ein: „Man darf nicht die Gefahr unterschätzen, die für uns die vom Vatikan getriebene Politik darstellt.“ Der Vatikan genieße „immer noch einen bemerkbaren Einfluss in der Welt und verfüge über bedeutende Möglichkeiten“. Kurojedow: Man muss im Auge behalten, dass in der Situation der Verschärfung des ideologischen

¹¹ Kurojedow spricht einen Jahrhunderte schwelenden von den Kommunisten weiter geschürten Konflikt an, der zwischen den orthodoxen Teilkirchen, voran dem Moskauer Patriarchat und den Katholiken des byzantinisch-slawischen Ritus in der Ukraine bis heute nicht ausgetragen ist. Durch Synodenbeschlüsse Ende des 16. Jahrhunderts, (u.a. Union von Brest-Litowsk von 1596) hatte sich der größere Teil der Kiewer Hierarchie vom Ökumenischen Patriarchat getrennt und sich dem Papst in Rom unterstellt, fortan als Griechisch-Katholische Kirche (des byzantinischen Ritus also, in Unterscheidung zum lateinischen Ritus der römisch-katholischen Kirche in der Ukraine) „firmierend.“ Welche Gründe im Einzelnen entscheidend waren, ruht in der Geschichte. Vieles spricht dafür, dass sich die Bischöfe (Metropolitene) der alten Rus einer sich abzeichnenden Vorherrschaft eines Moskauer Patriarchats von zaristischen Gnaden und einer befürchteten „Russifizierung“ widersetzen.

1946 kam es, mit Billigung Stalins, auf einer so genannten „Räuber-Synode“ zur Auflösung der Unierten und zwangsweisen Einverleibung ihrer Gemeinden in die Russische Orthodoxe Kirche, von dieser als „Rückkehr“ und „Korrektur“ bezeichnet. Nach der „politischen Wende“ wurden die Vorkriegsverhältnisse wieder hergestellt; die Orthodoxie aber zeigt sich innerlich gespalten, in eine russische und ukrainische Teilkirchen zerfallen. Gegenüber Rom werden weiterhin die alten Vorwürfe des Proselytismus (Abwerbung von Christen) und der Einmischung in eine von der Orthodoxie beanspruchten Jurisdiktion erhoben. Verschärft wurde der kirchliche Konflikt durch die politischen Begleitumstände der sich von Sowjetrussland lösenden Republik Ukraine, die 1991 ihre staatliche Unabhängigkeit erreichte.

Kampfes der zwei Systeme die feindselige Aktivität des Vatikans zweifellos immer intensiver sein wird.“ „Formen und Methoden des Vatikans“ würden „für Erreichung seiner Ziele“ „immer raffinierter, immer schärfer“.

Der sowjetische Vormund bläut den versammelten Genossen von Ostberlin bis Sofia ein: „Nach unserer Meinung soll man rechtzeitig, nachdrücklich, entschlossen den anti-kommunistischen Charakter der Politik des Vatikans, seine Versuche, die Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien zu verfälschen, seine soziale Demagogie brandmarken.“

Soweit eine ausführlichere Zitierung aus einer dieser Reden aus den 70er Jahren, wie sie von hohen Funktionären und Verantwortlichen der Staatssicherheitsorgane im Rahmen der regelmäßig stattfindenden „Beratungen“ auf der Ebene der Warschauer Vertragsstaaten gehalten wurden – also in einem Zeitraum, als Außenminister Gromyko dem Papst seine Aufwartung machte. Leider stehen die Gegenüberlieferungen aus dem Vatikan für eine zeitgeschichtliche Bearbeitung nicht zur Verfügung.

„Planvorgaben“ der Stasi

Die „Kirchenabteilung“ des MfS drängte auf eine baldige „multilaterale Beratung“ der „Sicherheitsorgane der sozialistischen Länder“: Nach wie vor bestehe „die objektive Notwendigkeit, bestimmte politisch-klerikale Angriffe gegen die sozialistischen Staaten durch gemeinsame Absprachen und Vereinbarungen zurückzudrängen.“¹² „Beraten“ und „beschlossen“ war im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit der tschekistischen Behörden in der Vergangenheit zwar in regelmäßigen Abständen, aber manche Genossen hatten es anschließend aber offensichtlich nicht so eilig oder nahmen die Kundgebungen nicht so genau. So beklagen die Ostberliner Stasi-Experten, „die lt. Planvorgabe der HA XX/4¹³ für das Jahr 1974 festgelegten Absprachen und die geplante multilaterale Besprechung mit den Sicherheitsorganen der sozialistischen Länder wurden nicht durchgeführt.“

In der Planvorgabe für 1975 werden vorrangig folgende „Probleme“ genannt, für die „eine multilaterale Beratung erforderlich“ sei. Als Erstes „die gegenwärtige Ostpolitik des Vatikans und die damit verstärkten differenzierten Aktivitäten gegen die sozialistischen Länder“.

Nicht nur die römisch-katholische Kirche wird ins Fadenkreuz genommen. Auch die internationalen Gremien der nicht-katholischen christlichen Gemeinschaften zählen zum Feindbild der kommunistischen Internationalen. Ihre Angriffe richten sich gegen „die gegenwärtige Tätigkeit von politisch-klerikalen Kräften der USA und anderer Vertreter der kapitalistischen Kirchenhierarchie auf den Weltkirchenrat, die den Zweck verfolgen, den Weltkirchenrat und andere Weltkirchenorganisationen stärker unter den re-

¹² MfS HA XX/4 – Nr. 289: Planvorgabe. Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen der sozialistischen Länder im Jahre 1975. Berlin, den 13. 11. 1974. (Blatt 000554)

¹³ MfS HA XX Hauptabteilung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), zuständig für Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund; die Abteilung 4 (HA XX/4) betraf Kirchen und Religionsgemeinschaften.

aktionären Einfluss zu nehmen.“ Insbesondere soll die im kommenden Jahr (1975) in Nairobi stattfindende Vollversammlung in Nairobi ins Auge gefasst werden.

In diesem Zusammenhang überlegt die Stasi vermutlich, den kommunistischen Regimes nahe stehende Organisationen (die direkt oder durch verdeckte Beobachter auch in Nairobi vertreten sein werden) entsprechend einzuschalten. Gedacht ist an die „Christliche Friedenskonferenz“ (CFK) mit Sitz in Prag und die von der SED „geförderte“ „Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Ländern“ (BK). So jedenfalls könnte man diesen Punkt der Planvorgabe deuten, der vorsieht, die „politisch-operative Wirksamkeit“ dieser Organisationen einzuschätzen. Wie die Stasi-Akten enthüllen, waren diese so sehr um den ökumenischen Dialog „bemühten“ Konferenzen auch auf anderen Feldern höchst aktiv, ganz nach dem Geschmack ihrer Schutzherren.

Schließlich soll auf der geforderten Beratung der östlichen Geheimdienste über die „Analyse der gegenwärtigen Angriffe und Unterwanderungsbestrebungen durch politisch-klerikale Kräfte gegenüber den sozialistischen Ländern“ gesprochen werden. In einem undatierten Papier, dessen Herkunft nicht näher bezeichnet wird, nimmt der unbekannte Autor eine solche „Analyse“ der „aktuellen Politik des Vatikans gegenüber den Sozialistischen Staaten“ vor.¹⁴ „Die Äußerungen führender vatikanischer Politiker“ und „ganz besonders eine kritische Beobachtung der taktischen Manöver der Kirche“ brächten „ganz deutlich die Ziele an den Tag, die ständig und unveränderlich sind, obwohl die Mittel und Methoden sich oft ändern.“

Nach einem Ausflug in die Geschichte der vatikanischen Konkordatspolitik, die – wie bei Ziel und Zweck eines solchen Papiers nicht anders zu erwarten allein der Obrigkeit von Staat und Kirche zugute kommt, die sich gegenseitig ihre Machtpositionen gegenüber den „Untertanen“ garantieren“, kommt der Verfasser der „Analyse“ zu den Kernfragen seines Auftrags. Er stellt von vornherein fest: Kommunismus und der Katholizismus seien diametral entgegengesetzt. Dabei müsse man zwei Ebenen unterscheiden, die weltanschauliche und die sozial-politische. (Von einem unbekanntem Leser dick angekreuzte Passage und mit einen Ausrufungszeichen versehen.) Obschon weltanschaulich unversöhnlich sei den beiden Richtungen, „allenfalls“ eine Koexistenz zugestand, jedoch „immer nur“ eine „taktische Koexistenz, die auf die Überwindung der anderen Seite eingestellt ist.“ Die Kirche trachte schließlich danach, den Kommunismus zu liquidieren und erwarte seinen „inneren Zusammenbruch und verurteile ihn infolge dessen. Dies habe die Kirche dazu geführt, den „kalten Krieg“ zu fördern, „der sich sehr leicht in einen „heißen“ Krieg umgestalten könnte.“

Auch für den „sozial-politischen Bereich“ raubt der Verfasser der „Analyse“ so manchem christlichen Sympathisanten die Illusion einer christlich-kommunistischen Allianz im Kampf gegen Not und Elend in der Welt. Mitte der 70er Jahre steht die marxistische Ideologie noch voll im Saft, wenn der Autor des bewussten Papiers die sozial-politische Frage als „Anklage und Aufforderung an die Kirche zugleich“ beschreibt. „Die Losungen“, die der Kommunismus verkünde und realisiere, wie „soziale Gerechtigkeit, Frei-

¹⁴ MfS HA XX/4 Nr. 289: Die aktuelle Politik des Vatikans gegenüber den Sozialistischen Staaten. (ohne Datum)

heit der Völker, Gleichheit, Völkerbrüderlichkeit und Frieden“, auch durch die „Beständigkeit des Kommunismus und seine immer wachsende Anziehungskraft“, habe „die vatikanischen Politiker“ zur Änderung ihrer Haltung gezwungen, allerdings ohne auf die wesentlichen Ziele der Kirche zu verzichten.

Als Auslöser dieser angeblichen „Veränderung“ vatikanischer Politik sieht der Verfasser der „Analyse“ das Zweite Vatikanische Konzil. Von diesem ausgehend werde als „alternative Möglichkeit“ angenommen, „was man gewöhnlich als „Dialog“ mit dem Kommunismus bezeichnete.“ Dies habe auch eine „gewisse Kritik des bisherigen Kapitalismus und Imperialismus sowie eine ernsthafte Änderung der sozialen und sozialpolitischen Lehre der Kirche hervorgerufen. Die vom Konzil erteilte Aufgabe werde jetzt während des Pontifikats unter Papst Paul VI. realisiert. Dabei sieht der Autor als eines der Hauptprobleme, mit dem sich das sozialistische Lager zu beschäftigen habe, die neue „Vatikanische Ostpolitik“, die, von Papst Johannes XXIII. begonnen, von Papst Paul VI. und seinem „Außenminister“ Erzbischof Agostino Casaroli fortgesetzt werde.

Schließlich widmet sich die „Expertise“ zur vatikanischen „Politik“ noch einmal der ideologischen Auseinandersetzung, in dem sie auf „Octogesima Adveniens“ vom 14. Mai 1971 (s.a. „Im Namen der Wahrheit, Folge 1) zurückkommt. Für den Verfasser der Diskussionsvorlage läuft der päpstliche Hirtenbrief auf die Unterscheidung von Sozialismus (unter christlichem Gesichtspunkt) und der „Form des Marxismus“, die sich mit einer atheistischen und materialistischen Doktrin verbinde und „zu einer auf der Übermacht gestützten Gesellschaft und zum totalitären System führt.“

Die Unterscheidungen „des Sozialismus“ und „des Marxismus“ hätten nur das eine Ziel, so der Verfasser der Vatikan-Analyse, „die Sympathie für die Kommunisten unter den Katholiken zu hemmen. Durch Verbreitung von Losungen mit anderem Inhalt sowie durch vorsichtiges Kokettieren einer unbestimmten Form des Sozialismus als „großherziges Begehren und Streben nach einer gerechteren Gesellschaft“ – wolle man einerseits „einen Damm gegen die kommunistischen Lösungen und Programme bauen“ und „andererseits den Kapitalismus retten, in dem man ihn mit Elementen „der sozialen Gerechtigkeit“ durchtränkt.“

Der Verfasser des Papiers schließt nicht, ohne Gegenmaßnahmen zu fordern: Die Sicherheitsorgane sollen „Konkrete taktische Schritte“ ergreifen, begleitet von entsprechender Propaganda, um „maximal die Möglichkeiten auszunützen“, die zu einer Änderungen in der sozialen Doktrin der Kirche führen. Unter den Katholiken in der ganzen Welt müsse der Einfluss des Kommunismus verstärkt werden. Die Katholiken müssten in den gemeinsamen Kampf um den Frieden und soziale Gerechtigkeit einbezogen werden. Dabei müsse man sich derselben Methoden bedienen, die die Kirche ausnutze.

Aber bitte keine falsche Verbrüderung. „Hineinziehen“ der Katholiken in die Zusammenarbeit mit dem Kommunismus, so mahnt der Verfasser der Analyse, bedeute „natürlich nicht, dass man auf den von der Kirche vorgeschlagenen Dialog im ideologischen Bereich eingeht.“ Die katholische Seite und die imperialistischen Staaten betrachteten ihn als Taktik zur „Einweichung des Kommunismus“ und verbreitete „revisionistische Tendenzen“. Dies und „in Anbetracht der Unüberwindlichkeit der ideologischen Unterschiede“ lasse einen solchen Dialog als zwecklos erscheinen. Mehr Chancen räumt

das Papier dem „diplomatischen Dialog“ ein, „wenn wir den „Ideologischen Dialog“ nicht annehmen können.“ Natürlich nur unter dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit für die eigene Idee. Es sei nötig, mit dem Vatikan in ständigen Beziehungen zu stehen, „ohne ihnen den Charakter der offiziellen diplomatischen Beziehungen zu geben.“ Eine „solche Form des ständigen Kontaktes“ werde den Vatikan, der sich um diplomatische Beziehungen zu den sozialistischen Staaten bemühe, zu Zugeständnissen veranlassen. Andererseits könne dies ein „gutes Instrument sein, um die einzelnen Episkopate in Schach zu halten.“ Soviel zur „Ostpolitik“ aus Stasi-Sicht.

Die „Ostverträge“ der Bundesregierung lagen gerade mal vier Jahre zurück. Sie sollten zur internationalen Entspannung beitragen. Der Bereich der „Religionsfreiheit“ war aus Sicht der kommunistischen Parteikader anscheinend ausgeklammert, so wie sich „Planvorgaben“ und „Maßnahmepläne“ der „sozialistischen Sicherheitsorgane“ lesen. Der Kalte Krieg ging auf diesem Territorium mit unverminderter Heftigkeit weiter.

Unter der Jahreszahl 1975 finden sich in den Unterlagen des Ostberliner MfS eine ganze Reihe von Manuskripten, die keinen Zweifel an den Absichten des Regimes gegenüber den Kirchen und Religionsgemeinschaften und im vorliegenden Fall gegenüber Papst und vatikanische Kurie lassen – als habe es nie das Verhandlungsmarathon der europäischen Sicherheitskonferenz gegeben.

Mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki am 1. August veränderte sich die Welt zwar nicht über Nacht, aber es waren Grundlagen formuliert worden, diese einzuhalten sich auch die Unterzeichnerstaaten des Moskauer Imperiums verpflichteten. Den Vorsitz der Abschluss-Konferenz hatte der Heilige Stuhl, vertreten durch seinen „Außenminister“ Casaroli übernommen. Seine Erwartungen bezüglich der in Korb Drei gesammelten Menschenrechte, also auch der Religionsfreiheit, dürften sich gleichwohl in Grenzen gehalten haben. Noch am 23. Juni hatte die Sowjetunion ein neues Religionsgesetz mit verschärften Bestimmungen verabschiedet. Diese waren nicht zuletzt auf jene Bewegungen gemünzt, die sich im Sowjetreich vom Aufwind der KSZE-Verhandlungen hatten tragen lassen, so Katholiken in Litauen und in der Ukraine. Samisdat-Zeitungen¹⁵ gelangten in den Westen, mit Berichten über die faktischen Lebensverhältnisse für Christen „unter dem Roten Stern“.

1975 ist ein Heiliges Jahr. Die diversen feierlichen Anlässe nehmen den Pontifex, schon von Krankheit und Alter gezeichnet, mehr als üblich in Anspruch. Rastlos verfolgt er seinen geistlichen wie auch „weltlichen“ Auftrag, bemüht sich seine Stimme in der internationalen Politik zur Geltung zu bringen, nicht zuletzt bei Gelegenheiten, die das besondere Interesse Moskaus erregen. Am 3. Juni hatte er den amerikanischen Präsidenten Gerald Ford zur Privat-Audienz empfangen und in seiner kurzen Ansprache den Vorrang der geistigen und moralischen Werte vor wirtschaftlichen und militärischen Interessen und Vorurteilen betont.

Am 3. Juli fand sich eine Delegation der Russischen Orthodoxen Kirche im Vatikan ein. Paul VI. begrüßte sie mit dem Wunsch, dass eines Tage die Trennungen in den ver-

¹⁵ Samisdat, von russ. „sam“= selbst. Gemeint sind im „Selbstverlag“ herausgegebene, mit der offiziellen Staats- und Parteilinie nicht konforme, regimekritische Texte, Untergrundliteratur, verbreitet über geheim gehaltene Kanäle.

gangenen Jahrhunderten überwunden sein möchten, Gerechtigkeit und Liebe im Namen Christi, nach denen sich die Menschen sehnten, sich erfüllten, wenn man die Zeichen der Zeit erkenne. Und bat die „lieben Freunde und Brüder“, wie er die Besucher aus Moskau ansprach, Seiner Heiligkeit dem Patriarchen die besten Grüße zu übermitteln.

Es lässt sich nicht übersehen, wie gesundheitlich angeschlagen Papst Paul VI. ist. Nicht nur die Geheimdienstberichte aus Rom kommen immer wieder auf die wichtigste Personalie im Vatikan zu sprechen. Auch Gromyko, der Paul VI. in diesem Jahr zum fünften und letzten Mal sieht, erinnert in den wenigen Worten, mit denen er diese Begegnung beschreibt, insbesondere den Gesundheitszustand des Papstes, drei Jahre vor dessen Tod (6. August 1978). „Langsam und offenbar mit Schwierigkeiten, wie es meist bei Kranken zu beobachten ist“, habe Paul VI. gesprochen, aber Gromykos Angebot, das Gespräch zu beenden, „würdevoll“ mit dem Kopf schütteln und der Bemerkung abgelehnt: „Nein, dazu ist es noch zu früh. Machen wir weiter.“¹⁶

Weniger Hemmungen zeigte der stellvertretende KGB-Chef Generalleutnant Viktor Tschebrikow. „Genossen! In den Plänen imperialistischer Kreise zur Verstärkung der politisch-ideologischen Diversion gegen die sozialistischen Länder nehmen der Vatikan und die katholische Kirche einen besonderen Platz ein“, tönte er auf einer Konferenz der Staatssicherheitsorgane, die ebenfalls 1975 in Warschau stattfand.¹⁷ In einer dieser langatmigen Parteireden, das Manuskript umfasst in der deutschen Übersetzung 51 Seiten, stellt er zunächst den Führungsanspruch Moskaus heraus und seine Erwartung, „daß die Ergebnisse dieser Beratung einer weiteren Festigung der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen den Tschekisten unserer Länder sowie zur Koordinierung der Arbeit auf diesem wichtigen Gebiet der Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion des Gegners dienen werden.“ Hinter aller Phraseologie der Funktionärrsprache wird das Gedankengut deutlich, das der Funktion von Geheimpolizei, Nachrichtendienst und Spionageabwehr des Systems vorangestellt war: das der bolschewistischen Tschecha, „Mutter“ aller östlichen Stasi-Organen.¹⁸

Lag der Unterschied in der „Sprache“ zwischen dem Diplomaten und dem Geheimdienst-Funktionär nur im jeweils anderen „Ambiente“ ihres Einsatzgebietes. Wer war dieser Andrej Gromyko, der dem System schon unter Stalin diente, dieser „Mr. Njet“ im Sicherheitsrat und Plenarsaal der Vereinten Nationen? Einer dessen Gesichtszüge eingefroren schienen, glatt im Auftreten, aber ohne Zweifel ein Intellektueller, der es gewohnt war, seine Gedanken hinter der Maske eines seelenlosen Bürokraten zu verbergen, wie ihn Carl Bernstein/ Marco Politi porträtierten.¹⁹

¹⁶ Andrej Gromyko: Erinnerungen. Internationale Ausgabe. Düsseldorf 1989.

¹⁷MfS HA XX/4 – Nr. 289:Ausführungen des Stellv. Vorsitzenden des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, Gen. Generalleutnant Viktor Tschebrikow „Zu Problemen der Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion kirchlicher Organisationen und Zentralen gegen die sozialistischen Länder.“

¹⁸Abkürzung für Gesamtrussische Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolutionären, Spekulanten und Sabotage, am 20. Dezember 1917 unter Feliks Edmundowitsch Dserschinski gegründet, bis 1922 Vorgängerin der diversen Staatssicherheitsorgane der Sowjetunion wie GPUM, NKWD und KGB.

¹⁹Carl Bernstein/Marco Politi: His Holiness. John Paul II. and the hidden history of our time. New York, N.Y. 1996.

Johannes Paul II. – Biograph George Weigel hält fest: „Leonid Breschnew, Andrej Gromyko und Juri Andropow (dem KGB-Chef) glaubten nicht an irgendeine historische Konversion zwischen einer sich liberalisierenden kommunistischen Welt und einem wachsenden sozial demokratischen Westen. Die „Ostpolitik“ des Vatikans seit Paul VI. sei vom Kreml allenfalls als eine willkommene Gelegenheit aufgenommen worden, weil sie geeignet schien, die Temperatur im öffentlichen Konflikt zwischen katholischer Kirche und Weltkommunismus niedrig zu halten. Dies habe den Sowjets erlaubt, die eigene Position sowohl im internen wie externen Machtbereich zu konsolidieren, um gleichzeitig den Stand einer Institution zu schwächen, die sie als historischen Feind betrachten, mit dem es keine Versöhnung gibt.“²⁰ Johannes Paul II. habe gewusst: „Sie lügten und sie zeigten keinen Respekt für die Wahrheit“, ergänzen Bernstein/Politi.

Gab es irgendeinen Anlass zu meinen, Paul VI. habe irgendwelchen Illusionen nachgegangen, als er versuchte, mit dem, was die Welt als „vatikanische Ostpolitik“ bezeichnete, für Casaroli aber nichts anderes war, als Seelsorge-Diplomatie, Möglichkeiten für ein Leben und Überleben der Kirche in den Ländern des staatlich verordneten Atheismus zu finden? Er mochte von den Angriffen der geheimen Staatssicherheitsorgane des Ostens, sofern er informiert war, schockiert gewesen sein. Sollte er die Menschen sich selbst und dem System überlassen?

Krieg der Propaganda

In die „Flötentöne“ aus dem Osten, die von Entspannung statt Konfrontation im Verhältnis zum „kapitalistischen und imperialistischen Westen“ sprechen, mischen sich schrille Dissonanzen, wenn man die Rede nachliest, die der stellvertretende KGB-Vorsitzende, Generalleutnant Viktor Tschebrikow, auf einer Konferenz der Staatssicherheitsorgane der Warschauer Vertrags-Staaten in Polen hielt. Die Beratung fand 1975 in Warschau unter der organisatorischen Leitung des polnischen Innenministeriums und dem „Genossen Minister“ General Kowalczyk statt.²¹ In seiner, die übliche Redelänge (51 Textseiten in der deutschen Übersetzung) umfassenden Ansprache, zieht einer der ranghöchsten sowjetischen Geheimdienst-Chefs alle Register des verbalen Kalten Krieges. Seine Angriffe sind gegen die Religionsgemeinschaften allgemein gerichtet, aber

²⁰ George Weigel: *Witness to Hope. The Biography of Pope John Paul II.*, New York, N.Y. 1999.

²¹ MfS HA XX/4 Nr. 289 – Berlin, 18. Februar 1975. (Beratung von Vertretern der Sicherheitsorgane der Sowjetunion, der VR Polen, der CSSR, der VR Ungarn, der VR Bulgarien, der DDR und Kubas vom 11. bis 14. 2. 1975 in Warschau).

– Ausführungen des Stellv. Vorsitzenden des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, Gen. Generalleutnant Viktor Tschebrikow „Zu Problemen der Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion kirchlicher Organisationen und Zentralen gegen die sozialistischen Länder.“ (vgl. MfS HA XX/4 Nr. 289).

– Viktor Michajlowitsch Tschebrikow (1923-1999). Ab 1968 einer der stellvertretenden Vorsitzenden des KGB, ab 1982 zunächst 1. Stellvertreter und im selben Jahr Vorsitzender des sowjetischen Staatssicherheits-Komitees, als Nachfolger von Jurij Andropow, der, bereits schwer krank, auf den Posten des Generalsekretärs der KPdSU und 1983 kurz, bis zu seinem Tod im selben Jahr, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet, also Staatspräsident wurde.

insbesondere gegen den „Vatikan.“ Manche Passagen gleichen sich bis aufs Wort der Rede, die der sowjetische „Religionsminister“ Wladimir Kurojedow 1972 in Sofia gehalten hatte. Ein kleines Indiz dafür, wie die für „religiöse Angelegenheiten“ zuständige Behörde und die allgegenwärtige Staatssicherheit zusammenarbeiteten. Ein bemerkenswertes Beispiel auch des Auftretens der Sowjets, etwa im Vergleich zum Besuch von Außenminister Gromyko bei Papst Paul VI. (am 28. Juni 1975), der in seinen „Erinnerungen“ nur Gutes aus dem Vatikan zu berichten weiß, was allerdings nicht vollkommen dem Denken und Handeln von „Mr. Njet“ auf der internationalen Bühne entsprach.

Tschebrikow stimmt seine Zuhörer zunächst in den hohen Tönen des Eigenlobs auf die später folgende Scharfmacherpredigt ein. „Das politische Klima unseres Planeten“, so der KGB-Chef, werde „weder von Konfrontation noch von den Ideen des „kalten Krieges“ bestimmt. Entspannung sei vielmehr „die dominierende Tendenz unserer Tage“, selbstverständlich, so der Tenor des Stasi-Generals, eine Folge des wachsenden „politischen Einflusses, der ökonomischen und militärischen Kraft der sozialistischen Staatengemeinschaft“, als Voraussetzung für eine Entspannung. Pflichtschuldig wird auch das Verhandlungsgeschick des „Genossen I.I. Breschnew“ (*Leonid Iljitsch Breschnew, 1964 bis 1982 sowjetischer KP-Chef*) sowie das der „Vertreter anderer sozialistischer Staaten“ bei den Gesprächen mit „Politikern der USA, der BRD und Frankreichs“ erwähnt. Damit aber sind die Blumen verteilt und Tschebrikow kommt zur Sache:

„Friedliche Koexistenz und Erwärmung des internationalen Klimas bedeuteten „keine Verminderung des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus“, sondern lediglich den „Ausschluß von Waffengewalt im Rahmen dieses Klassenkampfes und breitere Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Staaten auf dem Gebiet der Ökonomie und der Politik.“ Der Imperialismus habe seinen „sozialen Klassencharakter und seine Ziele im Kampf gegen den Sozialismus“ auch unter diesen Bedingungen nicht verändert.

Als Nächstes benennt der KGB-General den Erzfeind, durch den er sein gesellschaftliches und politisches System bedroht sieht und gegen den er in den Krieg ziehen will. Dieser Feind trägt das christliche Kreuz auf der Brust. Feindliche Geheimdienste und Propagadazentralen des Gegners, das wisse man aus dem vorhandenen Material, würden in ihrem ideologischen Kampf der Religion und der Kirche immer mehr Platz einräumen. In den sozialistischen Ländern habe die Religion zwar „keine sozialen Wurzeln“, die Geistlichen predigten jedoch weiter die gleichen religiösen Prinzipien, „die sich in der Ausbeutergesellschaft formiert haben“. Dies fördere objektiv „das Eindringen sozialistisch feindlicher Ideen in die Hirne der Menschen.“ Bei den religiösen Belehrungen handele es sich nicht nur um „die Aufzwingung des Glaubens an den Jesus Christus und die Heilige Dreieinigkeit, sondern um eine dem Kommunismus feindliche Weltanschauung“. Damit stellt der Stasi-General nun auch klar, daß es in der Konfrontation der Blöcke nicht nur darum geht, wer die meisten Panzer und Raketen hat, sondern dass sich die Hardliner (auf beiden Seiten?) vor einem kulturgeschichtlichen showdown sehen. Eine Tatsache, die im Westen vielleicht allzu oft als nebensächlich betrachtet worden ist.

Tschebrikow listet sodann die „ausländischen Kirchenzentralen und Organisationen“ auf, die „die Pläne des militanten Antikommunismus“ unterstützten und sich „gern in den Dienst des Kampfes gegen die Kräfte des Sozialismus“ stellten: voran der Vatikan, dann der Weltkirchenrat und der Lutherische Weltbund, der Nationalrat der Kirchen in der USA. Und auch die Zeugen Jehovas sind beim KGB notiert. Ebenso diverse evangelische Hilfswerke in Westeuropa und nicht zuletzt die „Emigranten-Kirchen“ der in den Westen geflüchteten Christen aus dem kommunistischen Osten.

Um den Vatikan nur deutlich genug als finstere Macht zu zeichnen, bemüht der Stasi-General das Reichskonkordat des Papstes mit der „Hitler-Regierung“ und die Unterstützung des NATO-Blocks durch den Vatikan seit Pius XII. Regel der Politik des Vatikans war und ist, geifert Tschebrikow, „jede antisowjetische und antisozialistische Tätigkeit zu unterstützen“, auch wenn sie nicht von der katholischen Kirche ausgehe. Dabei richte sich der Hauptangriff des Vatikans gegen den Atheismus. Für Tschebrikow ist das soeben geschaffene vatikanische Sekretariat für die Nichtglaubenden, das der Wiener Erzbischof Kardinal Franz König leitet, eine dieser kirchlichen Zentralen der „politisch-ideologischen Diversion“ (eine Formulierung, die er bevorzugt in den Mund nimmt. Von Kardinal König sei bekannt, dass er den marxistischen Atheismus zur gefährlichsten Form des Atheismus der jemals in der Welt existierte, erklärt habe. Fasst man die Behauptungen Tschebrikows bis hierher zusammen, dann dienen alle wohlmeinenden Erklärungen aus Rom etwa zu Frieden und Gerechtigkeit in der Welt, zum Dialog auch mit Nichtglaubenden, wie zum Beispiel Marxisten, letztlich nur dem Ziel, den „militanten Atheismus“ zu bekämpfen.

Wie schon Kurojedow in Sofia, so spricht auch Tschebrikow über die „Abwehr“ der religiösen Insurgenten (nichts anderes sind Priester und Bischöfe aus dem Ausland für den Sowjet-Staat). Auch hält dem vatikanischen „Außenminister“ Erzbischof Agostino Casaroli vor, seinen Aufenthalt in Moskau im Februar 1971 aus Anlass der Hinterlegung der Beitritts-Urkunde des Vatikans zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, „zweckentfremdet“ zu haben mit dem Versuch, Verbesserungen für die Lage der Katholiken in der Sowjetunion auszuloten, einen Apostolischen Administrator in Weißrussland ernennen zu dürfen. Ebenso sind die Besuche von Jesuitengeneral Pedro Arrupe, auf der Durchreise nach Südostasien in Moskau und von Kardinal Willebrands, dem Leiter des vatikanischen Einheits-Sekretariats zu den Trauerfreiern für den verstorbenen Patriarchen Alexej und die Einsetzung von Pimen als dessen Nachfolger, nichts anderes als Operationen des Vatikans, in die Sowjetunion „einzudringen.“

Der Vatikan sei bestrebt, diplomatische Beziehungen zur UdSSR herzustellen, in der Hoffnung sich damit auch anderen sozialistischen Ländern annähern zu können, weiß Tschebrikow und fügt, ganz Kalter Krieger, hinzu: Im Vatikan hoffe man, „nicht ohne Grund“, dass diplomatische Beziehungen „eine „Zersetzung“ und „Aufweichung“ des Sozialismus erleichtern würden.“

Es scheint nicht genug zu sein. Nach den bisherigen Schüssen legt der General ein noch gewaltigeres Kaliber nach. Vom Vatikan sei ein so genannter „Plan der Kirchenpolitik zur Zerrüttelung der Sowjetunion“ ausgearbeitet worden, behauptet Tschebrikow. Die Sowjetunion sei zu diesem Zweck in Operationszonen und Bevölkerungs-

gruppen eingeteilt worden, nach ethnischen und weltanschaulichen Kategorien. Als Schwerpunkte nennt der Stasi-General die Ukraine, die „Baltischen Unionsrepubliken“ und den Kaukasus .

Auch über die angeblichen operativen Methoden wartet Tschebrikow mit Details auf. „Dissidentische Elemente“ sollen nach diesem Plan „moralisch und materiell unterstützt“, ihre „Arbeiten“ im Ausland herausgegeben und anschließend in der UdSSR verbreitet werden. Dazu gehöre es auch, die Beschlüsse des Konzils, das zur Vereinigung aller Religionen zum aktiven Kampf gegen den Atheismus“ aufgerufen habe, zu propagieren sowie Informationen über die Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion zu sammeln. (Damit kommt Tschebrikow zu der von kommunistischer Seite stets verwendeten Unterstellung, der Vatikan verfüge über einen eigenen Geheimdienst oder operiere mit nachrichtendienstlichen Methoden.)

Der nachfolgende Satz soll diese Behauptung wohl unterstreichen: In der letzten Zeit sein zu verzeichnen, „dass feindliche Geheimdienste große Anstrengungen unternehmen, um nationalistische, klerikale und andere Kirchenorganisationen zu konsolidieren und ihre Tätigkeit durch einen gemeinsamen Plan zur Zersetzung des sozialistischen Systems zu untermauern.“ Der Vatikan betreibe eine „enge Zusammenarbeit“ mit dem Weltkirchenrat und anderen Kirchenzentralen zur Verstärkung „ihrer feindlichen Tätigkeit gegen die Sowjetunion“. Schließlich versteigt sich der Sowjet-General der Staatssicherheit zu der Behauptung, „reaktionäre Kreise des Vatikans“ gingen noch weiter in ihren Plänen „bei der Bildung einer einheitlichen antikommunistischen Front der Kirchen.“ So werde versucht, nicht nur die christlichen Religionen, sondern auch das Judentum und Vertreter des Islam für diese Ziele zu gewinnen.

Es folgt zum Ende der Rede des Moskauer KGB-Generals, wozu er nach Warschau gereist ist: Ein Appell an die Spitzen der Internationale der Tschekisten: „Genossen! Der Kampf gegen die politisch-ideologische Diversion des Gegners unter der Flagge kirchlicher Organisationen nimmt heute einen wichtigen Platz in der tschekistischen Arbeit ein und so wird es auch in der Zukunft sein.“ Die Tschekisten , die auf diesem Gebiet arbeiten, müssen nicht nur den Gegner aufhalten und unsere Gesellschaft vor Wühltätigkeit feindlicher Elemente schützen, sondern auch die Initiative ergreifen, die Lage beherrschen und den Gegner in die Defensive drängen.“ Das nun ist Originalton Kalter Krieg.

Die Genossen werden aufgefordert, ihre „Aufklärung“ zu intensivieren: Wie dringt der „Gegner“ ein, welche Organisationen arbeiten zusammen. Also das ganze nachrichtendienstliche Programm. Die Aufdeckung von Kanälen schaffe bestimmte Voraussetzungen für ein „operatives Spiel mit diesen Zentralen“, um dadurch „noch tiefer in ihre feindlichen Pläne und Absichten einzudringen.“ Die sowjetischen Sicherheitsorgane würden in diesem Zusammenhang eine „noch aktivere operative Bearbeitung des Vatikans“ vornehmen und ihr Hauptaugenmerk auf die „Aufdeckung der Verbindung mit feindlichen Propagandazentralen und Geheimdiensten richten sowie „auf die Feststellung von Verbindungen mit feindlichen Elementen innerhalb kirchlicher Kreise und Sekten.“

Tschebrikow will die Front erweitern, fordert entsprechend mehr Personal, versteht sich: vor allem Spitzel und Zuträger, verharmlosend Inoffizielle Mitarbeiter genannt. Er schlägt vor, „die operativen Positionen von unten nach oben innerhalb führender Kirchengremien“ auszubauen; spezielle Gruppen inoffizieller Mitarbeiter zu schaffen, „insbesondere in solchen Objekten, die von Ausländern aufgesucht werden, um die Angriffe des Gegners abzufangen.“ Tschebrikows Sprache bleibt militärisch.

Zur Strategie des KGB-Generals zählt ferner, solche „Inoffizielle Mitarbeiter“ heranzuziehen, die „großen Einfluss und Autorität besitzen, um durch diese negative Prozesse innerhalb kirchlicher Kreise und Sekten entsprechend zu beeinflussen.“ Tschebrikow räumt ein, auf „einigen Linien“ seien solche IM's (*Inoffizielle Mitarbeiter, Zubringer der Stasi*) vorhanden, in anderen Bereiche, etwa unter den „Spalter-Baptisten“ (*gemeint sind die Evangeliums-Christen-Baptisten*) sowie unter den mit der römisch-katholischen Kirche verbundenen unierten Christen (*vor allem in der Ukraine*) könne der KGB „vorläufig diese Aufgabe nicht lösen“ und sei demzufolge nicht in der Lage, „ihre Untergrundtätigkeit tiefgreifend aufzudecken“.

Tschebrikows Gegenmaßnahmen: „Feindliche Erscheinungen“ durch die Sicherheitsorgane verhindern, „verbrecherische Handlungen“ nicht zulassen. Staatliche und gesellschaftliche Organisationen auf der Linie des Systems einschalten, ebenso die Massenmedien (Presse, Rundfunk), Versammlungen von Arbeitern und der ländlichen Bevölkerung nutzen. Dies alles trage dazu bei, die „unerwünschte Tätigkeit kirchlicher Kreise und Sekten bedeutend einzuschränken.“

Der Stasi-General hat weitere Instrumente aus dem Arsenal des sowjetischen Geheimdienstes zur Hand. Man müsse die gesellschaftsfeindlichen Elemente aus kirchlichen Kreisen noch stärker kompromittieren. Diese Art von Maßnahme sei „wirkungsvoller“ als strafrechtliche Verfolgung, obschon er letztere nicht ausschließt, „wo alle anderen Mittel der Einflussnahme bereits erschöpft sind.“ Kompromittierung und Beeinflussung durch Inoffizielle Mitarbeiter sei ein „effektives Mittel zur Isolierung der einfachen Gläubigen von reaktionären Geisteilchen und Sektenfunktionären.“

Für den sowjetischen Inlandsgeheimdienst verlangt Tschebrikow eine bessere Koordinierung auf lokaler Ebene, genaueres Vorgehen auf den verschiedenen „Linien“, die der KGB als spezielles operatives System eingeführt hat, aber auch eine höhere Qualifizierung der operativen Mitarbeiter durch wiederholte Lehrgänge und Abkommandierung in die Moskauer KGB-Zentrale, die natürlich über alles und jedes die Kontrolle behält.

Ebenso erwartet er eine verstärkte Zusammenarbeit aller sozialistischen Sicherheitsorgane, „unter den Bedingungen des verschärften ideologischen Klassenkampfes beider Systeme“, wie Tschebrikow den Genossen einhämmert, wobei die Kirche „zweifellos“ eine zunehmend stärkere Rolle spielen werde. Der KGB-General erinnert an die schon bestehenden „konkreten Vereinbarungen der Sicherheitsorgane einzelner sozialistischer Länder“. Dazu zählen systematische Arbeitsbesprechungen (*die Unterlagen der HA XX/4 des MfS belegen dies mit einigen Papierstapeln*), Dienstreisen „operativer Mitarbeiter“ zur „Lösung bestimmter operativer Probleme“, ein erweiterter operativer Informationsaustausch, sowie „Maßnahmen zur Überprüfung inoffizieller Mitarbeiter.“ Speziell „in

Richtung Vatikan“ sieht Tschebrikow weitere Möglichkeiten einer „aktiven Zusammenarbeit durch koordinierte Maßnahmen.“ Dabei hat er internationale Kongresse, Sportveranstaltungen und Filmfestivals vor Augen, die sich nach seiner Meinung bestens eignen, die politisch-ideologische Diversion kirchlicher Kreise“ propagandistisch zu bekämpfen. Die sei schließlich nicht nur ein tschekistisches Problem.

Last but not least, damit es die Genossen der „Bruderorgane“ nicht vergessen und in ihr Tagungsheft schreiben: Die Federführung bleibt in Moskau, beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. In den letzten Jahren habe das Zentralkomitee der Partei „eine Reihe von Beschlüssen zur Verstärkung des Kampfes gegen kirchliche Überbleibsel gefasst.“ Tschebrikow zählt auf: Jährlich hunderttausende von Vorlesungen durch „ideologische Organe der Partei“, Dutzende von Filmen und Theaterstücken zu atheistischen Themen; atheistische Literatur in Millionen-Auflagen. Täglich werde eine „geduldige Arbeit“ geleistet, um „unseren Menschen neue Traditionen und Bräuche“ an zu erziehen.

Am Schluss verteilt der General wieder Zuckerbrot. Ja, man wisse in Moskau, daß auch die Bruderparteien in den sozialistischen Ländern „eine gewaltige Arbeit zur atheistischen Erziehung der werktätigen Massen, zur Entlarvung feindlicher Tätigkeiten ausländischer Kirchenzentralen und feindlicher Elemente in den Kirchenkreisen“ leisteten. Der KGB-General: „Unsere tschekistischen Freunde unterstützen dabei allseitig die Parteiführung ihrer Staaten in dieser edlen Sache.“

Kommentar überflüssig. Dieser ausführlich zitierte Text, wie er in üblichen Publikationen nicht angeboten wird, sollte geeignet sein einige hier und dort vielleicht vorherrschende Unkenntnisse auszugleichen – und nicht nur als zeitgeschichtliche Reminiszenz betrachtet werden.

Der Aktenvorgang XX/4 Nr. 289 aus den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR enthält weitere seitenlange Abhandlungen, sowohl theoretische Diskussionspapiere wie Maßnahmepläne auf dieser Basis. Die Überschriften sprechen für sich. Eine Niederschrift vom 14. Februar 1975 befasst sich mit dem Thema „Einige Probleme der subversiven Tätigkeit der römisch-katholischen Kirche und anderer Kirchen nichtrömisch-katholischen Glaubensbekenntnisses gegen den Sozialismus.“ Ein anderes Dokument äußert sich ebenfalls, in der Überschrift fast gleich lautend, „zu einigen Problemen der Zersetzungstätigkeit der römisch-katholischen sowie nichtkatholischen Kirchen gegen den Sozialismus. Beide Arbeiten beziehen sich vor allem auf die Situation in der Volksrepublik Polen. Der „sozialistische Bruderstaat“ zwischen Oder und Bug erwies sich in den Augen Moskaus immer als unsicherer Kantonnist. Die Situation sollte sich bald dramatisch zuspitzen.

Anfang März 1976 erreicht das MfS eine „Information der Sicherheitsorgane der VR Polen über die Diversionskonzeptionen des Vatikans“.²² In dieser Nachricht wird mitgeteilt, die vatikanischen Führungszentren schätzten ein, „daß eine der Hauptbedingungen für die Überwindung der kommunistischen Ideologie die systematische Schwächung der internationalen Positionen der UdSSR sowie die Durchführung von Aktionen ist,

²² MfS HA XX/4 Nr. 127 – Abt. X, Tgb. Nr. 663 v. 3.3 1976.

die auf die Schwächung der Einheit der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft gerichtet ist.“

Der polnische Sicherheitsdienst will auch Einzelheiten über „organisatorische Konzeptionen“ erfahren haben:

- Unterstützung „der Idee des politischen Pluralismus“ in dem Milieu, das eine oppositionelle Einstellung zu den marxistischen Grundlagen des sozialistischen Staates hat
- Stimulierung der „rivalisierenden Bewegungen“, vor allem in der UdSSR, „die auf theologischen und evangelischen Motivationen basieren“, sollen stimuliert werden
- Lancierung der These von der Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen den „demokratischen“ Kräften und den Marxisten, die die Konzeption des „Totalitären Regimes“ ablehnen und geneigt sind, die sozialistische Demokratie „mit menschlichem Antlitz“ gutzuheißen.

Schließlich: Es sei beabsichtigt, die Aktionen unter den Personen zu entwickeln, die ohne Überzeugung mit den kommunistischen Behörden zusammenarbeiten, sowie unter Marxisten und unter Personen, die den Marxismus nicht verstehen, sich aber aus gesellschaftlichen Erwägungen heraus zu ihm hingezogen fühlen.

„Au weia!“ hat eine MfS-Charge auf sein Exemplar des als „Streng geheim!“ klassifizierten Dokuments geschrieben, wohl nicht sonderlich beeindruckt von der Warnung der Polen und der angeblichen Bedrohung durch den Vatikan. Wie aber schätzte man dort die Lage in den Ostblockstaaten ein. Was kam über die eigenen Kanäle im Staatssekretariat an. Ein erster Tremor als Ankündigung einschneidender politischer Veränderungen; sollte man das Zähnefletschen der Stasi-Wachhunde als nur noch ängstliches Knurren deuten? Kaum länger als zwei Jahre nach dieser Stasi-Meldung aus Polen würde ein Landsmann den päpstlichen Thron im Vatikan besteigen. Vielleicht mochten einige Insider in den Parteizentralen „mit dem Schlimmsten“ schon seinerzeit gerechnet haben. Karol Wojtyła hatte just im Jahre 1976 auf dem Eucharistischen Weltkongress im us-amerikanischen Philadelphia deutlich gemacht, mit welcher Größenordnung seine Widersacher zu rechnen hatten. Noch aber leitete Paul VI. seine Kirche. Zum „Regieren“ vielleicht schon körperlich zu schwach und krank. Die Geschichte aber hatte eine Richtung genommen, die auch von der Casaroli-Diplomatie „vielleicht erst in hundert Jahren“ erwartet worden war.

Über die Wahl von Papst Paul VI.

Aus der Perspektive der Ostberliner Stasi verlief die Front des Kalten Krieges zwar weniger am Tiber als vielmehr an der Werra-Fulda-Linie, dennoch war den politischen Mächten im Osten (wie im Westen) nicht gleichgültig, wer in dieser Zeit der Konfrontation der „Blöcke“ im Apostolischen Palast regierte. Zwar hatte der Vatikan „keine Priorität“, wie der ehemalige MfS-Generaloberst Werner Großmann, der letzte Chef der Hauptverwaltung Aufklärung, mir auf eine schriftliche Anfrage hin mitteilte. Dennoch ließen beide Seiten nichts unversucht, sich die Friedenspolitik der vatikanischen Diplo-

matie dienstbar zu machen. Und mochte Kardinalstaatssekretär Angelo Sodano mir gegenüber einmal erklärt haben, für den Apostolische Stuhl zähle weder eine *Pax americana* noch eine *Pax sovietica*, die Kirche sei allein der *Pax Christi* verpflichtet, so wusste man sowohl in Washington wie in Moskau, dass sich in den Führungsetagen der Kurie durchaus „Lager“ gebildet hatten, in den Nachkriegsjahren festgemacht in den Schriftstücken der Dienste etwa an dem „erkonservativen“ Alfredo Ottaviani einerseits und seinen angeblichen Gegenspielern, etwa dem „guten Papa“ Johannes XXIII. und seinem Nachfolger Montini, Papst Paul VI.

Papst Johannes XXIII. war am 3. Juni 1963 einem Krebsleiden erlegen.²³ Wer würde als Nachfolger in den Apostolischen Palast einziehen, wer das Zweite Vatikanische Konzil²⁴, das von „il Papa buono“ (dem guten Papst) einberufen worden war, fortsetzen. Die kommunistischen Geheimdienste (vermutlich auch die westlichen), glaubten die Antwort schon zu wissen: der Kandidat, der von den Nachrichtendiensten gehandelt wurde, war im Vatikan sozusagen „zu Hause“. Als langjähriger hochrangiger Prälat des Staatssekretariats kannte er sozusagen „jeden Winkel“ der Kirche. Wer nun war dieser Kardinal „papabili“?: Alles deutete auf Giovanni Battista Montini hin, seit 1922 im Staatssekretariat, und nach einem halbjährigen Zwischenspiel in der Warschauer Nuntiat, bereits ab 1937 Substitut; somit engster Mitarbeiter von Staatssekretär Eugenio Pacelli, der ab 1939 als Pius XII. die Kirchenleitung übernahm und 1960 Montini zum Erzbischof von Mailand ernannte – (manche sagen, „strafversetzte“, andere meinen: um ihm pastorale Erfahrung zu vermitteln.)

Unter dem Datum vom 10. Juni 1963 ging ein Mitteilung aus dem „Sekretariat Minister“ (gemeint ist der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke) „An den Leiter der HA V, Gen. Oberst SCHRÖDER, im H a u s e“ (Übernahme der Adressierung aus dem Original).²⁵

Dem „Genossen Oberst Schröder“ wird eine Information der ungarischen Sicherheitsorgane zur Kenntnis gebracht, die sich auf die anstehende Papstwahl bezieht. Kardinal Ottaviani soll, wie die Ungarn berichten, erklärt haben, „daß in der vorigen Woche in der geistlichen Schule in der Nähe der Gerda-Sees Montini, Lerkaro und Urbani, die Vertreter des linken Flügels der italienischen Geistlichkeit sind, durchgeführt wurde, die das Ziel hatte, Gespräche über die Papst-Wahl zu führen.“ Man habe sich geeinigt, „daß sofort ein Standpunkt hinsichtlich des Konklave festgelegt werden muß. Urbani, ein Vertreter des äußerst linken Flügels der italienischen Geistlichkeit, erklärte, daß er vollkommen mit der Wahl MONTINIS zum Papst einverstanden ist.“²⁶

²³ Papst Johannes XXIII. (Angelo Giuseppe Roncalli) Nachfolger von Pius XII., (28. Oktober 1958 – 3. Juni 1963). Von Papst Johannes Paul II. am 3. September 2000 selig gesprochen.

²⁴ Zweites Vatikanisches Konzil 11.10. 1962 – 8. 12. 1965, erste Sitzungsperiode vom 11.10.62 bis 8. 12. 1962, Dokumente wurden bis dahin nicht verabschiedet.

²⁵ Vgl. MfS HA XX/4 Nr. 212. VM/VD Nr. 85/63 v. 10. 6. 1963. Die HA V (später HA XX) umfasste die Bereiche Staatsapparat, Kirchen, Untergrund. Leiter der Dienstseinheit war ab 1955 Fritz Schröder, ab 1964 stellvertretender Minister und ab 1972 Generalleutnant; 1974 von seinen Aufgaben entbunden.

²⁶ Falsche Grammatik und Orthographie (Gerda-See anstatt Garda-See; Lerkaro statt Lercaro) aus dem Original-Text übernommen. Die in der „Information“ genannten Kardinäle: Alfredo Ottaviani, Sekretär des Heiligen Offiziums (später: Kongregation für die Glaubenslehre), Giacomo Lercaro, Erzbischof von Bologna, Giovanni Urbani, Erzbischof und Patriarch von Venedig, Giovanni Battista Montini,

Auch wollten die ungarischen Agenten erfahren haben, „daß der römische Papst²⁷ in den letzten Tagen seines Lebens dem Staatssekretär Cicognani ein Testament diktiert hat, mit dem er sich grundsätzlich an die Kardinäle des Ökumenischen Konzils mit einer neuen Papst-Enzyklika wendet.“²⁸

„Entsprechend der Angabe der Quelle“²⁹ der ungarischen Sicherheitsorgane enthalte die Enzyklika „Fragen über die Entscheidung politischer und gesellschaftlicher Probleme“ und lenke die Aufmerksamkeit des neuen Papstes darauf, „daß dieser „die große Sache“ des Ökumenischen Konzils bis zu Ende durchführt.“

Wunsch-Kandidat von Johannes XXIII.

Am 21. Juni wurde der Mailänder Erzbischof Montini zum 262. Nachfolger des Apostels Petrus auf den römischen Bischofsstuhl gewählt, im fünften Wahlgang, mit angeblich 60 von 80 Stimmen des Konklaves.

Unter dem Datum vom 10. Juli 1963 nimmt die Abteilung II (*der HA XX/4 – „katholische Linie“*) des MfS eine „Information“ zu den Akten in der festgestellt wird: „Montinis Wahl zum Papst entsprach mit ziemlicher Sicherheit einem Wunsche von Roncalli (Johannes XXIII.) Bewiesen werde dies dadurch, „daß Montini unter Pius XII. nicht zum Kardinal ernannt wurde, von Roncalli als der erste aller, die er zum Kardinal machte, ernannt wurde.“³⁰

Die „Quelle“, aus der die Stasi ihre Information bezog, will auch die Gründe für die „Schickung“ Montinis ins „Exil“ nach Mailand kennen: 1. Differenzen mit den Jesuiten im Umfeld von Pius XII. (Genannt werden in erster Linie die „deutschen“ Berater des Papstes, Pater Augustin Bea und Pater Robert Leiber). 2. Spannungen im Staatssekreta-

Erzbischof von Mailand. Ottaviani hatte die Wahl Montini zum Papst als Prodiakon von der Loggia des Petersdomes verkündet („Habemus papam“) und den neuen Papst gekrönt (eine letztmalige Zeremonie, da Paul VI. später auf die Tiara verzichtete, ebenso seine Nachfolger. Benedikt XVI. trägt sich nicht einmal in seinem Wappen, sondern entschied sich für die Mitra als Zeichen des Bischofs von Rom und in diesem Sinne Petrus-Nachfolger.)

²⁷ Papst Johannes XXIII.

²⁸ Gemeint ist ein „in den letzten Maitagen 1963“ vor seinen engsten Mitarbeitern abgelegtes Bekenntnis. Am Tag nach „Christi Himmelfahrt“ versammelten sich sein Sekretär Loris Francesco Capovilla, Kardinalstaatssekretär Amleto Giovanni Cicognani und Kurienerzbischof Angelo Dell’Acqua, Substitut des Staatssekretariats, am Bett des dem Tode nahen Papstes. Er erläutert ihnen noch einmal die Motive seines Handelns für den Frieden, seine Liebe zu den Mitmenschen. Capovilla hat das Vermächtnis aufgezeichnet Er fordert dazu auf, die „Zeichen der Zeit“ zu erkennen und „die von ihnen gebotenen Möglichkeiten zu ergreifen und weit nach vorn zu blicken.“ (vgl. Christian Feldmann: Johannes XXIII. Seine Liebe – Sein Leben. Freiburg im Breisgau 2000).

²⁹ In der Mitteilung vom 10. Juni 1963 weist das Ministerbüro abschließend darauf hin, dass die Angaben „von einer zuverlässigen Quelle stammten und teilweise überprüft“ seien. Es wird um Kenntnisnahme und um „Einschätzung“ der Information, die „gleichzeitig“ auch an Generalmajor Wolf ging, gebeten. (Markus Wolf, ab 1953 Leiter der HA XV (ab 1956 HVA Hauptverwaltung Aufklärung), Nachrichtendienst des MfS und „Stellvertreter des Ministers“, 1980 Generaloberst, 1986 Ausscheiden aus aktivem Dienst).

³⁰ MfS HA XX / 4 – Nr. 212 v. 10. 7. 1963. Abteilung II. Information. Betr.: Papst Paul VI. Bgl.Nr. 531/62. Lfd.Nr. 1035, E.-Nr. 4575.

riat durch die Aufgabenteilung zwischen den beiden Pro-Staatssekretären (Giovanni Battista Montini für die „internen“ Angelegenheiten und Domenico Tardini für die „außenpolitischen“).

„Mitteilungen, Noten, Fühlungen usw. des Vatikans“ gingen über die Nuntiatoren an die Regierungen der einzelnen Staaten (also über Montini); Korrespondenz der Regierungen mit dem Vatikan nahm den Weg über ihre Botschaften beim Heiligen Stuhl (insofern über Tardini). „Diese Handhabung und der vorhandene Widerspruch konnten sich auf die Dauer nicht vertragen.“ Deshalb sei Montini „gegangen.“ worden. (*Die Stasi hängt sich an die umlaufenden Gerüchte über die angebliche „Strafversetzung“ Montinis vom Staatssekretariat, wo er als Substitut immerhin als die Nummer Zwei galt, auf den erzbischöflichen Stuhl von Mailand.*)

„Obwohl Roncalli seine Linie und Vorhaben nicht beenden konnte“, habe er „derartig starke neue Kriterien und Richtungen abgesteckt, solche Maßstäbe und Haltungen gesetzt, daß kein Nachfolger ihnen ausweichen kann und gezwungen ist, an ihnen festzuhalten, wenn er nicht der katholischen Kirche erheblich Schaden wolle und sich nicht selbst die Basis entziehen will.“

Es werde erwartet, dass Montini zwar die Linie von Roncalli fortsetze; ändern würden sich jedoch die Methoden: „Mehr Anwendung von diplomatischen Mitteln und Benutzung nichtöffentlicher Kanäle (etwa analog wie bei Pius XII, aber nur methodisch!), weniger massenpolitisch-direktes Auftreten wie bei Roncalli, ohne daß Montini völlig darauf verzichten wird. Methodisch wird der neue Papst sich auf einer Position zwischen Pius XII. und Johannes XXIII. bewegen, sich inhaltlich aber weitgehend an Roncalli anlehnen.“

Keine Kursänderung

In der Aktennotiz vom 10. Juli 1963 wird auf die langjährigen Erfahrungen Montinis im Staatssekretariat verwiesen („etwa 20 Jahre im Vatikan“). Es sprächen „mehrere sichere Indizien dafür, daß er seit Jahrzehnten zielbewusst seine Wahl zum Papst betrieben“ habe. Seltsam kryptisch die Schlussfolgerung der „Kirchenexperten“ der Stasi: Dies gehe „von seinem Auftreten auf dem Konzil bis zur Ausnutzung der Mythologie und des Aberglaubens.“

Im deutschen Klerus habe es im Zusammenhang mit der Wahl Montinis Befürchtungen gegeben, dass er unter Umständen wieder eine kirchenpolitisch reaktionäre Richtung einschlagen würde. Dies habe sich geändert, „als Montini die Fortsetzung des Kurses von Johannes andeutete.“

Schließlich noch etwas „Gossip“. Die unbekannte Quelle liefert entsprechenden Stoff: Deutsche Kleriker hätten gezielt die Vermutung in die Presse lanciert, der Kardinal von Bologna zähle zu den möglichen Papst-Kandidaten, „kirchenpolitisch recht fortschritt-

lich, aber allgemein-politisch reaktionär eingestellt.“³¹ Eine „rein journalistische Ente“ sei die Nennung von Kardinal Bea gewesen.³² Die Kurie sei sich darin einig, „daß erstens keinesfalls ein Jesuit zum Papst gemacht wird und zweitens, sei Bea als Chef des Sekretariats für die Einheit der Christen in dieser diffizilen Angelegenheit viel zu stark engagiert, als daß man ihn hätte zum Papst machen können.“

Soweit die kirchengeschichtlichen Ermittlungen der sozialistischen Staatssicherheit vor der Papstwahl 1963. Diesmal ist von einer Quelle die Rede, „welche gute Beziehungen zum deutschen katholischen Klerus unterhält. Die Quelle habe „bisher ehrlich“ berichtet.

Hinter den Kulissen

Die kommunistischen Nachrichtendienste hatten schon die Vorbereitungen für das Konklave abgedeckt, wie bereits dargestellt. Eine weitere Information aus ungarischer Quelle „Über die Wahl des neuen Papstes“³³ erreichte ebenfalls, wenn auch erst nachträglich, das MfS. Die Mitteilung hatte fürs Erste wohl nur archivalischen Wert. „Einzelne Gruppierungen des Vatikans führten bereits Besprechungen hinsichtlich der Wahl eines neuen Papstes und das Staatssekretariat begann ebenfalls mit der Organisierung des Konklaves“, heißt es in der Mitteilung. „Kandidat der konservativen Gruppierung Ottavianis“ sei Kardinal Ildebrando Antoniutti.³⁴ Jedoch habe sich der Druck dieser

³¹ Giacomo Lercaro (1891-1976) Erzbischof von Ravenna und Cervia (1947), Erzbischof von Bologna (1952-1968). 1953 Kardinal. Galt 1958 und 1963 als „papabile“. Bologna war in jenen Jahren eine Hochburg der italienischen Kommunisten. Lercaro war für sein soziales Engagement bekannt: „Ich bin arm geboren, habe arm gelebt und werde das nicht vergessen.“ Unter Johannes XXIII. wird aus dem leidenschaftlichen Antikommunisten ein Kirchenmann der Offenheit und des Dialogs. Er nimmt am Zweiten Vatikanischen Konzil teil und galt als einer der Neuerer in der Kirche, insbesondere als ein Vorreiter der Liturgie-Reform. Er setzte sich für die Kirche der Armen Lateinamerikas ein und zählte zu den schärfsten Kritikern des Vietnam-Krieges.

Wird bei seinem Besuch 1959 in den USA von dem Apostolischen Delegaten Egidio Vagnozzi als der „amerikanischste unter den italienischen Kardinälen“ begrüßt. In einer Predigt am Weltfriedenstag der katholischen Kirche, dem 1. Januar 1968, verurteilt er die amerikanischen Bombenangriffe auf Vietnam. Die geht der Kurie offensichtlich aus politischen Gründen (Rücksichtnahme auf die USA) zu weit. Der Papst empfiehlt seinem Bischof, „aus Altersgründen“ zurückzutreten und nimmt die Resignation auch an. Lercaro empfindet die Form seiner „Pensionierung“ jedoch als einen provozierten Rücktritt. Paul VI., von der öffentlichen Kritik bewegt, bietet Lercaro an, in sein Amt zurückzukehren (ein einmaliger Vorgang in der Kirche. Lercaro lehnt ab, Paul VI. versucht durch Übertragung repräsentativer Aufgaben die Demütigung zu lindern.

³² P. Augustin Bea S.J. (1881-1968), Jesuit, 1959 zum Kardinal ernannt, 1962 zum Bischof geweiht. Namhafter Bibelwissenschaftler, internationale Erfahrungen im Rahmen der Gesellschaft Jesu, anerkannter Universitätslehrer, Präsident des Sekretariats für die Förderung der Einheit der Christen. Maßgeblich an der Erklärung „Nostra Aetate“ (hier die Erklärung über die Beziehungen zum Judentum; „Keine Gottesmörder“) und dem Ökumene-Dekret beteiligt.

³³ MfS HA XX/4 – Nr. 212. Anschreiben Sekretariat Minister v. 4. 9. 1963 (VM/VD 121/63 und Anlage: Information der Sicherheitsorgane der VR Ungarn: 1. „Über die Wahl des neuen Papstes“; 2. Über den Standpunkt des Kardinals Ottaviani“.

³⁴ Ildebrando Antoniutti (1898-1974), langjähriger Vatikan-Diplomat, vor dem Zweiten Weltkrieg u.a. in China und in Albanien. 1962 Kurienkardinal. 1963 Präfekt der Kongregation für die Ordensleute, 1974 Camerlengo des Kollegiums der Kardinäle.

Gruppierung in der letzten Zeit auf die Kardinäle verringert. Der „fortschrittliche Flügel“ des Vatikans möchte auf dem Päpstlichen Stuhl den Kardinal Montini sehen, der die von Papst Johannes XXIII. begonnene Politik fortführen und das ökumenische Konzil beenden würde, wobei ursprünglich vor dem Konzil gestellte Ziele verwirklicht worden wären.“

Der Informant der ungarischen Stasi ergeht sich im weiteren Verlauf seiner Mitteilungen in weniger substantielle Spekulationen. Montini würde „den amerikanischen Erzbischof Fulton Sheen³⁵ zum Staatssekretär und Kardinal ernennen, bei dem es sich um einen Gegner Speelmans³⁶ handelt.“ Auch weiß er zu berichten, dass „in Kreisen des Vatikans“ „die Kardinäle Wyszynski und Spellmann“ „vorgesehen wurden.“ Es könne jedoch „mit Sicherheit behauptet werden, daß einer der italienischen Kardinäle zum römischen Papst gewählt wird.“

Tauben und Falken

Wie sie von einer angeblich vertraulichen Beratung des „linken Flügels“ der Papstwähler Wind bekommen hatten, den vatikanischen „Tauben“ so wussten die ungarischen Spione auch über die konservativen Gegenspieler, die „Falken“ zu berichten. Zielscheibe vor

³⁵ Erzbischof Fulton Sheen (1895-1979), von 1941 bis 1966 „unterstützender“ Bischof im Erzbistum New York, Nationaldirektor der Gesellschaft für die Glaubensverbreitung, wegen seiner tiefen Spiritualität von weiten Kreisen der Bevölkerung geachtet, beeindruckend auch in seinen Predigten, wobei er die modernen Massenmedien wie Radio und Fernsehen nutzte.

³⁶ Kardinal Francis Spellmann (1889-1967), Erzbischof von New York, „erkonservativ, antikommunistisch“ (vgl. Schweizer „Katholischer Mediendienst“ v. 27. 6. 2005). Von 1925 bis 1931 in Rom, u.a. als erster US-amerikanischer Assistent im vatikanischen Staatssekretariat. Angeblich von seinen kirchlichen Vorgesetzten beauftragt, eine antifaschistische Enzyklika des Papstes aus Italien zu schmuggeln, kehrt er in die USA zurück. Gemeint ist das Rundschreiben „Quadragesimo Anno“, 1931 von Papst Pius XI. veröffentlicht zum 40. Jahrestage von „Rerum Novarum“, der Sozialenzyklika von Leo XIII. (für die „Sache der Arbeiterschaft“). Der Diktator Mussolini regiert das faschistische Italien (1922-1943). Der Papst spricht von „Hetzern zum Klassenkampf“ und der „Gefahr des Radikalismus“ und fordert eine „geschlossene Angriffsfront“ gegen „falsche Ideen“.

Spellmann ist ab 1932 Weihbischof in Boston, ab 1939 Erzbischof von New York. 1946 von Papst Pius XII zum Kardinal ernannt. Er gilt als einflussreichster katholischer Kircheführer in den USA, die „Stimme von Pius XII“ in der Neuen Welt, manche nennen ihn den „Amerikanischen Papst“. Gleichzeitig oberster römisch-katholischer Militärbischof (Vicarius Castrensis). Er besuchte wiederholt US-Truppen in Korea und in Südvietnam. 1966 erklären die amerikanischen Bischöfe in ihrer Stellungnahme „Frieden in Vietnam“ den Krieg in Südostasien für gerechtfertigt.

Spellmann ist der stärkste Befürworter dieser Position, „bis zum bitteren Ende“ (vgl. „Amerika“, Wochenschrift, von Jesuiten herausgegeben, Ausgabe vom 1. Juli 2000). Die amerikanischen GI's bezeichnet Spellmann als „Soldaten Christi“, die christliche Zivilisation verteidigen. Den Bolschewismus sieht er sozusagen leibhaftig in der Sowjetunion verkörpert.

1968 hatte Papst Paul VI. seine Tiara abgelegt und diese den amerikanischen Katholiken zum Dank für ihre Spenden zugunsten der Armen in der Welt geschenkt. Spellmann brachte die damals auf zehntausend US-Dollar geschätzte Papstkrone zunächst nach New York. Seit dem 30. Juni 1968 im Nationalheiligtum Unserer Lieben Frau von der Unbefleckten Empfängnis in Washington ausgestellt.

Kardinal Francis Spellmann (1889-1967), seit 1939 Erzbischof von New York, 1946 von Pius XII. zum Kardinal erhoben. Galt als erkonservativ und politisch-militant. (Steht hinter dem amerikanischen „antikommunistischen“ Militäreinsatz in Vietnam). Als „American Pope“ von den einen bewundert, von seinen Kritikern verurteilt.

allem der New Yorker Erzbischof Kardinal Spellmann, sozusagen der „Achsenpartner“ des Erzfeindes der Kommunisten, Alfredo Ottaviani.³⁷

Die „amerikanischen Bischöfe und amerikanische politische Kreise“ drohten mit ökonomischen Sanktionen, wenn der Papst Personen an die Spitze von Kurienbehörden beruft, die nicht das Vertrauen der Amerikaner haben. Auf deren Druck hin habe der Papst einige „Modernisten der Kirche“ entlassen und in Pension schicken müssen. Schlimmer noch: Die amerikanischen Bischöfe verwendeten bei der Durchsetzung ihrer Forderungen mit „Vorliebe die Methoden der Erpressung.“³⁸

Wie diese „Erpressung“ aussehen würde, hatten die ungarischen Sicherheitsorgane in einer früheren Mitteilung zu behauptet, im Zusammenhang mit der Ernennung von Terence Cooke³⁹ als Nachfolger von Kardinal Spellman als Erzbischof von New York. Cooke habe Kardinal Vagnozzi⁴⁰ dem Präfekten des Vatikans für Wirtschaftsangelegenheiten brieflich versichert, „dass die Katholiken der USA auch weiterhin dem Vatikan allseitige materielle Unterstützung gewähren würden, wie das auch zu Lebzeiten Kardinal Spellmans (*Schreibweise im Original im Original des Agentenberichts*) der Fall war, wenn sich das Konsistorium verpflichtet, keine entschiedenen Positionen gegen den Vietnamkrieg zu beziehen, sondern es bei allgemeinen Aufrufen zur Lösung der Fragen bewenden lasse, wie das auch früher gemacht wurde.“ Cooke habe Vagnozzi zu verstehen gegeben, dass er keine Einwände erheben werde, wenn das Konsistorium den Dialog mit den kommunistischen Regierungen führe, „aber es darf nicht seine Position hinsichtlich der amerikanischen Außenpolitik darlegen, weil sonst dem Vatikan die Hilfe entzogen wird.“

Die Ungarn fügen hinzu, nach ihren Informationen seien nach dem Tod Kardinal Spellmans die Hilfssendungen für den Vatikan eingestellt worden. Vor allem die Gelder des New Yorker Bistums trügen in beträchtlichem Maße zu den Einnahmen des Vatikans bei. Die Ungarn wollen auch den wahren Hintergrund dieser Geldgeschichte kennen: ein Plot gegen den „Führer des modernistischen Flügels“ des italienischen Episkopats, Kardinal Lercaro. Dieser habe „systematisch“ eine Position gegen die aggressive Politik der Amerikaner“ eingenommen und sei „besonders scharf am 1. Januar 1968 anlässlich des von Papst verkündeten Tages des Friedens“ aufgetreten. Diesen Lercaro also wollten die Amerikaner weg haben, wenn man den „Informationen“ der Ungarn folgt. Die US-Bischöfe hätten entsprechenden Druck auf den Papst ausgeübt, nämlich mit der Androhung, dem Vatikan die finanzielle Unterstützung zu entziehen.

Paul VI. schickt den ihm nahe stehenden Bologneser zwar unter seltsamen Umständen in den Ruhestand, (s. Folge 4, Fußnote Nr. 10), lässt ihn aber auch nicht vollständig fallen. Er entsendet ihn als päpstlichen Legaten für den 39. Eucharistischen Weltkongress nach Bogotá und die Zweite Generalkonferenz der lateinamerikanischen Bischofs-

³⁷ Vgl. MfS HA X/4 – Nr. 212.

³⁸ Vgl. MfS HA XX/4 – Nr. 652, die „Informationen“ aus der Abteilung X vom 22.5. 1968. Tgb.-Nr. X/1540/68 – vom 27. 8. 1968 Tgb.Nr. X/ 2399 / 68 – vom 13. 9. 1968, Tgb.-Nr. X / 2509/68 sowie

³⁹ Terence James Cooke (1921-1983), Erzbischof von New York/ Militärbischof (ab 1968) Kardinal 1969.

⁴⁰ Egidio Vagnozzi (1906-1980). ab 1930 im Staatssekretariat, div. diplomatische Missionen, u.a. 1932-1942 in der Apostolischen Delegation in Washington, 1958 dort Apostolischer Delegat. 1967 Kardinal, 1968 Präfekt der Kongregation für die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Heiligen Stuhls.

konferenzen (CELAM) in Medellin. Man wird sich also in Kolumbien sehen. Im Vorfeld hat der ungarische Sicherheitsdienst eine „zuverlässige Quelle“ angezapft, die Einzelheiten aus einer angeblichen „privaten Unterhaltung“ mit Lercaro weitergibt. Auf den Punkt gebracht: Lercaro ist das Opfer einer vereinten politisch-klerikalen Fronde, bestehend aus vatikanischen, latein- und us-amerikanischen Hardlinern. Lercaro habe erzählt, dass er dreimal in Medellin sprechen werde, seine Beiträge aber „in schriftlicher Form beim Staatssekretariat zur Bestätigung vorlegen müsse, wo sie ins Spanische übersetzt und darauf hin untersucht würden, ob sie nicht irgendetwas enthalten, was nicht mit der offiziellen Position des Vatikans übereinstimmt.“ Lercaro habe in diesem Gespräch bedauert, dass er nicht frei sprechen könne und gesagt, dass er am liebsten auf diese Reise verzichten würde.

Lercaro habe auch die Auffassung vertreten, dass es vielleicht besser sei, wenn der Papst auf die Reise verzichte. Warum? Nun, Lercaro befürchte zwar keinen Anschlag, wohl aber Störungen des Kongresses, die den Ruf der Kirche nachhaltig schädigen. Außerdem sei der Papst gehalten, „sehr diplomatisch“ zu sprechen, „was wiederum zu Enttäuschungen bei den Massen führen wird.“ Aber auch vatikanische Kurienprälaten des konservativen Lagers seien gegen die Papst-Reise, offenbar in der Sorge, der Papst könnte „zu weit“ gehen in seiner Sympathie für die leidenden Völker Lateinamerikas. Käme die Reise nicht zustande, wäre dies „auch vom Gesichtspunkt der Untergrabung der Autorität des modernistischen Kardinals Lercaro nützlich.“ Wenn er seine Rede vor der lateinamerikanischen Bischofskonferenz entsprechend den Anweisungen des Papstes und des Staatssekretariats halte, verliere er seine Autorität bei den modernistischen Bischöfen, halte er sich aber nicht an die Anweisungen, werde der Papst mit ihm nicht zufrieden sein. Dieser wiederum soll sich nicht gerade erfreut darüber gezeigt haben, daß die Amerikaner ihre Hand im Spiel haben.

Lercaro, bekannt für seine Parteinahme für die Armen in der Welt, habe sich kritisch darüber geäußert, dass die rechten Bewegungen in Lateinamerika auf Initiative der USA und mit deren finanzieller Hilfe organisiert worden seien. Wenig erfreut habe er sich darüber gezeigt, daß Paul VI. das Angebot angenommen habe, während des Aufenthaltes in Bogota einen US-amerikanischen Hubschrauber zu benutzen. Außerdem würden die USA dem eucharistischen Kongress „eine große Summe“ zur Verfügung stellen, „in der Hoffnung, dass sie damit die Erfüllung ihrer Pläne in Lateinamerika vorantreiben können“, so der Informant des ungarischen Geheimdienstes.

Auch im Vatikan selbst räuspern sich nach den Informationen des Zuträgers der Ungarn die Widersacher Lercaros und anderer „Modernisten“ vor der Lateinamerika-Reise des Papstes. Paul VI. habe sowohl die Erzbischöfe von New York und Winnipeg (Kanada) sowie den vatikanischen Beobachter bei der UNO und den argentinischen Arbeitsminister empfangen. Ebenso aber auch den „progressiven brasilianischen“ Erzbischof von Olinda und Recife, Dom Helder Camara. Im Vatikan, forderten „viele die Köpfe der lateinamerikanischen „roten Bischöfe“, meldet der V-Mann der ungarischen Stasi. Dazu zähle auch Erzbischof Camara, aber die vatikanische Bischofskongregation wolle aus ihm keinen Märtyrer machen, jedenfalls nicht vor der Abreise des Papstes nach Bogotá.

Selbst wenn alle dagegen waren – Erzbischof Benelli, der Substitut im Staatssekretariat soll, um den Gesundheitszustand des Papstes besorgt, versucht haben, Paul VI. die Reise nach Lateinamerika auszureden – aber Montini reiste nach Kolumbien und die Kirche auf dem Subkontinent proklamierte „nach Medellin“ die „vorrangige Option für die Armen“. Das Volk schöpfte neue Hoffnung, an den Universitäten wurde eine „Theologie der Befreiung“ gelehrt und in so genannten christlichen Basisgemeinden umgesetzt. Manche hielten im „Kampf der unterdrückten Massen“ ein Zusammengehen mit Kommunisten für möglich. Das konnte nicht gut gehen – politisch nicht und von „Rom“ aus gesehen nicht.

Zurück in das Jahr 1963: Die ungarischen Agenten berufen sich wiederum auf ihre vaticanische Quelle, wonach sich der als streng konservativ geltende Kurienkardinal, Sekretär des Heiligen Uffiziums (der Glaubensbehörde) sich „im vertraulichen Kreise“ über die Spaltung der italienischen Christdemokraten in einen linken und einen rechten Flügel ausgelassen haben soll. Entschuldigend habe er auch dargelegt, dass er in Kreisen des Vatikans „eine große Zahl von Feinden“ habe und deshalb in der letzten Zeit gezwungen gewesen sei – „ohne seinen Standpunkt zu verschmähen und zu ändern“ – „aus taktischen Gründen“ sein Verhalten zu verändern, um im Interesse einer wirksamen Arbeit vor den Augen seiner Feinde seine Tätigkeit zu verbergen.“ Sodann habe Ottaviani „die größten Fehler von Papst Johannes XXIII.“ angesprochen: Aus innenpolitischer Sicht indirekt oder direkt die Gruppierung der Christlich-Demokratischen Partei unterstützt zu haben. Außenpolitisch sei er mit seinem persönlichen Sekretär Capovilla „den Kommunisten in die Falle gegangen.“ (*Gemeint ist Loris Francesco Capovilla. Dieser wird als „Helfersbelfer“ bezeichnet, „der die gleiche linke Einstellung wie Kardinal Montini“ besitzt.*)

Ottaviani habe die Audienz für das Ehepaar Adschubej (Tochter und Schwiegersohn von Chruschtschow)⁴¹ durch den Papst kritisiert, ebenso die Verhandlungen von Johannes XXIII. „mit den Regierungen der sich hinter dem eisernen Vorhang befindlichen Länder, wodurch in den Köpfen der Katholiken das reinste Chaos entstand, was von den Kommunisten im Weltmaßstab ausgenutzt wird.“ Für Ottaviani sei „die Befreiung des ukrainischen Bischofs Slipij⁴² sowie die Sanktion der Moskauer Regierung

⁴¹ Am 7. März 1963 empfing Johannes XXIII. das Ehepaar Adschubej (Chruschtschows Schwiegersohn Aleksej und Rada, die Tochter des Kremlchefs) in Privataudienz im Rahmen eines Journalistenempfangs.

⁴² Kardinal Josyf Slipij-Kobernyc`kyj-Dyckovs`kyj (geb. 1892 in der Ukraine, gest. 1984 in Rom), griechisch-katholischer Großerbischof von Lemberg (L'viv), Metropolit von Halych (polnisch: Halicz, deutsch: Halitsch) und Bischof von Kamjanez, ab 1945 in sowjetischer Lagerhaft, nach 18 Jahren auf Grund der Bemühungen von Papst Johannes XXIII. freigelassen, ins römische Exil. Bemüht, die 1946 in die russische orthodoxe Kirche gezwungenen Unierten in die Eigenständigkeit zurückzuführen, auf der Grundlage der mit dem Papst vereinbarten Union von Brest aus den Jahren 1595/96. Von Papst Paul VI. zum Kardinal erhoben (1965), ernannte er sich gegen die aus politischen Gründen (Rücksichtnahme gegenüber der Orthodoxie) verweigerte Zustimmung des Apostolischen Stuhles zum Patriarchen von Kiev und Halicz und der ganzen Rus.

für die Verleihung des Balzan-Friedenspreises⁴³ an den römischen Papst nichts anderes, als „erfolgreiche Schritte der kommunistischen Propaganda.

Auch zum Fall Mindszenty⁴⁴ soll sich Ottaviani geäußert haben. Der ungarische Kardinal werde niemals sein Volk verlassen. Mindszenty gehe davon aus, „daß die ungarische Regierung diese Flucht ausnutzen werde, um zu beweisen, daß er – nachdem er seine Gemeinde betrogen hat – für ein bequemerer Leben den Ort seiner Leiden verläßt.“ Schließlich habe sich Ottaviani lobend über Kardinal Schiri aus Genua geäußert.⁴⁵ Dieser vertrete den gleichen Standpunkt wie Ottaviani und vertrete die Meinung, dass „wenigstens 50 Jahre erforderlich sein werden, um die vom jetzigen Papsttum begangenen Fehler zu korrigieren.“

(Die Angaben seien nicht überprüft, stammten jedoch „von einer glaubwürdigen Quelle“, stellt der Sachbearbeiter der Information der ungarischen Dienste abschließend fest. Sie ist an dieser Stelle mit allem Vorbehalt wiedergegeben und allein, um die nachrichtendienstliche „Aufklärung“ zu erhellen. Materialien dieser Art, konnten ungeachtet ihrer fragwürdigen Qualität geeignet, sie für die operative Maßnahme der Zersetzung einzusetzen, gegensätzliche Gruppierungen innerhalb der Kirchenführung gegeneinander auszuspielen und die vatikanische Diplomatie insgesamt in Misskredit zu bringen, d.h. zu schwächen.)

Chinesische Passion

In die Schreibearbeit zu Stasi-Informationen aus der Zeit des Pontifikats von Papst Paul VI. platzen weitere verwirrende Nachrichten aus der Volksrepublik China, geschehen Anfang September 2007. Ein Bischof der „romtreuen Untergrundkirche“ in der Diözese Yong Nian in der Provinz Hebei sei auf mysteriöse Weise gestorben, berichtet die in den Vereinigten Staaten ansässige „Kardinal Kung Stiftung“. Insgesamt 35 Jahre seines Lebens habe Bischof Han Dingxiang in Arbeitslagern, im Gefängnis oder unter Hausarrest verbracht. Zur Todesursache des Geistlichen, der 71 Jahre alt wurde, würden die Behörden schweigen; sie hätten jedoch angeordnet den Leichnam des Geistlichen umgehend einzuäschern. Die sei in einer Art „Nacht-und-Nebel-Aktion“ geschehen. Wie weiter bekannt wurde, sei der Bischof einer „nicht näher spezifizierten Erkrankung“ erlegen, nachdem er aus der Haft in ein Krankenhaus verlegt worden sei.

⁴³ Balzan-Preis, seit 1961 in verschiedenen Sparten von der Internationalen Balzan-Stiftung verliehen, einer der bedeutendsten und hochdotiertesten Auszeichnungen der Welt, benannt nach dem italienischen Journalisten Eugenio Balzan (1874-1953). Papst Johannes XXIII. erhielt 1962 den Balzan-Preis für Frieden, Humanität und Brüderlichkeit unter den Völkern.

⁴⁴ Zum „Fall Mindszenty“ siehe „In den Fängen der Stasi“ (Folge 9) unter <http://blog.kath.de/kaltefleiter>.

⁴⁵ Kardinal Giuseppe Siri (1906-1989), Erzbischof von Genua, zum „reaktionären“ Flügel des italienischen Episkopats zählend, zurückhaltender formuliert: zu den „konservativen Kreisen“ um Kardinal Ottaviani. Umstritten seine Rolle nach dem Krieg als „Fluchthelfer“, der angeblich auch wegen Kriegsverbrechen gesuchten Angehörigen der SS die Flucht nach Übersee, insbesondere nach Lateinamerika, durch „logistische Unterstützung“ ermöglichte. Im Geheimdienst-Jargon werden getarnte Fluchtwege auch als „Rattenlinie“ (engl. rat-line) bezeichnet.

Am selben Tag eine zweite Meldung: Die südchinesische Diözese Guizhou habe einen neuen Weihbischof. Der von der Patriotischen Vereinigung vorgeschlagene Kandidat, Pater Paolo Xiaou Zejiang sei vom Vatikan anerkannt worden. Damit habe Papst Benedikt bereits den zweiten mit Billigung der Staatsmacht ernannten Bischof akzeptiert. Wie Ende Juli die Weihe von Josef Li Shan als Bischof von Peking. Obwohl die Patriotische Vereinigung, die als katholische Staatskirche gilt, den Papst nicht als Oberhaupt anerkennt.

Es scheint, als werde die „offizielle Linie“ von der chinesischen Führung modifiziert, wie auch der Vatikan sich offenbar flexibel zeigt, mit dem Ziel einer „vietnamesischen Lösung“ – etwa durch einen den Verhältnissen entsprechenden Wahlmodus für die Hierarchie. Benedikt XVI., der im Mai noch mit einem Brief an die chinesischen Katholiken auf seinen Jurisdiktionsprimat verwies und „die Ernennung von Bischöfen durch die Staatskirche als unvereinbar mit dem Kirchenrecht abgelehnt habe, wende sich immer mehr gegen die katholische Untergrundkirche im Land, die sich weiterhin nur Rom verpflichtet sehe schreibt Die ZEIT in ihrer Internet-Ausgabe.⁴⁶

Zersetzungsbearbeitung der Stasi

Zurück zu den Problemen der 60er und 70er Jahre in Europa. Die Spannungen zwischen „konservativem“ und „progressivem“ Flügel in der römischen Kurie bleibt für die Staats-Agenten des Ostens auch in den folgenden Jahren ein begehrtes Objekt ihrer Spionagetätigkeit. Nichts bleibt unversucht, Material zu konstruieren, das sich für geheimdienstliche Zersetzungsbearbeitung eignen könnte, in diesem Fall, um die im Vatikan vermuteten antagonistischen Kreise gegeneinander auszuspielen. Auch Paul VI. erhält in dieser Fabrikation einen wechselnden Anstrich; vom nützlichen „Progressisten“ dank seiner „linken“ Ansichten zum reaktionären „Konservativen“ – wie es am besten ins Klischee passt.

Eine „Information“ des ungarischen Geheimdienstes⁴⁷ über die Tätigkeit des Papstes in den ersten fünf Jahren seiner Amtszeit führt aus, Paul VI. habe „einige bedeutsame Schritte im Interesse der Modernisierung der Kirche“ getan, aber auch „der Haltung der Konservativen Aufmerksamkeit“ geschenkt und sei „sorgfältig darauf bedacht“ gewesen, „das Gleichgewicht der Kräfte in der Kurie zu erhalten. Anfang 1968 aber habe man schon beobachtet, „dass der konservative Flügel in den Vordergrund trat.“

In einer am 30. Juni erlassenen Erklärung habe der Papst „den Modernismus, der auf theologischem Gebiet zu beobachten ist“, verurteilt und die konservative Theologie in Schutz genommen. Zu der „neuen Linie“ des Papst wird ein „englischer Mitarbeiter der Kurie“ zitiert: „Kardinal Siri hat vorausgesagt, dass 50 Jahre notwendig sein werden, um die Tätigkeit Johannes XXXIII. zu zerschlagen, aber Papst Montini hat bewiesen, dass er das innerhalb von fünf Jahren tun kann. Wenn das so ist, dann kann das zweite Jahr-

⁴⁶ Vgl. The Cardinal Kung Foundation, Stamford, CT., Press-Release 11. 9. 2007, sowie DIE ZEIT, ZEITUNG und „Katholisches – Magazin für Kirche und Kultur. Jeweils Internetausgabe vom 11. 9. 2007.

⁴⁷ MfS-Abteilung X v. 6.12. 1968, Tgb. Nr. X/3121/68); „Über die Tätigkeit Papst Paul VI.“

fünft der Tätigkeit Papst Paul VI. nur so erklärt werden, dass es sich um eine Periode der Restauration handeln kann.“

Selbst das ferne Afrika ist den östlichen Geheimdiensten nicht fern genug, um nicht noch Stoff für ihre antikirchliche Agitation zu finden.

1969 hatte Papst Paul VI als erster Papst der Geschichte (jedenfalls der Neuzeit) den „Schwarzen Kontinent“ besucht (vom 31. Juli bis 2. August in Uganda) und in Kampala, zum Abschluss des ersten Symposiums afrikanischer Bischöfe die Katholiken Afrikas aufgerufen, „afrikanische Kirche“ zu werden. Vorausgegangen war seine Botschaft „Africae terrarum“ an die Katholiken Afrikas vom 29. Oktober 1967, der afrikanischen religiösen Tradition gewidmet, eines der wichtigsten frühen Dokumente der Zeit nach dem Konzil. Eine geplante Pastoralreise nach Afrika musste wegen der Nahost-Krise und des Gesundheitszustandes von Paul VI. verschoben werden. Sowohl der Afrika-Brief wie auch ein entsprechendes Schreiben an die Kirche in Lateinamerika sollten im Zusammenhang mit seinen Reisen auf die beiden Kontinente veröffentlicht werden. (Die Reise nach Bogotá fand im August 1968 statt). 1970 empfing Paul VI. dann führende Vertreter der Befreiungsfront FRELIMO, die für ein unabhängiges Mozambique kämpfte. (1973 gewährte Portugal seinen afrikanischen Überseeprovinzen innere Autonomie. Mozambique ist seit 1975 unabhängig.) Im Vatikan gab es, wie die Ost-Agenten herausfinden, melden, Widerspruch zu Pauls afrikanischen Sympathien.

In einer siebenseitigen Stellungnahme, wie üblich als „Information“ weitergegeben, wird dieser „Aufruf“ des Papstes zerpfückt. „Wegen der Unklarheit der gegenwärtigen Lage und um die Darlegung der Position zu heiklen außenpolitischen Fragen zu vermeiden, wandte sich Paul VI. in Form eines Aufrufes an die Völker Afrikas.“ Während eine Enzyklika eine „tiefgehende doktrinaire Motivierung und die Darlegung eines entschiedenen Standpunktes verlange, lasse ein Aufruf das Verschweigen heikler Probleme zu. Über den Entwurf sei es auf der Plenarsitzung der Kongregation für die Glaubensverbreitung „zu ernstern Diskussionen“ über die Entwürfe des Staatssekretariats gekommen.

Vor der Veröffentlichung sei der Aufruf auf der Synode der afrikanischen Bischöfe erörtert und gebilligt worden, besonders die Auslegung der geistlichen Traditionen der afrikanischen Völker. Sie hätten auch „keine Einwände gegen die Betonung der Schattenseiten der gegenwärtigen Lage in Afrika erhoben.“

Jedoch bemängeln die afrikanischen Oberhirten, wie die „Information“ herausstellt, „die Kritik an der vergangenen Tätigkeit der Missionare“ als „unbefriedigend“. Sie hätten sich dafür ausgesprochen, „dass die Gefahr des kommunistischen Eindringens und des Neokolonialismus in gleicher Weise erwähnt werden.“

Solche Wünsche aus Afrika entsprachen, jedenfalls dürfte dies „Quelle“ der Ungarn mit ihrer „Information“ beabsichtigt haben, den Vorstellungen der vatikanischen Hardliner. In einer anderen Mitteilung heißt es, die Kardinäle Ottaviani und Marella⁴⁸ würden vor allem die antikommunistische Bedeutung der portugiesischen Kolonien betonen.

⁴⁸ Paolo Marella (1895-1984), vatikanische Karriere-Diplomat mit Stationen in den USA, im Fernen Osten, Australien, Ozeanien, Frankreich. 1959 Kardinal, Teilnahme am Zweiten Vatikanischen Konzil, von 1964-1973 Präsident des Rates für die Nicht-Christen.

„Obwohl die Extreme der portugiesischen Kolonialisten unverzeihlich“ seien und „mit der kirchlichen Position unvereinbar“, dürfe man keine unvorsichtigen Erklärungen an ihre Adresse zulassen, so die vatikanischen Purpurträger, weil dies „Wasser auf die Mühlen der Kommunisten“ sei.

Auch an dem Aufruf des Papst sollen die afrikanischen Bischöfe dann doch auch grundsätzlich gemäkelt haben. „Die versprochenen Änderungen“ seien aber nicht in den Aufruf aufgenommen worden. Der Text habe nur „unwesentliche Änderungen“ erfahren. Darüber hätten sich „die Negerbischöfe“ enttäuscht gezeigt.

Ärger hat es offenbar auch zwischen dem Vatikan und Portugal gegeben, wie die Ungarn zu berichten wissen. Der portugiesische Botschafter beim Heiligen Stuhl habe, als er erfahren habe, dass die Erklärung „im Geheimen“ vorbereitet wird, Kardinalstaatssekretär Cicognani aufgesucht und gewarnt: „Wenn im Aufruf auf die Frage der portugiesischen Kolonien in Afrika eingegangen wird“, werde sich die portugiesische Regierung gezwungen sehen, „gegen die unverdiente Anschuldigung“ zu protestieren. Das portugiesische Imperium sei ein christlicher Staat und man könne ihn nicht von der religiösen und politischen Karte des vergangenen, heutigen und zukünftigen Afrika streichen.“

„Im Ergebnis wiederholter Verhandlungen“ sei Portugal „weder in positiver Hinsicht (das ist ein „Sieg“ des Heiligen Stuhls) noch in negativer Hinsicht erwähnt“ worden, „was für Portugal günstig ist.“⁴⁹

Wie viel wichtiger, als in Westeuropa zur Kenntnis genommen der Schauplatz Afrika und die vatikanische Kirchenpolitik von den sozialistischen Staatssicherheitsorganen genommen wurde, wohl auch im Hinblick auf die marxistisch orientierten Regimes, die sich an afrikanischen Küsten etabliert hatten, macht auch eine Information aus dem Jahre 1985 deutlich (also während des Pontifikats von Johannes Paul II.) Ohne zunächst auf politische Perspektiven einzugehen, sind selbst innerkirchliche Spannungen zwischen Rom und der „Ortskirche“ ein Objekt intensiver Bearbeitung durch Stasi-Kirchenexperten. Als Vorlage für ihre Einschätzung im Jahre 1985 dienen wohl die Ergebnisse der Tagung der (afrikanischen) Theologen der Dritten Welt 1984 und der Vollversammlung der afrikanischen Bischöfe im selben Jahr in Kinshasa, der Hauptstadt Zaires. (*ehem. Kolonie Belgisch-Kongo*).

Das Staatssekretariat verfolge mit einer gewissen Besorgnis die immer weiter um sich greifende so genannte „Afrikanisierung“ in den afrikanischen Kirchen. Die Anhänger „dieser schon seit etwa 10 Jahren existierenden Bewegung werden „hauptsächlich“ in der Kirchenleitung und unter den Theologen Zaires und Kameruns ausgemacht. Diese „stimulierten eine solche Autonomie für die afrikanischen Kirchen, die eine begrenzte Selbständigkeit „mit der Spezifik in dieser Region“ bedeuten würde. Auch in den Fragen der Liturgie, der Ernennung von Bischöfen, sowie des Zölibats würden afrikanische Lösungen angestrebt. Die Zeit zur Schaffung einer vom Vatikan unabhängigen afrikani-

⁴⁹ MfS – HA XX/4 Nr. 652 – Abteilung X v. 18.3. 1968 /Tgb. Nr. X 840 / 1968 „Der Aufruf Papst Paul VI. an die Katholiken Afrikas und das Problem der portugiesischen Kolonien in Afrika.“

schen Kirche sei gekommen, meint der (oder die Gruppe der Verfasser) der Einschätzung.

Als einer der Wortführer dieser „Los-von-Rom“-Bewegung wird der Kameruner Theologe Engelbert Mveng genannt. Dieser (er wurde später Opfer eines Mordanschlags) hatte sich im übrigen auch im Rahmen eines Gesprächs, das ich mit ihm führte, dafür ausgesprochen, der afrikanischen Tradition gegenüber einer Afrika durch die Missionare „aufgepfropften“ griechisch-römischen den Vorrang einzuräumen. (Eine große nachrichtendienstliche Leistung haben die Stasi-Experten in dieser Hinsicht nicht vollbracht; Texte zur afrikanischen Inkulturation füllten gerade in den 80er Jahren die Bibliotheken und waren auch in engagierten „Dritte-Welt-Kreisen“ des Westens en vogue. Von einer Loslösung der afrikanischen „Ortskirchen“ von der „Mater et Magistra“ in Rom konnte jedoch keine Rede sein. Die Gruppe der besagten Theologen – „unbedeutend“, stellte das Stasi-Dossier fest. Dennoch: „Angesichts der sich von den „europäischen wesentlich unterscheidenden sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse“ würde die Situation und die Rolle der afrikanischen Kirche „zu einer Reihe von Fragen „anders eingeschätzt als von Rom.“ Ein Teil der Theologen stehe auf der Seite der Gegner des Vatikans. Die entstandene Lage werde von den konservativen Kreisen des Vatikans pessimistisch bewertet. Von Rom würden zu viele Zugeständnisse gegenüber den modernistischen Strömungen zugelassen. Dies erkläre den „Zerfallsprozess neben der Säkularisierung.“ Das Staatssekretariat reagiere flexibel und wolle „damit dem Anwachsen der Widersprüche begegnen.“⁵⁰ – Am Schluss dann also die „Gebrauchsanweisung“ für die Leser dieses internen Stasi-Papiers. Gegensätze ausspielen, „zersetzen“ – die gängigen geheimdienstlichen Methoden.

Um auf Kardinal Ottaviani zurückzukommen. Dass er die Kommunisten „gefressen“ hatte, wusste nicht nur jeder in Italien. Es überrascht also nicht, dass die Stasi nicht von ihm abließ.

„Der Sekretär der Kongregation der Heiligen Kanzlei“ (*sie kennen noch immer nicht die richtige Bezeichnung des Sant' Ufficio*) der 77-jährige Kardinal Alfredo Ottaviani tritt am 1. Januar 1968 von seinem Posten zurück“, meldet der ungarische Geheimdienst. Einzelne vatikanische Kreise vermuteten, dass der Papst den „westdeutschen Kardinal Döpfner (Erzbischof von München und Freising) zum Nachfolger bestimmen werde. Dieser werde, anders als Ottaviani, sich nicht gegen den von der Kirche beabsichtigten Dialog mit den kommunistischen Ländern stellen. Mit dieser Personalentscheidung wolle der Papst „die Unzufriedenheit der Bischöfe und Regierungen hinter dem „Eisernen Vorhang“ verringern. – Eine „Information“, die „zweckdienlich“ sein sollte, aber in ihrer Qualität daneben lag.⁵¹ Der Kardinal blieb in Bayern und leitete die Deutsche Bischofskonferenz.⁵²

⁵⁰ MfS – HA XX/4 Nr. 210 (ex 13168) Abteilung X, v. 6. 6. 85. „Zur Situation der katholischen Kirche in Afrika“.

⁵¹ HA XX/4 Nr. 652 / Abteilung X v. 30. 1. 1968 / Tgb. Nr. X / 371 / 68 „Über die Rücktrittsabsichten des Kardinals Ottaviani. Der Kurienkardinal, durch und durch Römer, (1890-1979) war ab 1935 im Heiligen Offizium tätig, 1953 zum Kardinal erhoben leitete er zunächst die vatikanische Glaubensbehörde als Pro-Sekretär, ab 1959 als Sekretär. Mit dem Motu proprio „Integrae servandae“ vom 7. Dezember 1965 reformierte Papst Paul VI. diese „Hauptwache“ der Kirche. Ihre Kompetenzen wurden

Richtig freilich lagen die Stasi-Kirchenexperten mit ihrer Annahme, dass auch nach dem Rücktritt Ottavianis mit einem „der typischsten und einflussreichsten Vertreter der Konservativen“ gerechnet werden müsse. Ottavianis Demission dürfe nicht dahin gedeutet werden, dass der Papst „in der Frage des Dialogs“ nicht nur „den Flügel der Progressivisten“ unterstützen werde. Vielmehr werde die Haltung des Papstes „zwischen diesen beiden Richtungen auch in Zukunft schwankend und widersprüchlich“ bleiben. Insofern könne man auch Kardinal Döpfner „keinen Progressivisten“ nennen. Er sei eher ein „Zentrist“, was dem Papst bekannt sei.

Zielscheibe Montini

Das Ergebnis des Konklaves von Juni 1963 überraschte die östlichen Dienste nicht. In einer, allerdings erst im Dezember der HV V vom Mielke-Sekretariat übermittelten Information der „ungarischen Sicherheitsdienste“⁵³ heißt es: „Nach erhaltenen Angaben tauchte bereits vor einem Jahr, noch vor der Wahl des neuen Papstes, im Vatikan die Frage auf, wer Nachfolger des Papstes Johann XXIII. werden wird.“ In dieser „Information“ wird behauptet, „bereits zu dieser Zeit“ habe sich Kardinal Montini bemüht, „gewählt zu werden und verhielt sich so, daß während der Wahl des neuen Papstes die Aufmerksamkeit der Konservativen auf ihn gelenkt wird.“

Auf dem Ökumenischen Konzil sei Montini bestrebt gewesen, so der ungarische Geheimbericht, „Mittelsmann zwischen den Konservativen und den „Progressivisten“ zu sein, da er nicht wollte, dass man ihn für den Führer der „fortschrittlichen Strömung“ hält.“ Während der Konzilsvorbereitungen habe Montini „kein einziges Mal eine entschiedene Haltung gegen die konservativen Verfechter der Integration eingenommen und „die antikonservativen Angriffe der französischen, belgischen, holländischen und deutschen Kardinäle“ nicht offen unterstützt. „Die konservative Gruppe der Kardinäle, die die Kandidatur Montinis unterstützte“ habe gehofft, „dass an Montini die während des Papstes Pius XII. verbrachten 17 Jahre nicht spurlos vorübergegangen sind.“ Außerdem hätten sie gehofft, „dass Paul VI. ein sehr großes politisches Feingefühl und mehr diplomatische Fähigkeiten besitzen wird.“

Die in weitere Einzelheiten gehende „Information“ werden als eine „von einer glaubwürdigen Quelle“ stammend deklariert, seien „jedoch nicht überprüft.“

In der Sammlung des MfS wurde ein weiteres bemerkenswertes Papier gefunden. Es ist als „Information“ gekennzeichnet, jedoch ohne nähere Angabe der Quelle oder des übermittelnden Nachrichtendienstes.⁵⁴ Das Schriftstück enthält Mitteilungen „zur zukünftigen Politik des Papstes Paul VI.“ Zitiert wird „ein ehemaliger Mitarbeiter einer

neu definiert, ihre Strukturen verändert, fortan (auf Deutsch) als „Kongregation für die Glaubenslehre“ bezeichnet. Ottaviani leitete das Dikasterium bis zum 6. Januar 1968.

⁵² Kardinal Julius Döpfner (1913-1976), Bischof von Würzburg (ab 1948), von Berlin (ab 1957), Kardinal (1958), Bischof von München und Freising (ab 1961).

⁵³ Vgl. MfS HA XX/4 – 212. Anschreiben Sekretariat Minister v. 7. 12. 1963 (VM/VD 159/63) und Anlage: Information der Sicherheitsorgane der VR Ungarn „Über den römischen Papst Paul VI.“

⁵⁴ MfS HA XX/4 Nr. 212 v. 22. 7. 63, Reg. Nr. 566, Lfd. Nr. 1099.

wichtigen katholischen Institution, der Papst Paul VI., als er noch Kardinal in Mailand war, selbst kannte.“

Im Wortlaut heißt es dann (Schreibfehler, Grammatik, Orthographie, Interpunktion entsprechen dem Original): „Paul VI. wird im Großen und Ganzen die Linie von Johannes XXIII weiterführen, wobei er allerdings nicht in allen Fragen auf demselben „linken“ Standpunkt wie Johannes stehen wird.

Was die Frage des Konzils angeht, hat er schon bewiesen, dass er sich über alle Traditionen der katholischen Kirche hinwegsetzt und das Konzil nicht neu einberuft, sondern einfach „weitergehen“ lässt. In den Fragen, die die katholische Kirche betreffen, wird er die „weltoffene“ Linie von Johannes XXIII fortsetzen, um die katholische Kirche „einladender“ zu machen.

Paul VI. und die Frage des Friedens

Anders sieht es bei ausgesprochenen politischen Fragen aus. Was die Frage der Erhaltung des Friedens betrifft, wird er sich ebenso in Appellen zur Friedenspolitik Johannes XXIII bekennen, zur Abrüstung und zum Verbot der Atomwaffen. Doch wird zweifellos das Schwergewicht auf eine Hervorhebung und Gewinnung des sog. „inneren Friedens“, d.h. in erster Linie die Gewinnung des „Friedens mit Gott“ sein. Es ist durchaus damit zu rechnen, dass er zwar einer mehr realen Standpunkt zu dieser Frage einnimmt, doch mehr der Haltung des „Osservatore Romano“ in der Behandlung des Problems Krieg-Frieden nahe kommt.

In den Beziehungen zu den kommunistischen Ländern, insbesondere zur SU wird er keine so offene und weitergehende Haltung einnehmen wie Johannes. Zwar wird er die Realität des Bestehens des sozialistischen Lager anerkennen und zu keinen antikommunistischen Kreuzzug aufrufen, doch wird es unter seinem Pontifikat schwerlich zu solchen Erscheinungen wie der Adshubei-Besuch kommen. Seine Linie, d. h. die sich durchsetzende offizielle Linie der katholischen Kirche gegenüber dem sozialistischen Lager wird sein: Das sozialistische Lager besteht. Ein Krieg ist nicht möglich.

Die katholische Kirche will und muss weiter bestehen und gedeihen, auch unter sozialistischer Umgebung. Daher stille und intensive Arbeit auf kirchlichem und religiösem Gebiet, ohne mit dem atheistischen Staat „anzuecken“, Vermeidung aller „Widersprüche“, um bessere Arbeitsmöglichkeiten für die katholische Kirche zu gewinnen.

Die Haltung gegenüber der kommunistischen Lehre ist dagegen klarer. Paul VI. wird bestrebt sein, dass die Kirche und vor allem das Konzil ein klares und deutliches Wort gegenüber dem Kommunismus als Lehre spricht.

Was die Frage der Oder-Neiße-Grenze anbetrifft, so ist damit zu rechnen, dass auch die Haltung des neuen Papstes gegenüber der von Johannes nicht wesentlich anders sein wird. Kardinal Wyszynski⁵⁵ wird weiterhin ein Vertrauter des Papstes bleiben. Dabei ist zu beachten, dass Paul VI. als Kardinal bereits ein Jahr Nuntius im früheren Polen ge-

⁵⁵ Kardinal Stefan Wyszynski (1901-1981), Erzbischof von Gnesen und Warschau, Primas von Polen.

wesen ist und als Diplomat die polnischen Probleme kennt.“⁵⁶ Soweit die „Prognosen“ eines Informanten zur Wahl Montinis an die Spitze der römischen Kirche. Er lag nicht ganz richtig, aber auch nicht ganz falsch.

Wie nicht in allen Fällen bei „Informationen“, die dem Ostberliner MfS von den „Bruderorganen“ zugeht, ist diesmal eine „Einschätzung“ der bearbeitenden „Kirchenabteilung“ des MfS hinzugefügt: „Die Quelle ist noch nicht überprüft. Im Gespräch entstand der Eindruck dass er diese Fragen subjektiv ehrlich darlegte. Die Quelle hat überaus große Kenntnisse auf diesem Gebiet, sowohl aus der Vergangenheit her als auch, dass sie jetzt ständig Kontakt zu informierten katholischen Kreisen unterhält. Ohne dass die Quelle das Wort „ideologische Diversion“ gebrauchte, ging jedoch hervor, dass die ideologische Diversion der katholischen Kirche gegenüber den und in den sozialistischen Ländern in Zukunft die Hauptform des Kampfes des Vatikans gegen das soz. Lager sein wird.“ Die Stasi-Auswerter kommen zu dem Ergebnis: „Die Information kann allseitig ausgewertet werden.“

Wollte Paul VI. zurücktreten?

Giovanni Battista Montini war von schwächlicher physischer Konstitution, kränkelte und litt mit zunehmendem Alter, verstärkt nach schwierigen operativen Eingriffen, unter neuro-vegetativen Störungen, um es vornehm auszudrücken. Er trug, um es salopp zu formulieren, ein schwaches „Nervenkostüm“. Dieser Zustand konnte sich in schwierigen Entscheidungssituationen zu starken Schüben steigern, verbunden mit einem wachsenden Misstrauen gegenüber seiner engeren Umgebung aber auch gegenüber manchen Bischöfen der Weltkirche. So soll er „am 7. September, abends“, als er erfuhr, dass die Konferenz der lateinamerikanischen Bischöfe auf ihrer Versammlung im kolumbianischen Medellín „in ihre Resolution auch Ansichten aufgenommen hatte, die denen des Papstes widersprachen, indem sie erklärte „die Kirche ist friedlich, aber nicht streng pazifistisch und deshalb bereit zu kämpfen“, seinem Gesundheitszustand entsprechend reagiert haben.

Der Vatikan vermied zwar sorgfältig, dass solche Internas an die Öffentlichkeit drangen, aber die angeschlagene Gesundheit, des Papstes war nun mal ein „offenes Geheimnis“ und insofern schnell bei den Geheimdiensten, ob in Ost oder West. (Auch der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko kommt auf die erkennbar beeinträchtigte physische Verfassung des Papstes in seinen Anmerkungen zu seinem letzten Besuch 1975 im Vatikan zu sprechen.) Diese „Schwachstelle“ bei dem Mann, der das höchste Leitungsamt der katholischen Kirche bekleidete war ja so etwas wie das Siegfriedsche „Lindenblatt“, auf das man bei Bedarf zielen konnte. Jedenfalls bringen die ungarischen Va-

⁵⁶ Montini war bereits ab Mai 1923 bis Anfang 1924, als junger Absolvent der päpstlichen Diplomatenschule, in der Apostolischen Nuntiatur in Warschau tätig, als gerade mal ein halbes Jahr. Er kehrte aus gesundheitlichen Gründen nach Rom zurück und begann seine Karriere-Laufbahn im vatikanischen Staatssekretariat, bereits 1925 zum „Minutanten“ (Sachbearbeiter) ernannt, also schon in verantwortlicher Sachbearbeiter-Position.

tikan-Spione die „widersprüchlichen Gerüchte“ und „Symptome“, einschließlich einiger Details der Krankengeschichte und dem Verhalten des Papstes in von Extremsituationen ohne Umschweife zur Sprache. Respekt vor der Persönlichkeit und dem hohen Amt des Betroffenen spielt im nachrichtendienstlichen Milieu allenfalls eine untergeordnete Rolle.

In einer Meldung Anfang Januar 68 hatten die „Sicherheitsorgane der VR Ungarn“ Informationen weitergegeben, „dass Papst Paul VI. im Herbst dieses Jahres ein Dokument ausgearbeitet hat, in dem er seine Absicht darlegt, auf den päpstlichen Thron zu verzichten, wenn seine Gesundheit sich nach der Operation nicht so verbessert, dass er mit der nötigen Energie und Aktivität die Funktion des Papstes ausfüllen kann.“ Die angeblichen Rücktrittsabsichten würden auch durch ein zweites Dokument belegt, das Paul VI. ausgearbeitet habe, „in dem er davon spricht, daß er, wenn er 75 Jahre alt geworden ist, von seinem Amt zurücktreten und in den Ruhestand gehen will.“ Seine Umgebung sei bemüht, ihm diesen Schritt auszureden, meldet der ungarische Sicherheitsdienst. Aber der Papst habe nicht nachgegeben.

Der Gesundheitszustand des Papstes ist in diesem Jahr 1968 offensichtlich ein Dauerthema der östlichen Nachrichtendienste. In einem 29 Seiten umfassenden Dossier über eine von Paul VI. geplante Kurienreform wird kurz aber fast schon dramatisch die körperliche Verfasstheit des Papstes beschrieben. Bereits im August 1967 sei „bereits bekannt“ geworden, „daß Papst Paul VI. an einer ernsten Erkrankung leide und sich einer Operation⁵⁷ unterziehen müsse, deren Ausgang ungewiss sei. „Die Konservativen rechneten mit dem Tode des Papstes und strebten danach, ihre Reihen zu stärken, um bei den Papstwahlen eine günstige Stellung zu besitzen.“

Man sollte der „Information der Sicherheitsorgane der VR Ungarn“, beim MfS unter dem Eingangsdatum vom 23. 1. 1968 aber insofern eine gewisse Qualität beimessen, denn immerhin fügte der Sachbearbeiter der Ostberliner Stasi eine für die Routine-Informationen eher ungewöhnlich ausführliche „Anmerkung“ hinzu. Das MfS-Dokument, wie üblich eine „Übersetzung aus dem Russischen“ und als „STRENG GEHEIM“ qualifiziert wurde nur in drei Exemplaren gefertigt, für den Leiter der HVA, damals Generalleutnant Markus Wolf und Generalmajor Schröder als Leiter der HA XX, der auch die Kirchenabteilung angeschlossen war. Hier der Wortlaut:

„Die Informationen über einen Rücktritt des Papstes von seinem Posten sind ungewöhnlich, da es so etwas in der Geschichte der katholischen Kirche noch nicht gab, aber man darf annehmen, dass der Papst tatsächlich ein solches Dokument über seine Abdankung zusammengestellt hat.

Bekanntlich hat sich in der Kurie der Kampf zwischen den zwei sich gegenüberstehenden Kräften verstärkt. Die Konservativen verurteilten die Maßnahmen und Pläne des Papstes in der Außen – und Kirchenpolitik. Andererseits nutzen die Konservativen und die Progressisten den Gesundheitszustand des Papsts dazu aus, um sich Vorteile zu

⁵⁷ MfS HA XX/4 – Nr. 652 Abt. X v. 27.8. 1968 Tgb. Nr. X / 2399 / 68 (Der chirurgische Eingriff war bereits am 4. November 1967 erfolgt, in einem eigens eingerichteten Operationsraum innerhalb des Apostolischen Palastes. Es ist auch bei dieser „Information“ zu berücksichtigen, dass die Geheimberichte mit einiger Verspätung beim MfS eintrafen).

verschaffen und diese bei der Bestimmung des Nachfolgers des Papstes für sich auszunutzen. Es wird angenommen, dass der Papst das Dokument über seinen Rücktritt ausgearbeitet hat, um die gegeneinander eingestellten Kirchenführer zu zwingen, sich offen zu ihren Positionen zu bekennen und sie zu verteidigen. Den Verzicht auf den päpstlichen Thron macht der Papst von seiner persönlichen Entscheidung in dieser Frag abhängig.

Unserer Meinung nach will der Papst mit der Ausarbeitung dieser zwei Dokumente, außer dem oben erwähnten, auf die hochgestellten Kirchenführer Einfluss nehmen, die wegen ihres hohen Alters oder ihrem Gesundheitszustand nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben in der Arbeit zu erfüllen, bei Erreichung des 75. Lebensjahres von leitenden Posten in der Kirche zurückzutreten.⁵⁸ Der Papst wollte einen Präzedenzfall schaffen, damit diese Kirchenführer sich nicht bis zum letzten Tag ihres Lebens an ihren Rang klammern, sondern die Leitung jungen Kräften übergeben. Mit seiner Tat beabsichtigt er offensichtlich, Ruhm um seinen Namen zu schaffen, damit man ihn nach seinem Tode in die Reihen der „großen Päpste“ einreihet.

Wollten die ungarische Stasi den Adressaten in Moskau und den anderen sozialistischen Sicherheitsdiensten eine sich abzeichnende Amtsunfähigkeit des Pontifex signalisieren? In den Wochen vor der Lateinamerika-Reise 1968 sprachen die „Informationen“ davon, dass der Papst sich „in einem sehr schweren Zustand befindet.“⁵⁹ Er erfülle „zurzeit faktisch seine Funktion nicht“ und denke „ernsthaft daran, vom päpstlichen Thron zurückzutreten. In Kreisen der Jesuiten werde die Meinung vertreten, dass die Krankheit des Papstes zur Stärkung der Konservativen in der Kurie geführt habe, meldet der ungarische Geheimdienst.

Die östlichen Geheimdienste versuchten, wie auch an anderen Beispielen belegt, den nicht periodischen, bisweilen offen zutage tretenden Spannungsgegensatz zwischen dem Apostolischen Palast und der Gesellschaft Jesu (den Jesuiten) auszuspielen. Paul VI. habe dem seinerzeit als „innovativ“ geltenden Opus Dei seine Sympathien geschenkt, „die tatsächlich jedoch als „erkonservativ“ kritisierte Priester- und Laienorganisation gegenüber den „integralistisch“ orientierten Jesuiten bevorzugt“. Wie immer auch: die Beziehungen zwischen den Gefolgsmännern des heiligen Ignatius und den Jüngern des heiligen Maria Escriva de Balaguer, (interessanter weise zwei Herren aus spanischem Geblüt), sind bis heute alles andere als herzlich.

⁵⁸ Nach den für Vatikan-Angestellten eingeführten Altersregelungen aus dem Jahre 1968 (Regolamento Generale della Curia Romana) entschied Paul VI in seinem Motu proprio „Ingravescentem aetatem“ vom 20. November 1970 (in Kraft getreten am 1. Januar 1971), dass Kurien-Kardinäle mit Erreichen der Altersgrenze von 75 ihre Resignation, das heißt, Ihren Rücktritt von ihren Kurienämtern (Dikasterien) und anderen amtlichen Funktionen einreichen. Über 80jährige sind seit diesem Tag von der Papstwahl (Konklave) ausgeschlossen.

⁵⁹ Vgl. „Information der Sicherheitsorgane der Ungarischen Volksrepublik „Zur Reise des Papstes in die Länder Lateinamerikas“ / MfS HA XX/4 – Abteilung X v. 27. 8. 1968, Tgb. Nr. X/ 2400/68; Weitere Einzelheiten beziehen sich auf die Unterlagen der Signaturen: MfS HA XX/4, Nr. 652, Abt. X, Tgb.Nr. X/283/68 – Tgb.-Nr. X/1877/68 sowie Tgb. Nr. X/54/69.

Eine Flut von „Informationen“

Nachrichtendienstliche Aufklärung und operative Maßnahmen gegen den Klassenfeind und ideologischen Gegner wurden von den „sozialistischen Staatssicherheitsorganen“ als eine kollektive Aufgabe verstanden, im Geiste des „internationalen Tschechismus“. Jedenfalls versäumten die Moskauer Leitzentrale, der KGB keine Gelegenheit, die Genossen der „Bruderorgane“ auf diese Linie einzuschwören. Regelmäßig wurden so genannte „Beratungen“ anberaumt, Lagebesprechungen als Grundlage für individuelle und gemeinsame „operative Maßnahmen“. Dazu zählte auch die Vereinbarung, Informationen untereinander auszutauschen, sei es über den Moskauer „Verteiler“ oder auf bilateraler Ebene.

Auf dieser Grundlage führte zum Beispiel das „Kirchenreferat“ des Ostberliner MfS (Abteilung 4 der HA XX) im Jahre 1963 eine „Besprechung mit den Genossen der Ungarischen Sicherheitsorgane über Probleme der Zusammenarbeit bei der operativen Bearbeitung der katholischen Linie“. Eines der Themen: „Politisch-klerikale Zentren in Westdeutschland.“ Damit waren kirchliche Bildungsinstitute und privat-rechtliche katholische Organisationen gemeint. Eine der Zielgruppen bei der „Koordinierung der Bearbeitung bestimmter Formen der Feindtätigkeit der Katholischen Kirche“: Jugend- und Studentenorganisationen. Die ungarischen Stasi-Genossen sollen „reaktionäre Geistliche der DDR“ überwachen, die „im Auftrag der westdeutschen Zentralen als Touristen getarnt zu kirchlichen Personen nach der Volksrepublik Ungarn“ reisen. Und wieder einmal geraten die Jesuiten ins Visier der östlichen Geheimdienste. Bei der hier erwähnten „Besprechung“ geht es, wie dem Protokoll vom 8. Juni zu entnehmen ist, um die Tätigkeit von Ordensangehörigen in der DDR und in Ungarn.⁶⁰

Fünfzehn Jahre Pontifikat Papst Paul VI. (1963-1978), diese von einschneidenden Ereignissen geprägte Zeit, dürfte die Nachrichten- und Geheimdienste des Ostblock veranlasst haben, eine

heute nicht mehr übersehbare Masse an Informationen, Dossiers und Einschätzungen über Internes der Leitungszentrale der römisch-katholischen Kirche zu produzieren. Im Zuge des vereinbarten Informationsaustausches zwischen den „sozialistischen Staatssicherheitsorganen“ gingen diese Materialien auch im Hauptquartier des Ministeriums für Staatssicherheit in der Ostberliner Normannenstrasse ein und wurden dort von der Abteilung für die Beziehungen zu den „Bruderorganen“ bearbeitet. In der Regel gingen die „Übersetzungen aus dem Russischen“ per Verteiler nur an den Staatssicherheitsminister (Erich Mielke) oder einem seiner Stellvertreter, von denen einige zugleich eine Hauptabteilung führten, sowie an die Abteilung und das zuständige Referat für kirchliche Angelegenheiten.

In wie weit sie für die politische Entscheidungsfindung von Bedeutung waren, oder ob sie nach einem Aktenvermerk „als gesehen und abgezeichnet“ auf Nimmerwiedersehen in den Regalen der Archive verschwanden, lässt sich kaum nachzeichnen. Doch egal, ob aus „zuverlässiger Quelle“ oder Makulatur – man konnte bei Bedarf auf die Aufzeich-

⁶⁰ MfS HA XX / 4, Nr. 212.

nungen zurückgreifen. Operatives Material blieben die Papiere insofern allemal und Zeugnisse eines rücksichtslosen Kampfes gegen den als ideologischen Feind markierten Gegner, also „Papst und Vatikan.“

Ein erschütterndes Jahr

Besondere Aufmerksamkeit verdienen Unterlagen des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit, die unter der Signatur MfS HA XX/4 Nr. 652 erfasst sind. Diese Unterlagensammlung umfasst „Informationen der Sicherheitsorgane der Ungarischen Volksrepublik“ aus dem Jahre 1968, „the year, that rocked the world“, wie der amerikanische Journalist Kurlansky, schreibt. „Das Jahr, das die Welt veränderte“ – so der deutschsprachige Titel seines Buches. Die Sowjets, die ihre Botschaft auf dem Monte del Gallo unterhielten, sozusagen auf „Sichtweite“ zum Vatikan, also auch inklusive der üblichen nachrichtentechnischen Mittel, waren auf die ungarische Aufklärung insofern nicht angewiesen.⁶¹

Studentenunruhen von „Berlin bis Berkeley“, die US-Sprinter Smith und Carlos, Afro-Amerikaner, erregen bei den Olympischen Sommerspielen in Mexico-Stadt weltweites Aufsehen. Bei der Siegerehrung strecken sie den linken Arm hoch, die Hand, in einem schwarzen Handschuh, zur Faust geballt. Protest gegen die Rassendiskriminierung in den USA. In den USA werden Martin Luther King und Robert Kennedy von Attentätern erschossen.

Die „68er“- Generation revoltiert gegen das „Establishment“; gegen „die Verlogenheit der Werte“, gegen die „Hohlheit der Moral“ (Schaupielar Tilo Prückner, Jg. 40, in „Sabine Christiansen“ am 15. 4. 2007); die Protestbewegung stellt als Außerparlamentarische Opposition APO die etablierten Parteien zur Rede und fordert die demokratischen Strukturen heraus. Ihre Schlagworte: US-Imperialismus, Krieg in Vietnam, die Väter-Generation, die „mitschuldig“ wurde an „Auschwitz“, der „Muff der Talare“ auf den Universitäts-Lehrstühlen. Nichts soll mehr wie „gestern“ sein. Es reagierte die „erste mündige Generation“, die „mit dem Holzhammer“ ihren Vätern „die bis dahin verdrängte Schuld einbläute; im Gefolge bilde, ab 1970, die Rote Armee Fraktion RAF, der „kranke Ast“ der Protestbewegung, (der Journalist Christoph Schwennicke in „Cicero“4/2007). Auf das Konto der linksradikalen Terrororganisation, die sich mit den Namen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof verbinden und der ihnen nachfolgenden „zweiten Generation“ gehen Sprengstoffanschläge und Morde, mit denen die Republik ins Chaos gestürzt werden soll.

⁶¹ Der Monte del Gallo erinnert an einen anderen folgenschweren Angriff auf Papst und Kirche. nämlich den „Sacco di Roma“ – die Plünderung Roms am 6. Mai 1527, als ein internationales Söldnerheer auch vor dem Statthalter der Kirche nicht Halt machte. Schweizergardisten verteidigten Papst Clemens VII, Dreiviertel der Mannschaften verloren dabei ihr Leben. Der Name des Hügels spielt auf Charles III. Herzog von Bourbon-Montpensier an, Connétable von Frankreich, nach dem König oberster Militärbefehlshaber sowie Statthalter von Mailand, der auf dem Monte Gallo seinen Landsknechte hatte lagern lassen. Der französische Kriegsmann wurde von Papst Clemens VII. im Rahmen der üblichen Streitsachen mit dem Kirchenbann belegt und beim Angriff auf die Stadt von einer Kugel tödlich getroffen.)

Anfang Juni 1967 hatte der Schah von Persien bei seinem Besuch in Berlin seinen Geheimdienst auf Demonstranten einprügeln lassen, die gegen seinen Aufenthalt protestierten. Der Student Benno Ohnesorg wurde von einer Polizeikugel tödlich getroffen. Ein Jahr später überlebt Rudi Dutschke nur knapp, aber schwer verletzt, die Schläge eines Angreifers, der ihn als Kommunistenschwein beschimpft.

Die Bundesrepublik Deutschland wird von Protesten gegen die so genannten Notstandsgesetze (von der Großen Koalition unter Kanzler Kiesinger am 30. Mai 1968 beschlossen) erschüttert.

Heftiger, aber vergeblicher Widerstand erwuchs insbesondere aus der „linken“ Studentenbewegung, aus der sich die von ihr so genannte „Außerparlamentarische Opposition“ (APO) entwickelte.

Etwa zur gleichen Zeit in Italien linksradikale militante Gruppen unter der Bezeichnung „Rote Brigaden“ (*Brigate Rosse*). Sie schrecken vor politisch motivierten Mordanschlägen nicht zurück. In Frankreich schwere Mai-Unruhen, in Deutschland Attentat auf Rudi Dutschke.

Nach dem „Sputnik-Schock“ von 1957 ziehen Amerikaner mit den Russen gleichauf. Sie Supermächte erobern den Weltraum (Apollo 7 und 8, Sojus 4 und 5 im Jahre 1969, als Vorbereitung für erste kosmische Außenstation). Die Bundesregierung schließt die „Ostverträge“ mit Moskau und Warschau. Die Blöcke suchen Entspannung (die Kuba-Krise war soeben, 1962, abgewendet worden, auch dank der Initiativen von Johannes XXIII), Lösungen soll eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) erarbeiten. (1975 Unterzeichnung des Schluss-Dokuments in Helsinki, das sowohl die Intervention in innere Angelegenheiten eines Unterzeichnerstaates ausschließt, als auch, in „Korb Drei“, freie Religionsausübung zusichert. (Die Spannungen innerhalb des Moskauer Imperiums und im Ost-West-Verhältnis aber setzen sich fort, steuern in den 70er Jahren mit den „polnischen Ereignissen“ auf die gefährlichste Konfrontation zu. Johannes Paul II.. appelliert in einem Geheim-Brief an Breschnew (Dezember 1980), sich auf die Garantien von Helsinki berufend.)

Einmarsch von Truppen des Warschauer Vertrages in die Tschechoslowakei in der Nacht vom 20. auf 21. August 1968. Die militärische Intervention auf Befehl Moskaus beendet den „eigenen Weg zum Sozialismus“ der Prager Kommunisten. Am 12. 11. 68 soll die so genannte Breschnew-Doktrin die Invasion nachträglich rechtfertigen. Die Formel, benannt nach dem sowjetischen Staats- und Parteichef, räumt den sozialistischen Staaten zwar oder nur „begrenzte Souveränität ein, fordert aber Eingreifen auch mit militärischer Gewalt, wenn der Sozialismus in einem der Warschauer Vertragsstaaten bedroht.

Breschnew verneint später zwar die Existenz einer solchen „Doktrin“, aber erst die „Perestroika“ durch Michail Gorbatschow beendet die Moskauer Vormundschaft und gestattet den „Brudernationen“ gewisse Freiheiten, witzig in „Sinatra-Doktrin“ nach dem bekannten Song des Entertainers „I did it my way“ genannt.

Auf der „anderen“ Seite werden die USA und die westlichen Verbündeten in eine innere Krise über den Vietnam-Krieg gezogen, nicht zuletzt über die von Washington be-

anspruchte Formel von der „nationalen Sicherheit“, mit der militärische Interventionen der Supermacht begründet werden.

Ab 1. Juli 1968 gilt der Atomwaffensperrvertrag (Non-Proliferation Treaty NPT – Nichtverbreitungsvertrag NVV); Frankreich, Großbritannien, die Sowjetunion (heute die Russische Föderation) die USA und die Volksrepublik China bleiben Atommächte (für diese Staaten gilt der 1.1. 1967 als Stichtag, bis zu dem sie einen Atomwaffentest durchgeführt haben; es sind die fünf Ständigen Mitglieder (permanent members) des UN-Sicherheitsrates mit Veto-Recht.)

Papst Paul VI. veröffentlicht seine Enzyklika „*Humanae vitae*“⁶² – die künstliche Empfängnisverhütung verbietet und einen Proteststurm vor allem in den „modernen Gesellschaften“ auslöst, auch viele Katholiken zum „Ungehorsam“ verleitet.

Die Enzyklika sei bereits im März 1968 vorbereitet worden, berichtet der ungarische Geheimdienst in einer „Information“ über die Reaktionen auf das päpstliche Rundschreiben.

Moskaus Spione interessieren sich für alles und jedes. Ihr „Wissensdurst“ war auf keinerlei spezifische Fragen begrenzt.

Der Papst habe die Enzyklika vor den Osterferien bekannt geben wollen, sich dann aber entschlossen, sie erst Ende Juli zu veröffentlichen, einen Monat vor seiner Reise nach Kolumbien (Bogotá). Widerstand habe sie „in erster das vollständige Verbot der Benutzung von Mitteln der Geburten einschränkung sowohl in den Kreisen der Priester als auch bei einem Teil der Gläubigen“ hervorgerufen. „Im Vatikan traf eine gewaltige Menge von Briefen ein“, teilen die ungarischen Stellen mit. „Viel Persönlichkeiten der Kirche aus den westeuropäischen Ländern, vom amerikanischen Kontinent und Missionare aus den Ländern der Dritten Welt“ hätten ihre Missbilligung hinsichtlich der Enzyklika geäußert. Dieses Bild, „das den Protest und die negative Meinung der kirchlichen Persönlichkeiten zum Ausdruck bringt, ist nicht ganz vollständig, da die meisten Priester aus Angst vor der Verhängung disziplinarischer Maßnahmen durch die Kirchenführer es nicht wagten, offen ihre Meinung zu äußern.“

Dieselbe „Information“, eine Art Kurz-Rückblick auf das päpstliche Amtsjahr 1968, versucht auch mit einer Einschätzung der Person des Papstes, seiner Intentionen. „Seitdem Paul VI. zum Papst gewählt wurde, strebt er danach, dass ihn die künftige Generation als hervorragende Persönlichkeit betrachtet.“ Dieses „Bestreben“ habe sich bisher darin gezeigt, „daß er seine Meinung in Reden und Enzykliken zu den Hauptfragen, die unsere Epoche bewegen, äußerte.“ Die Form der Veröffentlichung der wichtigen päpst-

⁶² Enzyklika „*Humanae Vitae*“ – Über die rechte Ordnung der Weitergabe des menschlichen Lebens. Veröffentlicht am 25.7. 1968. Kernsatz: Jeder einzelne eheliche Akt ist nur dann sittlich, wenn er für die Weitergabe des Lebens offen ist. Entgegen der Empfehlung einer Fachkommission, maßvolle und „humane“ Mittel der künstlichen Empfängnisverhütung zu gestatten, z.B. die so genannte „Anti-Baby-Pille“, übernimmt Paul VI. das Minderheiten-Votum einer Fünfer-Gruppe, zu der auch der Krakauer Erzbischof Karol Wojtyła gehörte. Die deutschen Bischöfe reagieren mit der „Königsteiner Erklärung“ vom 30. August 1968, in der die Eigenverantwortung der Eltern für die Zahl ihrer Kinder betont und in der Öffentlichkeit als Zustimmung auch zur „Pille“ verstanden wird. In der Auseinandersetzung um die Schwangeren-Konfliktberatung in den 90er Jahren wurde diese Interpretation der „Königsteiner Erklärung“ durch Kardinal Lehmann stark relativiert.

lichen Weisungen und Enzykliken verdiene Aufmerksamkeit. Bisher sei für ihre Veröffentlichung der Sommer ausgewählt worden, „wenn im internationalen Leben eine gewisse Stille herrscht“. Somit könne die Presse den päpstlichen Dokumenten mehr Raum einräumen.

Und schließlich bemerken die Ungarn, Paul VI. bemühe sich auch, „durch eine Reihe von Reisen ins Ausland populär zu werden.“⁶³

Im August reist der Papst nach Kolumbien, zur Teilnahme am Eucharistischen Weltkongress in Bogotá und zur Eröffnung der Zweiten Hauptversammlung des Lateinamerikanischen Bischofsrates, der anschließend in Medellín die „vorrangige Option für die Armen“ proklamiert.

Ein Spitzel war immer dabei

Papst Paul VI. folgte seinem Vorgänger in den Bemühungen, der Kirche in den sozialistischen Ländern Lebens- und Überlebenschancen zu sichern. Sie ging mit einem feststehenden Begriff in den allgemeinen Sprachgebrauch ein, als „neue vatikanische Ostpolitik“. Als deren „Architekt“ galt der Karriere-Diplomat, „Außenminister“ der Kurie und schließlich Kardinal und Staatssekretär Seiner Heiligkeit, also die Nummer Zwei nach dem Papst: Agostino Casaroli. Er selbst sprach ungern von „Ostpolitik“ sondern zog den Begriff „Diplomatie der Seelsorge“ vor, um treffender zu kennzeichnen, worum es dem Apostolischen Stuhl ging, wenn der Emissär nach Belgrad und Berlin, Prag und Budapest und nicht zuletzt nach Moskau reiste. Um es kurz zu machen: Ein Stasi-Spitzel war immer dabei. Es würde die Möglichkeiten dieser Berichts-Serie überfordern, jedes einzelne Dokument zu besprechen. genügt wohl, einige wenige Schriftstücke auszuwählen, um die ganze „Bandbreite“ und die Intention der „Aufklärung“ und „operativen Maßnahmen“ der „Sicherheitsorgane“ der Warschauer Vertragsstaaten in dem genannten Zeitraum darzulegen.

Im Visier: die Jesuiten

Um auf die eingangs erwähnte Aktennotiz vom 8. Juni 1963 zurückzukommen und die spezielle Überwachung von Angehörigen des Jesuiten-Ordens (der „Gesellschaft Jesu“, Abkürzung: S.J.): „Die Leiter des Jesuiten-Ordens in dem jeweiligen sozialistischen Land“ seien durch eine „geheime Instruktion der römischen Ordensleitung“ beauftragt worden, „dass die geheime katholische Organisation Marianische Kongregation“ bei es sich um eine „reine Jesuiten-Organisation“ handle, wieder ihre Tätigkeit aufnehme. Wie intensiv es der Stasi gelang, in die kirchlichen Strukturen einzudringen wird auch aus der Feststellung deutlich, „bei der Bearbeitung der Tätigkeit der Katholischen Kirche unter Studenten und Akademikern in der DDR“ seien „als Betreuer einzelner

⁶³ MfS – HA XX/4 – Nr. 652, Abt. X v. 23. 12. 1968 / Tgb.Nr. 3299/68.

Hauskreise, bzw. Kernkreise dieser katholischen Laien wiederholt Angehörige des Jesuiten-Ordens festgestellt worden.“

Die ostdeutschen Stasioffiziere schlugen den Ungarn vor, „die Quelle dieser Information“ noch einmal „genauestens nach dieser geheimen Instruktion des Jesuiten-Ordens“ zu befragen. Auch aus anderen Materialien der Geheimdienste des Ostblocks ist ersichtlich geworden, wie stark sich die Spionage gerade gegen die Gesellschaft Jesu, die ja in ihrer Geschichte stets als Elitetruppe der katholischen Kirche seit den Tagen der Gegenreformation gesehen wurde, ausrichtete. In den Unterlagen des Ostberliner MfS findet sich unter dem Datum vom 12. August 1958 ein Dossier über „Die Stelle des Jesuitenordens im Vatikan“. Die Ordensleute dürften hinreichend vorgewarnt gewesen sein, nicht zuletzt durch die Erfahrungen mit der Gestapo und dem Sicherheitsdienst der SS in der Zeit des Nationalsozialismus.⁶⁴

Im Februar 1960 hatte die ungarische Agentur gemeldet, „dass die Gesellschaft Jesu den Professor der Gregorianischen Universität, Pater Burghardt Schneider, als neuen Berater für politische Fragen“ ernannt habe. Ihm wird unterstellt, zu seinen Aufgaben gehöre „die Überprüfung der Arbeit der deutschen Jesuiten und die Propaganda-Tätigkeit, die gegen die sozialistischen Länder durchgeführt wird.“⁶⁵

„Kirche in Not“

Wie kaum eine andere Institution und aus nahe liegenden Gründen gerieten der weltbekannte Pater Werenfried van Straaten und sein Werk „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe“ ins Fadenkreuz der kommunistischen Geheimdienste. In einer „Information“ von 1960 werden Vorname (Wilfried statt Werenfried) und der Familienname falsch wiedergegeben. Er „fungiere“ im Ungarischen Kloster (Collège Honrois) in Belgien beim Kloster des Premontiner-Ordens in der Ortschaft Tongerlo als Abt des Klosters.⁶⁶

Es sollen hier nicht die fehlerhaften Angaben zur Person untersucht werden, sondern die Inhalte, auf die es in erster Linie ankommt: Dem Kloster stünden zehn Lastwagen

⁶⁴ MfS – HA XX/4 – Nr. 212 v. 8. 6. 1963.

⁶⁵ MfS – HA XX/4 Nr. 212 v. 10. 2. 1960 Information an die HA V – VM/VD 36/60 v. 9.2. 60.

⁶⁶ Werenfried van Straaten, bürgerlicher Name Philipp, (1913-2003). Er gründet 1947 das Hilfswerk (heute: päpstlichen Rechts) „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe“. Im holländischen Mijdrecht bei Amsterdam geboren, 1934 Eintritt in die flämische Prämonstratenser-Abtei Tongerlo (Belgien), 1947 erste Hilfsaktionen für Vertriebene aus dem Osten (legendärer Ruf als „Speckpater“ wegen seiner „Bettelei“ bei den belgischen Bauern um Nahrungsmittel für die „Ostflüchtlinge“).

1948 Zusammenarbeit mit Prälat Kindermann, dem Leiter des „Vaterhauses für die Vertriebenen in Königstein/Taunus und des dortigen Priesterseminars für Studenten, die ihre Heimat im Osten verlassen mussten. Aufbau einer Vertriebenenseelsorge für Flüchtlinge in der Diaspora, z.B. Motorisierung der so genannten „Rucksackpriester“ und Kapellenwegen. 1952 Beginn der Hilfsaktion für die verfolgte Kirche hinter dem Eisernen Vorhang. („Ostpriesterhilfe“).

1953 Gründung des Internationalen Bauordens. 1956 (während des Ungarnaufstandes) Besuch bei Kardinal Mindszenty und Hilfe für die ungarische Kirche. 1962 Konzils-Berater und Begegnung mit Bischöfen aus verschiedenen „Ostblockländern“. Er starb am 31. 1. 2003 im Alter von 90 Jahren und ist in Königstein beigesetzt. Es bedarf keines weiteren Kommentars, dass Pater Werenfried und die „Königsteiner Anstalten“ ein bevorzugtes Objekt der Stasi-Überwachung waren.

zur Verfügung. Mit diesen würde man „über Westdeutschland und Österreich an die Grenzen der volksdemokratischen Länder fahren und in der Nähe der Grenze Gottesdienste `zur Seelenrettung der Bewohner der unterdrückten Länder´ organisieren.“ Dabei, so wollen die ungarischen Agenten von „nicht überprüfter“, jedoch „zuverlässiger“ Quelle erfahren haben, würden „die günstigen Möglichkeiten ausgenutzt und von ihnen geschulte Geistliche in die volksdemokratischen Länder eingeschleust.

Als Leiter des „Bauordens“, dessen Mitglieder – meist vom Orden ausgebildete Geistliche aus den Reihen der Flüchtlinge (Ukrainer, Tschechen, Ungarn) – „nach Westdeutschland fahren, um dort Lager und Wohnblocks für Flüchtlinge aufzubauen. Die Arbeit von Pater Werenfried: „Feindtätigkeit“ – so Major Damm, Leiter der Abteilung X (internationale Verbindungen) in seinem Anschreiben zu der ungarischen Information, die auch an die HV A (Nachrichtendienst des MfS) weitergeleitet wurde.⁶⁷

Konzils-„Beobachter“

Mochte der Vatikan für das MfS zwar „keine Priorität“ gehabt haben (HV-A Chef Werner Großmann), wo politische Interessen ins Spiel kamen, wollte die Aufklärung schon wissen, wie im Vatikan die Uhren gingen. So waren die Antennen schon zu Beginn des Zweiten Vatikanischen Konzils entsprechend auf Empfang geschaltet.

Die in den Ostberliner Stasi-Akten erhaltenen Aufzeichnungen beginnen mit einer Mitteilung aus dem „Sekretariat Minister“ (gemeint ist das Büro von Erich Mielke) an den Leiter der Hauptabteilung V Oberst Schröder und in Kopie an den Stellvertreter des Ministers und Chef des Auslandsnachrichtendienstes HV A, Generalmajor Wolf. Diese Schreiben vom 1. November 1962 enthielt als Anlage eine Information „Über die Teilnahme von Bischöfen aus Ländern des sozialistischen Lagers am Ökumenischen Konzil und über die Vorbereitung zum Ökumenischen Konzil“ beigefügt war. Der Minister bat um „Einschätzung“. Die zuständigen Abteilungen wussten nun, wo sie anzusetzen hatten.⁶⁸

So heißt es in der bereits in anderem Zusammenhang vorgestellten „Information“: „Die 1. Periode des II. Vatikanischen Konzils wurde von führenden Vertretern der Katholischen Kirche in der DDR bei zentralen Besprechungen und Tagungen mit katholischen Laien ausgewertet.“ Dabei sei festgestellt worden, dass „die politische Konzeption von Erzbischof Bengsch“⁶⁹ von Papst Johannes XXIII. als „richtungweisend für die be-

⁶⁷ MfS – HA XX/4 Nr. 212 / Abteilung X v. 22.1.1960 / KO/X 117/60.

⁶⁸ MfS – HA XX/4 Nr. 212, Blatt 165.

⁶⁹ Kardinal Alfred Bengsch (1921-1979), seit 1959 Weihbischof in Berlin mit Sitz in Ostberlin, 1961 Bischof, 1962 persönlicher Titel eines Erzbischofs, 1967 Kardinal. Teilnahme am Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965). Bengsch verfolgte eine strenge Linie politischer Abstinenz; Kontakte zum SED-Staat (Partei und MfS) nahmen Sonderbeauftragte mit direkter Berichterstattungspflicht gegenüber dem Bischof wahr.

Bengsch widersetzte sich entschieden der von Paul VI. zunächst in Betracht gezogenen Verselbständigung der kirchlichen Verwaltung in der DDR, die einer Quasi-Anerkennung Ostberlins durch den Vatikan gleichgekommen wäre. Seit 1976 Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz BBK, die als Regional-konferenz innerhalb der Deutschen Bischofskonferenz DBK behandelt wurde (sowie der Vorgängerin,

drängte Lage in der Ostkirche“ betrachtet werde. Diese Konzeption bestehe „nach den Ausführungen dieser führenden katholischen Personen in Auswertung des II. Vatikanischen Konzils“ vor allem in der „aktiven Festigung des Glaubens der Katholiken und der katholischen Organisationen“ sowie in der „Verlagerung der kirchlichen Aktivität auf den Raum der ideologischen Auseinandersetzung, wobei im Unterschied zur Haltung der Katholischen Kirche in der Vergangenheit antidemokratische Hetze oder offene Angriffe auf die DDR vermieden werden sollen.“⁷⁰

„Über die Benennung eines neuen Kardinals für Berlin“ hatte der Nachrichtendienst des polnischen SB im August 1961 berichtet.⁷¹ Darüber würden „im Zusammenhang mit der Versetzung des bisherigen Kardinals von Berlin, Döpfner nach München im Vatikan Gespräche geführt. Da Döpfner „praktisch keine Möglichkeit hatte, den auf dem Gebiet der DDR gelegenen Teil der Diözese zu verwalten“, beabsichtige der Papst, auf Antrag des Staatssekretariats, zum Erzbischof von Berlin einen derjenigen kirchlichen Würdenträger zu ernennen, die auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik tätig sind.“ Dieser Plan sei jedoch auf den „entschiedenen Widerwillen der extremen Kreise des Vatikans gestoßen, die sich gegen die Versetzung Döpfners nach München äußerten.“⁷²

Unter dem Datum vom 9. Januar 1963 übermittelt die Hauptabteilung V des MfS über die Internationale Abteilung den ungarischen Genossen einige Fragen „im Zusammenhang mit dem 2. Vatikanischen Konzil und seinen Auswirkungen auf die Haltung der katholischen Kirche in der DDR“. Am „hauptsächlichsten“ interessiert die Ostberliner Stasi, der „Charakter des Auftretens der Teilnehmer am 2. Vatikanischen Konzil, die unter der Führung des Erzbischofs Bengsch aus der DDR kamen. Man möchte auch wissen, „in wieweit“ die Kirchenführer der Katholischen Kirche in der DDR in Rom „über die Politik der Vermeidung offener Angriffe gegen die DDR“ beraten und „welche Schlussfolgerung für die Weiterführung der Politik der katholischen Kirche in der DDR gezogen“ wurde.

Weitere Punkte beziehen sich auf das bekannte Muster: Die Kirche als Feindbild, das Streben nach diplomatischer Anerkennung durch den Vatikan schon Anfang der 60er Jahre. „Welche Auffassungen existieren im Vatikan über das Verhältnis der katholischen Kirche in Deutschland zu den beiden deutschen Staaten. Gibt es Ansätze für eine Anerkennung der DDR durch den Vatikan bzw. die katholische Kirche oder gibt es Anzei-

der Berliner Ordinarien- Konferenz). In der DBK vertrat ihn sein Westberliner Generalvikar. Die Titularbischöfe in der DDR waren als Apostolische Administratoren der Gebiete, die zu westdeutschen Bistümern gehörten, zu denen die Arbeitskontakte jedoch unterbrochen waren, seit dieser Zeit dem Apostolischen Stuhl direkt (exemt) verantwortlich.

⁷⁰ MfS – HA XX/4 –Nr. 212 v. 8. 6. 1963.

⁷¹ HA XX/4 Nr. 410 Anlage zu VM/VD Nr. 143/61, Übersetzung ausgefertigt am 20.8. 61.

⁷² Kardinal Julius Döpfner (1913-1976), Bischof /Erzbischof von Würzburg (ab 1948), Berlin (ab 1957 und Vorsitzender der Berliner Ordinarienkonferenz), München und Freising (ab 1961), Kardinal (1968), einer der vier Moderatoren des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965), Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz (ab 1965), Präsident der Gemeinsamen Synode der (westdeutschen) Bistümer (1971-1975), Aufsehen erregende Berliner „Hedwigspredigt“ (1960), die den Weg der Versöhnung zwischen Deutschen und Polen einleitet, unterstrichen durch den Austausch von Botschaften zwischen den beiden Episkopaten am Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils („Vergebungsbite“).

chen für Vorbereitungen konkordatsähnlicher Vereinbarungen der katholischen Kirche mit der Regierung der DDR? Welche Pläne und Absichten wurden bekannt über die Weiterführung der ideologischen Diversion und der Untergrundtätigkeit katholischer, politisch-klerikaler Zentralen in Westdeutschland gegen die DDR.⁷³

Der ungarische Geheimdienst liefert und liefert. Kein Thema lässt er aus, keinen Bereich, der die vatikanische Diplomatie berührt. Manche Ereignisse liegen bereits einige Wochen und Monate zurück, bis die Berichte in der internationalen Abteilung des MfS vorliegen. Sind wohl nicht für den unmittelbaren Bedarf bestimmt. Neben den Ungarn treten in den 70er Jahren stärker die Polen in Aktion. Die Qualität der „Informationen“ ist gleich bleibend so gut oder so miserabel schlecht, wie man´s nimmt.

Aus den Unterlagen lässt sich schwerlich herauslesen, was die „Quelle“ aus eigener Sachkunde zugetragen und was die Genossen selbst aus den Medien herausgefischt und zu einem wenig kunstvollen Gesamtwerk zusammengeschrieben haben. Selbst im Nachhinein kann man sich nur wundern, schon bei der falschen Schreibweise von Namen, die in jedem Nachschlagewerk zu finden gewesen wären.

Nicht nur Schreibfehler

Mit welchen Problemen die Stasi-Agenten, firm bei Marx und Lenin, unbeholfen in Sachen Kirchen und Klöster, zu kämpfen hatten, zeigen die Schriftstücke Anfang der 60er Jahre. Da übermittelt das Sekretariat Mielkes dem „Stellvertreter des Ministers, Genossen Generalmajor Beater“ von den „Sicherheitsorganen der Volksrepublik Ungarn“ erhaltene „Informationen“,⁷⁴ zum Beispiel über die „Benennung des Kardinals „Agostini“ Bea in die „Kongregation für kirchliche Angelegenheiten“ und die „Reorganisation der Heiligen Kammer“ (gemeint ist vermutlich das Heilige Uffizium, die vatikanische Glaubensbehörde) In einer anderen „Information der ungarischen Stasi von August 1968 wird daraus die „Kongregation zum Studium der göttlichen Gebote“.⁷⁵

Der Erzbischof von Gnesen und Warschau, Kardinal Stefan Wyszynski ist in den Dokumenten der Primas „Wysinski“, aus dem Krakauer Erzbischof Karol Wojtyla wird ein ein „Voityl“ und aus dem Kardinalstaatssekretär Villot ein „Viot“. Sich auf den langen Weg der Übersetzungen aus verschiedenen Fremdsprachen, lateinischen wie slawischen Ursprungs, zu berufen, entschuldigt solche Schludereien nicht.

Interessanter dann schon der Inhalt der bewussten „Informationen“: Kardinal Wojtyla habe „während seines Aufenthaltes in Rom“ dem Staatssekretariat ein Memorandum Wyszynkis übergeben. Dieser Bericht beziehe sich auf eine Tagung der polnischen Bischofskonferenz im Mai 1970, anlässlich „des 25. Jahrestages des Anschlusses der westlichen und nördlichen Gebiete an Polen.“ Der Primas stelle in seinem Bericht fest, dass „sich in den polnischen West- und Nordgebieten bereits eine volle Normalisierung und

⁷³ MfS – HA XX/4 Nr. 212, Hauptabteilung V v. 9.1. 63.

⁷⁴ MfS – HA XX/4 Nr. 212 – Sekretariat Minister Tgb.Nr. VM/VD 56 /60 v. 1. März 1960.

⁷⁵ MfS – HA XX/4 Nr. 652 / Abtlg. X v. 27.8. 68 / Tgb. Nr. X 2399/68 „Zusammenfassende Information über die Reform der Kurie des Vatikans“ (Seite 20).

Stabilisierung vollzogen hat und dies einer endgültigen organisatorischen Lösung bedarf.“⁷⁶

Dieser Hinweis wiederum dürfte die Stasi interessiert haben, denn die Frage der „polnischen Westgebiete“ – für die vertriebenen Deutschen die „verlorene Heimat“ – stand 1970 im Mittelpunkt der gesamtdeutscher Interessen, vor dem Hintergrund der Verträge der Bundesrepublik mit Moskau/August und Warschau/Dezember), wie auch dem von westdeutscher Seite nie aufgegebenen Ziel der Wiedervereinigung und der von Ostberlin umso heftiger betriebenen Zwei-Staaten-Theorie.

In diesen Zusammenhang gehört auch eine Information der polnischen Sicherheitsorgane „Über die Opposition der CDU gegenüber der Ostpolitik Brandts nach einem Bericht der päpstlichen Nuntiatur in Bonn.“⁷⁷ Aus dieser „Information“ nur soviel: Es geht darum, wie die CDU im Wahlkampf (gemeint sind die Landtagswahlen am 14. Juni 1970 in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland) gegen die „Ostpolitik des Kanzlers der BRD“ zielt. Nuntius Bafile⁷⁸ beziehe sich in seinem Bericht auf „Besprechungen mit Kiesinger“,⁷⁹ der angeblich erklärte, dass Brandt und Scheel gegenüber der UdSSR eine Politik des Kompromisses betrieben, deren „einzigstes Ergebnis“ die Festigung der sowjetischen Position in Europa und Schwächung der Position der BRD und überhaupt des Westens sein werde.

Ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen zeigt dieser Geheimbericht, wie auch die päpstlichen Gesandtschaften, insbesondere die Bonner Nuntiatur, vom Osten beschattet wurde, wobei die Polen – so eine Auskunft von Werner Großmann, dem ehemaligen Leiter der HVA (Nachrichtendienst des MfS) – ihre eigenen Leute in der Bundesrepublik hatten.

Weitere Berichte des polnischen Auslandsnachrichtendienstes betreffen Papstaudienzen für europäische und amerikanische Politiker. Im Mittelpunkt die Sicherheitslage in Europa (Stichwort: die geplante europäische Sicherheitskonferenz) und die Situation in Südostasien (Stichwort: der Krieg in Vietnam). Näheres dazu in späteren Folgen dieser Reihe.

Die Miszellaneen setzen sich fort: „Einmischung des Vatikans in die italienischen Parlamentswahlen“; Mai-Unruhen in Frankreich: ausgelöst – nicht von Arbeitern, „wie der Nuntius in Paris nach Rom berichtet“ – sondern von den Studenten der Sorbonne, nach Schließung der Universität. „Er gab eine Analyse der Ideen, die unter der Studentenschaft vorherrschten, und bemerkt, dass diese Ideen Beziehungen haben zu den Ideen von Marx, Lenin, Mao, Castro und Guevara.“ Und auch dieses: Papst empfängt den Außenminister des Libanon/ Aktionen des Vatikans zum Schutz der heiligen Stätten. / Verhandlungen zwischen Israel – Vatikan.

⁷⁶ MfS – HA XX/4 Nr. 316 _ Abt. X v. 10. August 1970, Tgb. Nr. X/198/70.

⁷⁷ HA XX/4 Nr. 316 – Abt. X v. 13. Juli 1970. Tgb. Nr. X/1730/70.

⁷⁸ Corrado Bafile (1903-2005), 1960 Titularerzbischof, Apostolischer Nuntius in der Bundesrepublik Deutschland (Bonn) bis 1975; 1976 Kardinal und Präfekt der Kongregation für die Selig- und Heiligsprechungen bis 1980.

⁷⁹ Kurt Georg Kiesinger (1904-1988), Bundeskanzler (der ersten Großen Koalition, mit Willy Brandt) 1966-1969 (u.a. Notstandsgesetze), von 1967 – 1971 Bundesvorsitzender der CDU, umstritten wegen seiner „NS-Vergangenheit, u.a. als Rundfunkreferent im Auswärtigen Amt.

Ferner: Kardinal Fürstenberg (Kongregation für die Ostkirchen) in den Nahen Osten; „Über die Beziehungen zwischen dem Weltkirchenrat und dem Vatikan“; New Yorker Bischof Fulton Sheen sendet einen Brief der katholischen und protestantischen Jugend Amerikas an den Papst mit der Bitte, dieser möge Martin Luther King heilig sprechen. Dies könnte als „Brückenschlag zwischen den getrennten Kirchen“ gewürdigt werden.

Verletzer der Geheimhaltung

Sie lassen nichts aus, die polnischen und ungarischen Stasi-Genossen. Unter dem Datum vom 28. Juni 68 nimmt das MfS eine Information zu den Akten, die eine „Untersuchung im Zusammenhang mit dem Hinausgelangen vertraulicher Angaben aus dem Vatikan“ betrifft. Da wird es nun wieder spannend. Ein Blick hinter die Kulissen des Vatikans. Welcher Spion „träumt“ nicht davon. Hier wird eine angebliche Kabale aufgedeckt. Benelli stehe hinter der Aktion.⁸⁰ Entsprechende Informationen seien „in erster Linie in der Presse der rechten Bourgeoisie und der Katholiken“ veröffentlicht worden. Als „Verletzer der Geheimhaltung“ Verdächtige würden dies bestreiten und sich auf die vom Konzil ausdrücklich betonte Meinungsfreiheit berufen. Sie würden jedoch nicht zur Verantwortung gezogen, sondern von oben geschützt; Benelli beschränke sich auf ein Rundschreiben mit der Aufforderung, das Dienstgeheimnis zu wahren.

Am 3. Juni 1977 hatte Papst Paul VI. seinen Favoriten, den er angeblich gern als seinen Nachfolger im Apostolischen Palast gesehen hätte, zum Erzbischof von Florenz und am 27. Juli zum Kardinal ernannt. Die Informationen wurden offenbar nicht aus Rom beschafft, sondern von der Residentur des polnischen SB in Bonn, wie der Inhalt der Mitteilung vermuten lässt.

Vatikanische Personalfragen

Schon im Jahr 1969 geriet Benelli in den Fokus der östlichen Nachrichtendienste, als nach Mitteilung der Ungarn, „die Frage der Kandidaten für den Posten des Staatssekretärs erörtert“ wurde, wer Nachfolger von Amleto Giovanni Cicognani werden soll. Benelli – Pauls „Kronprinz“? Er stamme aus „einer reichen bürgerlichen Familie“, teilen die ungarischen Genossen mit. Ein „gebildeter Mensch“ sei er, „in Fragen der Theologie gut ausgebildet.“ Er genieße „großes Vertrauen beim Papst. Zu Beginn seiner Tätigkeit im Staatssekretariat sei er Sekretär Montinis gewesen, als dieser selbst das Amt des Substituten innehatte. Anschließend sei er im diplomatischen Dienst in verschiedenen Nuntiatoren verwendet worden. „Bevor er zum Staatssekretär ernannt werden kann, muss ihn der Papst zum Kardinal weihen.“ (Die „sozialistischen Staatssicherheitsorga-

⁸⁰ Giovanni Benelli (1921-1982), nach diplomatischem Dienst im Ausland ab 1968 Substitut im Staatssekretariat unter Kardinalstaatssekretär Jean-Marie Villot, in dieser Funktion mit umfassenden Kenntnissen über die innerkirchlichen Verhältnisse ausgestattet und entsprechend einflussreich. 1977 Erzbischof von Florenz und Kardinal, galt in den beiden Papstwahlen von 1978 als „papabile“.

ne“ waren ganz offensichtlich nicht sehr im Bilde über Riten und Regeln der katholischen Kirche.)

Es sei ein „Verzeichnis der Kandidaten“ aufgestellt worden: Kardinal Felici („große Arbeitserfahrungen, dynamischer Charakter, gehört zum konservativen Flügel“); Kardinal del Aqua (ehemaliger Substitut, „enge Verbindungen zu christlich-demokratischen Führern“), Erzbischof Vagnozzi (Apostolischer Delegat in Washington, „genießt das Vertrauen der Amerikaner“); Auch Namen von „ausländischen“ Geistlichen würden genannt: die Kardinäle Kardinal König, Erzbischof von Wien; Döpfner, Erzbischof von München, die Kurienkardinäle Fürstenberg und Marelli. (Tatsächlich machte der Kardinal Jean-Marie Villot, u.a. Erzbischof von Paris und ab 1967 an der römischen Kurie) das Rennen. Die Agenten der kommunistischen Geheimdienste wussten, wie sich zeigte, nicht mehr als die meisten journalistischen „Vaticanista“ – nämlich dass, was zur beliebten Übung gehörte, nämlich aus dem vatikanischen Kaffeesatz künftige Ereignisse zu deuten.)

Aber zunächst galt, den „Informationen zufolge“, die Aufmerksamkeit in erster Linie dem „Monseigneur Giovanni Benelli, 48 Jahre, Stellvertreter des Staatssekretärs, lenkt gegenwärtig die politische Tätigkeit des Vatikans“. Del Aqua habe zwar die meisten Aussichten auf den Posten, berichten die Ungarn, weil er Montini unterstützt habe, „als ihn Papst Pius XII. aus der Kurie entfernte und zum Erzbischof von Milano ernannte.“ Das Probleme bestehe allerdings darin, „dass er nicht mit Benelli zusammenarbeiten kann. Benelli, „der jüngste und rangniedrigste der Stellvertreter des Staatssekretärs“ wird als ein Kurienprälat beschrieben, der sich „durch große Aktivität“ auszeichne. Er sei die „Haupttriebkraft in der Arbeit des Staatssekretariats. Seinen Anweisungen fügten sich „sogar die Leiter der Kongregationen, da er sich immer darauf beruft, dass er ihnen nur die Anweisungen von Papst Paul VI. mitteilt.“

Gehörte dazu, dass es Benelli war, der Cicognani angeblich die Bitte des Papstes übermittelt hat, „wegen seines vorgeschrittenen Alters vom Posten des Staatssekretärs zurückzutreten.“ Die ungarischen Stasi-Agenten wollen auch erfahren haben, dass der Kardinal „dadurch beleidigt“ war, „dass diese Bitte nicht persönlich vom Papst, sondern über Benelli an ihn herangetragen wurde.“⁸¹

Der Nummer Drei in der Kurienhierarchie, vielleicht besser über Interna informiert, als seine Chefs, verbreitete „draußen im Land“ nicht nur helle Freude, wenn sein Name fiel. Und als die Zeit gekommen war, dass über einen Nachfolger von Paul VI. spekuliert wurde, wurden Mitteilungen in Umlauf gebracht, denen zu entnehmen war, dass dem Machthabern im Osten ein Benelli als Papst „weniger nützlich“ schien, als Paul VI., mit dem sie meinten, einigermaßen gut gefahren zu sein. Vor allem in Polen, die politische Führung und womöglich auch die kirchliche, waren nicht gut auf Benelli zu sprechen, denn in jenen Jahren ging es immer noch um die kirchlichen Verhältnisse in den so genannten polnischen Westgebieten. In einigen Punkten zogen Partei- und Kirchen-

⁸¹ MfS – HA XX/4 – 806/69 (Abt. X v. 23. 4. 1969, Tgb. Nr. X 1058 / 69) sowie MfS – HA XX/4 Nr. 127 v. 21. 7. 77 (Abt. X, Tgb. Nr. X 3073/77).

führer an einem Strang, dem nationalen. Man musste etwas gegen Benellis weitere Karriere unternehmen:

- „Die Mutter des neu ernannten Kardinals sei deutscher Herkunft, daher auch seine sehr nahen Beziehungen zu den Bischöfen und deutschen Politikern.“ Als Stellvertreter des Staatssekretärs habe Benelli „aktiv die politischen und kirchlichen Interessen der BRD“ unterstützt.
- „alle sind der Meinung, dass gerade er wirklich fortlaufend die Vereinbarungen zwischen der Regierung der DDR und dem Vatikan hemmt, indem er somit sowohl die Interessen der deutschen Bischöfe, als auch der BRD-Regierung vertritt.“

„Der Breslauer Kardinal Kominek⁸², der sich mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch den Vatikan beschäftigt hat“, habe behauptet, dass „gerade Benelli“ die polnischen Fragen im Vatikan „laufend sabotiert“ habe. Die polnische Stasi weiß auch: Benelli habe gegenüber dem Bischof von Breslau „keine großen Sympathien“ empfunden.

Ins Feindbild ebenso die weitere Behauptung der polnischen Staatssicherheit, „J. Benelli“ (Schreibweise im MfS-Dokument) unterhalte „zur Führung der CDU/CSU, insbesondere zur CSU gute Beziehungen“.

Schließlich und endlich: „Die Vorbereitung von J. Benelli durch Papst Paul dem VI. als seinen potentiellen Nachfolger“ sei in der BRD mit Begeisterung aufgenommen worden. Die polnischen Geheimdienst-Agenten beziehen sich offenbar auf das, was sie „bei den Vertretern des Episkopats der BRD“ und des „Komitees der deutschen Katholiken“ (gemeint ist das Zentralkomitee der deutschen Katholiken) aufgeschnappt und vielleicht doch nicht ganz richtig verstanden haben. Konfus genug ihre Einschätzung: „Im Falle der Machtergreifung“ durch Benelli wäre dieser der zweite „deutsche“ Papst nach Pius XII. Man gehe in diesem Zusammenhang davon aus, dass die Bischöfe in der Bundesrepublik bestrebt sein würden, im bevorstehenden Konklave von einigen Kardinalen Unterstützung für die Wahl Benellis zu erlangen. Da die Bundesrepublik „einen sehr ernsthaften Einfluss auf die Kardinäle der dritten Welt ausübt“, so schlussfolgern die polnischen Stasi-Agenten, „können diese Bestrebungen die beabsichtigte Wirkung erzielen.“

Wie man sich irren kann. Zwar wurde auch in westlichen Medien der Florentiner Kardinal als „papabile“ gehandelt. Aber vielleicht war er während seiner Zeit als zentrale Figur des Staatssekretariats, mit allen Interna mehr vertraut, als jeder andere – vielleicht noch mehr als der Papst selbst – vielleicht also war er den Papstwählern einfach zu mächtig, als in an die Spitze der Kirche zu stellen. Gewählt wurden ein Jahr später, 1978, erst ein Italiener (Albino Luciani, Patriarch von Venedig – Johannes Paul I., der „33-Tage-Papst“) und dann ein Pole (Karol Wojtyła, Erzbischof von Krakau – Johannes Paul II.).

⁸² Boleslaw Kominek (1903-1974), seit 1972, nach der Neuordnung der ehemaligen deutschen Bistümer in Polen durch den Vatikan, Erzbischof von Breslau. 1973 zum Kardinal erhoben.

Alliierte und Gegner

„Laut Informationen aus Kirchenkreisen unterhält Marzinkus freundschaftliche und „technische“ Kontakte zur Führung des CIA und informiert den Vatikan über die außenpolitische Tätigkeit der amerikanischen Aufklärung“. Es ist der ungarische Geheimdienst, der im April 1969 in einer seiner zahlreichen „Informationen“ „über den Mitarbeiter im Staatssekretariat des Vatikans Paolo Marzinkus“ berichtet. Die Meldung wird vom Ostberliner MfS als „Streng Geheim“ klassifiziert.⁸³

Es handelt sich um ein Papier, das in der Flut der Unterlagen aus den Archivbeständen in der Normannenstrasse untergegangen war. Es schien wohl auch den Stasi-Kirchenexperten nicht allzu bedeutungsvoll, der Rest des Inhalts doch eher fragwürdig für Fachleute, die sich einigermaßen in vatikanischen Verhältnissen auskannten. Konnten man das beim MfS voraussetzen? Jedenfalls erfahren sie, Papst Paul VI. habe Marzinkus zum Titularbischof von Orta ernannt, über die „Weihung des Mitarbeiters im Staatssekretariat“ sei am 25. Dezember 1968 offiziell berichtet worden. Nun, das war nicht gerade eine „streng geheime“ Mitteilung, und den bullig wirkenden Leibwächter kannte schließlich die ganze Welt als „Bodyguard“ des ersten päpstlichen „Globetrotters“. Zwei Jahre später wird die Öffentlichkeit Zeuge seines beherzten Eingreifens bei der Abwehr eines Attentäters während des Besuches von Papst Paul VI. auf den Philippinen. Ein geistesgestörter Mann, ein kolumbianischer Maler, als Priester verkleidet, hatte bei der Ankunft des Papste auf dem internationalen Flughafen der Hauptstadt Manila versucht, den Papst mit einem Messer anzugreifen.⁸⁴

⁸³ MfS HA XX/4 – Nr. 652 Abt. X v. 23. 4. 1969, Tgb. Nr. X 1059 /69 (Marzinkus – falsche Schreibweise des Namens).

⁸⁴ Paul Casimir Marcinkus (1922-2006), Sohn litauischer Einwanderer, in Cicero, einer Vorstadt von Chicago geboren. Ab 1952 auf Empfehlung von Erzbischof Kardinal Samuel A. Stritch im Vatikan, 1969 Weihe zum Titularbischof von Orta, 1981 zum Erzbischof auf dieses Titularbistums ernannt. 1969 – 1971 Generalmanager, anschließend (bis 1989) Präsident des vatikanischen Geldinstituts IOR (Istituto per le Opere di Religione – Institut für die religiösen Werke. Das IOR, im Vatikan etabliertes Geldinstitut, verwaltet Gelder geistlicher Ordensgemeinschaften, vor allem auch von Missionsorden, die in politisch und wirtschaftlich fragilen, instabilen Ländern wirken. Von 1990/1991 ist Marcinkus Pro-Präsident der Päpstlichen Kommission für den Staat der Vatikanstadt (Präsident ist in der Regel ein Kurienkardinal.)

Die Weltöffentlichkeit lernte Marcinkus vor allem als „Reisemarschall“ und bulligen Leibwächter von Paul VI. kennen, nicht zuletzt nach der Abwehr eines Attentäters auf dem internationalen Flughafen von Manila am 27. November 1970, bei der Ankunft des Papstes in der philippinischen Hauptstadt. Auch unter Johannes Paul II. nahm er in den ersten Jahren diese Aufgabe wahr. Von Marcinkus wird der Ausspruch kolportiert, mit dem er beim Besuch von Präsident Nixon im März 1969 die Secret Service Agenten aus dem Apostolischen Palast „hinauswarf“: „Ich gebe euch sechzig Sekunden um zu verschwinden oder ihr könnt eurem Präsidenten erklären, warum der Papst ihn heute nicht sehen kann.“

Seine Karriere als „Bankier Gottes“ und „Gorilla“ der Päpste endete abrupt, als er in den größten Finanzskandal der italienischen Nachkriegsgeschichte hineingezogen wurde, ohne dass ihm jedoch eine Mitschuld juristisch nachgewiesen wurde. Monsignore Marcinkus geriet ins Zwielicht.

Mit so genannten Patronatsbriefen der Vatikanbank, wie sie im Bankenwesen üblich sind, um – allerdings unverbindlich – die Kreditwürdigkeit des Empfängers zu unterstreichen – soll Marcinkus seinem Geschäftsfreund Roberto Calvi, Direktor des Mailänder Banco Ambrosiano, dienlich gewesen sein. Die Interessen der Geschäftspartner bedingten sich offenbar gegenseitig: Marcinkus soll als Vizepräsident einer Banken-Holding auf den Bahamas gehandelt haben. Geld sei u.a. nach Lateinamerika geflossen, um zum Beispiel antikommunistische Medien zu unterstützen.

Im Frühjahr 1969 ist die Welt für Marcinkus noch in Ordnung. Die Ungarn wollen erfahren haben, daß Marcinkus zum Bischof ernannt worden sei, weil der Papst ihn als „Nachfolger des Bostoner Bischofs Kardinal Cushing vorgesehen habe, „da der Vatikan dessen Rücktritt in der nächsten Zeit erwartet.“⁸⁵ Grund für den Rücktritt Cushings sein seine Haltung „in der Frage der kürzlich eingegangenen Ehe von J. Kennedy, die vom Vatikan verurteilt wurde.“ Und weiter: „Marcinkus ist ein Liebling von Papst Paul VI. Bisher gehörte zu seiner Aufgabe die Gewährleistung der Sicherheit des Papstes bei seinen Reisen.“ Eine der häufig anzutreffenden, die Kirche betreffenden Geheimdienstberichte: ein Mixtum aus Halbwahrheiten, Unrichtigkeiten, aber auch zutreffenden Details.

Calvi, ein Fehlspekulant, wiederum habe versucht, mit dem Leumundsbrief in der Hand, bei anderen Banken Mittel zusammenzukratzen, um den Bankrott seines Finanzimperiums abzuwenden – allerdings vergeblich. Calvi, wurde am 17./18.6. 1982 erhängt unter der Londoner „Blickfriars Bridge“ (Dominikaner-Brücke) aufgefunden, in einigen Zeitungsberichten ist von einer Hinrichtung nach Art der Mafia die Rede, seine Sekretärin „fiel“ aus dem Fenster des Bankgebäudes. Dunkle Machenschaften, Figuren aus dem Kreis der sizilianischen Mafia, Finanzhaie und Mitglieder der Geheimloge Propaganda Due (P2) lieferten den düsteren Rahmen dieses Kriminalstücks.

Als „Puppenspieler“, der die Fäden in der Hand hielt, galt Michele Sindona. Der Sizilianer hatte sich das Vertrauen von Montini/Paul VI. verschafft. Dieser machte ihn 1969 zu seinem Finanzberater. Sindona, wurde wegen zahlreicher Straftaten und Schwerverbrechen, wie betrügerischen Banken-Bankrott, Geldwäsche, und schließlich Mord, verurteilt. Für die Straftaten in den USA 1980 zu 25 Jahre Haft, 1984 nach Italien abgeschoben und dort am 18. März 1986 wegen Mordes zu „Lebenslänglich“. Zwei Tage später, am 20. März, war er tot, im Hochsicherheitsgefängnis Voghera vergiftet, durch eine „Prise Zyankali“ im Morgenkaffee. Mord oder Selbstmord. Die Frage blieb ungeklärt.

In diesen Strudel also wurde auch die Vatikanbank hineingezogen. Bei der Endabrechnung stand sie für fast eine halbe Milliarde Mark gerade, nicht aus juristischen Gründen, wohl aber aus „moralischen“, wie es sybillinisch hieß. Geldspritzen, auch der von Gläubigen gespendete „Peterspfennig“ wohlhabender Bistümer, mussten dem Papst aus der Klemme helfen.

Marcinkus habe gern damit kokettiert, dass seine Erfahrungen mit Geld bis zur Übernahme der Leitung der Vatikanbank die des Messdieners in seinem Heimatort Cicero, einem Vorort von Chicago gewesen wären, der in der Sonntagsmesse die Kollekte einsammelte. Eine Ironie des Zufalls, aber vor dem Hintergrund des vatikanischen Finanzskandals von den Medien süffisant aufgegriffen: Von Cicero aus kontrollierte in den 20er Jahren Alphonse „Scarface Al“ Capone die „Windy City“ und 50 Jahre später kommt John Patrick Cody, Kardinal und Erzbischof von Chicago, durch merkwürdige Finanzgeschäfte ins Gerede. Auch habe er eine „Mistress“ ausgehalten. Mafia, CIA und andere Elemente – ein düsteres Szenario am Great Lake Michigan.

Papst Johannes Paul II. hielt seine schützende Hand über ihn, verweigerte eine „Auslieferung“ an den italienischen Staat, respektive eine Aussage-Genehmigung, „beförderte“ ihn auf einen höheren internen Verwaltungsposten, musste ihn aber schließlich „aus dem Verkehr ziehen“. Die „vatikanische Methode“ der Problemlösung. Nach innen hart, nach außen äußerste Diskretion und auf Eigenständigkeit bedacht. Paul Casimir Marcinkus, der als „Bankier Gottes“ mit Millionen jonglierte, durfte, wie Cody, manches Geheimnis mit ins Grab genommen haben, als er am 20. Februar 2006 an seinem Altersitz im noblen Sun City, einem Vorort von Phoenix/Kalifornien im 85. Lebensjahr verstarb.

⁸⁵ Richard James Cushing (1895-1970), Erzbischof von Boston (ab 1944), Kardinal (1958), Teilnehmer am Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965). Cushing erfreute sich großer Beliebtheit bei vielen Menschen, gleich welcher Religion und Herkunft, er trat für Erneuerung in der Kirche und Ökumene ein, verurteilte aber scharf den Kommunismus.

Enger Freund der Familie Kennedy nahm er die Eheschließung zwischen John F. Kennedy und Jacqueline Lee Bouvier vor (1953), sprach das öffentliche Gebet zur Einführung Kennedys in das Amt des Präsidenten (1961) und leitete das Requiem für den ermordeten Präsidenten (1963). Er verteidigte Jacqueline Kennedy, die den geschiedenen griechischen Reeder Aristoteles Onassis geheiratet hatte und geriet damit selbst in Gegensatz zum Vatikan. Aus gesundheitlichen Gründen trat er 1970 vom Amt des Erzbischofs zurück. Kurz darauf starb er an Krebs. Sein Nachfolger wurde Humberto Sousa Medeiros, US-Amerikaner mit portugiesischer Abstammung.

Wie „zweckdienlich“ eine Aufklärung solcher Qualität war, dürfte auf einem anderen Blatt gestanden haben.

Allerdings muss eine solche „Information“ auch vor dem Hintergrund der Beziehungen des Heiligen Stuhls zu den Vereinigten Staaten gesehen werden. Die von der amerikanischen Verfassung verfügte strikte Trennung von Staat und Religion hat amerikanischen Präsidenten nicht daran gehindert, direkte Verbindungen mit den Päpsten zu unterhalten. Bis zur Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen unter Präsident Reagan (1984), vertrat man sich gegenseitig durch einen päpstlichen Legaten in Washington und einen „persönlichen Vertreter“ des Präsidenten, der als Reisediplomat in schöner Regelmäßigkeit dem Vatikan seine Aufwartung machte. Das galt insbesondere während des Zweiten Weltkrieges und in den Jahren danach. Die Herren Diplomaten sorgten für einen intensiven Informationsfluss auch über vertrauliche Angelegenheiten. Der amerikanische Geheimdienst sah sich nicht veranlasst, die Hintertür zu benutzen. Wie etwa General Vernon Walters während der Polenkrise im Vatikan erschien und Johannes Paul II. detailliert mit den Erkenntnissen amerikanischer Nachrichtendienste bekannt machte, ist an anderer Stelle beschrieben worden. (vgl. Kaltefleiter/Oswald. Spionage im Vatikan. München 2006). Giovanni Battista Montini, hatte während seiner Zeit im Staatssekretariat mehr als einmal mit Besuchern aus Washington zu tun.

Die östlichen Geheimdienste hatten solche Zugänge natürlich nicht, waren auf Konfidenten angewiesen oder eingeschleuste eigene Leute. Die folgenden Dokumente, aus denen einige Auszüge zitiert werden machen recht deutlich, wie „politisch“ das Papsttum, sein „weltliches“ Handeln“ gesehen werden muss, und welche Rolle einige führende Vertreter der römischen Kurie, namentlich des Staatssekretariats, dabei übernahmen. Insbesondere gilt dies – oft nicht hinreichend in Kommentaren berücksichtigt – für die Position des „Substituten“, der nicht dezidiert für die „Beziehungen zu den Staaten“ (also die außenpolitischen Belange) des Apostolischen Stuhls zuständig war, sondern für die „allgemeine Angelegenheiten“ (siehe Montini, oder, im vorliegenden Fall: Benelli). Das dies zu gelegentlichen Spannungen zwischen den beiden Sektionen des Staatssekretariats führte, liegt auf der Hand.

Enger Meinungs austausch

Über einen engen Meinungs austausch zwischen dem römischen Papst und dem amerikanischen Präsidenten berichtet der ungarische Geheimdienst im Herbst 1963⁸⁶, vor dem Hintergrund der Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion in jenem Jahr. Paul VI. habe sich mit solchen Verhandlungen „einverstanden“ erklärt und Ken-

⁸⁶ MfS – HA XX/4 652 – v. 20. 9. 63, 2. Anlage zu VM/VD/129/63 „Über die Tätigkeit des neuen römischen Papstes“.

nedy gebeten, ihn laufend zu unterrichten; der amerikanische Präsident wiederum habe den Papst gebeten, zum Erfolg der Verhandlungen beizutragen.⁸⁷

In das Bild des Kalten Krieges, der von kommunistischer Seite gegen Papst und Kurie geführt wurde, – wo immer sich die Gelegenheit bot – das Bild von der Allianz zwischen dem Vatikan und den USA eingebaut; in der verschärften Form: Klerofaschismus im Verein mit dem US-Imperialismus. Aber das war eher Propaganda, für die Öffentlichkeit formuliert – im internen Informationsaustausch konnte man auf solche Verschärfungen im allgemeinen verzichten.

Im März 1969 empfängt Präsident Nixon den Präfekten für ökonomische Fragen, Kurien-Kardinal Vagnozzi.⁸⁸ „Sie führten ein vertrauliches Gespräch über die Frage der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und dem Vatikan. In der Kurie denkt man an die finanziellen Hilfen wie zu „Lebzeiten Kardinal Spellmanns“.⁸⁹ Nixon habe seinem Gesprächspartner gegenüber „eine gute Zusammenarbeit zwischen den USA

⁸⁷ Am 25. Juli 1963 unterzeichnen die USA, die Sowjetunion und Großbritannien ein Abkommen, das ein teilweises Testverbot von Atomwaffen (Partial Test Ban Treaty PTBT), vorsieht, auf die Atmosphäre bezogen, nicht auf Unterwasser-Versuche und im All.

⁸⁸ Kardinal Egidio Vagnozzi (1906-1980), Kurienkardinal, seit 1930 im diplomatischen Dienst des Staatssekretariats, mit Verwendung auf verschiedenen Auslandsmissionen. Wiederholt in den USA (1932-1942 und als Apostolischer Delegat (1958-1962). Seit diesen Jahren enger Mitarbeiter von Amleto Cicognani, der von 1933 bis 1958 die Apostolische Mission in Washington leitete und 1961 Kardinalstaatssekretär wurde.

Vagnozzi erhält 1967 den Purpur und wird 1968 zum Leiter der Präfektur für Wirtschaftsfragen des Heiligen Stuhls ernannt. (1968 hatte Papst Paul VI. seine Tiara abgelegt und diesen den amerikanischen Katholiken zum Dank für ihre Spenden „zugunsten der Armen in der Welt“ geschenkt. Kardinal Spellmann brachte die Dreifachkrone, die seinerzeit auf zehntausend US-Dollar geschätzt wurde, zunächst nach New York. Seit dem 30. Juni 1968 ist sie im Nationalheiligtum Unserer Lieben Frau von der Unbefleckten Empfängnis in Washington ausgestellt.

⁸⁹ Kardinal Francis Spellmann (1889-1967), Erzbischof von New York, „erkonservativ, antikommunistisch“ (vgl. Schweizer Katholischer Mediendienst v. 27.6. 2005). Von 1925 bis 1931 in Rom, u.a. als erster US-amerikanischer Assistent im vatikanischen Staatssekretariat. Angeblich von seinen kirchlichen Vorgesetzten beauftragt, eine antifaschistische Enzyklika des Papstes aus Italien zu schmuggeln, kehrt er in die USA zurück. Gemeint ist das Rundschreiben „Quadragesimo Anno“, 1931 von Papst Pius XI. veröffentlicht zum 40. Jahrestag von „Rerum Novarum“, der Sozialenzyklika von Leo XII. (für die „Sache der Arbeiterschaft“). Mussolini regierte das faschistische Italien (1922-1943). Der Papst sprach von „Hetzern zum Klassenkampf“ und der „Gefahr des Radikalismus“ und forderte „eine geschlossene Angriffsfront“ gegen „falsche Ideen“.

Ab 1932 ist Spellmann Weihbischof in Boston, ab 1939 Erzbischof von New York; 1946 wird er von Papst Pius XII. im ersten Nachkriegskonsistorium zum Kardinal ernannt, (wie auch die Deutschen: Josef Frings (Erzbischof von Köln), Clemens August Graf von Galen (Bischof von Münster/Westfalen) und Konrad Graf von Preysing (Bischof von Berlin). Er galt als einflussreichster Kirchenführer in den USA, die „Stimme von Pius XII.“ in der Neuen Welt. Manche nannten ihn den „Amerikanischen Papst.“ In Personalunion war er zugleich oberster römisch-katholischer Militärbischof (Vicarius castrensis). Er besucht wiederholt US-Truppen in Korea und Südvietnam. 1966 erklärten die amerikanischen Bischöfe in ihrer Stellungnahme „Frieden in Vietnam“ den Krieg in Südostasien für gerechtfertigt.

Spellmann war der stärkste Befürworter dieser Position, „bis zum bitteren Ende“ (vgl. „Amerika“, Wochenschrift der Jesuiten in den USA, Ausgabe von 1. Juli 2000). Die amerikanischen GI's bezeichnete Spellmann als „Soldaten Christi“; sie verteidigten die christliche Zivilisation. Den Bolschewismus sah er sozusagen leibhaftig im politisch-ideologischen System der Sowjetunion verkörpert.

und dem Vatikan“ schon „zu Zeiten seiner Vorgänger herausgestellt. Auch er rechne damit, dass der Heilige Stuhl seine Politik unterstützen werde.“⁹⁰

Vatikanischer Besuch im Weißen Haus

Aus „glaubwürdiger Quelle“ erfährt die ungarische Geheimdienst, „daß der Abgesandte des Papstes, der Stellvertreter des vatikanischen Staatssekretariats, Erzbischof Benelli, (gemeint ist Giovanni Benelli, Substitut im Staatssekretariat, zuständig für die „allgemeinen Angelegenheiten der Kirche, sozusagen der „Innenminister“ der römischen Kurie) „in Washington ein Gespräch mit Nixon führte. Im Verlauf der Begegnung sei „eine Reihe aktueller Probleme der internationalen Politik berührt“ worden.

Zum Krieg in Vietnam: Nixon habe sich entschlossen gezeigt, den Krieg zu beenden, „sogar erforderlichenfalls unter Anwendung neuer Formen des Engagements der USA. Er habe „gleichzeitig die Möglichkeit einer politischen Lösung des Konfliktes“ nicht ausgeschlossen.

Zur Nahost-Frage: Die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion seien durch die Entwicklung der Situation in der Region „beunruhigt.“ Washington bleibe – unabhängig von den Konsultationen mit der UdSSR – im Kontakt mit allen interessierten Ländern, wodurch die Möglichkeit bestehe, „einer sich weiter verschärfenden Krise vorzubeugen.“

Zu China und der Sowjetunion: Washington konzentriere sich darauf die Beziehungen zu Peking regeln; die „neue Phase der Vorbesprechung mit der Sowjetunion bezeichnet Nixon als „viel versprechend“ und scheint Nutzen aus der sowjetisch-chinesischen Krise für die USA zu ziehen.

Zu Lateinamerika: Die Lage dort wird einer neuen Analyse unterzogen. Nixon wolle die größeren Interessen der europäischen Länder berücksichtigen, die aber mit den USA abgestimmt werden müssten. Vom Vatikan erwartet der amerikanische Präsident, „dass der päpstliche Stuhl hier große Entschiedenheit bezüglich der katholischen Elemente mit marxistischen und revolutionären Tendenzen zeigen könnte.“ (Die Aussage ist, bei aller Gewundenheit der Formulierung natürlich eindeutig.).

Zur Deutschlandpolitik: Er, Nixon, habe es dem deutschen Bundeskanzler Willy Brandt „erleichtert“, „Initiativen gegenüber Polen zu ergreifen.“ Die Vereinigten Staaten hätten „keine Einwände gegen die gegenwärtige Entwicklung der Politik der BRD gegenüber den sozialistischen Ländern, da zwischen den Regierungen der BRD und den USA Einverständnis betreffs der gegenseitigen Informierung und Konsultation in jeder Phase der Gespräche bestehe.“

Zur geplanten Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Nixon habe die Zweifel Benellis „hinsichtlich der Perspektiven der europäischen Konferenz“ geteilt, „in dem er hinzufügte, dass ihr Fiasko eine Verschlechterung der Situation

⁹⁰ MfS – HA XX/4 – Nr. 652 / Abteilung X v. 14. 3. 69. Tgb. Nr. X 613 / 69.

in Europa bedeuten würde.“ Er glaube nicht an ein schnelles Zustandekommen, „was für den Westen nicht vorteilhaft ist.“

Benelli wiederum habe Nixon über den geplanten Vatikan-Besuch des jugoslawischen Präsidenten Tito informiert. Nixon habe sich seinerseits überzeugt gezeigt, „dass seine Durchführung noch vor dem Gipfel der Nichtpaktgebundenen Staaten zweckmäßig sei.“⁹¹

Ende März 1975 wurde „der amerikanische Botschafter beim Vatikan“ J. Volpe von Papst Paul VI. empfangen. Volpe erläutert die Schwierigkeiten der USA-Administration bei der Lösung des Nahost-Konfliktes dar, den Zustand der Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa sowie die ungünstige Situation der NATO. Papst möge „an den gefährlichsten Punkten“, (Griechenland, auf Zypern und in Portugal) „Hilfe erweisen, mit dem Ziel, den sowjetischen Einfluß in diesen Gebieten auszuschalten.“

Nur die „vatikanische Ostpolitik“ kommt den Amerikanern in die Quere. Volpe äußert Befürchtungen, die „Aktivierung der Kontakte des Vatikans mit den sozialistischen Staaten“ könne in der Öffentlichkeit den Eindruck hervorrufen, „daß die UdSSR die einzig richtige Politik verfolgt.“ Wirke sich in der gegenwärtigen internationalen Lage ungünstig auf die amerikanische Politik, die die Wiederherstellung des Einflusses in einigen Gebieten der Welt vorsieht, aus.“⁹²

Der Krieg in Vietnam

„Onkel Ho“ war die Frontfigur studentischer Straßendemonstrationen in der westlichen Welt. Das Konterfei des nordvietnamesischen Kommunistenführers ihren Transparenten und „Ho-Ho-Ho-Chi-Minh“ skandierend forderten sie ein Ende der amerikanischen Kriegführung in Vietnam.

Nach dem „Zwischenfall von Tonkin“ reagierte Washington nach bekannter Manier, der Methode des „Big stick“, des „Großen Knüppels“ – Bomben auf Nordvietnam. Das kostete die Amerikaner wenig Menschenleben; die Toten beklagte vor allem die „feindliche“ Zivilbevölkerung. Der „demokratische Süden“ von Amerikas Gnaden drohte verloren zu gehen, der Gegner auf dem „Ho-Chi-Minh-Pfad, Hanoi Truppen und der kommunistische Vietcong im Süden, erwiesen sich als zäher und erfolgreicher, als die technisch überlegene militärische Großmacht. Im März 1968, landeten erste Truppen in Vietnam. Das war nicht der Beginn des zweiten Krieges in Indochina. Zehn Jahre erst waren nach dem Ende der französischen Kolonialherrschaft und der Niederlage von Dien Bien Phu vergangen.

Auf dem Höhepunkt des „Konflikts“ standen 540 000 US-Soldaten zwischen Saigon und Da Nang. Nach dem Waffenstillstand von 1975, schließlich der Niederlage des Südens und der Vereinigung des geteilten Landes unter kommunistischer Herrschaft, zogen die Buchhalter des Krieges Bilanz: drei Millionen getötete Einheimische und 58.000

⁹¹ MfS – HA XX/4 Nr. 126 – Abteilung X v. 20. April 1979, Tgb. Nr. X 979 / 70.

⁹² MfS – HA XX/4 Nr. 127 – Abteilung X v. 17.4. 1975 (Tgb. Nr. X 1375 /75).

Amerikaner. Zahlen, die auf Schätzungen beruhen.⁹³ Nicht zu vergessen: die Spätfolgen des Kampfes in den Reisfeldern und im Dschungel, als die Amerikaner begonnen hatten, ein Unkrautvernichtungs- und Entlaubungsmittel als chemische Waffe einzusetzen (Code-Name: „Agent Orange“ und „Super Orange“) und die Erde und die Menschen, die darauf lebten, zu vergiften.

Der Krieg Amerikas war weder im Dschungel, noch an der Heimatfront zu gewinnen. Den Ausschlag gab schließlich eine andere „Logik der Gewalt“, die geopolitische Situation, die Sorge um einen nicht mehr kontrollierbaren Nuklear-Krieg. Im Hintergrund standen zwei weitere Hegemone: die Volksrepublik China – mit einer langen Kolonialgeschichte entlang der indochinesischen Küste und die Sowjetunion. Fünf Monate nach der Eskalation in Südostasien demonstrierte Moskau, wie es seinem Imperium den politischen und ideologischen Machtanspruch durchzusetzen gewillt war:

Am 21. August 1968 besetzten sowjetischen Truppen die Tschechoslowakei – ein „Hilferuf“ Prager Genossen war ebenso eine Farce wie die Beteiligung einiger Einheiten des Warschauer Vertrages als Ausdruck „brüderlicher Solidarität“. Von Demonstrationen, den antiamerikanischen der Linken in Westeuropa und der Proteste in den USA vergleichbar, war nichts zu sehen. Die Nachbarn, unmittelbar an der Grenze zu den beiden Teilen Deutschlands lebten offenbar in „a far away country of which we know little – ein fernes Land, von dem wir wenig wissen“. An den Ausspruch Chamberlains von 1938 erinnerte Milan Kundera 2007 in der März-Ausgabe von „Cicero“. Zehn Jahre nach den Prager „Ereignissen“ weiter müssen die Polen fürchten, „ihres Staates beraubt“ (Milan Kundera) zu werden.

Stichwort: Der Vietnam-Krieg

Unter Lyndon B. Johnson (US-Präsident 1963-1969, Nachfolger des ermordeten John F. Kennedy) war der Vietnam-Krieg eskaliert. Nach Johnson zog Richard M. Nixon ins Weiße Haus ein (1969-1974). Im Kreml Leonid Breschnew (1964-1982), die Bonner Regierung wird von einer sozialliberalen Koalition (Willy Brandt/Walter Scheel – 1969-1974) gestellt. Der Vietnam-Krieg als eine ständige Bedrohung des Welt-Friedens begleitet als Herausforderung fast die ganze Zeit des Pontifikats von Papst Paul VI. (1963-1978). Es lag also nahe, daß die östlichen Geheimdienste auch in jenen Jahren der vatikanischen Diplomatie besondere Aufmerksamkeit „widmeten“ (die westlichen wohl nicht ausgeschlossen).

Der Papst, gesundheitlich nicht in allerbesten Verfassung, um es vornehm auszudrücken, setzt seine ganze Energie daran, und macht seinen ganzen politischen Einfluss geltend, damit die Welt zu einem stabilen Frieden zurückfindet. Brennpunkte sind immer noch Vietnam in Südostasien und auf dem europäischen Schauplatz des Kalten Krieges zwischen „Ost und West“, die Situation nach der sowjetischen Militäraktion gegen die Tschechoslowakei im August 1968.

Der „dreißigjährige“ Vietnam-Krieg (1946-1975) in Stichworten: 1946 nimmt der Vietminh den Kampf gegen die Kolonialmacht Frankreich auf. Dieser „Indochina-Krieg“ endet mit der Niederlage der

⁹³ Vgl. dpa-Meldung lt. Wiesbadener Kurier vom 24. August 2007.

Franzosen in der Schlacht von Dien Bien Phu, und der Teilung des Landes in einen kommunistischen Norden und einen republikanischen Süden am 17. Breitengrad auf der Grundlage der Genfer Konferenz vom 21. Juli 1954. Fortdauer der Auseinandersetzung zwischen den Landesteilen. Amerika stellt sich auf die Seite Saigons, dessen politische Führer durch massive Korruption zunehmend das Vertrauen der Bürger verlieren. In Südvietnam erhebt sich die „Nationale Front für die Befreiung Südvietnams“ FLN, kurz Viet Cong, abgeleitet von der vietnamesischen bezeichnen. Die Amerikaner übernehmen die Anfangsbuchstaben später als Code „Victor Charly“ für alle gegnerischen Kräfte.

Die USA (von Eisenhower über Kennedy und Johnson) suchen in dem vorhersehbaren „Stellvertreter“-Krieg, die militärische Kraftprobe in Südostasien auf diesen „Küstenstreifen“ am Chinesischen Meer einzudämmen, aber auch der Seite Saigons ein Gegenwicht zu dem von der Linken in aller Welt wie einen Messias verehrten Ho Chi Minh („Onkel Ho“) in Hanoi zu setzen. Gegenspieler in diesem Machtpoker der Großmächte sind Peking und Moskau, selbst Rivalen im Kampf um die Hegemonie in diesem Teil der Erde. Ein erstes militärisches Eingreifen löst der „Tonkin-Zwischenfall“ im August 1964 aus, ein Angriff nordvietnamesischer Schnellboote auf einen amerikanischen Zerstörer im Golf von Tonkin. Präsident Johnson kann den Kongress überzeugen, militärisch einzugreifen.

Anfang März erfolgen die ersten Bombardements auf Nordvietnam („Operation Rolling Thunder“), die ersten Heeresstreitkräfte werden angelandet. Die Volksrepublik China und mehr noch die Sowjetunion, im Kampf um die Hegemonie in Südostasien, unterstützen die nordvietnamesische Armee und die südvietnamesische Guerilla, den Vietcong massiv mit Waffen. Die Tet-Offensive regulärer Truppen und des Vietcong, benannt nach dem vietnamesischen Neujahrsfest, führt zunächst zu einer Eskalation des amerikanischen Engagements. Bis zu einer halben Million Mann stehen im Laufe des Jahres 68 in Vietnam. Dann setzt eine Wende in der politischen Strategie der USA ein, nicht zuletzt durch den Präsidentschafts-Wahlkampf. Johnson lässt die Bombardierungen „zeitweilig“ aussetzen.

Richard Nixons aber siegt und verfolgt eine eigene Diplomatie. Er sucht den Krieg zu „vietnamesisieren“. Er beginnt mit dem Abzug von amerikanischen Truppen. 1972 legen sowohl die USA wie auch der Vietcong Friedenspläne vor, aber erst in Verhandlungen zwischen dem US-Außenminister Henry A. Kissinger und dem vietnamesischen Le Duc Tho wird am 10. Oktober 1972 ein Ergebnis erzielt, nämlich Beendigung der Kämpfe nördlich des 20. Breitengrades. Vorausgegangen war die Einstellung der amerikanischen Bombardierungen. Kissinger und Le Duc Tho werden mit dem Friedensnobelpreis 1973 ausgezeichnet, „für die Herbeiführung eines Waffenstillstandes im Vietnamkrieg“. Aber der kommunistische Vietcong im Süden gibt nicht auf. Saigon, militärisch zunehmend auf sich allein gestellt, unterliegt letztlich dem kommunistischen Ansturm. Am 30. April 1975 fällt Saigon, am 2. Juli 1976 wird die „wiedervereinigte“ Nation als Sozialistische Republik Vietnam ausgerufen.

Eine Mehrheit für Krieg

Die Auswahl der „Informationen“, die der Ostberliner Stasi zu diesem Komplex von anderen sozialistischen Nachrichtendiensten zuzugingen, beginnt mit Berichten aus der Zeit der Präsidentschaft Lyndon B. Johnsons⁹⁴. Diese Mitteilungen gehen beim MfS mit

⁹⁴ MfS – HA XX/4/Nr. 652 – Abt. X v. 23.12. 1968 / Tgb. Nr. X/3315/68 und Abt. X v. 23.1. 1969/ Tgb. Nr. X/200/69.

einiger zeitlichen Verspätung ein, offensichtlich nicht zur Verwendung für unmittelbare operative Maßnahmen sondern zur allgemeinen Information. Überwacht wurde in diesem Zusammenhang auch der päpstliche Gesandte in Washington. (Volle diplomatische Beziehungen bestanden zu diesem Zeitpunkt noch nicht, sie erfolgten erst 1984 unter Reagan.)

Offenbar verfügten die Ungarn über eine auskunftsfreudige Quelle im Staatssekretariat und so erfahren sie, vom MfS unter dem Datum vom 18. 3. 68 notiert, daß der Apostolische Delegat in Washington, Luigi Raimondi, seine vatikanischen Vorgesetzten „in einer Reihe von Berichten“ über die innenpolitische Lage in den USA auf dem laufenden halt. Von einigem Kaliber ist etwa die Nachricht, Präsident Johnson habe den Termin für den offiziellen Antrittsbesuch des Papst-Botschafters verschieben lassen, weil „der Präsident die Botschaft des Papstes im Zusammenhang mit dem Krieg in Vietnam verurteilt, die an den UNO-Generalsekretär gerichtet war.“ Dies habe Raimondi von einem Senator erfahren.

Einem Bericht vom 21. November 1967 zufolge, bezieht sich Raimondi auf die Begegnung „mit verschiedenen Vertreter des amerikanischen Kongresses und Senats“. Dabei handelt es sich, wie aus der Depesche hervorgeht, in erster Linie wohl um Angehörige der Demokratischen Partei. In diesen Kreisen herrsche „Verwirrung“. Die Stimmung macht auf Raimondi, wie er schreibt, „einen bedrückenden Eindruck“. Wenn früher eine Partei an der Macht gewesen sei, habe sie stets die Politik der Regierung unterstützt, jetzt aber trete „ein Teil der Politiker der Demokratischen Partei offen gegen die Politik der Regierung auf; die Unzufriedenheit wachse von Tag zu Tag.

Das war natürlich ganz nach dem Geschmack der kommunistischen Seite. Dies gilt wohl nicht so sehr für das Ergebnis der Sondierungen, die Raimondi „unter der Geistlichkeit zur Frage des Krieges in Vietnam“ vornahm. Er bat die Bischöfe, „ihre eigene Meinung und die der Geistlichkeit und der Angehörigen der Glaubensgemeinde“ darzulegen. Er kam zu dem Ergebnis: den Krieg sofort einstellen fordern 7 Prozent der Bischöfe und 12 Prozent der Geistlichen, 68 Prozent der Bischöfe und 66 Prozent der Geistlichen treten für eine Fortsetzung ein. 62 Prozent der Bischöfe und 66 Prozent der Geistlichen billigten die Politik der USA in der gegenwärtigen Etappe des Krieges in Vietnam. Der übrige Teil der Geistlichkeit würde vorsichtige Korrekturen seitens der Regierung der USA in der Fernost-Politik begrüßen und schließlich: 27 Prozent der Bischöfe und 32 Prozent der Geistlichen unterstützten widerspruchslos die Friedensinitiative des Papstes. Der andere Teil sei der Meinung, „dass der Papst Gott um Frieden anflehen, jedoch keine konkreten Vorschläge machen müsse. Würde er das tun, dann liefe das darauf hinaus, die USA als Verbrecher hinzustellen, ob der Papst dies im Ergebnis so wolle oder nicht.

Diese „Informationen“ wurden, wie schon vermutet, wohl nur als Hintergrundmaterial behandelt, ohne ihnen eine allzu große Qualität beizumessen. Es folgt, wie in solchen Fällen üblich, die bekannte „Vorbehaltsklausel“ aus Moskau: Die Information stamme aus einer zuverlässigen Quelle, sie sei aber nicht überprüft worden. Ungeachtet dessen kommentiert der Bearbeiter des MfS die Mitteilung so, wie es für die „katholischen Linie“ vorgegeben ist. „Die Untersuchung der Meinung amerikanischer Bischöfe beweist,

dass sie den Friedensappell des Papstes keine besondere Aufmerksamkeit schenkt, und dass die Mehrheit von ihnen, die wirtschaftlich mit dem amerikanischen Großkapital verbunden sei, es vorziehen würde, solche Erklärungen nicht zu hören, die die aggressive Tätigkeit der Amerikaner in ungünstigem Licht darstellen und offen die offizielle Politik der USA unterstützt.“

Eine Information, am 23.5. 68 zu den Akten genommen. Der Apostolische Delegierte in Saigon berichtet über die Einnahme der alten Kaiserstadt Hue. Die „Kämpfer der Befreiungsarmee“ hätten „besondere Feindseligkeit zur katholischen Kirche und ihren Priestern an den Tag gelegt.“ Wie reagierte das Staatssekretariat auf diese Hiobsbotschaft? Die Ungarn erfahren es durch ihre Quelle. Im Apostolischen Palast verstehe man nicht, „weshalb die Befreiungsfront Südvietnams nicht die Bemühungen des Vatikans zur Kenntnis nimmt, die von ihm im Interesse der Beendigung des Krieges unternommen werden und womit die guten Beziehungen zu den USA in Gefahr aufs Spiel gesetzt würden.“

Der Sachbearbeiter des MfS fügt als Anmerkung hinzu: „Gemäß unseren Informationen ist der Saigoner apostolische Delegierte ein Anhänger der amerikanischen Politik der Eskalation.“ Die amerikanischen Führer hätten sich bereits wiederholt anerkennend über seine Tätigkeit, die die Amerikaner unterstütze, geäußert. Es werde vermutet, dass der Nuntius in Saigon versuche, die Kämpfer der Befreiungsfront in einem ungünstigen Licht zu zeigen, „damit die herrschenden Kreise des Vatikans die Befreiungsfront Südvietnams verurteilen und sie hinsichtlich der Anerkennung der Gesetzlichkeit der amerikanischen Handlungen (zu) beeinflussen.“ Verquaster konnte diese nachrichtendienstliche Einschätzung wohl nicht formuliert werden.

Johnsons Trick?

Eine interessante Note kommt in zwei weitere „Informationen“ des ungarischen Nachrichtendienstes, wonach der Heilige Stuhl sich als Vermittler bei Friedensgesprächen zwischen den USA und den vietnamesischen Kommunisten angeboten haben soll. Im März 1968 hatte US-Präsident Lyndon B. Johnson die Bombardierung des Gegners stoppen lassen – eine Vorbedingung der Nordvietnamesen für die Aufnahme von Verhandlungen zur Beendigung des Krieges.

Es dürften im Jahr der amerikanischen Präsidentenwahlen vor allem wohl innenpolitische Gründe gewesen sein, die den Texaner zu dieser Wende veranlassten. Johnson verzichtete allerdings auf eine Kandidatur. Dies sei vom Papst „mit Befriedigung“ aufgenommen worden, berichten die Ungarn. Begründet wird diese angebliche Meinung des Kirchenoberhaupts mit dem Hinweis, Johnson habe in seiner Politik „insgesamt“ nicht der Frage des Friedens und den Problemen der Dritten Welt entsprochen, wie sie vom

Heiligen Stuhl vertreten werde. Der Papst habe sich für Kennedy⁹⁵ oder für McCarthy⁹⁶ ausgesprochen.

Die Ungarn sind für jede Information aus dem Vatikan dankbar, die sich propagandistisch verwerten ließ. Genugtuung spricht aus einem Bericht über eine angebliche Äußerung des Papstes im Rahmen einer „Privataudienz am 2. Oktober 1968 vor acht südvietnamesischen Senatoren“. Paul VI. wird mit den Worten zitiert, die Kirche billige entschieden die Wiederherstellung des Friedens unter den Bedingungen der Freiheit und Gerechtigkeit. Es müsse festgestellt werden, dass jegliche Handlung, die zur Vernichtung von Menschenleben und Werten führt, ein friedliches Leben hindere. Diese Äußerung sei als Verurteilung der amerikanischen Bombenangriffe verstanden worden und habe „unter den westlichen Diplomaten, die im Staatssekretariat und beim Heiligen Stuhl im Vatikan akkreditiert sind“, Verwunderung hervorgerufen. Kardinalsstaatssekretär Cicognani, auf diese Textpassage angesprochen, habe erklärt, „dass er in dieser Frage nicht zuständig ist, da diese Erklärung auf einer Privataudienz gemacht wurde.“

Bei weiterer Betrachtung der Informationen zum Vietnam-Krieg fällt auf, wie der Kalte Krieg den Vatikan nicht nur als Opfer direkter Angriffe seitens seiner kommunistischen Gegner bedroht, sondern die vatikanische Diplomatie in diese Konflikt zu verstricken sucht. Beispiel: Präsident Johnson hat eine „zeitweilige Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam“ angekündigt. Der amerikanische Botschafter in Rom übergibt dem Papst die Bitte der Amerikaner, über den päpstlichen Nuntius in Saigon entsprechenden Druck auf die südvietnamesische Regierung auszuüben. Der Vertreter Washingtons habe diesen Wunsch dem Papst mit dem Argument vorgetragen, dies geschehe „im Interesse der Förderung der Friedensverhandlungen“. Tatsächlich, so die ungarische Stasi, sei die nur ein wahltaktischer Trick Johnsons, um bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen⁹⁷ zu punkten. Die Saigoner Regierung war jedoch für

⁹⁵ Robert Kennedy, der jüngere Bruder des am 22. November 1963 in Dallas/Texas ermordeten Präsidenten John F. Kennedy. Als US-Senator strebte „Bobby“ Kennedy selbst das Präsidentenamt an, mit einiger Aussicht auf Erfolg, fiel dann aber 6. Juni 1968 einem Anschlag in Los Angeles zum Opfer.

⁹⁶ US-Senator Joseph McCarthy, Republikaner, „berühmt-berüchtigt“ als Kommunistenjäger in den 50er Jahren, der die US-Behörden mit sowjetischen Spionen infiltriert und die amerikanische Gesellschaft, insbesondere die Kulturszene, mit Sympathisanten des Kommunismus durchsetzt sah. Seine Tätigkeit ging unrühmlich als „McCarthyismus“ in die Frühgeschichte des Kalten Krieges ein.

⁹⁷ Lyndon B. Johnson, US-Präsident vom 22. 11. 63 - 20. 1. 69. Am 31. Oktober 1968 wurden die Bombenangriffe auf Nordvietnam vorübergehend eingestellt. Der Wahlkampf im Jahre 1968 wurde von schweren inneramerikanischen Krisen überschattet: Rassenunruhen, Black-Power, die Ermordung von Re. Martin Luther King Jr. am 4. April, die Hippie-Gegenkultur, Bewegung der Neuen Linken. Vietnam-Krieg: Tete-Offensive im Februar.

Johnsons Umfrageergebnisse sinken auf ein Tief von 35 Prozent. Er will durch Bombardierungsstopp und Ankündigung eines möglichen Friedens-Abkommens noch mal aufholen. Der republikanische Gegenspieler Richard M. Nixon bringt Südvietnams Präsident Thieu dazu, mit solchen Gesprächen bis zu Nixons Wahlsieg zu warten. Johnson gibt auf, das Team Nixon/Agnew gewinnt mit der Parole „Law and Order“ und den Erwartungen an sie auf ein Ende des Vietnam-Abenteuers am 5. November 68 gegen den Demokraten Hubert Humphrey und den „Unabhängigen“ Georg Wallace die Wahlen. (Das amerikanische Volk wählt seinen Präsidenten nicht direkt, sondern über Wahlmänner/Frauen, die von den Bundesstaaten nach einem Zensus, der sich an der Bevölkerungszahl orientiert, bestimmt werden. (Electoral College, Electoral Votes).

Nach der Regel „The winner takes it all“ gewinnt den Bundesstaat, wer als Kandidat dort die meisten Wählerstimmen auf sich vereint. Nach dieser Formel können die Mehrheiten äußerst knapp ausfallen,

eine solche militärische Entscheidung erst nach den US-Wahlen, wie der Vertreter des Papstes aus Saigon nach Rom berichtet hatte.

Paul VI. habe daraufhin ein entsprechendes Telegramm an Präsident Thieu⁹⁸ gesandt, „in dem er seiner Befriedigung über die Einstellung der Bombenangriffe Ausdruck gab und die Bitte äußerte, alle Hindernisse zu beseitigen, die einer Umwandlung der Vorverhandlungen in tatsächliche Friedensverhandlungen und der Herstellung eines von den Prinzipien der Gerechtigkeit diktierten Friedens im Wege stehen.“ Gleichzeitig habe der Papst den apostolischen Delegierten angewiesen, „alle Möglichkeiten ausnutzen zu wollen, um die Saigoner Regierung im Interesse der Herstellung des Friedens beeinflussen zu können.“ Der päpstliche Gesandte sollte sich auch an die Bischöfe und Führer der katholischen Organisationen Südvietnams wenden, „damit diese die Friedensverhandlungen unterstützen.“

Man darf bei diesen „Informationen“ nicht übersehen. Sie sollten als Material für Zersetzungsarbeit, eine der bekanntesten geheimdienstlichen Praktiken, zur Verfügung stehen. Und dazu gehörte, „Falken“ und „Tauben“ im Vatikan gegeneinander auszuspielen. Beispiel: Der vatikanische „Außenminister“ Erzbischof Casaroli habe die Anweisung erhalten, „die Stimmung der Katholiken Südvietnams gegen eine zeitweise Einstellung der Bombardierung und die Friedensverhandlungen in Paris aufrechtzuerhalten“. Casaroli habe aber nicht zugestimmt, sondern Kardinalstaatssekretär Cicognani und „dessen Stellvertreter Benelli“ (den Substituten Giovanni Benelli) davon überzeugt, „daß die Autorität des Vatikans wachse, wenn er auf internationaler Ebene das Streben nach Frieden sogar dann unterstütze, wenn die Verhandlungen zu einer Stärkung der Position der Kommunisten in Südvietnam führen.“

Die Absicht, die hinter der „Information“ steht, wird auch durch die auch in diesem Fall hinzugefügte Kommentierung durch den Sachbearbeiter des MfS bestätigt: „Man kann annehmen, dass die Aktionen zur Sabotierung einer Beilegung des Konfliktes in Vietnam das Werk einer Handvoll konservativer Kräfte des Vatikans sind, die der Meinung sind, es wäre günstiger, könnten die Regierung der USA und die Regierung Südvietnams die FNL und die DRV⁹⁹ im Ergebnis entscheidender militärischer Überlegenheit zu Verhandlungen zwingen. Deshalb verdient die positive Haltung Casarolis in dieser Frage Aufmerksamkeit.“

wie die Bush-Wahlen von 2004 zeigten. Nixon konnte mit einem Plus von rund 500.000 Stimmen das Amt des 37. Präsidenten der USA am 20. 1. 69. antreten. Am 9. August 1974 musste er wegen der „Watergate-Abhör-Affäre“ zurücktreten, als erster US-Präsident sich gezwungen sah, während seiner Amtszeit seinen Stuhl zu räumen.

⁹⁸ Ngyuen Van Thieu, Präsident Süd-Vietnams (1967-1975).

⁹⁹ FNL – Front National de Libération – Nationale Front für die Befreiung Südvietnams, Guerilla-Truppen, kurz Viet Cong. / DRV – Demokratische Republik Vietnam, kurz: das kommunistische Nordvietnam. Hauptstadt, auch nach der Vereinigung, ist Hanoi.

Wetterleuchten des Kalten Krieges

Der Kalte Krieg ist tot, es lebe der Kalte Krieg, möchte man nüchtern sagen unter den politischen Klimaverhältnissen zwischen (immer noch) Ost und West im Herbst 2007. Sicher, die „russischen Gespräche“ in Wiesbaden¹⁰⁰ standen im Zeichen eines Goldenen Oktobers – aber das war wohl eher für die Schaubühne gedacht, hinter den Kulissen des Gipfeltreffens zwischen Bundeskanzlerin und russischem Staatspräsidenten war ein Wetterleuchten unübersehbar: Washingtons Raketenschild gegen islamistische „Terror-Angriffe“ und die dazu gehörenden geplanten amerikanischen Leitsysteme in Polen und in Tschechien, Irans Spiel mit dem nuklearen Feuer. Angela Merkel schloss Sanktionen gegen Teheran nicht aus und George W. Bush nahm das Wort vom Dritten Weltkrieg in den Mund.

Wladimir Wladimirowitsch Putin wiederum eilte von Wiesbaden aus direkt nach Teheran, um russische Interessen zu vertreten. Er will sich auch nicht mehr an die militärischen Sperrverträge über Truppenkontingente und nukleare Mittelstreckenraketen (KSE und INF) halten. Kaum nach Moskau zurückgekehrt, setzte er noch eins drauf und zielte auf den Krieg der USA im Irak. Sie könnten zwar schießen, aber keine Ordnung schaffen. Nicht genug der Schärfe kündigte er während seiner Bürgersprechstunde per Fernsehen „grandiose Aufrüstungspläne“ an, inklusive „vollkommen neuer nuklearstrategischer Systeme“.¹⁰¹

Muskelspiele für den Rivalen um den ersten Platz in der Welt oder fürs eigene Publikum? Im Dezember 2007 stehen Wahlen zur Staatsduma (Nationalparlament) an, im März 2008 wird ein neuer Staatspräsident bestimmt, Putins Amtszeit endet dann, die Verfassung verbietet eine weitere Kandidatur. Aber Regierungschef möchte und könnte er werden. US-Außenministerin Condoleezza Rice verzog schon mal den Mund wegen zuviel „Konzentration von Macht im Kreml“ und Michail Gorbatschow, gerade erst aus Wiesbaden zurück, beklagte ein „Ausufern der Staatsmacht in Russland“ und rief eine neue sozialdemokratische Bewegung ins Leben. Der russische Bär und der amerikanische Grizzly, oder – nach einem afrikanischen Sprichwort – wenn Elefanten kämpfen, leidet das Gras.¹⁰²

Zum ersten Mal tagte im Rahmen des Petersburger Dialogs eine eigene Arbeitsgruppe, vertreten durch die Russische Orthodoxe Kirche, die Evangelische Kirche in Deutschland EKD und die katholische Deutsche Bischofskonferenz. (Ein jüdischer Teilnehmer war ebenfalls hinzu gebeten worden.) Präsident Putin vergaß bei dieser Gelegenheit im

¹⁰⁰ Vom 13. bis 15. Oktober 2007 fand in der hessischen Landeshauptstadt der 7. Petersburger Dialog statt, geleitet von Michail Gorbatschow und Lothar de Maizière, dem letzten DDR-Ministerpräsidenten nach dem Ende des SED-Staates. Das 2001 ins Leben gerufene Forum bietet Vertretern aus verschiedenen Bereichen der „Zivilgesellschaft“ in einzelnen Arbeitsgruppen eine Plattform für einen „offen angelegten“ Gedankenaustausch. Eingebunden in dieses Gesprächsforum waren deutsch-russische Konsultationen auf Regierungsebene, mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Wladimir Putin an der Spitze sowie eine von Wirtschaft und Wissenschaft veranstaltete Rohstoff-Konferenz.

¹⁰¹ Vgl. SPIEGEL ONLINE v. 18. 10. 2007. „Russland will aufrüsten – Putin kündigt neue Atomwaffentechnologie an“.

¹⁰² Vgl. FAZ.NET v. 02. Oktober 2007 und SPIEGEL ONLINE v. 27. Oktober 2007.

Abschluss-Plenum nicht, seine Begegnungen mit Papst Benedikt XVI. und Patriarch Alexij II. zu erwähnen und nahm sich gar die Zeit, auf den Wiesbadener Neroberg zu fahren, um eine der schönsten orthodoxen Kirchen in Deutschland zu besichtigen und dort auch zu beten, wie BILD beobachtete.

Ein Gotteshaus für Geheimdienst-Agenten

Ist ein neuer Geist in den Moskauer Geheimdienst eingekehrt, vorbei die Zeit, als der ewige Tagesbefehl dem „Vormarsch der Weltrevolution“ galt? Der neue russische Sicherheitsdienst SWR (Bundesagentur für Sicherheit der Russischen Föderation) verfügt seit 2002 über ein eigenes Gotteshaus, die Kirche der Heiligen Sofia, deren griechischer Name ja mit „Weisheit“ übersetzt wird. Patriarch Alexij II. persönlich nahm die feierliche Übergabe der Gebetsstätte für den neuen Staatssicherheitsdienst vor. Das Triptychon, das die Kirche schmückt, zeigt den heiligen Georg, den „Drachentöter“.¹⁰³ Ersetzt er als Schutzpatron das Emblem des früheren KGB, der sich als „Schwert und Schild der Partei“ verstand, (wie in entsprechender Nachahmung auch das MfS).

Es macht zwar wenig Sinn auf der KGB-Vergangenheit des russischen Präsidenten herumzureiten, doch Erinnerung ist gelegentlich nützlich. Schließlich gehörte Putin von 1975 bis 1990 dem sowjetischen Geheimdienst an. Letzter Rang: Oberstleutnant in der Ersten Hauptverwaltung (Auslandsaufklärung, vulgo: „Spionage“, vergleichbar der HV A des MfS) Er war u.a. in Österreich, in der Schweiz und zeitweilig auch in der DDR stationiert.

Statt sozialistischer Weltrevolution gilt jetzt das „Konzept der Nationalen Sicherheit“ von Präsident Putin am 10. Januar 2000 in Kraft gesetzt. Was das im Einzelnen bedeutet, kann auch den Kirchen nicht gleichgültig sein, dürfte auf orthodoxer Seite jedoch breite Zustimmung finden. Hat man nicht ähnliche Worte auch aus dem Munde des Patriarchen gehört: „Verteidigung des kulturellen und geistig-moralischen Erbes, der historischen Traditionen und gesellschaftlichen Normen, die Erhaltung des Kulturgutes aller Völker in Russland, die Bildung einer Staatspolizei im Bereich der geistigen und moralischen Erziehung der Bevölkerung“.

Andrew/Mitrochin meinen, trotz der Entdeckung der „spirituellen Sicherheit“ dürfe nicht übersehen werden, dass es sich bei FSB (Sicherheitsdienst der russischen Föderation) und SWR (Auslandsaufklärung) um „politische Geheimdienste“ handle. Zwar sei, nach dem Zerfall der Sowjetunion, die russische Spionagetätigkeit „bei weitem“ nicht mehr so bedrohlich wie früher. Dennoch: Gegenüber dem Westen habe sie „anscheinend wieder das gleiche Niveau wie im Kalten Krieg erreicht.“

Ehemalige KGB-Kader übernahmen auch nach der Wende politische Spitzenfunktionen. Wie Andrew/Mitrochin in ihrer KGB-Geschichte feststellen zählen dazu die letzten drei Ministerpräsidenten der Russischen Föderation unter Jelzins Präsidentschaft.

¹⁰³ Christopher Andrew/Wassili Mitrochin: Das Schwarzbuch des KGB 2 – Moskaus Geheimoperationen im Kalten Krieg. Deutsche Ausgabe. Berlin 2006.

Den ehemaligen KGB-Oberstleutnant Wladimir Wladimirowitsch Putin trug es bis ganz nach oben. Er habe sich mit so vielen ehemaligen Geheimdienstmitarbeitern umgeben, wie kein anderer Staats-Chef auf der Welt“, schreiben Andrew/Mitrochin. Es dürfte vorläufig bei dieser Auswahl bleiben. Anfang Oktober 2007 wurde der Chef des Auslandsnachrichtendienstes SWR Sergej Lebedew zum Leiter des Exekutiv-Komitees der GUS ernannt.¹⁰⁴ Sein Nachfolger ist Michail Fradkow, bis September 2007 Ministerpräsident. Allein die Auslandsaufklärung soll 10.000 bis 15.000 Mann unter Vertrag haben.¹⁰⁵ Eine russische Spezialität ist die Verwendung von Geheimdienst-Experten in politischen Spitzenpositionen freilich nicht, wenn man westliche Besetzungslisten durchgeht.

Was Putins frühere Dienstbehörde betrifft: „Die notwendige kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit hat nicht stattgefunden“, stellen Andrew/Mitrochin nüchtern fest. Einige wenige Auszüge aus Unterlagen, die in den Archiven des MfS der DDR gefunden wurden, mögen belegen, welche Praxis gemeint ist. Zu diesen Materialien gehören die erhalten gebliebenen Unterlagen des „Systems der Informationsrecherche der Hauptverwaltung Aufklärung, abgekürzt SIRA. Gemeint sind die elektronischen Datenbanken des Auslandsnachrichtendienstes (Spionage) des MfS.

Spurensuche in Stasi-Dateien

Auf den ersten Blick scheinen die gespeicherten Informationen nicht ergiebig, zumal die dazu gehörigen ausgeschriebenen Berichte fehlen. Sie wurden vermutlich „rechtzeitig“ vor oder nach der Wende gelöscht, also vernichtet. Decknamen und Geheimberichte lassen sich nur entziffern, soweit diese sie in der auf Mikrofilm gespeicherten Klarnamenkartei (F 16) und der Vorgangskartei (F 22) erfasst und erhalten sind. Diese waren zunächst von den USA beschlagnahmt, dann aber zunächst zur Einsicht durch das Bundesamt für Verfassungsschutz geöffnet und bis 2003 zurückgegeben worden. Die Recherchen des BfV liefen unter dem Codewort „Rosenholz“ / Englisch: „redwood“ – eine Bezeichnung die für das gesamte Speichermaterial der HV A übernommen wurde.

So bleibt in vielen Fällen nur das elektronische „Posteingangsbuch“. Aber auch diese Kurzeinträge geben einigen Aufschluss über die Zielrichtung der nachrichtendienstlichen Aufklärung der Stasi, in diesem Fall die Spionage gegen den Vatikan betreffend. Da sich nur vermuten lässt, ob es sich bei namentlich gekennzeichneten Informationen um hauptamtliche Angehörige des MfS, Inoffizielle Mitarbeiter (HIM) oder ohne Wissen der Betroffenen von der Stasi geführte, tatsächlich nur „abgeschöpfte“ Personen handelt, wird bei der nachfolgenden Beschreibung auf Klarnamen verzichtet, auch in solchen Fällen, die in der Zwischenzeit veröffentlicht wurden.

Die hier vorliegenden Kopien der SIRA-Ausdrucke umfassen den Zeitraum von 1977 (also dem vorletzten Jahr des Pontifikats von Paul VI.) bis 1989 (dem Ende des SED-

¹⁰⁴ GUS – Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, Staatenbund einiger Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion seit 8. 12. 91.

¹⁰⁵ Vgl. Frankfurter Rundschau v. 8. 10. 07.

Staates). Sie betreffen „Aufklärung, Bearbeitung und Sicherung der Kirchen und Religionsgemeinschaften“ wie es in einer Aufgabenbeschreibung etwa für die Abteilungen der HA XX (zuständig u.a. für die drei „K`s“: Kunst, Kultur, Kirchen) heißt.

Was nicht mit Eigenmitteln zu beschaffen war, wurde von den „sozialistischen Bruderorganen“ bezogen, vor allem von den Nachrichtendiensten Polens, Ungarns und der Sowjetunion sowie der Auslandsspionage der Tschechoslowakei und Kubas (letztere insbesondere bei lateinamerikanischen Themen. Die kolumbianische Regierung bemühte sich, den Papst „zur Durchführung von Verhandlungen mit den Guerillakämpfern“ zu gewinnen, berichten die Agenten Fidel Castros in einer Information vom 23. Oktober 1982).

Das MfS lieferte der politischen Führung allgemeine Einschätzungen der vatikanischen Diplomatie, hier vor allem die „Ostpolitik“ unter Paul VI. und die „Linie“ von Johannes Paul II. betreffend. Aber auch innerkirchliche Fragen blieben nicht unbeachtet, etwa Spekulationen um den Gesundheitszustand von Papst Paul V. und später von Johannes Paul II. sowie die damit verbundene Nachfolge-Diskussion. Vor allem der „polnische“ Papst fand größte Aufmerksamkeit, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der „polnischen Ereignisse“, die fast zeitgleich mit der Papstwahl einsetzten, zur äußersten Zuspitzung Ende 1980 (mit der Gefahr einer sowjetischen Invasion) und dem Kriegsrecht vom 13. Dezember 1981 führten. In einigen „Informationen“ von Spitzeln, aber auch von MfS-eigenen Kirchenspezialisten geht es um die „Hintergründe“, die zur Wahl des Krakauer Erzbischofs führten, um die Reaktionen auf das Konklave-Ergebnis in den europäischen Ländern und innerhalb der Kirche.

Natürlich ist das MfS gemeinsam mit den „Bruderorganen“ nach den Schüssen auf dem Petersplatz gefordert. Es geht allein darum, jeden Verdacht, der auf den KGB oder die Bulgaren fällt, sie seien die Drahtzieher und Organisatoren des von Ali Agca verübten Anschlags, zurückzuweisen. Die Kubaner melden am 1.1. 83: Italien und die USA versuchten das Attentat auf den Papst mit Andropow (*ehemaliger KGB-Chef*) in Verbindung zu bringen. In der Desinformations-Abteilung der HV-A „belieferte“ westliche Medien mit entsprechenden Gegenbildern: Da war es dann die amerikanische CIA im Zusammenspiel mit der Mafia, türkischen Grauen Wölfen und was sonst noch im Dunkel der Geheimdienste und organisierten Kriminalität agierte. Hintergrundmaterial lieferten die Residenturen in Italien und der Türkei.

Im Verlauf der 80er Jahre, der wesentlichsten Periode des Pontifikats von Johannes Paul II. vielleicht, aber auch die entscheidende Umbruchphase des sozialistischen Systems, erweitert sich das Themenspektrum der Spione aus dem Osten. Dass es bisweilen Meinungsverschiedenheiten zwischen Casaroli und Johannes Paul II. gegeben haben soll, dürfte den Agenten aus dem Osten nicht ungelegen gekommen sein.

Papst-Audienzen für Staatsmänner – die Besucherliste der 80er Jahre liest sich wie ein Who-is-Who des weltpolitischen Jetsets an. Der Stasi-Spitzel ist immer dabei. Die Berichte sollen den Eindruck erwecken, als hätte er mit am Tisch gesessen.

Besondere Aufmerksamkeit findet, weil die Interessen der DDR direkt berührend, jeder Besuch eines westdeutschen Politikers im Vatikan: die Kanzler Helmut Kohl und Helmut Schmidt, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der CSU-Vorsitzende Franz

Josef Strauß. Und wenn der Papst die westdeutsche Bundesrepublik besucht, dann sind die Agenten der versammelten internationalen Tscheka hellwach.

Alle Antennen waren natürlich eingeschaltet, wenn amerikanische Präsidenten, wie Nixon und Ford, Reagan und Bush im Apostolischen Palastes empfangen wurden. Es ging nicht nur um Smalltalk. Reagan habe versucht, Johannes Paul II. dazu zu bewegen, die amerikanischen Bischöfe in der Frage der Lateinamerika-Politik der USA zu „neutralisieren“. Dem Papst wiederum werden „Aktivitäten“ in Zusammenhang mit den amerikanischen Präsidentschaftswahlen unterstellt, was nichts anderes behaupten soll, als bestehe eine Achse Vatikan-Washington. (1984).

Johannes Paul II. ist, wie seine Vorgänger, in allem was er tut, der oberste Hirte und Seelsorger seiner Kirche, so sagt es die Lehre, für die Außenwelt ist er aber auch ein „politischer Papst“. Der kubanische Geheimdienst berichtet (Information vom 15. Dezember 1983), der Papst befürchte den „Bruch des START-Vertrages. (*Verhandlungen zur Reduzierung strategischer Nuklearwaffen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion*). Anfang Februar 1985 melden die Kubaner, der Papst unterbreite den USA und der UdSSR einen neuen Abrüstungsvorschlag, „der die nichtmilitärische Nutzung des Kosmos beinhalte“.

Selbstredend wird keine der Auslandsreisen des Papstes ausgelassen, von der Planung, über die Durchführung, bis zu den Schlussfolgerungen. Da haben bereits die 80er Jahre einiges zu bieten. „John Paul – Superstar.“ Für Moskau eine schreckliche Vorstellung. Man versucht gegenzusteuern. Desinformation und Zersetzung. Der kubanische Geheimdienst beobachtet die Mittelamerika-Reise des Papstes und seinen Besuch am 4. März 1983 in Nicaragua. Ein Bild ging um die Welt, der Mönch Ernesto Cardenal, erster Kulturminister der Sandinistischen Regierung küsst den Fischerring des Papstes, dieser ruft in mit erhobenem Zeigefinger zur Ordnung. Die Rede von Johannes Paul II. in Managua (*Hauptstadt Nikaraguas*) werde in vatikanischen Kreisen missbilligt, berichtet der kubanische Geheimdienst. Ein Jahr später: Der Papst verhärte seine Haltung gegenüber der Sandinistischen Regierung. Schließlich dann doch auch noch etwas Positives: Der Papst sei bereit die „Möglichkeit der Vermittlung des Vatikans im Konflikt in Mittelamerika zu prüfen“.

Wenn „US-General Walters“ den Papst aufsucht (1983), dann kann es offenbar nur um Polen gehen. Der Diplomat, vorher einer der ranghöchsten Geheimdienstoffiziere der USA, verfügt über erstklassiges Material der Satellitenaufklärung, um Johannes Paul II. über die Situation in seinem unter Kriegsrecht stehenden Heimatland aufzuklären. Welchen Einfluss nimmt der Pole auf dem Papstthron auf die Entwicklung, wie verhält er sich gegenüber der „Solidarnosc-Bewegung“ und deren Wortführer Lech Walesa. Die Berichte und „Informationen“ aus Warschau und Rom füllen die Akten der HV A in Ostberlin. Vor dem Polen-Besuch 1983 werde dem polnischen Primas Kardinal Glemp und der polnischen Legislative der Inhalt der Reden des Papstes zur Einsichtnahme vorgelegt (melden interessanterweise die Kubaner). Die USA würden auf die polnische Führung Druck ausüben, „damit der Papst Walesa empfängt.“

Was die SIRA-Dateien ebenfalls enthüllen: Eine beträchtliche Anzahl an Agenten der HV A und Informanten der DDR-Auslandsspionage kommt zusammen. Es sind viel-

leicht mehr, als bisher bekannt geworden. Dies galt zunächst für die „legal abgedeckten Residenturen in Dritten Ländern“, also die bei den Auslandsvertretungen (Botschaften, etc.) der DDR etablierten Posten des Nachrichtendienstes. Sie betrafen das „westliche kapitalistische Ausland“, wobei die „amtlichen Spione“ der HVA in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland eine Sonderstellung einnahmen. Italien wurde unter der Nummer 241 registriert. Von hier berichten nach Auskunft der mir vorliegenden SIRA-Dateien in dem genannten Zeitraum die Mitarbeiter „ACHIM“, „Bernd“, „Steffen“, „TON“ und „Trier“. Ob sie als Festangestellte oder als Inoffizielle Mitarbeiter eingesetzt waren, lässt sich aus den Eingangsdaten nicht ermitteln.

In der Residentur Nr. 1, das ist der HV A- Stützpunkt in der Bundesrepublik Deutschland, sind Anfang der 80er Jahre „Egon“ und „Kaplan“ eingesetzt. „Adler“ wiederum liefert Berichte über die nicht näher erkennbare Residentur Nr. 117. Unter anderem beschafft er die „Instruktion“ der vatikanischen Glaubenskongregation zur Befreiungstheologie. Auch über den Jesuiten-Orden erfährt er Näheres.

In alphabetischer Reihe folgen weitere Konfidenten des MfS, wobei aus der SIRA-Datei der Status der Personen nicht ohne weiteres ersichtlich ist: „Aurora“ lieferte Informationen aus dem Katholischen Büro, der politischen Lobby der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn, zum Beispiel über eine „Einschätzung zu Papstreisen in die DDR und in die UdSSR sowie zur Besetzung des Erzbistums Köln (Eingang der Information am 27.9. 88.) „Bogen“ berichtet aus der westdeutschen Bischofskonferenz, „Brede“ aus Rom. „E_NEU“ informiert über die „katholische Kirche im Sowjetland“. Vermutlich lebt er in der DDR, den sein Bericht wird von der Stasi in Neubrandenburg an die HV A VII 02 weitergeben, mit der Maßgabe einer Einschätzung der Informationen durch den Experten „Sascha.“

Über die Beziehungen Vatikan-USA schreibt „Erich“ und „Fichtel“ beschafft einen Brief des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) an den Papst. Von „Florian“ kommt eine Einschätzung zur Lage in Polen nach dem Papstbesuch von 1983. „Förster“, Residentur Nikaragua, meldet sich zum Papstbesuch in Managua 1983. „Friedrich“ erstellt eine Einschätzung des Staat-Kirche-Verhältnisses in der DDR und zu einem möglichen Papstbesuch. (Eingang 1. August 1986). „George“ meldet sich mit einer „internen Einschätzung zu Erwartungen des Vatikans im Zusammenhang mit der bevorstehenden Audienz des Genossen E. Honecker bei Papst Joh. Paul II.“ (ein Bericht, weitergegeben von der Stasi-Bezirkstelle in Halle am 1. März 1995).

Weitere MfS-Mitarbeiter: „Gerald“, „Herold“ und „Ingrid“. Diese scheint mit den Verhältnissen der katholischen Kirche in der DDR vertraut zu sein. Sie dokumentiert „Meinungsäußerungen von Kirchenvertretern der DDR zu einem leitenden Angestellten des Senats von Westberlin zur aktuellen Lage der Kirche in der DDR“. Auch über „Kontakte von Vertretern der BRD und des WB-Senats (gemeint ist Westberlin) zur katholischen Kirche in der DDR“ weiß sie zu berichten und deren „Haltung zum Zusammentreffen des Gen. Honecker mit dem Papst.“ In dieser Reihenfolge folgen nun „Junior“, der sich mit dem Opus Dei befasst, und „Knuth“ mit Informationen über den „Besuch von Franz Josef Strauß beim Papst“ (Berichte aus dem Jahr 1985). „Konrad“ informiert über die „Nahostpolitik des Vatikans“ (1980) und den Papstbesuch in Polen

1997 – mit Hinweisen auf die deutsche Botschaft in Warschau. „Korff“ war ebenfalls auf Polen angesetzt und „Lorac“ berichtet aus der katholischen Kirche in Österreich.

Über die Staatssicherheit in Leipzig gingen Berichte von „Liane“ in die HVA-Zentrale. „Liane“ wurde als Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiterin (HIM) von der Abteilung XV. der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig geführt und hat seit 1984 „sowohl litauische als auch deutsche Katholiken“ ausspioniert.¹⁰⁶ Sie berichtete aber auch aus dem Vatikan: über die Papst-Audienz für Präsident Reagan (6. Juni 1987), die geplante Papstreise nach Litauen sowie die „Haltung des Papstes zur Situation in der UdSSR und zu einem Treffen mit dem Gen. Gorbatschow.“

„Reinhard“ informierte zwischen 1984 und 1986 aus dem Vatikan: Audienz für USA-Präsident, möglicher Papstbesuch in der DDR, Reise von Johannes Paul II nach Polen und Einschätzung durch „BRD-Regierungskreise“ (1987) und eventuellen Papstbesuch in Äthiopien. In der Abteilung VII sind der bereits erwähnte „Sascha“ (Referat 02) und „Felix“ (Referat 07) beauftragt, Einschätzung der vatikanischen Politik zu erarbeiten. „Stups“ wie „Tenne“ beobachten die Entwicklung in Polen, „Ulli“ hat Informationen über das Gespräch zwischen Reagan und Johannes Paul (s.a. „Liane“).

Die besondere kirchliche wie mediale Aufmerksamkeit galt bislang zwei Informanten, die vom MfS unter den Decknamen „Lichtblick“ und „Antonius“ geführt wurden. Ihre Klarnamen sind inzwischen veröffentlicht: der eine (inzwischen verstorbener) Angehöriger des Benediktiner-Ordens, der andere Korrespondent einer katholischen Nachrichten-Agentur, zeitweilig in Rom akkreditiert. „Lichtblick“ ist in der SIRA-Datei mit einer Reihe von Berichten aufgeführt, die sich insbesondere mit den Hintergründen zum Attentat auf Johannes Paul II. befassen, sowie der vatikanischen Ostpolitik und speziell den Vorgängen in Polen.

„Lichtblick“ berichtet auch über die Politik des Heiligen Stuhls gegenüber Italien, über interne vatikanische Vorgänge, wie die Personalpolitik des Papstes, die Rolle des Opus Dei. Der Besuch von Bundeskanzler Kohl am 23./24. Juni 1986 in Rom. „Bedingungen und Hintergründe“ zu Reiseabsichten des Papstes in die Sowjetunion und in die DDR werden ebenso als Eingang in Ostberlin notiert, wie die „taktischen Varianten des Friedensengagements des Vatikans“. (1. Dezember 1986). Nach einem möglichen Besuch des Papstes in der DDR wird er offenbar immer wieder befragt.

„Antonius“, gelegentlich in einem Art Vater-Sohn-Verhältnis auf geistiger Ebene zu „Lichtblick“ beschrieben, berichtet auf der gleichen Linie: Polen, die vatikanische Außenpolitik, insbesondere gegenüber dem sozialistischen Lager. 1987 wird ein Bericht im SIRA-Eingangsbuch über „Aspekte und Einschätzung des Papstbesuches in der BRD und zum politischen Engagement des katholischen Klerus in der BRD“ eingetragen.

Diese Durchsicht der Stasi-Datenbank soll mit einem Bericht von „Carlos“ abgeschlossen werden. Er arbeitete für die italienischen Residentur und informierte diese u. a. über Gespräche, die Papst Johannes Paul II. mit Lech Walesa geführt hatte. Der polnische Gewerkschaftsführer, 1983 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, leitete

¹⁰⁶ Dieter Grande/Bernd Schäfer: Kirche im Visier der SED. Staatssicherheit und Katholische Kirche in der DDR. Leipzig 1998.

1989 in Verhandlungen mit dem Regime der polnischen Generale die politische Wende ein. Am 9. Dezember 1990 wurde Walesa zum ersten Staatspräsidenten der postkommunistischen Ära gewählt. Der Stasi-Bericht, in Ostberlin unter dem Eingangsdatum 19. Mai 1989 notiert, ging von der HVA, Abteilung III (Aufklärung westeuropäischer Staaten) an die Abteilung VII (Auswertung sowie Erstellung von Analysen und Einschätzungen), zur Bearbeitung durch den Spezialisten „Sascha“. Stichwort: „Feindtätigkeit der Kirche.“

Die Nixon-Ära

Der folgende Beitrag befasst sich mit Unterlagen, die insbesondere die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Vatikan während der Ära der Nixon-Administration betreffen. Die nachrichtendienstlichen Aufzeichnungen wird man nicht als Korrektiv einer revisionsbedürftigen wissenschaftlichen Geschichtsschreibung lesen, wohl aber als aus der tagesaktuellen Sicht resultierender Kontext zu historischen Nachbetrachtungen, „post bellum“.

Das Jahr 1968 stand im Zeichen der Präsidentschaftswahlen in den USA und war überschattet von den Attentaten auf Pastor Martin Luther King Jr. (am 4. April), den weltweit bekannten Sprecher der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und Robert Kennedy, (am 6. Juni), Senator und ehemaliger Justizminister, Präsidentschaftskandidat der Demokraten, ein scharfer Kritiker des Vietnam-Krieges. Präsident Johnson, der sich selbst nicht mehr bewarb, hatte die Einstellung der Bombardierung Vietnam zum 1. November ankündigt, was ihm als wahltaktisches Manöver ausgelegt wurde.

Für den Frieden in Vietnam

„Über die Reaktion des Vatikans auf die Erklärung Johnsons im Zusammenhang mit der Vietnamfrage“ wissen die Ungarn detailliert zu berichten. Die vatikanische Quelle (im Staatssekretariat?) scheint zu sprudeln.¹⁰⁷

Nach der Erklärung Johnsons widme der Vatikan „vor allem den Möglichkeiten zur Beendigung des Krieges“ Aufmerksamkeit. „Unverzüglich“ habe der Papst die „entstandene Lage“ „unverzüglich“ mit seinen Mitarbeitern erörtert. Danach sei beschlossen worden,

- Johnson ein Billigungsschreiben zu senden,
- die Aufmerksamkeit U Thants (UN-Generalsekretär, d. A.) darauf zu richten, daß er mit allen Kräften die Initiative Johnsons unterstützt,
- den Nuntien in den interessierten Ländern die Anweisung zu geben, positive Maßnahmen im Zusammenhang mit der Erklärung zu fördern,
- eine gleiche Anweisung an den Beobachter des Vatikans in der UNO zu senden,

¹⁰⁷ MfS – HA XX/4 Nr. 652 vom 23. 5. 68. Abtlg. X, Tgb Nr. X/1587/68

- die Frage der Versendung eines Aufrufs an die Präsidenten der beiden Vietnams, an die Regierungen der UdSSR, Chinas und Englands zu prüfen.

Mit Bedauern sei festgestellt worden, „dass der Heilige Stuhl nicht als Vermittler benutzt werde, obwohl der Vatikan viel für den Frieden getan habe. Man sei aber übereingekommen, nach Möglichkeiten zu suchen, um sich in die Vermittlung einzuschalten. Der Gedanke sei „aufgetaucht“, den Vatikan als Verhandlungsort vorzuschlagen. (Die Vietnam-Friedens-Verhandlungen fanden jedoch in Paris statt.)

Ein Diplomat der US-Botschaft in Rom, „der den Dank Johnsons“ für das erwähnte „Billigungsschreiben“ des Papstes überbrachte, habe Kardinalstaatssekretär Cicognani mitgeteilt, „daß der amerikanische Vorschlag über den Beginn der Verhandlungen von der DRV (*Demokratische Republik Vietnam, gemeint ist das kommunistische Nordvietnam*), da die Sowjetunion dafür die Garantie gegeben habe. Cicognani habe im Zusammenhang mit den günstigen Aussichten einen seiner Mitarbeiter mit der Verfassung eines „Weißbuches“ über die Tätigkeit des Vatikans im Interesse des Friedens in Vietnam beauftragt.

Einen Seitenhieb auf den noch amtierenden Präsidenten Lyndon B. Johnson können sich die Stasi-Agenten in ihrem Bericht für ihre Geheimdienstzentralen nicht verkneifen. Paul VI. habe „mit Befriedigung“ die Absicht Johnsons zur Kenntnis genommen, bei den kommenden Präsidentschaftswahlen zu kandidieren. Der Papst sei der Meinung, dass die Tätigkeit des Präsidenten insgesamt vor allem vom Standpunkt der Politik des Vatikans in den Fragen des Friedens und der Länder der Dritten Welt negativ gewesen sei. Der Papst hoffe jetzt, „dass Kennedy oder McCarthy Präsident der USA¹⁰⁸ werden und dass sich die Bedingungen für die Verwirklichung der Politik des Vatikans“ verbesserten.

Mit solchen Informationen konnte man propagandistisch etwas anfangen: die Nachricht über Diskrepanzen zwischen dem Vatikan und den USA in die Medien lancieren und wen der Papst als nächsten Präsidenten favorisiert. Eine solche „unmögliche“ Einmischung hätte vielleicht für Schlagzeilen gesorgt. Ob es geschehen ist – belegen lässt sich das allerdings nicht.

Nicht die Demokraten siegten bei den Wahlen (am 5. November), sondern der Republikaner Richard M. Nixon. Dieser fasste zusammen mit seinem Außenminister Henry A. Kissinger den Plan, den Krieg in Südostasien zu „vietnamesieren“, das heißt den Konflikt dortigen gegnerischen Parteien überlassen, allerdings mit massiver militärischer Unterstützung Saigons seitens der USA.

¹⁰⁸ Robert F. Kennedy (1925-1968), ehemaliger Justizminister, für die Demokratische Partei als Senator auf dem Kapitol. Der jüngere Bruder John F. Kennedys kandidierte ebenfalls für das Präsidentenamt. Kritisierte scharf das militärische Engagement der USA in Vietnam. Nach den gewonnenen Vorwahlen in Kalifornien, wurde er am 5. Juni 1968 in der Nacht nach der Siegesfeier im Ballsaal des „Ambassador“ in Los Angeles auf dem Weg durch die Kaltküche des Hotels von einem palästinensischen Attentäter angeschossen und starb am Tag darauf an den schweren Verletzungen.

Eugene J. McCarthy (1916-2005), wie Robert „Bobby“ Kennedy, aus katholischer Familie irischer Einwanderer, Mitglied des Senats für die Demokraten (von 1959-1971), kandidierte in den Vorwahlen erfolglos für seine Nominierung. Trat politisch als entschiedener Kriegsgegner in Erscheinung.

Der Papst habe sofort auf die Entscheidung Johnsons reagiert, berichtet der ungarische Nachrichtendienst¹⁰⁹ und ein ganzes Maßnahmenpaket beschlossen, nämlich: dem amerikanischen Präsidenten „ein Billigungsschreiben zu senden“. Auf UN-Generalsekretär U Thant einzuwirken, „dass er mit allen Kräften die Initiative Johnsons unterstützt“. Ein Diplomat der amerikanischen Botschaft habe den Dank Johnsons für dieses „Billigungsschreiben“ und dem Kardinalstaatssekretär Cicognani mitgeteilt, inzwischen sei der amerikanische Vorschlag über den Beginn der Verhandlungen von der DRV (gemeint ist die Demokratische Republik Vietnam, also Nordvietnam) angenommen worden, „da die Sowjetunion eine entsprechende Garantie gegeben habe.

Paul VI. habe die Nuntien „in den interessierten Ländern“ und ebenso den vatikanischen Vertreter bei den Vereinten Nationen anweisen lassen, „positive Maßnahmen im Zusammenhang mit der Erklärung zu fördern und schließlich die Frage eines päpstlichen Aufrufs an die Präsidenten der beiden Vietnams sowie an die Regierungen der Sowjetunion, Chinas und Englands zu prüfen.

Im Vatikan werde bedauert, dass der Heilige Stuhl nicht als Vermittler benutzt werde, obwohl der Vatikan viel für den Frieden getan habe. Die zunächst vorgebrachte Idee, den Vatikan als Verhandlungsort vorzuschlagen, sei aber nicht weiter verfolgt worden, „da man eine Ablehnung befürchtete. Kardinalstaatssekretär Cicognani habe ein ‚Weißbuch‘ „über die Tätigkeit des Vatikans im Interesse des Friedens in Vietnam in Auftrag gegeben“.¹¹⁰

Die Kriegsparteien verhandelten also nicht am Tiber sondern an der Seine. Paul VI. zeigt diplomatische Größe und beglückwünscht den de Gaulle, dass Paris Ort der Vorverhandlungen zwischen Vietnam und den USA geworden sei.

In seinem Brief an den französischen Präsidenten habe der Papst die Hoffnung ausgesprochen, „dass die Welt dem Präsidenten für die Vermittlung in dieser Frage danken werde. Entsprechend der Weisung des Heiligen Stuhls nahm der Apostolische Nuntius in Paris „Kontakt zu den Vertretern der DRV (Demokratische Republik Vietnam) und den USA sowie zu den Vertretungen ‚anderer interessierter Länder‘ in Paris auf, teilen der ungarische Nachrichtendienst mit. Der Nuntius werde „alle Maßnahmen im Interesse einer erfolgreichen Vorbereitung der Verhandlungen treffen.“ (*Die Vorverhandlungen begannen am 10. Mai 1968.*) Da der Vatikan aber nicht an einen Erfolg der direkten Verhandlungen der beiden Seiten glaube, sei der Pariser Nuntius angewiesen worden, „die notwendigen Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Beratungen in Genf einzuleiten, „wo neben dem Vietnamproblem auch andere fernöstliche Probleme gelöst werden könnten.“ –

Auch für diese „Information“ gilt: ihr Wahrheitsgehalt kann nicht überprüft werden. Unabhängig von der Qualität der Nachricht erlaubt sie gewisse Rückschlüsse auf die diplomatischen Aktivitäten des Heiligen Stuhls auch in dieser weltpolitischen Situation und beantwortet die Frage, warum die Nachrichtendienste am Vatikan nicht „vorbeika-

¹⁰⁹ MfS – HA XX/4 – Nr. 652 Abtlg. X v. 23. 5. 1968, Tgb.-Nr. X/1587/68.

¹¹⁰ MfS – HA XX/4 – Nr. 652 Abtlg. X v. 24.6. 1968 Tgb.-Nr. X/1859/68.

men“, wenn sie über kirchliche Kanäle versuchten, Erkundigungen über Dritte einzuholen.

Anfang 1969 ändern die USA ihre außenpolitische Linie, im Februar von Präsident Nixon angekündigt. Die Supermacht will auf ihre als „Weltpolizist“ verzichten und fordert die NATO-Verbündeten auf, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen. Die Sowjetunion wird als gleichberechtigte Weltmacht anerkannt. Im April nehmen die USA und die Sowjetunion Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffensysteme (Strategic Arms Limitation – SALT) auf. Man spricht von der Nixon-Doktrin, wohl in Anlehnung, aber im Gegensatz zum östlichen Gegenmodell, der so genannten Breschnew-Doktrin: Intervention, wenn einer der der Satelliten Moskaus von der Generallinie abweicht. Für Vietnam gelten andere Gesetze: Am 30. April 69 marschieren auf Befehl Nixons amerikanische Truppen aus Südvietnam in Kambodscha ein.

In die Kategorie der Geheimdienstberichte aus dieser Zeit fällt auch ein Bericht der etwas seltsameren Art, reichlich mit Stilblüten garniert, gleichwohl bezeichnend, auf welchem Niveau die Stasi gelegentlich Informationen beschaffte. Die „Information“ lässt erkennen, was alles als bedeutsam genug erschien, um aufgeschrieben zu werden.

Während einer Reise nach Rom im Jahr 1969 überbringt der us-amerikanische Transportminister John A. Volpe, früherer Gouverneur von Massachusetts (von 1973 bis 1976 Botschafter in Italien), dem Papst die Grüße von Präsident Nixon.¹¹¹ Papst Paul VI. erkundigt sich nach dessen Befinden. Volpe versichert, dass es „Herrn Nixon“ gut gehe, dieser viel arbeite, so dass er ihm empfehle, kürzer zu treten, um seine Gesundheit zu schonen. Volpe gibt sich dem Stasibericht zufolge gesprächsfreudig. Er habe mit Herrn Rumor¹¹², „einem lebensfrohen Menschen“, gespeist und Herr Fanfani¹¹³ habe ihn in seine Villa am See eingeladen. Herr Fanfani sei wohl ein passionierter Angler, aber er, Volpe müsse nach Neapel weiterreisen. Dort werde er dann sicherlich zu einem italienischen Fischgericht kommen.

Gegenüber dem Papst betont Volpe, daß er zwar Republikaner und insofern nicht gerade ein Anhänger der Sozialisten sei, findet aber freundliche Worte gegenüber dem italienischen Staatspräsidenten Saragat¹¹⁴ und dem deutschen Bundeskanzler Willy Brandt. Ins Private gehört dann auch der Schluss des merkwürdigen „Stenogramms“, das wie auch andere Gesprächsaufzeichnungen von prominenten Papstbesuchern vorgibt, eine wörtliche Mitschrift zu sein.¹¹⁵ Volpe verspricht, seinem Präsidenten die Segensworte des Papstes zu übermitteln, denn Nixon sei ein frommer Mann, der häufig das Gebet suche.

„Das Private ist politisch“, sagten die „68er“. Volpe aber wird im Verlauf des Gesprächs mit dem Papst dann aber „richtig“ politisch. Der amerikanische Emissär kommt auf Vietnam zu sprechen. Präsident Nixon wolle den Papst wissen lassen, dass er direkte

¹¹¹ MfS – HA XX/4 – Nr. 316 / Abtlg. X v. 5. 12. 1969 / Tgb.-Nr. 3078/69.

¹¹² Mariano Rumor (1915-1990), Christdemokrat, Ministerpräsident 1968-1970.

¹¹³ Amintore Fanfani (1908-1999), Christdemokrat, wiederholt Ministerpräsident.

¹¹⁴ Giuseppe Saragat (1898-1988), Sozialdemokrat, Staatspräsident 1964-1971.

¹¹⁵ Vgl. Angebliches Wortprotokoll der Begegnung zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und Papst Paul VI. im Vatikan am 13. Juli 1970 (Kaltefleiter/Oschwald: Spione im Vatikan. München 2006).

geheime Kontakte mit der Regierung in Hanoi aufgenommen habe. In Paris werden über den Frieden nicht verhandelt, das müssten die beiden vietnamesischen Regierungen untereinander vereinbaren. Die USA würden ihre Streitkräfte abziehen – nicht von heute auf morgen – hätten darüber aber Einverständnisse mit Hanoi erzielt. Saigon werde allerdings nach Abzug der Amerikaner militärisch gestärkt und entsprechend mit Waffen versorgt. Der Papst sorgt sich, daß die einen mit den anderen vielleicht nicht verhandeln wollen, aber der Amerikaner beruhigt ihn, daß sie gar nicht anders können, wenn beide Seiten auf sich allein gestellt in einen Krieg ziehen müssten. Nixon jedenfalls habe entsprechende Friedensvereinbarungen mit den Großmächten im Sinn, also mit der Sowjetunion.

Der Papst erinnert an die Rolle Chinas in diesem Konflikt. Volpe meint, dass die Spannungen zwischen Moskau und Peking der Position Washingtons zugute komme. Die Beziehungen zur Sowjetunion hätten sich verbessert. Man gehe auch optimistisch in die Abrüstungsgespräche mit Moskau, auch wenn es nicht leicht sei, zu einer Vereinbarung zu kommen, da die Russen einer Rüstungs-Kontrolle auf ihrem Territorium nicht zustimmen würden. Aber Moskau könne davon ausgehen, dass Washington in diesem Fall nicht anders handelt.

Auch die soeben zu Ende gegangenen Bundestagswahlen liefern Stichworte. Volpe sieht durch den Sieg der Sozialdemokraten das Verhältnis zwischen Bonn und dem Weißen Haus, in dem ein Republikaner regiert, nicht sonderlich beeinflusst. Vielmehr erwarte man, dass durch einige Initiativen der deutschen Diplomatie neue Fortschritte auf internationaler Ebene erreicht werden. Ob die Regierung von Brandt oder von Kiesinger gebildet würde, bei beiden sei man gewissermaßen auf der sicheren Seite. Die deutsche Diplomatie habe nach Auffassung Nixons die Aufgabe, die europäische Politik voranzubringen, sowohl zu den westlichen Verbündeten hin, wie gegenüber den kommunistischen Regierungen. Asien und der Rest der Welt sei Sache der USA.

Schließlich wird der Nahe Osten angesprochen, der dem Papst, wie immer ein eigenes Gesprächsthema ist. Die Lage ist kompliziert, die arabischen Regierungen schwach gegenüber den eigenen Militärs, die Russen müssten wohl zusammen mit den USA nach Lösungen suchen. Schlussendlich: Beelzebub kommt für den frommen Volpe nicht aus dem Kreml sondern haust unter den kommunistischen Parteien im Westen, ganz besonders offenbar auch in Italien. Was denn der Papst dazu meine. Paul VI. zeigt sich beunruhigt und erkundigt sich, ob Volpe auch andere Meinungen eingeholt habe. Der Amerikaner hat: von den Christdemokraten bis zu den Sozialisten. Die Gefahr gehe wohl nicht so sehr von der Kommunistischen Partei selbst aus, als von einer Gruppe von Abweichlern. Soweit die freie Wiedergabe aus einer „Information“ des polnischen Auslandsnachrichtendienstes, mit dem notwendigen Vorbehalt, aber in der bereits erwähnten Absicht.

Ein Erz-Yankee für den Vatikan

Schon wenige Tage nach seinem Amtsantritt vom 20. Januar 1969 entscheidet sich US-Präsident Nixon, einen „persönlichen Vertreter“ an den Vatikan zu entsenden. Beim MfS trifft eine Information ein, dass ein Diplomat der Vatikan-Vertretung in Washington bereits kurz nach den Wahlen in den USA eine Unterredung „mit einem der einflussreichsten Vertrauten Nixon“ gehabt habe.¹¹⁶ In einer „Information“¹¹⁷ von März 1969 wird über eine Sitzung des Rates für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche berichtet, in der über den Vorschlag Nixons beraten worden sei.

Einige Kardinäle hätten Befürchtungen geäußert und betont, „dass es sehr verfrüht wäre, sich gegenüber dem neuen Präsidenten zu verpflichten, dessen politischer Kurs noch nicht völlig klar sei. Dieser Kontakt könne in der Folgezeit den Vatikan kompromittieren.

Kardinalstaatssekretär Cicognani (von 1933 bis 1958 Apostolischer Delegat in Washington) habe diese Befürchtung mit dem Hinweis zurückgewiesen, „dass beim Papst und bei ihm die gleichen Überlegungen bestehen. Der vatikanische Diplomat, der die Verhandlungen führte* habe sie gegenüber Nixon zum Ausdruck gebracht. Nixon wiederum habe Verständnis für diese Befürchtungen gezeigt, „jedoch zwei Fragen im voraus garantiert“.

1. Beendigung des Vietnamkrieges.
2. Unterstützung seitens der USA zur Stärkung Europas.

Cicognani habe erklärt, „dass die Versprechungen Nixons die Zweifel des Papstes zerstreuten.“ Die Entsendung des amerikanischen diplomatischen Vertreters werde er dann offiziell bekannt geben, wenn der Papst Nixon während seiner Reise nach Europa empfangen.)

In der Geheimdienst-Information, die das Gespräch des Vatikandiplomaten in Washington betrifft, ist von dem Wunsch des Apostolischen Delegaten die Rede, dass er sich „in nächster Zeit mit Nixon zu treffen möchte“, erörtert worden. Auch sei darüber gesprochen worden, „dass Papst Paul VI. sich sehr freuen würde, wenn er sich mit dem Präsidenten während dessen geplanter Europareise treffen könnte.“ Zur Frage eines Vertreters des amerikanischen Präsidenten meldet der ungarische Nachrichtendienst – beim MfS allerdings erst Ende April 1969 eingetragen¹¹⁸ – die USA und Kanada hätten den Wunsch geäußert, „beim Päpstlichen Stuhl ihre diplomatischen Vertretungen einzurichten. Der amerikanische Außenminister habe den Apostolischen Delegaten in Washington unterrichtet, dass von Seiten der USA eine Person „als persönlicher Vertreter des Präsidenten ernannt werde. Als Namen werden „der ehemalige US-Botschafter in Rom Dunn¹¹⁹ und „Frau Boothe Luce“¹²⁰ genannt, beide „im Vatikan bekannte und ge-

¹¹⁶ MfS – HA XX/4 – Nr. 652 Abteilung X v. 23. Januar 1969, Tgb.-Nr. X / 193 / 69.

¹¹⁷ MfS – HA XX/4 Nr. 652 / Abteilung X, vom 14. 3. 1969 Tgb.-Nr. X/614/69.

¹¹⁸ MfS – HA XX/4 – Nr. 652 Abteilung X v. 14. April 1969, Tgb.-Nr. X / 956/69.

¹¹⁹ James Clement Dunn (1890-1979), Anglikaner (Episcopal-Kirche), US-Botschafter in Italien von 1947 bis 1952, in der Phase des ersten Höhepunktes des Kalten Krieges.

¹²⁰ Claire Boothe Luce (1903-1987) zählte zu den prominentesten Amerikanerinnen ab den Zwanziger Jahren, nicht zuletzt durch ein bewegtes Privatleben, aber auch wegen ihrer beruflichen Erfolge und ih-

schätzte Personen“. Im Vatikan sei man dafür, bevollmächtigte Botschafter auszutauschen, sei aber auch mit der von den Amerikanern vorgeschlagenen Form einverstanden. Mit Kanada liefen die Besprechungen schwieriger, da Spannungen zwischen den englisch- bzw. französischsprachigen Bevölkerungsteilen im Zusammenhang mit der Regelung der diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl vermieden werden müssten.

Es waren nicht die beiden Genannten, die Nixon zu seinem persönlichen „Botschafter“ für die Beziehungen zum päpstlichen Hof ernannte, sondern Henry Cabot Lodge Jr., einen Erz-Yankee aus Neu-England (von 1970-1977). Cabot Lodge (1902-1985) entstammte einer der prominenten Bostoner Kaufmannsfamilien, „in der Wolle eingefärbte White-Anglo-Saxonian-Protestants“ (WASP), dem republikanischen Establishment des Ostens angehörend. Von ihnen ging der Spruch um: Die Cabots sprechen nur mit den Lodges und die Lodges nur mit Gott. Henry, der Spross aus dieser Dynastie sollte künftig mit dem Stellvertreter Gottes auf Erden sprechen. Seine politische und diplomatische Karriere war kurvenreich verlaufen: Erfolgreicher Präsidentschaftskandidat der Republikaner, Botschafter bei den Vereinten Nationen und Kennedys Mann in Süd-Vietnam, als der Katholik Ngo Dinh Diem, der erste Präsident der Saigoner Republik, von putschenden Generälen hingerichtet wurde. Diem wollte die USA aus dem Bürgerkrieg herausdrängen und suchte angeblich mit Ho-Chi-Minh einen Ausgleich. Cabot Lodge war Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland (1968/69) und, 1969, unter Nixon, Leiter der US-Delegation bei den Pariser Vietnam-Friedensgesprächen.

Wunsch nach häufigeren Begegnungen

Am 4. Juli 1970 wird Henry Cabot Lodge von Papst Paul VI. in Audienz empfangen, am Tag zuvor hatte er mit Kardinalstaatssekretär Jean Marie Villot und dem Substituten Erzbischof Giovanni Benelli gesprochen. Das beherrschende Thema ist der Weltfrieden, seine Gefährdung durch den Ost-West-Gegensatz und wie durch diplomatische Bemühungen eine „Entspannung“ erreicht werden kann. Aktuell beschäftigt den Papst die Situation in Vietnam, die Eskalation des Krieges als Folge des amerikanischen Eingreifens.

Die „Sicherheitsorgane der VR Polen“ beschaffen ein angebliches „Stenogramm des Gespräches mit dem Papst“.¹²¹ Über die Begegnung mit Staatssekretariat wird eine lediglich eine „Zusammenfassung“ gefertigt.

rer politischen Karriere: Schauspielerin und Malerin, Schriftstellerin, Bühnenautorin und Journalistin für die namhaftesten Magazine (Vogue, Vanity Fair, hier auch die Ehe mit Harry Robinson Luce, dem Gründer von Time Magazin), konvertierte zum Katholizismus, war Frauenrechtlerin und Politikerin (zeitweilig dem ultrakonservativen Flügel der Republikaner zugerechnet, Abgeordnete im Repräsentantenhaus). Botschafterin in Italien von 1953-1956, wo sie gegen die Gewerkschaftsbewegung, weil sie deren linke Kräfte als gefährlich für amerikanische Geschäftsinteressen in Italien hielt. 1954 gelang ihr in der Triest-Frage ein Vermittlungs-Erfolg. Die Stadt kam zu Italien, das Umland zu Jugoslawien.

¹²¹ MfS – HA XX/4 – Nr. 316 – Abt. X v. 2. 9. 70/ Tgb. Nr. 2172/70.

In seiner Begrüßung äußert der Papst Paul VI. laut diesem „Wortprotokoll“ den Wunsch, dass sich die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der amerikanischen Regierung weiter festigen und es zu häufigeren Begegnungen kommen möge. Der Papst drängt auch darauf, mehr über die Situation in Südvietnam zu erfahren und warum die Amerikaner nun auch in Kambodscha einmarschiert sind. Die Lage in Vietnam, so habe man ihm gesagt, sei wegen dieser Ereignisse „komplizierter geworden“.

Cabot Lodge hat zunächst ein anderes Anliegen. Er bittet den Papst, dieser möge sich für die amerikanischen Kriegsgefangenen, die sich in der Hand der Kommunisten befänden, verwenden. Paul sagt solche „Gnaden-Initiativen“ zu und erinnert an die humanitäre Hilfe, die von seinem Vorgänger Pius XII. (praktisch aber in den Händen seines Substituten Montini), während des Zweiten Weltkrieges zugunsten der Kriegsgefangenen in den Lagern der „Gegenseite“ angeboten und geleistet habe.¹²²

Auf Kambodscha eingehend antwortet Cabot Lodge, diese Militäroperation sei erzwungenermaßen erfolgt, um den Krieg beschleunigt zu beenden. Inzwischen seien die amerikanischen Truppen wieder abgezogen worden. Man habe nur einige Gefallene zurückgelassen. Ähnlich hatte der amerikanische Sonderbotschafter in seinem Gespräch mit Kardinalstaatssekretär Jean-Marie Villot und dem Substituten im Staatssekretariat Erzbischof Giovanni Benelli am Vortag argumentiert und „strategische“ Überlegungen“ vorgebracht Cabot-Lodge kündigte „wichtige diplomatische Initiativen“ des amerikanischen Präsidenten an, um zu einem Abkommen mit Hanoi zu kommen, verwies aber auf die komplizierte Lage der Nordvietnamesen im Machtpoker zwischen Moskau und Peking.

Den Papst zu überzeugen, schließt der Abgesandte Nixons dieses Thema mit der Bemerkung, daß den Kommunisten der Weg, der zu einer Katastrophe für ganz Asien hätte führen können, versperrt worden sei. Das Eingreifen der USA aber habe jetzt neue Möglichkeiten für konstruktive Friedensverhandlungen geschaffen. Paul VI. gibt zu überlegen, dass man, ohne die Rolle Chinas realistisch einzuschätzen, vergeblich nach Friedensmöglichkeiten in Asien suchen würde. Man dürfe dabei aber nicht auf einen Ausgleich zwischen Moskau und Peking warten. Im Vatikan könne man sich vorstellen, dass die Sowjetunion an vertraglichen Regelungen mit Westeuropa und auf einer weiteren Ebene mit den USA interessiert sein könnte, die Moskau ein Gegengewicht zu Peking bieten. Allerdings müsse das Misstrauen der Russen gegenüber dem Westen überwunden werden.

Zornesblitze aus Peking

Jetzt haben die Roten Mandarine in Peking ihre Zornesblitze auch gegen Papst Benedikt XVI. geschleudert. Er solle sich nur nicht einfallen lassen, dem Dalai Lama die Hand zu geben, warnten sie, etwas salopp zitiert. Im Originalton des Sprechers des chinesischen

¹²² Papst Pius XII. hatte ein eigenes Informationsbüro für Kriegsgefangene unter der Bezeichnung „Inter Arma Caritas“ eingerichtet, das von 1939 bis 1947 tätig war.

Außenministeriums klang das diplomatischer aber nichtsdestoweniger unmissverständlich: „Wir hoffen, dass der Vatikan nichts unternimmt, was die Gefühle des chinesischen Volkes verletzt, und Ernsthaftigkeit zeigt, die Beziehungen zu China durch konkrete Schritte zu verbessern“.¹²³

Anlass für die Demarche, wenn auch auf unterer diplomatischer Ebene vorgetragen, gab eine noch nicht einmal vom Vatikan bestätigte Meldung, der Papst wolle am 13. Dezember 2007 die höchste weltliche Autorität der Tibeter in Audienz empfangen. Ähnlich Schimpfkanonaden hatte die kommunistischen Führung auf den österreichischen Regierungschef Alfred Gusenbauer, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und den amerikanischen Präsidenten George W. Bush abgefeuert. Diese hatten sich, der chinesischen Reaktion durchaus gegenwärtig, gleichwohl nicht abhalten lassen, das im indischen Exil lebende tibetisch-buddhistische Oberhaupt zu treffen. Auch den Papst wird die Warnung aus Peking nicht sonderlich beeindrucken. Doch handelt es sich in diesem Fall um eine etwas anders gelagerte Angelegenheit. Politisch wird sich der Pulverdampf in absehbarer Zeit legen; der Vatikan aber produziert keine Autos, keine Transrapidstrecken und kauft kein chinesisches Spielzeug. Mit ihm kann man, wenn man will – und die Beispiele der Vergangenheit zeigen es – leichter umspringen. Es könnte die Katholiken in der Volksrepublik treffen, nicht die „staatlich anerkannten“ sondern jene, die vor allem ihre Treue zum Papst betonen, die so genannte „Untergrund-Kirche.“

Man kann in diesem Fall nicht einmal von einem ungünstigen Zeitpunkt des neuerlichen Ärgernisses sprechen, da der Papst sich gerade in letzter Zeit bemüht gezeigt hat, einen modus vivendi mit der chinesischen Führung zu finden, durch manches Entgegenkommen bei der Zustimmung zur Weihe von Bischöfen, die von der Patriotischen Vereinigung vorgeschlagen wurden, also von der „Staatskirche.“ Es ist ein ständige Wechselspiel von Heiß und Kalt in den nicht existierenden diplomatischen Beziehungen. Insofern und im Übrigen aus grundsätzlichen Erwägungen, wird der Papst sich nicht vorschreiben lassen, mit wem er spricht und mit wem nicht. Besucht der Dalai Lama den Apostolischen Palast oder nicht – es wird sich zeigen, wie Peking darauf reagiert.

China und die Menschenrechte

Mit welcher Intensität sich die chinesischen Staatssicherheitsorgane dem Vatikan „widmen“ kann man nur vermuten. Es gibt dazu keine verlässlichen Informationen. Zu allerlei Vermutungen geben allerdings die Aktivitäten der chinesischen Geheimpolizei gegen missliebige Christen, ob Einzelpersonen oder Gemeinden, immer wieder Anlass. Dies gilt insbesondere für jene, die sich in Treue allein an den Papst gebunden fühlen und mit Katholischen Patriotischen Vereinigung, nichts zu tun haben wollen. Diese vom Staat

¹²³ Vgl. news.orf.at v. 2.11. 2007.

legalisierte und kontrollierte Organisation ist die gesetzliche Trägerin des vom kommunistischen Regime akzeptierten Teils der katholischen Kirche in China.

Ende August 2007 wurde der Minister für Staatssicherheit Xu Yongyue (65) von seinem Stellvertreter Geng Huichang (56) abgelöst, „rechtzeitig“ vor dem Kongress der Kommunistischen Partei Chinas im Oktober und im Hinblick auf die Olympischen Sommerspiele, die im kommenden Jahr in Peking stattfinden. Bis dahin soll er wohl die „Menschenrechtsfrage“ in die Hand nehmen. Auch die Kirche erhofft sich eine Wende zum Besseren. Das harte Durchgreifen chinesischer Staatssicherheitsorgane gegen regimekritische Katholiken, ungeachtet der Dialog-Angebote von Papst Benedikt XVI. und gewisser Entgegenkommen bei der Wahl der vom Staat bestimmten Bischöfe der Patriotischen Vereinigung, deutet noch nicht auf einen grundsätzlichen Sinneswandel Pekings hin.¹²⁴

Vom Wert des Lebens

Über die weltpolitischen Themen des Jahres 1968 wurde bereits in vorausgegangenen Folgen geschrieben. Mit zwei weiteren Ereignissen, die in einem gewissen Zusammenhang stehen, befasst sich dieser Beitrag:

Papst Paul VI. veröffentlicht seine Enzyklika „*Humanae vitae*“.¹²⁵ In dem Rundschreiben verbietet er die künstliche Empfängnisverhütung. Die „Pillen-Enzyklika“ löst einen Proteststurm vor allem in den „modernen Gesellschaften“ aus und verleitet auch viele Katholiken zum „Ungehorsam“.

Die Enzyklika sei bereits im März 1968 vorbereitet worden, berichtet der ungarische Geheimdienst in einer „Information“ über die Reaktionen auf das päpstliche Rundschreiben. Der Papst habe es vor den Osterferien bekannt geben wollen, sich dann aber entschlossen, die Enzyklika erst Ende Juli zu veröffentlichen, einen Monat vor seiner Reise nach Bogotá.¹²⁶

¹²⁴ Ministerium für Staatssicherheit (Guojia Anquan Bu, Kurzform: „Guoanbu“). Die zentrale Sicherheitsbehörde wurde 1983 vom Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) geschaffen und vom Nationalen Volkskongress bestätigt. Sie ist dem Staatsrat direkt unterstellt. U.a. Departments für Inland (1. Büro), Auslandsaufklärung (2. Büro), Koordination der örtlichen Sicherheitsorgane (5. Büro), Gegenspionage (6. Büro).

¹²⁵ Enzyklika „*Humanae Vitae*“ – Über die rechte Ordnung der Weitergabe des menschlichen Lebens. Veröffentlicht am 25.7. 1968. Kernsatz: Jeder einzelne eheliche Akt ist nur dann sittlich, wenn er für die Weitergabe des Lebens offen ist. Entgegen der Empfehlung einer Fachkommission, maßvolle und „humane“ Mittel der künstlichen Empfängnisverhütung zu gestatten, z.B. die so genannte „Anti-Baby-Pille“, übernimmt Paul VI. das Minderheiten-Votum einer Fünfer-Gruppe, zu der auch der Krakauer Erzbischof Karol Wojtyła gehörte. Die deutschen Bischöfe reagieren mit der „Königsteiner Erklärung“ vom 30. August 1968, in der die Eigenverantwortung der Eltern für die Zahl ihrer Kinder betont und in der Öffentlichkeit als Zustimmung auch zur „Pille“ verstanden wird. In der Auseinandersetzung um die Schwangeren-Konfliktberatung in den 90er Jahren wurde diese Interpretation der „Königsteiner Erklärung“ durch Kardinal Lehmann stark relativiert.

¹²⁶ Im August 1968 reiste der Papst nach Kolumbien, zur Teilnahme am Eucharistischen Weltkongress in Bogotá und zur Eröffnung der Zweiten Versammlung des lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM, der am Tagungsort in Medellín die „vorrangige Option für die Armen“ proklamiert. Paul VI.

Widerstand habe „in erster Linie das vollständige Verbot der Benutzung von Mitteln der Geburtenbeschränkung sowohl in den Kreisen der Priester als auch bei einem Teil der Gläubigen“ hervorgerufen. „Im Vatikan traf eine gewaltige Menge von Briefen ein“, teilen die ungarischen Stellen mit. „Viel Persönlichkeiten der Kirche aus den westeuropäischen Ländern, vom amerikanischen Kontinent und Missionare aus den Ländern der Dritten Welt“ hätten ihre Missbilligung hinsichtlich der Enzyklika geäußert. Dieses Bild, „das den Protest und die negative Meinung der kirchlichen Persönlichkeiten zum Ausdruck bringt, ist nicht ganz vollständig, da die meisten Priester aus Angst vor der Verhängung disziplinarischer Maßnahmen durch die Kirchenführer es nicht wagten, offen ihre Meinung zu äußern.“

Kirche in Lateinamerika: „Quo Vadis“?

Die östlichen Geheimdienste werden schon im Vorfeld der Papstreise nach Kolumbien (vom 21. bis 25. August 1968) aktiv. Aus dem Staatssekretariat sollen diesbezügliche Informationen beschafft werden. Diese Reise sei „die bisher bedeutendste politische Reise, da die früheren Reisen eher Propaganda- oder Prestigecharakter trugen.“¹²⁷

Der Vatikan sei wegen der Gegensätze zwischen einer „modernistischen“ und einer „konservativen“ Gruppe innerhalb der brasilianischen Bischofskonferenz besorgt. Angesichts des angespannten Verhältnisses zur Regierung müsse die Kirche aber zu einer einheitlichen Linie finden. „Der Papst verheimlicht nicht seinen Wunsch, dass die reaktionäre Ordnung in den Ländern Lateinamerikas einen demokratischeren Charakter annimmt. Im gegenwärtigen Moment ist er dafür, dass die lateinamerikanischen modernistischen Bischöfe keine zu radikalen Tendenzen vertreten.“

Unter dem Datum vom 18. März 1968 notiert das MfS eine „Information“, wonach „der Erzbischof der Stadt Recife (Brasilien) Camara“¹²⁸ dem Papst einen Brief geschickt habe, „in dem er sich im Namen von 27 Bischöfen an den Papst mit der Bitte wendet, seine Position hinsichtlich einiger konkreter Revolutionen in Südamerika zu bestimmen und unabhängig davon, daß die Kirche den evolutionären Entwicklungsweg vertritt und

hielt sich vom 21. bis 24. 8. in Bogotá auf, auf der Rückreise legte er einen Zwischenstopp auf den Bermudas ein.

¹²⁷ Die Ausführungen zur Reise von Papst Paul VI. nach Bogota beziehen sich auf einer Reihe sogenannter „Informationen“ der „Sicherheitsorgane der Ungarischen Volksrepublik“. Die Ermittlungen wurden über die Abteilung X (internationale Verbindungen) des MfS der „Kirchenabteilung“ zur Verfügung gestellt. Vgl. MfS – HA XX/4 – Sammel-Signatur Nr. 652, u.a. v. 18.3., 30.5. und 23. 12. 68.

¹²⁸ Dom Hélder Câmara (1909-1999), Erzbischof von Olinda und Recife. Dem Kardinal Montini und nachmaligen Papst Paul VI. eng verbunden. In Absprache mit Montini gründete er in den fünfziger Jahren die brasilianische Bischofskonferenz und den lateinamerikanischen Bischofsrat CELAM. Vorbild einer „Spiritualität der Armut“ insbesondere für viele junge Christen. Auf dem Eucharistischen Weltkongress 1976 in Philadelphia/USA wurden er und Mutter Teresa von Kalkutta als „Heilige unserer Zeit“ („Living Saints“) gefeiert.

Die Päpstliche Kommission für Lateinamerika war 1955 von Papst Pius XII. ins Leben gerufen worden, um die erste Versammlung aller Bischofskonferenzen des Kontinents zu organisieren. 1963 von Papst Paul VI. um einen Generalrat erweitert und 1969 in die Kongregation für die Bischöfe integriert.

Revolutionen verurteilt, die die Unordnung zur gesetzlichen Kraft erheben, die Notwendigkeit dieser Revolutionen anzuerkennen.“

Der Brief sei in einem „pessimistischen Ton“ geschrieben. Camara äußere die Hoffnung, daß es der Kirche gelingen möge, aus dieser „zwiespältigen Lage“ herauszukommen, in der sie sich gegenwärtig in Südamerika befinde und dass das Päpstliche Komitee für Südamerika nicht „mit Hilfe veralteter Methoden und Befehle der Kurie“ handeln, sondern den ihm unterstellten Kirchen Südamerikas „durch gute Ratschläge im demokratischen Geist helfen“ werde“.

„Information“ vom 30. Mai 1968: 57 lateinamerikanische Bischöfe, darunter zwei Kardinäle, haben in den ersten Februartagen des Jahres 1968 eine Brief an den Papst geschickt, in dem sie die Nuntien in Südamerika beschuldigen, die Entwicklung der katholischen Kirche zu hemmen, dem kirchlichen Leben Hindernisse in den Weg zu stellen und die Verwirklichung der Beschlüsse des Ökumenischen Konzils zu hintertreiben. Von wenigen Ausnahmen abgesehen handelten sie wie „allmächtige Kirchenführer“ und verhielten sich „gegenüber einigen Bischöfen als Despoten“. In dem Brief werde festgestellt: „Dank den Nuntien ist die katholische Bewegung in Lateinamerika zurückgeblieben und muss immer das gegebene gesellschaftliche Regime unterstützen, auch wenn es sich nur durch offenen Terror an der Macht hält.“ Das ist nachrichtendienstliches Material, wie es für die Zersetzungsarbeit verlangt wird.

Eine „Information“ vom 24. Juni 1968: „Die Entführung des Erzbischofs Casriego von Guatemala¹²⁹ sei inszeniert worden“, um die geplante Reise des Papstes nach Bogotá zu stören. Die Konservativen in der Kurie verdächtigten die Trotzlisten und Anhänger Castros, die Aktion durchgeführt zu haben, obwohl die Presse die Aktion rechten Kräften zuschreibe. Der Bericht des Nuntius widerlege diese Ansicht. Linke Bewegungen erwarteten vielmehr, dass der Papst im Geist der Enzyklika „Populorum Progressio“ auftreten und dadurch die Massen inspirieren werde. Dies werde der „propagandistischen Tätigkeit“ der linken Kräfte helfen. Diese befürchten, so die vatikanische Quelle der Ungarn, dass katholische Bewegungen durch den Besuch des Papstes erstarkten und gleichzeitig die Linke geschwächt werde.

„Information“ vom 19. August 1968: Die Ungarn melden aus dem Vatikan Einzelheiten „Über die Rede des Papstes, die er in Bogotá halten wird“. Im ersten Teil gehe es um „die Verteidigung des Glaubens“, im zweiten Teil um „die Frage des Priestermangels“, im dritten Teil um „die soziale Lage“. Der Heilige Stuhl wolle eine aktive Rolle bei

¹²⁹ Mario Casariego y Acevedo, CRS, (1909-1983, ab 1964 Erzbischof von Guatemala (mit Sitz in Guatemala Ciudad), 1968 einige Tage in der Hand einer Terroristengruppe, 1969 zum Kardinal ernannt. CRS (Orden der Somasker /Ordo Clericorum Regularium a Somascha / Chierici Regolari di Somasca), italienische Kleriker-Genossenschaft, gegr. von Girolamo (Hieronymus) Amiliani, aus wohlhabender venezianischer Familie stammend, General, nach wundersamer Befreiung aus Kriegsgefangenschaft spirituelle Erweckung und Umkehr, 1518 Priesterweihe. Widmet sich der Pflege von alten und kranken Menschen und errichtet Waisenhäuser in Norditalien. Nach Ansteckung der Pest erlegen. Papst Clemens XIII. spricht ihn 1767 heilig, Papst Pius XI. erklärt ihn zum „Patron der Waisen“. Die Kongregation, ursprünglich von ihrem Stifter „Gesellschaft der Diener der Armen“ genannt, wurde nach seinem Tod umbenannt unter Bezug auf Girolamos letzten Aufenthalts- und Sterbeort Somasca am Comer See. Zum Orden gehört auch eine belgische Brüdergemeinschaft, die sich der sozialkaritativen Arbeit widmet, insbesondere alten und kranken Männern.

der Lösung der sozialen Probleme in diesem Teil der Erde übernehmen. Dies betreffe die Beseitigung der sozialen Ungerechtigkeit, eine gerechte Verteilung der Güter, eine Bodenreform, Maßnahmen gegen die „Monopole“. Der Vatikan sei allerdings dagegen, „dass sich die Tätigkeit in einen politischen Kampf verwandelt und sich gegen die herrschenden Klassen und auf den Sturz der bestehenden Gesellschaftsordnung richtet.“ Verurteilt würden Gruppierungen, die von einigen katholischen Priestern gebildet worden seien, „nach dem Beispiel von Camilo Torres“¹³⁰, und „Demonstrationen organisieren“. Der Vatikan wende sich auch gegen die „Modernisten“ unter den Priestern in Brasilien. Soziale und politische Tätigkeit habe allein den Weisungen des Vatikans zu folgen.

Vorrangige Option für die Armen

Im Sommer 1968 hatte sozusagen die Stunde der Befreiungstheologie geschlagen, als die Bischöfe der Zweiten CELAM-Generalversammlung im kolumbianischen Medellín die Wende in der Position der katholischen Kirche auf dem Kontinent einläuteten, sich für die „vorrangige Option für die Armen“ aussprachen und sich dem Makel der historischen Allianz von „Thron und Altar“ befreiten. Papst Paul VI. hatte durch seine Reise nach Bogotá zur Eröffnung dieser Bischofsversammlung, dem Projekt gewissermaßen seinen Segen gegeben, seine Enzyklika „*Populorum progressio – Über den Fortschritt der Völker*“, im Jahr zuvor veröffentlicht, gab ihnen den Leitfaden in die Hand.

Im Dezember 1968 berichten die Ungarn über das „Echo auf die Reise Pauls VI. nach Bogotá“. Inhalt und Stil entsprechen der bekannten „Linie“. Die Agenten berichten über eine Beschwerde des Apostolischen Nuntius in Kolumbien gegenüber dem Staatssekretariat, wonach sich die vatikanischen Diplomaten in anderen Ländern Lateinamerikas darüber beklagt haben, nicht offiziell zum Eucharistischen Kongress mit dem Papst nach Bogotá eingeladen worden zu sein. Wo doch zu „ihrer Aufgabe die Kontrolle gehört, wie die Bischöfe Lateinamerikas die Aufgaben erfüllen, die ihnen vom Papst gestellt wurden.“

Die Nuntien bevollmächtigen ihren Kollegen in Bogotá gegenüber dem Staatssekretariat vorzubringen, dass sich ihre Lage in den einzelnen Bischofskonferenzen „wesentlich erschwert“ habe und der Widerstand dieser Bischöfe weiter gewachsen sei, da einige von ihnen, die die Rede des Papstes in Bogotá als Billigung ihrer Handlungen einschätzten, sich weigerten, die Forderung der Nuntien zu erfüllen. Dies wirke sich auf die Beziehungen zwischen den einzelnen Regierungen und Nuntiaturen aus.¹³¹

Andererseits findet der Botschafter des Papstes in Kolumbien lobende Worte, wie die Ungarn von ihrer vatikanischen Quelle erfahren. Der Besuch von Paul VI. habe auf die Bischöfe Kolumbiens „einen fruchtbaren Einfluss“ ausgeübt. Sie seien von seiner „salomonischen Weisheit und Vorsicht“ begeistert. Es sei ihm gelungen, „alle zufrieden zu

¹³⁰ Der kolumbianische Priester Camilo Torres, Soziologie-Professor, hatte sich der Guerilla angeschlossen, „das Brevier mit der Kalaschnikow“ vertauscht und war im Kampf – „Sieg oder Tod“ – gefallen.

¹³¹ HA XX/4 – Nr. 652, Abt. X v. 27.12. 68 / Tgb. Nr. X / 3300 / 68.

stellen und keinen zu `verletzen‘. Dies galt, dem Bericht des Nuntius zufolge, offenbar nur für die Bischöfe. Anders die „niedere Geistlichkeit“: Sie sei isoliert und enttäuscht worden. Nach Meinung der konservativen Priester hätten die Reden des Papstes „mehr soziale Probleme als religiöse“ betroffen. Dies habe angeblich die Unzufriedenheit der mittleren Schichten und herrschenden Klassen hervorgerufen. Diese meinten, der Papst hätte vor allem Fragen des Glaubens berühren sollen.

Keine Freunde, so erfahren die ungarischen Stasi-Leute von ihrem vatikanischen Informanten, hat sich Paul VI. während seines Aufenthaltes in Bogotá auch unter einer gewissen Spezies der kolumbianischen Oberschicht gemacht. Das Verhalten des Papstes habe die Plantagenbesitzer Kolumbiens, „die es als demagogisch einschätzten“, nicht befriedigt. Südamerika sei ein katholischer Kontinent, und es sei nicht notwendig, mit solchen Methoden Anhänger für die katholische Kirche zu werben. Der Papst habe eventuell Gründe, solche Reden in Europa oder Indien zu halten, jedoch auf keinen Fall dürfe man das in Lateinamerika tun. Sie erklärten dies mit dem Einfluss der „roten Popen“ (*gemeint sind die zum „progressiven“ Kreis zählenden Kurien-Kardinäle*) im Vatikan auf die Haltung des Papstes, die ihrer Meinung nach Paul VI. nicht richtig über die Lage in Lateinamerika informierten.

Für die Tschekisten war die innerkirchliche Kontroverse ein „gefundenes Fressen“, bestens geeignet, in die bekannte Werkzeugkiste zu greifen: Die Kirche spalten, zersetzen. Auch lassen sich Gegensätze zwischen den Konfessionen anheizen. Etwa zwischen dem Ökumenischen Rat der (nicht-katholischen) Kirchen und dem Vatikan. So berichten die Ungarn, der Weltkirchenrat habe auf einer Präsidiumssitzung „die Befreiungstheologie als eine mit den Anforderungen der Epoche übereinstimmende neue Bestrebung gekennzeichnet. Die Befreiungstheologie könnte „bei der Beseitigung der angehäufteten sozialen Ungerechtigkeiten eine große Rolle spielen.“

Die Führung des Weltkirchenrates vertrete die Meinung, dass der Vatikan „durch die Ablehnung der neuen Ideologie in den Ländern der Dritten Welt beträchtlich an Autorität verlieren kann“.

Europas Sicherheit

Paul VI. gibt, liest man das angebliche Wortprotokoll, (dessen Authentizität mehr als zweifelhaft erscheint), den Weltpolitiker. Zu den Gesprächsthemen zählt ebenso die Situation in der Tschechoslowakei nach der sowjetischen Intervention ein Jahr zuvor. Milan Kundera, der 1975 nach Frankreich emigrierte tschechische Schriftsteller, spricht von einer „Annexion“. Man kann mit ihm sagen, dass dieses „Kidnapping“ den gesamten „Ostblock“ der Sowjetideologie unterwarf, dem Moskauer „Kulturimperialismus“.

Cabot Lodge bestreitet, dass die USA im voraus von einer geplanten Militäraktion erfahren hätten – nein, erst hinterher, als man nichts mehr hätte unternehmen können, sei Washington von den Russen unterrichtet worden. (Eine unwahrscheinliche Aussage, die wohl eher dem Gedankengang des polnischen Nachrichtendienstes entsprang. Cabot Lodge dürfte wohl kaum zu dem Eingeständnis bereit gewesen sein, dass die eigene mi-

litärischen Aufklärung sowie der CIA versagt haben könnte. Es bleibt auch die Frage, was Cabot Lodge in diesem Zusammenhang tatsächlich dem Papst gesagt hat. Die vatikanischen Archive dürften noch über Jahrzehnte über diesen Vorgang Stillschweigen bewahren.)

In seinem Gespräch mit Staatssekretär Kardinal Villot schneidet Cabot Lodge die Frage nach den Aussichten der Abrüstungsverhandlungen in Wien an.¹³² Das Ergebnis hänge von den Beziehungen zwischen Moskau und Washington insgesamt ab. Eher zurückhaltend beurteilt der amerikanische Diplomat die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz, da die Sowjetunion befürchte infolge entsprechender Beschlüsse ihre Truppen aus den Ländern des Warschauer Vertrages abziehen zu müssen. (Eine Frage, die sich auf dramatische Weise zwölf Jahre, auf dem Höhepunkt der „polnischen Ereignisse“ zuspitzen würde: War die Gefahr einer militärischen Intervention im Dezember 1980 so realistisch, wie sie in Warschau empfunden wurde, oder nur ein „Säbelrassen“ um die Nachbarn an der Weichsel wieder einmal zur Räson zu bringen. Zum Glück ist es nicht zur Nagelprobe gekommen.)

Cabot Lodge, so berichtet der polnische Nachrichtendienst, habe gemeint, die Anwesenheit sowjetischer Truppen in den Staaten des Warschauer Vertrages, sei nicht nur vom militärischen Gesichtspunkt her beurteilt von Bedeutung gewesen, sondern für Moskau aus grundsätzlichen Erwägungen, nämlich zum Erhalt der Macht der Kommunisten.

Stichwort: die Ostverträge der Bonner Regierung mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen. Der „Moskauer Vertrag“ steht kurz vor der Unterzeichnung. Cabot Lodge äußert gewisse Reserven Washingtons gegenüber den ostpolitischen Initiativen Brandts; aus eher grundsätzlichen Erwägungen. Präsident Nixon lege auf eine enge Abstimmung der einzelnen Schritte wert. Die Vereinigten Staaten seien nicht bereit, auf ihre Verantwortung für Deutschland als Ganzes zu verzichten, und das betreffe auch die Gestalt eines künftigen Deutschlands. Die Amerikaner unterstützten die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, jedoch unter der Bedingung, dass die Sowjetunion ihre Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland überprüfe und die Existenz besonderer Beziehungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik Deutschland anerkenne.

Im Übrigen habe der Amerikaner vor Einzelinitiativen gegenüber dem kommunistischen Block gewarnt und sich für ein einheitliches Auftreten des Westens gegenüber Moskau ausgesprochen. (Da mochte Cabot-Lodge wohl den Vatikan-Besuch des französischen Außenministers Ende Mai in Erinnerung gerufen haben.) Den Russen gegenüber müsse man Stärke zeigen. Dies sei nicht durch Einzelinitiativen zu erreichen, sondern Geschlossenheit, so wohl sinngemäß der Sonderbotschafter aus Washington.

¹³² Am 16. April 1970 begann in Wien die „Konferenz über die Begrenzung der strategischen Rüstung – Strategic Arms Limitation Talks SALT mit dem Ziel die nukleare Bewaffnung der Supermächte zurückzuschrauben.

Ein Dorn im Herzen des Papstes

Zwei weitere Themenkomplexe werden bei der Begegnung zwischen dem Vertreter des amerikanischen Präsidenten Cabot Lodge und Papst Paul VI. nur gestreift: Die Lage im Nahen Osten und die Situation der russisch-orthodoxen Kirche. Der Papst spricht von einem „Dorn in meinem Herzen“, er denke an den Mittleren Osten, an Palästina, „die Erde unseres Herrn.“ Der US-Diplomat versichert, die USA unternähmen alles, um zu einem Frieden „im Lande Jesu“ zu kommen. Das gelte für den gesamten Nahen Osten. Man dürfe weder die Freiheit aufgeben noch den Kommunisten gestatten, sich in diesen Ländern niederzulassen. In ähnlicher Weise habe sich Cabot-Lodge gegenüber dem Kardinalstaatssekretär und Erzbischof Benelli (dem Substituten im Staatssekretariat) geäußert und die Anwesenheit der Sowjetunion in dieser Region als bedeutenden politischen Faktor bezeichnet.

In der Einschätzung der Lage im Nahen Osten als gefährlichem politischem Brandherd sind sich laut Cabot-Lodge die USA wie die Sowjetunion einig. Die Befürchtungen würden durch die Aktionen arabischer militärisch ausgebildeter Gruppierungen genährt. Dadurch würde ein Klima geschaffen, das wiederum von Peking ausgenutzt werden könnte. Im übrigen soll der amerikanische Diplomat gegenüber dem Papst erklärt haben, dass den USA gegenüber Israel die Hände gebunden seien. Jerusalem könnten keine Entscheidungen abverlangt werden, die von den Israelis als Gefahr für die eigene Sicherheit verstanden würden.

„Friedensfühler“ zur russischen Kirche

Gegen Ende des Gesprächs werden von Cabot-Lodge die Beziehungen der römisch-katholischen Kirche zur Russischen Orthodoxen Kirche angesprochen, im Sinne einer Möglichkeit im Rahmen der innerkirchlichen Kontakte dem Frieden dienende Wege zu beschreiten. Er sieht hier insbesondere das vatikanische Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen gefragt. Papst Paul VI. stimmt dieser Auffassung selbstredend zu. Er habe den Präsidenten des Einheitssekretariats, den holländischen Kurienkardinal Willebrands¹³³ und dessen Mitarbeiter angewiesen, dem amerikanischen Besucher alle gewünschten Informationen zur Verfügung zu stellen. (Man kann hinzufügen, dass schon dem Sekretär und Substituten Montini während seiner Zeit im Staatssekretariat die Zusammenarbeit mit den USA vertraut war, nicht zuletzt während der Zeit des Zweiten Weltkrieges und der ersten Phase des Kalten Krieges. Ob beim offenen Umgang mit den Besuchern aus Washington oder mehr wohl hinter den verschlossenen Türen der vatikanischen Geheimdiplomatie – das Misstrauen der politischen Gegenseite wie auch mancher Kritiker bei Hofe war ihm sicher.)

¹³³ Kardinal Johannes Willebrands (1909-2006), Erzbischof von Utrecht (1975-1983), Kurienkardinal (1969), ab 1960 bis 1989 zunächst Sekretär des Sekretariats für die Einheit der Christen, dann Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen.

Schließlich und endlich kommen auch soziale Themen zur Sprache, moralische Probleme in den modernen Gesellschaften (Stichwort: die in den westlichen Zivilisationen vor allem unter jungen Menschen grassierende Drogensucht) sowie die Schere zwischen Arm und Reich, Industrienationen und Entwicklungsländern.

Der Papst – ein Schmerzensmann

Paul VI. leidet sichtlich unter diesen Erscheinungen, seine angegriffene Gesundheit trägt nicht gering zu dieser Bürde bei. Nicht zum ersten Mal berichten die östlichen Nachrichtendienste über das Krankheitsbild des Papstes. Auch gegenüber Cabot Lodge soll Paul VI. von einem sich nähernden Ende der ihm anvertrauten Mission gesprochen haben, und dass er sich bis in seine letzte Stunde Gott für den Frieden auf Erden opfern werden, für den Frieden aller. Dies möge der Botschafter seinem Präsidenten in Washington bitte übermitteln.

Nixon beim Papst

Richard Nixon, das vietnamesische Desaster der US-Militär- und Außenpolitik vor Augen, verkündet eine „Ära der Verhandlungen“ mit dem Ziel, die strategische Rüstung der Supermächte zu begrenzen, in Vietnam einen Friedensschluss zu erreichen, ohne Gesichtsverlust für Washington, und in der Deutschland-Politik „für das geteilte Berlin in einem geteilten Deutschland“ eine Lösung zu finden.

Zum Abschluss seiner Europa-Reise wird Nixon am Sonntag, 2. März 1969 von Papst Paul VI. in Privataudienz empfangen worden. In den offiziellen Ansprachen betonten beide Seiten die Dringlichkeit, Frieden zu schaffen und künftige Kriege zu verhindern.

Paul VI. sprach von seinem „warmen und spontan“ geäußerten Wunsch, dass der Präsident „die tiefe Zufriedenheit erfahre, einen wirklich Beitrag für die vollständige Beendigung jener Konflikte zu leisten, die, leider, fort dauerten und der Ausbruch neuer bewaffneter Konflikte wirksam verhindert werden können. Richard Nixon wiederum, den protokollarischen Gepflogenheiten folgend, beschränkte sich darauf, in erster Linie den Sehnsucht der Welt nach geistiger und moralischer Führung hervorzuheben, für die sich Paul VI. sowohl vom Vatikan aus, wie auf seinen schwierigen Reisen zu den Völkern der Welt einsetze. Worüber die beiden Staatsmänner sonst noch gesprochen haben, darüber wurde von vatikanischer Seite, wie üblich, Stillschweigen bewahrt.

Im Vorfeld des Besuches wollte der ungarische Nachrichtendienst jedoch Einzelheiten erfahren haben, wie er in der diesbezüglichen, nachträglich in Ostberlin eingehenden „Information“ mitteilt.¹³⁴ Im Verlauf der Zusammenkunft des Papstes mit Nixon, im Vatikan „mit großem Interesse“ erwartet, würden „folgende grundlegende Fragen erörtert werde:

¹³⁴ MfS – HA XX/4 – Nr. 652 – Abteilung X v. 5. März 1959 / Tgb. Nr. X 540/69.

Die Vietnamfrage

Nach Meinung des Vatikans müsste die Lösung dieses Problems auf friedlichem Weg erfolgen und die Luftangriffe auf Nordvietnam dürften nicht wieder aufgenommen werden. Der Vatikan würde die Bildung einer Regierung begrüßen, die auf breiter nationaler Grundlage basiert.

Der Papst werde Nixon vorschlagen, bei den Pariser Friedensgesprächen ein politisches Übereinkommen in den Vordergrund zu stellen, an Stelle eines militärischen Drucks. Ferner werde er vorschlagen, die amerikanischen Truppen aus Südvietnam abzuziehen und in einer anderen Form für die Sicherheit dieses Gebietes zu sorgen. Der Vatikan würde es mit Genugtuung aufnehmen, wenn zwischen beiden Teilen Vietnams eine Vereinbarung über die Vereinigung erreicht werden könnte.

Lateinamerika

In Kreisen des Vatikans werde erwartet, daß Nixon den Papst bitten werde, Maßnahmen einzuleiten, die Tätigkeit der Ordenspriester in Lateinamerika einzudämmen. Der Papst werde veranlasst, in dieser Frage Garantien zu geben.

Naher Osten

Der Papst werde Nixon ersuchen, dem israelischen Nationalismus nicht beizustehen und eine Übereinkunft zwischen den arabischen Staaten und Israel zu unterstützen. Es werde erwartet, dass Nixon die Erwägungen des Vatikans in Bezug auf die Einräumung eines internationalen Status für die heiligen Stätten im Gebiet des Nahen Ostens unterstützen wird.

Folgt man dem ungarischen Nachrichtendienst, respektive dessen Informanten, dann muss ein umfangreicher Themenkatalog auf der Stichwortliste der beiden gestanden haben. Dies scheint jedoch unwahrscheinlich gewesen zu sein. Man beschränkt sich auf gegenseitige Gruß-Adressen, aber führt keine Verhandlungen im Rahmen eines Staatsbesuches. Detail-Gespräche bleiben üblicherweise der Begegnung mit dem Staatssekretär vorbehalten, die in der Regel der Papstaudienz folgt.

Die Ungarn aber berichten in ihrer Information, Papst und Präsident würden auch über die NATO sprechen. Eine Gruppe von Kurien-Kardinälen hätte Paul VI. gebeten, „bei den Verhandlungen mit Nixon vorzuschlagen, die NATO als eine soziale und wirtschaftliche Vereinigung zu reorganisieren und eine Initiative zur Liquidierung der Militärblöcke zu entwickeln. Paul VI. habe sich nach vorhandenen Angaben in dieser Frage aber noch nicht entschieden, „da er sich vorher mit den Führern der italienischen Christlich-Demokratischen Partei konsultieren möchte.“

Mit dieser Frage war einmal mehr das Vorzugsthema des Warschauer Blocks angesprochen, die Absicht zwar erkennbar, aber doch mit einiger Skepsis in Ostberlin aufge-

nommen. Was war Fakt, was klang eher nach „Inspiration“ der Informanten. Wunschenken, auch Desinformation waren auch unter den sozialistischen Bruderorganen nicht unbekannt. In einer „Anmerkung“ fügt der Sachbearbeiter des MfS hinzu: „Die offizielle Führung des Vatikans hat bisher systematisch die Position der allseitigen militärischen Stärkung der NATO vertreten“. Mit anderen Worten: Im Vatikan behalten die Kalten Krieger die Oberhand. Das war die in Ostberlin zu jener Zeit vertretene Linie.

Auch über die „Regelung der diplomatischen Beziehungen“ werde gesprochen werden, teilen die Ungarn schließlich mit. Der Papst werde darum bitten, an Stelle des „persönlichen Vertreters des USA-Präsidenten“ beim päpstlichen Stuhl eine diplomatische Mission zu bilden.“¹³⁵

¹³⁵ Ab 1983/84 Am 10. Januar 1984 nahmen die USA unter Ronald W. Reagan wieder volle diplomatische Beziehungen zum Vatikan auf. Am 10. Januar 1984, (im Dezember 1983 ernannt) trat William A. Wilson, sein Amt an: ein wohlhabender kalifornischer Geschäftsmann (Immobilien, Stahl, Öl, Rinderzucht) und ab 1961 Finanztreuhänder Reagans. Wilson – ist Ritter des Souveränen Malteserordens (Leitwort: Tuitio fidei et obsequium pauperum – Bezeugen des Glaubens und Hilfe den Bedürftigen) und steht in enger Beziehung zu den „Kolumbus-Rittern (Knights of Columbus), einer millionenschweren, den Vatikan finanziell oft hilfreich unter die Arme greifenden Organisation. Wilson gerät ins Zwielicht, als er seinem Freund, dem vatikanischen Titular-Erzbischof Paul Casimir Marcinkus zur Hilfe eilt. Marcinkus, Leiter der „Vatikanbank“ IOR ist in Schwierigkeiten geraten. Die italienische Justiz versucht ihn – vergeblich – wegen des größten Bankenskandals in der italienischen Geschichte zu vernehmen.

1982 ist der Banco Ambrosiano, der zum IOR angeblich nicht ganz legale Geschäftsverbindungen unterhält, mit einem geschätzten Volumen von 1.2 Milliarden Dollar kollabiert. Roberto Calvi, der Direktor des Finanzinstituts, wird später erhängt aufgefunden, unter der Dominikaner-Brücke (Black Friars Bridge) in London. Wilson nun soll mit einem Brief an den amerikanischen Generalstaatsanwalt zugunsten von Marcinkus interveniert und den obersten Strafverfolger ersucht haben, zu entscheiden, ob die zuständigen amerikanischen Justizbehörden gegen seinen Freund ermitteln. Der Generalstaatsanwalt möge sich für den einwandfreien Charakter des Erzbischofs zu verbürgen. Der strikten Trennung von Kirche und Staat, Regierung und Religion nach der amerikanischen Verfassung entsprach dieses Vorgehen des streng katholischen Diplomaten wohl nicht. (vgl. The New York Times v. 11.7.1984)

Wilson hatte schon vor seiner Ernennung zum Botschafter als „persönlicher Vertreter“ des Präsidenten die amerikanischen Interessen beim Heiligen Stuhl vertreten. Kontakte zwischen den USA und dem Vatikan bestanden von 1848 bis 1867, allerdings nicht auf der Ebene voller diplomatischer Beziehungen, welche die Verfassung auf Bundesebene verbot (US-Constitution, Erster Zusatz/First Amendment in den Bill of Rights/den bürgerlichen Grundrechten), 1791 abschließend ratifiziert). Wieder aufgenommen wurde die diplomatischen Kontakte aus nahe liegenden Gründen ab 1939 und während des Zweiten Weltkrieges. Präsident Roosevelt (1933-1945) entsendet als persönlichen Emissär den Geschäftsmann und Stahlmanager Myron C. Taylor zu Papst Pius XII. Taylor lässt sich während seiner Abwesenheit von seinem „Assistenten“ Harold H. Tittmann vertreten, der ständig in Rom und nach Eintritt Italiens in den Krieg im Vatikan residiert.)

In Rom findet Wilson nach einer ersten provisorischen Unterkunft zunächst, durch seinen Freund Marcinkus vermittelt, eine Bleibe in einem Haus, in dem auch Kardinal Ratzinger Wohnung genommen hat. Mit dem personellen Ausbau der us-amerikanischen Vertretung ist ein Umzug erforderlich. Mit hohen Mauern abgesichert bietet sich ein vierstöckiges Gebäude an, aus dem Besitz der Familie Pacelli.

Auch der diplomatische Alltag verläuft offenbar ungetrübt. Wilson begegnet im Vatikan einem „alten Bekannten“ aus Washingtoner Tagen, als dieser der Apostolischen Delegation zugeteilt war: Erzbischof Achille Silvestrini, jetzt vatikanischer „Außenminister“. Auch zum Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli bestehen angeblich glänzende Beziehungen, „in jeder Hinsicht hundertprozentig kooperativ“.

Nixon zum zweiten Mal beim Papst

Präsident Nixon macht dem Papst noch im selben Jahr, am 28. September 1970 seine Aufwartung. Die „Sicherheitsorgane der VR Polen“ sind selbstverständlich mit dabei, d.h. eine „glaubwürdige Quelle“, wie es bei solchen Gelegenheiten heißt. Die „Informationen“, soweit sie bisher aus der Abteilung X des MfS bekannt geworden sind, beschränken sich auf ein dünnes, einseitiges Protokoll. Papst Paul VI. informiert den amerikanischen Präsidenten über seine Reisepläne nach Australien, die Philippinen und Neuseeland.¹³⁶ Er werde den Aufenthalt im Fernen Osten benutzen, um „schärfer die Fortsetzung des Krieges in Vietnam“ zu kritisieren. Nixon wiederum versichert dem Papst, die USA würden keinen neuerlichen Konflikt im Nahen Osten auslösen¹³⁷ und „in Kürze eine neue, bedeutende Reduzierung der Truppen der USA in Vietnam bekannt geben. Nixon bittet den Papst, sich für den Austausch von Kriegsgefangenen einzusetzen, der Papst bittet Nixon, die Abrüstung zu forcieren und die eingesparten Mittel für die Bekämpfung des Analphabetismus in Lateinamerika einzusetzen.

Schließlich kommen beide, wie schon bei der Audienz für Cabot-Lodge auf das Drogenproblem unter der Jugend zu sprechen. Nixon soll sich, so der Papst, „im internationalen Rahmen umfassender mit diesem Problem befassen.“¹³⁸ Besonderer Anstrengungen hätte es nicht bedurft und auch keiner „glaubwürdigen Quelle“ um diese „Informationen“ zusammenzutragen. Was sich Papst und Präsident sagten, hätten selbst nicht besonders findige Nachrichtenleute aus den veröffentlichten Redetexten abschreiben können. Die Mitteilungen des polnischen Staatssicherheitsorgans gehen inhaltlich über die Reden, die in der Regel nach dem „Vier-Augen-Gespräch“ gehalten werden, nicht hinaus. Präsident Nixon erinnert an seine vorangegangenen Besuche im Vatikan (1963, 1967, 1969) und ergeht sich in Höflichkeiten, die vor allem den gemeinsamen Friedenswillen und die Sorge um die Armut in der Welt betreffen, die Situation „der hunderte

¹³⁶ Papst Paul VI. unternahm vom 25. November bis 5. Dezember die bis dahin längste Übersee-Reise eines katholischen Kirchenoberhauptes, die ihn nach Iran, Pakistan, auf die Philippinen, nach West-Samoa, Australien, Indonesien, Hongkong und Ceylon führte. In Manila richtete er am 28. November einen eindringlichen Appell an die Kriegsparteien in Vietnam und forderte „ehrlliche und aufrichtige Verhandlungen“ im Interesse der Würde des Menschen und „für einen gerechten und dauerhaften Frieden.“

¹³⁷ Der polnische Nachrichtendienst wählt in offenkundiger Absicht eine anti-amerikanische Formulierung. Gemeint ist die Situation im Königreich Jordanien im Jahre 1970. Die palästinensischen Befreiungsbewegungen unter Yassir Arafat (Fatah/PLO) kontrollieren die Flüchtlingslager als eine Art „Staat im Staat“. Der Norden des Landes gerät unter palästinensische Kontrolle, die Stadt Irbid wird zum „ersten arabischen Sowjet“ erklärt. Arafat akzeptiert das Königreich, will es aber als Ausgangsbasis für seine Aktionen gegen Israel nutzen. Als es zu einem Attentatsversuch auf König Hussein kommt schlägt Hussein mit Elite-Truppen seiner Beduinen-Streitkräfte zu, gestärkt durch die USA, die Einheiten ihrer Mittelmeer-Flotte in der Region konzentrieren, um Syrien, Irak und die Sowjetunion, die hinter den Palästinensern stehen, in Schach zu halten. Der „Schwarze September“, beginnend am 16./17. September, führt zur blutigen Niederschlagung der Palästinenser in Jordanien. Die PLO weicht in den Libanon aus, von wo sie ab 1970 ihre Angriffe auf Israel ausweitet.

¹³⁸ MfS – HA XX/4 – Nr. 316 – Abteilung X v. 20. 10. 1970 / Tgb. Nr. 2597/70.

von Millionen Menschen auf dieser Erde, die arm sind und in Ländern leben, die wenig Hoffnung haben“.¹³⁹

Er werde gleich nach seinem Besuch im Vatikan auf die Hohe See hinaus fliegen und dort die mächtigste Streitmacht der Welt sehen, die auf irgendeinem Ozean existiere. Hier aber, im Audienzsaal, sehe man eine andere Art von Macht ausgedrückt, die spirituelle Kraft, die Nationen und Menschen bewege. Nixon hebt die geistige Führerschaft des Papstes zum Wohle aller Menschen hervor. Auch dankt er Paul VI., dass dieser sich so eindringlich für die amerikanischen Kriegsgefangenen ausgesprochen habe, eine Angelegenheit, die von den politischen Fragen in diesem sehr schwierigen Krieg in Vietnam getrennt werden müsse. Schließlich erinnert der Präsident an den Besuch von Paul VI. in den Vereinigten Staaten und lädt ihn zu einem neuerlichen Besuch ein.¹⁴⁰

Papst Paul folgt in seiner kurzen Ansprache denselben Intensionen, konzentriert sich allerdings stärker auf die Kriege in der Welt, wobei er zunächst „kürzliche Ereignisse“ anspricht, die Kämpfe in Jordanien meint. Er spricht das Leid an, das nicht nur über die Kämpfenden kommt, sondern besonders unschuldige Menschen trifft, vor allem die Kinder, die nicht einmal verstehen, was gesagt wird. Sein Mitgefühl gelte dem leidenden Menschen in all diesen Kriegen. Die Aufgabe, diese Gefahren in der Welt zu bekämpfen und künftig zu verhindern, komme insbesondere jenen zu, die größere Macht in der Welt hätten. Der Papst ermutigt den amerikanischen Präsidenten, diesen Auftrag zu übernehmen.¹⁴¹

Der Krieg ist tot, der Krieg geht weiter

Im September 1945 war der amerikanische Militärgeheimdienst Office of Strategic Services OSS von Präsident Truman deaktiviert worden. Ihm folgte für einen kurzen Zeitraum die Central Intelligence Group CIG mit den Sondereinheiten Strategic Service Units SSU, die u.a. in Deutschland und Westberlin operierten. Mit dem National Security

¹³⁹ Auszug aus der Rede von Richard Nixon, 37. Präsident der Vereinigten Staaten (1969-1974), Remarks following meeting with Pope Paul VI. in the Vatican. September 28th, 1970 (<http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=268>).

¹⁴⁰ Am 4. Oktober 1965 hatte Papst Paul VI. die Vereinten Nationen in New York besucht. Sein Appell während seiner viel beachteten Ansprache: „Jamais plus la guerre – Nie wieder Krieg“. Am Ende der zweiten Sitzungsperiode des Zweiten Vatikanischen Konzils, am 4. Dezember 1963, hatte Paul VI. mit der Ankündigung einer Reise ins Heilige Land nicht nur die Konzilsväter überrascht. Sein Besuch in Jerusalem (4.-6. Januar 1964) und der Austausch des Bruderkußes mit Athenagoras, dem Ökumenischen Patriarchen (von Konstantinopel) führte ein Jahr später zur gegenseitigen Aufhebung der Bannflüche, bedeutete faktisch die Anerkennung Israels durch den Vatikan und leitete die erste Reisepastoral eines Papstes ein, die in auf alle Kontinente führen sollte. Auch setzte er die ersten Schritte einer vorsichtigen „Ostpolitik“ seines Vorgänger Johannes XXIII. fort. Am 25. 6. 1966 erreichte „Außenminister“ Casaroli ein Abkommen des Heiligen Stuhls mit dem kommunistischen Jugoslawien.

Am Rande der UNO-Konferenz ein Jahr zuvor war es zu einer kurzen Begegnung mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko gekommen, der dann 1966) auf eigenen Wunsch von Paul VI. im Vatikan empfangen wurde und den Besuch des ersten sowjetischen Staatspräsidenten im Papstpalast vorbereitete, die Audienz für Nikolaj Podgorny am 30. Januar 1967.

¹⁴¹ Address of the Holy Father Paul VI. to the President of the United States of America. Monday, 28. September 1970. http://vatican.va/holy_father/paul_vi/speeches/1970/documents.

Act von 1947 wurde die Central Intelligence Agency CIA als ziviler Nachrichtendienst und ein Nationaler Sicherheitsrat (National Security Council NSC zur Unterstützung des Präsidenten) geschaffen.

Eine wichtige Rolle spielt James H. Critchfield, ehemaliger Bataillonskommandeur der US-Army während des Zweiten Weltkrieges in Europa beim Aufbau eines neuen bundesdeutschen Sicherheitssystems, der „Organisation Gehlen“, der Vorläuferin des BND. Anspruch.¹⁴²

Critchfield, 1948 in den CIA übernommen, berichtet in seinem Buch über seine Aktivitäten in Europa, das 430. Bataillon des CIC¹⁴³ habe „eine stattliche Anzahl Verbindungen“ zum Vatikan unterhalten. Diese hätten sich für den Nachrichtenchef der amerikanischen Truppen in Österreich als sehr nützlich erwiesen. Katholische Flüchtlinge im Österreich der Nachkriegszeit seien willige Helfer gewesen, hätten die Aktionen der Netzwerke der amerikanischen Nachrichtendienste gegen den Sowjet-Kommunismus unterstützt. Die Verbindungen seien allerdings durch die Verbindungen der 5. Armee in Italien und dem Vatikan zustande gekommen.

Critchfield erzählt die Geschichte von zwei Priestern, die ihm die „unbezahlbare Briefmarken-Kollektion der katholischen Kirche in Ungarn anvertraut hätten – deponiert in einem Gepäckraum des Innsbrucker Hauptbahnhofs. Critchfield: „Wir stellten die Behälter sicher und brachten sie unversehrt nach Rom.“ Geschichten aus dem Geheimdienst-Milieu in einer Zeit, als die Länder Osteuropas und des Balkans Zug um Zug unter die Herrschaft kommunistischer Regimes gerieten, die von Moskau an die Macht und vom Kreml kontrolliert wurden, wie der ehemalige Abwehr-Offizier schreibt.

Critchfield nennt auch die Herkunft „zahlreicher“ dieser Helfer: katholische Priester aus Kroatien. Ohne deren Hilfe, die aus eigenen Gründen in katholischen Wohlfahrts- und Umsiedlungsorganisationen aktiv waren, hätten die amerikanischen Streitkräfte in Österreich nicht die „große Anzahl sowjetischer Überläufer aus Wien umsiedeln können.“ Dem 2003 verstorbenen (auf dem Nationalfriedhof Arlington beigesetzten) amerikanischen Geheimdienst-Offizier wurde von Kritikern vorgeworfen, die „eigenen Gründe“ der kroatischen Helfershelfer bewusst verschwiegen, von Umsiedlung zu reden, wo es sich um Ausschleusung handelt. Nicht ganz so.

Nach dem der amerikanischen Kongress ein Gesetz zur Freigabe von Dokumenten über Nazi-Kriegsverbrechen (Nazi War Crimes Disclosure Act von 1999) beschlossen hatte, räumte er ein, daß die CIA in Kauf genommen habe, einige „ziemlich schlechte Leute“ rekrutiert zu haben. Auch in seinem Buch räumt Critchfield immerhin ein, „offensichtlich“ seien auch manche „quid pro quos“ beteiligt gewesen, also solche „Mitarbeiter“, die Gegenleistungen erwartet hätten, nach dem Motto: Hilfst du mir, helfe ich dir. Mit anderen Worten doch wohl: Sollte sich jemand beschmutzt haben – Schwamm drüber. Keine Strafverfolgung.

¹⁴² James H. Critchfield: *Partners at the Creation. The Men behind Postwar Germany's Defense and Intelligence Establishments.* Naval Institute Press, Annapolis, Maryland, USA 2003 (deutscher Titel: *Auftrag Pullach. Die Organisation Gehlen 1948 – 1956*, Hamburg 2005).

¹⁴³ Counter Intelligence Corps, us-amerikanischer Militärgeheimdienst für Spionageabwehr.

Quid quo pro – das hieß wohl auch, Ausschleusung von Angehörigen des Sicherheitsdienstes der SS und der militärischen Abwehr, unter ihnen auch solche, die an Kriegsverbrechen beteiligt waren. Angeblich wurden angeblich vom US-amerikanischen Counter Intelligence Corps CIC und später von der zivilen CIA übernommen. Nicht die Vergangenheit zählte, sondern die neue Situation: „Gefahr aus dem Osten“. Jetzt waren Experten gefragt, im Einsatz gegen die inzwischen wieder vom Alliierten zum Feind mutierte Sowjetunion.

Fluchtrouten, „Rattenlinien“ im Geheimdienstjargon der damaligen Zeit, sollen mit Wissen vatikanischer Prälaten, wohl aber sicher nicht des Papstes, und mit Unterstützung katholischer Geistlicher organisiert worden sein. Unrühmliche und in der einschlägigen Literatur immer wieder zitierte Beispiele aus dem Rom der ersten Nachkriegsjahre: die Aktivitäten des österreichischen Titularbischofs Alois Hudal, (Rektor des österreichisch-deutschen Priesterkollegs *Santa Maria dell'Anima*) und des kroatischen Theologieprofessors Krunoslav Draganovic, (Sekretär der Bruderschaft beim Priesterkolleg *Pontificio Collegio Croato di S. Girolamo*) und Parteigänger der national-faschistischen kroatischen Ustascha. Mal waren es nur Leumundszeugnisse, um Ausweispapiere und Reisepässe zu bekommen, mal wurde Unterschlupf in einem Kloster geboten – ob mit oder ohne Wissen des Abtes oder Priors wäre im Einzelfall festzustellen.

Kirchenkampf nach Moskauer Art

Wie in den Sechziger so in den Siebziger Jahren: auf diplomatischem Parkett werden Süßigkeiten verteilt, wenn die „Spezialisten“ tagen, wird der Knüppel poliert. Im Oktober 1972 kommen auf Einladung des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Kirchenfragen der Volksrepublik Bulgarien, Kiutschukow, „leitende Genossen“ der Staatsämter für Kirchenfragen Bulgariens, Ungarns, der DDR, der Mongolei, Polens, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Rumäniens in Sofia zusammen.¹⁴⁴ „Anwesend“ sind auch „Genossen aus den Zentralkomitees der Bruderparteien“.

Das Ergebnis der Beratung wird in einer gemeinsamen Erklärung zusammengefasst, „in der u.a. festgestellt wird, dass der Vatikan als ideologisches Zentrum des Weltkatholizismus nach wie vor den Kapitalismus unterstützt, aktiv den revolutionären Bewegungen entgegenwirkt und eines der wichtigsten Zweige der antikommunistischen Front darstellt.“

Als „Scharfmacher“ trat, wie in früheren „Beratungen“ der „Vorsitzende des Rates für Religionsangelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR“, Wladimir Kurojedow, in den Vordergrund. Der Vatikan habe die Aufgabe, diplomatische Beziehungen mit der UdSSR herzustellen, an die erste Stelle seiner außenpolitischen Bestrebungen gerückt, weil er damit rechne, „dass ihm das auch die Annäherung an andere sozialistische Länder erleichtern werde. Man hoffe im Vatikan „nicht grundlos“, dass man es mit Hilfe

¹⁴⁴ MfS – HA XX/4 Nr. 289 / v. 9.11. 1972 / Arbeitsgruppe Kirchenfragen. Information über die Beratung der Leiter der Staatsämter für Kirchenfragender sozialistischen Länder vom 23. bis 26. Oktober 1972 in Sofia (VR Bulgarien).

diplomatischer Beziehungen leichter haben werde, „den Sozialismus aufzuweichen und ihn zu unterspülen“.

„Beauftragte“ aus Ostberlin

Wie sich das Ministerium für Staatssicherheit, bei allen Beteuerungen, der Vatikan habe „keine Priorität“ gehabt (HVA-Chef Werner Großmann), um die römische Kurie „kümmerte“, sei es im eigenen Interesse oder im Rahmen der Zusammenarbeit der „sozialistischen Sicherheitsorgane“ belegen die Unterlagen, die von der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen zur Veröffentlichung freigegeben wurden.

Man verließ sich nicht allein auf „Mitarbeiter“ aus dem katholischen Milieu. Gern nutzte man auch die „evangelische Linie“, wie etwa beim Rom-Besuch von Kirchenbau-Experten des Bundes der Evangelischen Kirche der DDR. Was die Touristen aus dem Lande Luthers wussten oder ahnten, auf der Reise vom 9. bis 16. Juni 1975 wurden sie von drei als „Fachleute“ getarnten Mitarbeitern des MfS „begleitet.“ Aber diese interessierten sich weniger als die anderen Mitglieder der Gruppe für „gestalterische Details sowie Zeichnungen über den Aufbau des Doms Sankt Peter in Rom“.

GMS „Klaus“ und IMK „Bund“¹⁴⁵ halten in ihrem anschließenden Bericht für die Stasi fest,

„ein Herr, ein italienischer Herr, der uns nicht vorgestellt wurde, der uns jedoch genauestens beobachtete und wahrscheinlich auch deutsch verstand“, habe an der gesamten, dreistündigen Führung teilgenommen. Danach sei er verschwunden, „ohne Gruß und ohne Verabschiedung, so dass wir annehmen mussten, dass dies ein Herr des vaticanischen Geheimdienstes gewesen sein muss.“ Höllisch wachsam blieben „Klaus“ und „Bund“ gegenüber der Dolmetscherin, die vom deutschen Kolleg beim Campo Santo den Besuchern aus der DDR zur Verfügung gestellt wurde. Eine „Erzkatholikin“ sei das gewesen und: „bei uns entstand ganz offen der Eindruck, dass wir damit unter Kontrolle genommen werden sollten.“ Klaus meldet, er habe „ganz offen“ erklärt, dass er „diese Verbindung zum Campo Santo auf keinen Fall wünsche, da sie nicht zu unseren Aufgaben in Rom gehört.“ Wohl, aber der Kontakt mit der deutschsprachigen evangelischen Gemeinde in Rom, wobei sich das Interesse der drei „Mitreisenden“ vom Rest der Reisegruppe unterschied.

Ungarische Schützenhilfe

Wie im Gesamtverbund der „sozialistischen Sicherheitsorgane“ so kam es auch bilateral zu einer engen Kooperation der Nachrichten- und Geheimdienste. So vereinbarten das MfS (Hauptabteilung XX) und das ungarische Innenministerium (Verwaltung III) einen

¹⁴⁵ Abkürzungen: GMS = Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit (eine besondere Form des Inoffiziellen Mitarbeiters); IMK = Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens.

gemeinsamen Operationsplan für den Zeitraum von 1987 bis 1992.¹⁴⁶ Nach der üblichen einleitenden Phraseologie, wie: „geleitet von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, begründet auf den Ergebnissen des gemeinsamen Kampfes gegen die äußeren und die inneren Feinde und gegen Aktionen der politisch-ideologischen Diver- sion...“ und so weiter werden die Genossen bei Punkt III., wo es um die Kirchen geht, deutlich (Zitat):

Beide Seiten setzen die Aufdeckung der gegen ihre Länder gerichteten feindlichen Tä- tigkeit des Vatikans fort.

Es werden weiterhin wirksame Gegenmaßnahmen erarbeitet bzw. Möglichkeiten des Eindringens in die verschiedenen Organisationen des Vatikans erkundet.

Es wird versucht, die Interessengegensätze zwischen den einzelnen nationalen Kir- chen aufzudecken und zu vertiefen.

Beide Seiten müssen ihre Anstrengungen darauf richten, aufzuzeigen, dass die Politik des Vatikans zwei Gesichter hat.

„Offener Antikommunismus“

Wie diese Leitsätze der geheimdienstlichen Vereinbarungen erkennen lassen, wurden die Linie nach dem Wechsel an der Spitze der katholischen Kirche beibehalten und nach der Amtsübernahme durch einen Papst aus Polen eher noch verschärft. Das „Feind- bild“ war vorgegeben und zielte, wo es nicht um die Bekämpfung einzelner Personen und kirchlicher Einrichtungen und Organisationen im katholischen Milieu ging, auf die Diplomatie des Vatikans. Papst Paul VI. hatte den von Johannes XXIII. eingeschlagenen Weg, einen Modus vivendi für die Kirche im kommunistischen Herrschaftsbereich zu finden, fortgesetzt: die so genannte vatikanische Ostpolitik – in sprachlicher Anleh- nung an das westdeutsche Beispiel.

Aus einer 19 Seiten umfassenden „Einschätzung“ vom 21. Mai 1970, überschrieben „Die Ostpolitik des Vatikans und die zu ihrer Durchführung geschaffenen klerikalen In- stitutionen und Organisationen“,¹⁴⁷ welche Linie von Moskau bis Ostberlin vorgegeben war: „in der ersten Nachkriegsperiode nach 1945 bis etwa 1960“ habe die vatikanische Ostpolitik „mit ihrem offenen Antikommunismus und Ablehnung aller Verhandlungen und Kontakte mit Vertretern sozialistischer Staaten weiterhin unter der Leitung von Papst Pius XII.“ gestanden, „dem Repräsentanten des engen Bündnisses mit den fa- schistischen Staaten.“

Unter Papst Johannes XXIII. sei die so genannte „neue Ostpolitik“ begonnen wor- den, „gekennzeichnet durch Vermeidung des offenen Antikommunismus, die Aufnah- me von Kontakten zu Repräsentanten sozialistischer Ländern und das Bekenntnis zum Frieden.“ – „Dieser unter Papst Johannes XXIII. eingeleitete und sowohl innerkirchlich als auch politisch unumgängliche Prozess der Anpassung der Katholischen Kirche an

¹⁴⁶ Vgl. MfS – Abt. X Nr. 377.

¹⁴⁷ MfS – HA XX/4 – Nr. 316.

die moderne Welt habe nach seinem Tod von Papst Paul VI. und den offen reaktionären kirchenleitenden Kräften weder liquidiert noch aufgehalten werden können.“ „Zentralstelle“ zur Durchsetzung dieser vatikanischen Außenpolitik“: der „Rat für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche“.

Ihr Leiter: der Sekretär des Rates, Erzbischof Agostino Casaroli, „besonders bekannt durch seine Reisen in sozialistische Länder, die er im Auftrage des Papstes zur Aufnahme von Kontakten und der Vorbereitung zum Abschluss von Konkordaten und Teilkonkordaten durchführte“.

Weitere Objekte besonderer Beschattung durch die „sozialistischen Sicherheitsorgane“: Das Sekretariat für die Nichtglaubenden“ (Leiter der Wiener Erzbischof Kardinal Franz König) und das „Büro für Tourismus-Seelsorge“ – beide Einrichtungen „zur Unterstützung der Ostpolitik“ vom Vatikan „im Ergebnis des II. Vatikanums“ geschaffen, um „über den Dialog zwischen Christen und Marxisten“ und die „Ausnutzung des immer umfangreicher werdenden internationalen Tourismus“ insbesondere zwei Zielen zu dienen: der „Stärkung der Katholischen Kirche in den sozialistischen Ländern“ und „Schaffung von Kontakten und Stützpunkten.“

In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf die Internationale Paulus-Gesellschaft mit Sitz in München und einer Zweigstelle in Österreich hingewiesen, der sowohl katholische als auch protestantische Wissenschaftler und „Politologen“ angehörten. Ihr Ziel sei es, durch einen so genannten „Dialog zwischen Christen und Marxisten“ ideologischen Einfluss auf „schwankende kleinbürgerliche Intellektuelle in den sozialistischen Ländern“ zu gewinnen. Ihr Arbeitsprogramm sei eindeutig auf die Durchsetzung der Bonner „Ostpolitik“ ausgerichtet. Diese beweise auch die Tagung der Internationalen Paulus-Gesellschaft in Mariánské Lázně, CSSR,¹⁴⁸ die unmittelbar vor den antisozialistischen Ereignissen 1968 in der CSSR stattfand.“ Nicht wenige der damals dort aufgetretenen tschechoslowakischen „Marxisten“, so die „Einschätzung“, seien später als „Theoretiker der Konterrevolution“ in der CSSR in Erscheinung getreten und lebten heute in Westdeutschland.

Mit Marxisten sprechen?

„Die Idee des Kommunismus, das größte Wohl für die Menschen auf der Erde zu schaffen, ist nicht schlechter, als die Idee des Christentums“, sagt Irina Antonowa in einem Interview, das im September 2007 in einer deutschsprachigen Monatszeitschrift erschien.¹⁴⁹

Solche Bekenntnisse waren in Zirkeln marxistischer Intellektueller bereits vor dreißig, vierzig Jahren zu hören. Nahmen sie christlichen Theologen die eingepfropfte Berührungangst vor der „gottlosen“ Theorie, ohne die christlich-biblich fundierte Lehre zu

¹⁴⁸ Deutsche Schreibweise: Marienbad, Kurort im westböhmischen „Bäderdreieck“ mit Karlsbad (Karlovy Vary) und Franzensbad (Frantiskovy Lázně).

¹⁴⁹ Vgl. Irina Antonowa, Direktorin des Puschkin-Museums in Moskau, „die noch unter Stalin arbeitete“, in einem Gespräch mit Vanessa de L'Or / veröffentlicht in „Cicero“, Ausgabe 9/2007.

desavouieren? Nein, gleichsetzen wollte man sich nicht, aber vielleicht konnte man sich an denselben Tisch setzen und herausfinden, ob es gemeinsame Ansätze gab, die Welt besser zu machen, als sie sich darstellte. Jeder nach seiner Façon. Aber war die möglich, ohne die eigene Idee, pardon: das Christus-Vermächtnis zu verraten? Leonardo Boff, einer der Wortführer der lateinamerikanischen Befreiungstheologie verwarnte sich im Frühjahr 2007 scharf gegen die Unterstellung, die Theologie der Befreiung sei marxistisch orientiert.

Der ehemalige Franziskaner hat, nach einigen Konflikten mit der römischen Glaubensbehörde, die ihm ein „Bußschweigen“ eintrug „schlussendlich“ sein Leben neu orientiert und seine Ordensgemeinschaft verlassen. Der brasilianische Theologe äußerte sich zu der neu entflammten Diskussion um die Befreiungstheologie im Zusammenhang mit der Brasilien-Reise von Papst Benedikt XVI. im Mai 2007. Dieser war schon als Präfekt der Glaubenskongregation deutlich, um nicht zu sagen: massiv, gegen die nach römischer Auffassung aus dem Ruder laufenden Theologen vorgegangen.

Mit Menschen guten Willens

In seiner „Friedenszyklika“ *Pacem in terris* (vom 11. April 1963) hatte Papst Johannes XXIII. „alle Menschen guten Willens“ eingeladen, am Werk für den „Frieden unter den Völkern“ mitzuarbeiten. Sein Nachfolger Paul VI. folgte dieser Spur. In seiner Antritts-Enzyklika *Ecclesia Suam* (vom 6. August 1964) rief er zum Dialog mit der modernen Welt auf und schuf die Grundlage für die Schaffung eines eigenen vatikanischen Dikasteriums, das sich dem Dialog mit den Nichtglaubenden, insbesondere den marxistischen widmen sollte.¹⁵⁰

Der Dialog sollte nicht nur auf den „kirchenamtlichen“ Raum beschränkt sein, auf „interkonfessionelle“ Gespräche, auf von ökumenischer „Gastfreundschaft“ getragene Begegnungen. Das „Unmögliche“ sollte gewagt werden können, der Meinungsaustausch auf mit dem „dialektischen Materialismus“ auf hohem Niveau. Es war die Stunde der Theologen und Philosophen, der Religionswissenschaftler und Ethiker. Im Rahmen dieser Exklusivität mochte leicht übersehen werden, mit welchem geistigen Luxus sich die Schriftgelehrten umgaben. Die „breite Öffentlichkeit“ hüben nahm wenig Anteil und der Genosse „Normalbürger“ blieb von diesen staatlich sanktionierten Veranstaltungen ausgesperrt.

Immerhin hatten sich die „Lager“ einen gemeinsamen Tisch geschaffen, ein Feld für den Disput ohne Waffen. Prominente Geisteswissenschaftler, Theoretiker des Marxismus und Theologen des „offenen Dialogs“ maßen sich im direkten Austausch oder auf der Ebene von Korrespondenzen und Publikationen. Zu ihnen zählten Karl Rahner – der „Fürst“ in der Gesellschaft Jesu, ein Fixstern am Firmament der Gottesgelehrten und dessen Schüler Herbert Vorgrimler. Ihre Plattform war die Internationale Dialog-

¹⁵⁰ Kardinal Franz König, Erzbischof von Wien, von 1965-1981 leitete er zunächst das Sekretariat für die Nichtglaubenden, ab 1967 dann die in „Päpstlicher Rat für den Dialog mit den Nichtglaubenden“ umbenannte vatikanische Behörde.

Zeitschrift (1968 – 1984). Auch „Concilium“, eine den „Geist des Konzils“ spiegelnde Zeitschrift in der Hand von Jesuiten, griff Tabu-Themen auf. Als Foren der persönlichen Begegnung boten sich die Internationale Paulus-Gesellschaft und das Prager Christliche Friedensforum an. Dass diese Organisationen ins Blickfeld der Nachrichtendienste von Ostberlin bis Moskau gerieten, durch Agenten infiltriert und von Spitzeln aus den eigenen Reihen „ausgeliefert“ zu werden, muss nach Einblick in die diesbezüglichen Stasi-Unterlagen nicht nur vermutet werden.

Abweichler in Gefahr

In den Parteizentralen dürfte man hellhörig geworden sein, als Köpfe aus dem eigenen Lager in einer katholischen Zeitschrift „Betrachtungen eines Marxisten unter dem Blickwinkel der Religion“ anstellten. Nichts Schlimmeres konnte einem Autor widerfahren, als des Renegatentums bezichtigt zu werden. „Abweichler“ von der offiziellen kirchlichen Linie erging es nicht sehr viel besser. Zwar wartete nicht der Scheiterhaufen auf die Unbotmäßigen, wohl aber die eine oder andere empfindliche Kirchenstrafe. beschuldigt – mit einem „Bußschweigen“ davon kam. Eine im Übrigen auch auf der Gegenseite nicht unbekannt Disziplinarmaßnahme. Der Theologe Joseph Ratzinger, Peritus (Berater) von Kardinal Joseph Frings auf dem Konzil, hatte sich wie der Kölner Erzbischof selbst, gewissen Korrekturen gegenüber dem römischen Zentralismus aufgeschlossen gezeigt. Der „Tübinger Schock“ aber, die Okkupation des Katheders durch revoltierende Studenten, und womöglich die Erlebnisse des Eugenio Pacelli mit der „Bohème“ der Münchner Räterepublik vor Augen, hatte den Bayern zu einer Kehrtwendung veranlasst.

Als Nachfolger des Kroaten Franjo Seper¹⁵¹ übernahm er unter Johannes Paul II. die römische Dogmenbehörde, die Kongregation für die Glaubenslehre, die Tochter des vorausgegangenen Heiligen Uffiziums, zwar ohne Folterkeller, aber mit den Mitteln strenger geistlicher und in gewisser Hinsicht materieller Kirchenstrafen ausgestattet: Lehrverbot, Kirchenbann.

Die Chefs der römischen Glaubensbehörde waren den kommunistischen Geheimdiensten stets eine besondere Wache wert. Ob Ottaviani, Seper oder Ratzinger. So wird über Seper berichtet, (in einer „Information der Sicherheitsorgane der Ungarischen Volksrepublik“ vom 23. 1. 69) der Kardinal habe den Auftrag erhalten, „die Untersuchung der Angelegenheit der einzelnen modernistischen Theologen und Gruppen von Theologen fortzusetzen, die auch auf internationalem Gebiet eine bedeutende Rolle spielen, mit dem Ziel, die vatikanische Kurie gegen „ketzerische Angriffe“ der Moder-

¹⁵¹ Franjo Seper, eh. Erzbischof von Zagreb (1960-1969), in der Vorkriegs- und Kriegszeit (1934-1941 einige Jahre Privatsekretär von Alojzije Stepinac, seinem Vorgänger als Metropolit. Das Tito-Regime hatte Stepinac wegen angeblicher Kollaboration mit dem faschistischen Ustascha-Regime in einem Schauprozess zu 16 Jahren Haft verurteilt und nach sechs Jahren bis zu seinem Tod unter Hausarrest gestellt.

nisten zu schützen.“¹⁵² Gemeint war u.a. der belgische Dominikaner Edward Schillebeeckx, Berater der niederländischen Bischofskonferenz und des Zweiten Vatikanischen Konzils sowie Mitbegründer der internationalen Theologie-Zeitschrift „Concilium“. Mit ihm standen vier italienische Theologen auf der „Schwarzen Liste“ der Glaubenskongregation.

Die Untersuchungen würden geheim durchgeführt, meldeten der ungarische Geheimdienst. Man sei bemüht, „Reaktionen der Weltpresse und der gesellschaftlichen Meinung zu vermeiden“, denn unter dem Druck der Öffentlichkeit könnte der Vatikan gezwungen sein, die „Untersuchungsmethoden „erheblich zu mildern“. Der „Prozess“ gegen die Theologen, die nach Auffassung Roms nicht mehr auf Linie waren, würde Anfang 1969 aufgenommen werden, „wenn sich die Leidenschaften“ insbesondere wegen der Anschuldigungen gegenüber Schillebeeckx beruhigt hätten.¹⁵³ Zum Schluss der „Information“ wird lapidar mitgeteilt: „In die Liste der vom Vatikan verbotenen Bücher ist das Buch von Hans Küng „Kirche“¹⁵⁴ aufgenommen worden. Ohne auf Einzelheiten der kircheninternen Auseinandersetzungen einzugehen soll der Verweis auf die Stasi-Berichte daran erinnert werden, dass die östlichen Geheimdienste nahezu jeden Bereich vatikanischer Vorkommnisse erfassten, die für nachrichtendienstliche Operationen verwertbar sein konnten.

Den Vorhang öffnen

Wenn schon ein Eiserner Vorhang die Welt in zwei weltanschauliche Sphären und machtpolitische Blöcke teilte, sichtbar und schmerzhaft fühlbar insbesondere an den Grenzen „mitten durch Europa“, sahen dann nicht einige Intellektuelle beider Seiten es als ihre Pflicht an, zumindest doch den geistigen Vorhang zu öffnen. Publikationen

¹⁵² HA XX/4 – Nr. 652 v. 23. Januar 1969, Abt. X Nr. 198/69.

¹⁵³ Edward Schillebeeckx OP (geb. 1914 in Antwerpen). Der belgische Dogmatik-Professor, der dem Dominikaner-Orden angehört, zählt zu den bedeutendsten Theologen der Nachkriegszeit. Lehrstuhlinhaber an der Katholischen Universität von Nimwegen (bis 1983), Berater der niederländischen Bischöfe (auch während des Konzils), maßgeblich am „Niederländischen Katechismus“ beteiligt, 1965 Mitbegründer von „Concilium“ der Internationalen Zeitschrift für Theologie. 1968 hatte die vatikanischen Glaubensbehörde ein Verfahren gegen Schillebeeckx angestrengt. Streitpunkte: „Unklarheiten über die biologische Jungfräulichkeit Mariens, die Lehre von der Erbsünde, das Eucharistieverständnis“. Das Verfahren, bei dem der Dominikanerpater von seinem berühmten Fachkollegen, dem Jesuitenpater Karl Rahner sowie den holländischen Bischöfen verteidigt wurde, wurden ebenso eingestellt, wie 1979 ein weiteres Verfahren zu Fragen der Christologie. 1986 entbrannte eine neuerliche Kontroverse um die Frage, ob Laien im Sonderfall der Eucharistiefeier vorstehen könnten, eine dem Priester vorbehaltene Funktion.

¹⁵⁴ Hans Küng, Deutsch-Schweizer, Jg. 1928, der prominenteste und „umstrittenste“ Theologe der römisch-katholischen Kirche mit weltweiter Reputation. Insbesondere an der Ökumene und dem interreligiösen Dialog orientiert. Verfasser kontroverser Bücher, u.a. „Die Kirche“, „Unfehlbar?“ Küng zählt zu den Mitbegründern der Internationalen Theologischen Zeitschrift „Concilium“ (u.a. auch Franz Böckle, Yves Congar, Johann Baptist Metz, Karl Rahner, Edward Schillebeeckx). Auch ihn ereilte das Schicksal römischer Lehrverfahren, 1957 mit dem „Dossier Küng“ unter der Protokollnummer 399/57/i beginnend und mit dem Entzug der kirchlichen Lehrbefugnis endend, von Papst Johannes Paul II per Dekret vom 15. Dezember 1979 verfügt und von Kardinal Seper unterzeichnet.

christlicher Provenienz einerseits und solche, die den wissenschaftlichen Materialismus vertraten andererseits, verfasst von Theologen, Philosophen und Politologen, hatten Konjunktur. Sie suchten die ebenso offene wie kontrovers geführte Auseinandersetzung „zwischen dialektischem Materialismus und christlichem Weltverständnis“ (Jozef Tischner), führten einen Diskurs, der auch die Grundfrage, die Frage nach Gott, nicht unberührt ließ, gipfelnd in der provozierenden These Ernst Blochs: „Nur ein Atheist kann ein guter Christ sein, nur ein Christ kann ein guter Atheist sein. Foren wie die *Internationale Paulus Gesellschaft* und die *Internationale Dialog Zeitschrift* standen bereit.¹⁵⁵ Sie litten vielleicht darunter, dass sich in erster Linie Intellektuelle auf hoher Ebene begegneten, der Mensch des sozialistischen wie des bürgerlich-westlichen Alltags blieb draußen vor der Tür.

Keine Chance für den Dialog

Die Internationale Paulus-Gesellschaft¹⁵⁶, der „vorwiegend sowohl katholische als auch protestantische Wissenschaftler und „Politologen“ angehörten, so ein Stasi-Dokument, war für die Kommunisten eine subversive Organisation, deren Ziel es sei, durch einen so genannten „Dialog zwischen Christen und Marxisten“ ideologischen Einfluss auf schwankende kleinbürgerliche Intellektuelle in den sozialistischen Ländern zu gewinnen.“ Ihr Arbeitsprogramm sei eindeutig auf die Durchsetzung der Bonner „Ostpolitik“ ausgerichtet. Das beweise auch die Tagung der Internationalen Paulus-Gesellschaft in Mariánské Lázně/CSSR¹⁵⁷, die „unmittelbar vor den antisozialistischen Ereignissen 1968 in der CSSR“ stattgefunden habe. Nicht wenige der „damals dort aufgetretenen tschechoslowakischen „Marxisten“ seien später als „Theoretiker der Konterrevolution“ in der CSSR in Erscheinung getreten und lebten heute in Westdeutschland.

Dialog galt in den Augen der kommunistischen „Glaubenswächter“ als Gift für den „neuen Menschen“, denn dies öffnete „das Tor für feindliches Denken“, wie der Prager Philosoph Milan Machovec, resigniert formulierte. Im „Religionsunterricht“ des SED-Staates wurde

den Schülern der Abschlussklassen 10 beigebracht: „Das Grundprinzip des Materialismus in allen seinen verschiedenen geschichtlichen Formen besteht darin, die objektive Welt so zu betrachten, wie sie wirklich ist, ohne erdachte phantastische Annahmen, ohne übernatürliche Spekulationen.“¹⁵⁸

¹⁵⁵ Vgl. Ernst Bloch: *Atheismus im Christentum / Zur Religion des Exodus und des Reichs*) Frankfurt 1968. Dorothee Sölle: *Atheistisch an Gott Glauben?* Freiburg 1968. Eine Auswahl weiterer Titel in jenen Jahren: Konrad Farner: *Theologie des Kommunismus?* (1969) Milan Machovec: „Jesus für Atheisten“ (1972), Iring Fetscher/Milan Machovec (Hrsg.): „Marxisten und die Sache Jesu“ / Günter Rohrmoser *Marxismus und Menschlichkeit* (1974), Roger Garaudy: *Menschenwort* (1975) Volker Spülbeck: *Neomaterialismus und Theologie* (1977).

¹⁵⁶ MfS – HA XX/4 – Nr. 652 (Abt. X v. 18.3.68/ Tgb. Nr. X/ 842/68.

¹⁵⁷ Mariánské Lázně – Marienbad, Kurort im westböhmisches „Bäderdreieck“.

¹⁵⁸ Einführung in die marxistisch-leninistische Philosophie, Lehrbuch für die Abiturstufe und für Lehrlinge mit Abschlussklasse 10, „von einem Kollektiv der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED ausgearbeitet“ und „vom Ministerium für Volksbildung der Deutschen De-

Ein Treffen in Budapest

Völlig erstorben waren die Bemühungen, auf hohen, allerdings kontrolliertem Niveau, ins Gespräch zu kommen, allerdings nicht und wurden von beiden Seiten nach einer „Besinnungspause“ wieder aufgenommen. Zwölf Jahre nach den Prager Ereignissen kommt es zu einem marxistisch-christlichen Symposium. Es findet vom 8. bis 10. Oktober 1986 in Budapest statt.¹⁵⁹ Der Heilige Stuhl werde darauf achten, dass ein Gleichgewicht zwischen dem konservativen Flügel und dem der „Progressivisten“ bestehe, berichtet der ungarische Geheimdienst. „Scharfe politische Diskussionen“ sollten vermieden werden.

Der Teilnehmerkreis sei auf jeweils 15 Personen begrenzt: „Außer ungarischen Philosophen rechnen wir mit der Teilnahme von marxistischen Gesellschaftswissenschaftlern aus der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei, Kuba und Jugoslawien.“ Die vatikanische Delegation werde vom Vorsitzenden des Sekretariats für die Nichtglaubenden, Kurienkardinal Paul Poupard geleitet¹⁶⁰. Das Symposium solle, so die Ungarn, „unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden.“ Dass die Stasi mit eigenen „Teilnehmern“ vertreten war, muss nicht eigens betont werden. Also wurde auch das Ostberliner MfS eingespannt. „Im Interesse einer entsprechenden operativen Absicherung der Veranstaltung“ bitten die Ungarn, „die Ihren Organen vorliegenden Angaben zu dem aus der DDR anreisenden Theologiedozenten Konrad Feiereis, insbesondere zu seinen politischen und theologischen Ansichten mitzuteilen.“¹⁶¹ Im einem abschließenden Ergebnisbericht teilen die ungarischen Sicherheitsbehörden mit, dass seitens des Vatikans nicht das Sekretariat als Mitveranstalter aufgetreten sei, sondern die Päpstliche Universität Gregoriana, allerdings sei auch Kardinal Poupard mit seinen Mitarbeitern nach Budapest gekommen.

„Den erlangten Erkenntnissen zufolge“, so die ungarischen Agenten, hätten die Mitglieder der vatikanischen Delegation die Diskussion „auf der Grundlage der wahrscheinlich zentral abgestimmten und festgelegten Taktik und entwickelten Meinungen auch auf dieser Basis geführt. Dennoch habe man innerhalb der Delegation zwei Gruppierungen unterscheiden können: „auf der einen Seite die härteren Vatikan-Vertreter“, (u.a. Kardinal Poupard); diese hätten „wahrscheinlich einen Ausgleich zum progressiveren Flügel

mokratischen Republik als Schulbuch bestätigt. Berlin 1983 (s.a. Ethik und Persönlichkeit. Beiträge einer Arbeitstagung von Philosophen der UdSSR und der DDR zum Thema „Die Herausbildung des politischen-moralischen Profils der sozialistischen Persönlichkeit“, die im Juni 1972 in Leipzig an der Karl-Marx-Universität stattfand. Herausgegeben von S.F. Anissimow und Reinhold Miller. Berlin 1975).

¹⁵⁹ MfS – Signatur 17562: Abteilung X v. 21. 5. 86, Tgb.Nr. X 9273 /86; Abteilung X, Anlage zum Schreiben Tgb. Nr. X/5190 / 86 (ohne Datum) Mitteilung des MdI UVR (Ministerium des Innern der Ungarischen Volksrepublik); - Abteilung X v. 26. 11. 86, Tgb. Nr. X 9529/86.

¹⁶⁰ Paul Joseph Jean Poupard (Jg. 1930), emeritierter Kurienkardinal, nahm verschiedene Funktionen auf der Ebene des Dialogs ein, als Präsident des Rates für die Nichtglaubenden (ab 1985), als Präsident des Rates für Kultur (ab 1988), als Präsident für den interreligiösen Dialog (2006-2007).

¹⁶¹ Konrad Feiereis (Jg. 1931), bis 1998 Ordentlicher Professor am katholischen Philosophisch-Theologischen Studium Erfurt, war Konsultor des Päpstlichen Sekretariats für den Dialog mit den Nichtglaubenden. Auf seinen Beitrag „Möglichkeiten und Grenzen des Dialogs aus der Sicht eines katholischen Theologen“ (Internet-Veröffentlichung in UTOPIE Kreativ, Nr. 129/130 (Juli/August 2001), S. 709-721) sei hingewiesen.

darstellen“ sollen. Auf der anderen Seite „die Jesuiten, die man eher als Zentristen denn als Rechte einordnen konnte.“ Die letztgenannte Gruppierung habe sich „vor allem durch ihre Flexibilität und ihre Kompromissbereitschaft“ ausgezeichnet.

Mit großer Spannung sei das Auftreten des polnischen Mitglieds der vatikanischen Delegation Jozef Tischner¹⁶² erwartet worden. Die meisten Mitglieder der Kirchendelegation sei der Wortlaut seiner Darlegungen schon vorher bekannt gewesen. Der persönliche Begleiter von Kardinal Poupard habe versucht, „die Darlegungen von J. Tischner zu korrigieren und ihnen ihre Schärfe zu nehmen.“

Aus aktuellem Anlass

In vorausgegangenen Folgen waren die komplizierten, immer wieder von „Zwischenfällen“ gestörten Beziehungen des Heiligen Stuhls zu den Machthabern in Peking angesprochen worden, zuletzt ausgelöst durch eine Anfang November 2007 verbreitete Meldung, Papst Benedikt wolle den tibetischen Mönch Tenzin Gyatso, besser bekannt unter seinem Titel Dalai Lama, empfangen. Die kommunistische Führung hatte sofort durch einen Sprecher des Außenministeriums scharf reagiert. Es brauchte offenbar einige Zeit, bis sich der Vatikan Ende November zu einem Dementi durchrang. Pater Federico Lombardi SJ, der Direktor des vatikanischen Presseamtes, erklärte jetzt, dass es nie eine offizielle Ankündigung eines derartigen Ereignisses gegeben habe. Dem gegenüber hatte ein „hoher Kirchenvertreter, der namentlich nicht genannt werden wollte“ eine solche Begegnung für den 13. Dezember angekündigt. Kommentar des SPIEGEL-Online-Dienstes: „Papst versetzt Dalai Lama“.¹⁶³

Es wäre nicht der erste Besuch des geistlichen Oberhauptes der Tibeter im Vatikan gewesen. Schon Papst Johannes Paul II. hatte ihn wiederholt empfangen, wenn auch nicht als Staatsgast. Und auch Benedikt war bereits mit dem Dalai Lama zusammengekommen, im Oktober 2006. Das Gespräch wurde offiziell als „strikt religiös“ und „strikt religiös“ bezeichnet. Ob der Papst mit diesen diplomatischen Verbiegungen gegenüber Peking ein Problem weniger hat als Angela Merkel seit ihrer spektakulären Berliner Begegnung mit dem „Ozeangleichen Lehrer“ (Ehrentitel des Dalai Lama), bleibt zu diesem Zeitpunkt (Dezember 2007) abzuwarten Auf dem Weg zur Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Apostolischen Palast am Petersplatz und der Großen Halle des

¹⁶² Jozef Tischner (1931-2000). katholischer Priester und Philosoph in Krakau. Vertrauter von Johannes Paul II. „Spiritus rector“ der Solidarnosc-Bewegung. Wie Wojtyła ein Vertreter der christlichen Ethik antwortete er der marxistisch-leninistischen Ideologie mit seiner „Ethik der Solidarität“. vgl. „Der unmögliche Dialog. Christentum und Marxismus in Polen.“ Graz-Wien-Köln. 1982 Nach Verlagsangaben schrieb Tischner sein Buch in den Jahren 1977-1980. Das polnische Volk, habe in einer Welle der Liberalisierung aufatmend und nicht zuletzt durch den ersten Besuch von Johannes Paul II. in seiner Heimat bestärkt. „Der Dialog in polnischer Gestalt“, wie Tischner den Titel seines Buches in der Originalfassung wählte, sei als Möglichkeit, „ja als keimende Realität am Horizont der Geschichte aufgetaucht und das Volk bereit gewesen. Dann die Probe aufs Exempel. Am 13. Dezember 1981. „Der Dialog wurde durch das Kommando ersetzt.“ General Jaruzelski verhängte das Kriegsrecht über sein Land.

¹⁶³ SPIEGEL-ONLINE v. 26. November 2007.

Volkes am Platz des Himmlischen Friedens liegt nicht nur bildlich gesprochen das höchste Gebirge der Welt.¹⁶⁴

Kirchenkampf der „Tscheka“

Ehemalige Stasi-Offiziere im Rahmen einer Begegnung mit Historikern außerhalb Deutschlands zu Wort kommen zu lassen, hat sich als untaugliches Mittel zum Zweck erwiesen. Eine Gruppe von 60 früheren offiziellen Mitarbeitern der HV A, des Nachrichtendienstes der DDR, war im November 2007 als „Zeitzeugen“ zu einem fachwissenschaftlichen Symposium an der Süddänischen Universität in Odense auf der Insel Fünen eingeladen worden. Die Experten für Aufklärung enttäuschten allerdings die in sie gesetzten Erwartungen. Statt weiter führende Einsichten gaben sie allgemein bekannte Ansichten zum Besten. Von keinerlei Zweifel und Selbstkritik bedrängt, nutzten sie ihren Auftritt in erster Linie zur „Selbstdarstellung“.

Elf Teilnehmer der Ex-Stasi-Delegation hielten Referate, keinen Millimeter von der Linie der Ideologie und des Auftrags des Systems, dem sie gedient hatten, abweichend. „Ohne mikroskopische Einschränkungen“ hätten sie erläutert, „wie erfolgreich, den Frieden sichernd und nicht zuletzt humanistisch“ die HVA gewirkt habe.¹⁶⁵

Das Zustandekommen einer ähnlichen Konferenz in Deutschland war bereits zuvor gescheitert. Die Dänen, ebenfalls um eine Erfahrung reicher, mussten sich von dem Beobachter der Berliner „Birthlerbehörde“ sagen lassen: „Unsere Befürchtungen, dass dies kein geeignetes Forum ist, haben sich mehr als bestätigt.“ Die Erzählungen der Stasi-Leute, die in die Stadt Hans Christian Andersens reisten, waren alles andere als eine Märchenstunde. Um die Lücke zwischen „Selbstdarstellung“ und Wirklichkeit schließen zu können, bedarf es anderer „Zeitzeugen“: Aufzeichnungen, die aus den Archiven des

¹⁶⁴ Der im indischen Exil lebende Dalai Lama verkörpert, als Reinkarnation verehrt, die höchste geistliche und politische Autorität der Tibeter. Nachdem China bereits in der vorkommunistischen Zeit die Oberhoheit (Suzeränität) über den Himalayastaat ausgeübt hatte, erfolgte unter den Kommunisten in den Jahren 1950/1951 die „Wiedereingliederung“, resp. „Befreiung von britischer Kolonialherrschaft“ resp. die „gewaltsame Annexion“, je nach Sichtweise der Parteien. Peking betrachtet Tibet als Bestandteil des chinesischen Territoriums, das nach der Okkupation durch die „Volksbefreiungsarmee“ zum Autonomen Gebiet erklärt wurde, nach Pekinger Vorgaben verwaltet.

Der 14. Dalai Lama, im Alter von viereinhalb Jahren 1940 als Reinkarnation gefunden und erwählt und 1950, nach der chinesischen Annexion, im Gegenzug von der noch amtierenden tibetischen Regierung an die Spitze des Landes gestellt (von China nicht anerkannt), floh nach einem gescheiterten Aufstand im Jahre 1959 nach Nord-Indien (Dharamsala), wo er seit dem als Präsident eine Exil-Regierung führt, jedoch ohne völkerrechtliche Legitimation. Auch die deutsche Bundesregierung anerkennt den Dalai Lama zwar als Oberhaupt des lamaistischen Buddhismus, Tibet jedoch wird dem chinesischen Staatsverband zugeordnet.

Der Dalai Lama hatte 1963 eine demokratische Verfassung erlassen, die für ihn selbst hauptsächliche repräsentative Pflichten vorsieht. Inzwischen akzeptiert er einen Verbleib Tibets im chinesischen Staatsverband. Er setzt sich allerdings für eine erweiterte Autonomie und ungehinderte Religionsausübung ein. Auch weicht er von bisherigen Traditionen ab in dem er sich dafür ausspricht, seinen Nachfolger nicht mehr durch die Suche nach einer Reinkarnation bestimmen, sondern durch das Volk wählen zu lassen.

¹⁶⁵ Korrespondentenbericht im Wiesbadener Kurier v. 19. 11. 07.

MfS gesichert werden konnten. Auch der HVA war es nicht gelungen, alle Unterlagen „rechtzeitig“ zu vernichten.

Der „Vatikan“ ist der Erzfeind der sozialistisch-kommunistischen Partei-Regimes, die Kirche muss mit allen Mitteln „bekämpft“ werden. Diese „Linie“ führen die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR einem immer wieder vor Augen, ob in den Texten von Referaten führender Kader, den Protokollen der gemeinsamen Beratungen oder den Maßnahmeplänen der einzelnen Sicherheitsorgane. Auszüge aus zwei Schriftstücken mögen dies für die Zeit des Pontifikats von Papst Paul VI. belegen¹⁶⁶. Die beiden Manuskripte behandeln Vorträge, die ihm Rahmen einer „Beratung mit Erfahrungsaustausch“ gehalten wurden, die vom 24. bis 27. Juli 1967 in Budapest stattfand. An der Besprechung nahmen lt. Protokoll die Vertreter „der Organe für Staatssicherheit der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Sozialistischen Republik und der Sowjetunion“ teil. Also die vereinte tschekistische Internationale.

Die „Initiative“ zu diesem Treffen ging vom „Ministerium für innere Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik“ aus, „auf der Grundlage der positiven Erfahrungen analoger Beratungen, die 1962 in Warschau und 1964 in Budapest stattfanden.“ Es sei darum gegangen, „die nach dem II. Vatikanischen Konzil entstandene Lage gemeinsam einzuschätzen, da solche Anfragen auf der letzten Beratung und in der seither verfloßenen Zeit von vielen Seiten gemacht wurden – „hinsichtlich der Arbeit der Linie der Staatssicherheit gegen den Vatikan.“

Im Abschlussprotokoll, „in russischer Sprache in 7 Exemplaren ausgefertigt“, stellen „die Anwesenden“ u.a. fest: „Unter Berücksichtigung der konkreten Situation des Vatikans, seiner neuen Taktik und der daraus erwachsenden Möglichkeiten sind weitere aktive Maßnahmen für die Entlarvung der feindlichen Tätigkeit des Vatikans und die Einschränkung seines Einflusses erforderlich.“

Das erste Vortragsmanuskript betrifft „Einige Fragen der operativen Aufklärungsarbeit in Bezug auf Einrichtungen des Vatikans“. Zur „Außenpolitik des Vatikans“ wird festgestellt, auf diesem Gebiet seien „Veränderungen vor sich gegangen“. Es sei die „Tendenz zur Durchführung eines selbständigen Kurses sowie Versuche, mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern Kontakte anzuknüpfen“ zu beobachten. „Recht deutlich“ sei das „Bestreben des Vatikans zu erkennen, wenn möglich die Rolle eines Vermittlers in internationalen Angelegenheiten zu spielen, um sein Prestige in der Welt aufzubessern.“

¹⁶⁶ MfS – HA XX/4 – Abteilung X v. 4. August 1967, KO/X Nr. 1819/67 – Das Protokoll wurde für die UdSSR unterschrieben von Generalmajor Iwan Aganjans (1911-1968), zuletzt stellvertretender Leiter der 1. Hauptverwaltung (Auslandsaufklärung) des KfS. (KfS = Komitee für Staatssicherheit, die im Osten verwendete Bezeichnung für den KGB).

Eine neue Front

Was war in Rom geschehen, was die kommunistischen Sicherheitsorgane alarmierte? Das Zweite Vatikanische Konzil stellte sich nicht nur als innerkatholische Angelegenheit dar. Papst Johannes XXIII. hatte alle Menschen guten Willens zum Dialog eingeladen, dieses Angebot bestimmte von Anfang an seinen Pontifikat. Gefahr für die kommunistischen Hardliner. Eine neue Front tat sich auf. Der Referent in Budapest stellt fest:

„Die Hauptanstrengungen der führenden Kreise des Vatikans sind gegenwärtig auf die Verwirklichung der Idee gerichtet, die die Vereinigung aller Religionen und Glaubensrichtungen zum Inhalt hat.“ Das war zwar übertrieben, sollte aber Eindruck auf die verbündeten Nachrichtendienste machen. Der Vatikan habe eigene Sekretariate eingerichtet (für die Einheit der Christen, für den interreligiösen Dialog, für die Nichtgläubenden). Diese „speziellen Organe“ hätten den Auftrag erhalten, „sich mit der Ausarbeitung der politischen und ideologischen Linie gegenüber den sozialistischen Ländern sowie mit der Ausbildung von Kadern für die Durchführung der psychologischen und ideologischen Arbeit in diesen Ländern zu befassen. Das war Original-Stasi-Ton. In anderen Kategorien vermochten die „Kirchen-Experten“ offensichtlich nicht zu denken.

Papst Paul VI. sei, „gemäß den Beschlüssen des Vatikanischen Konzils“ bestrebt, heißt es weiter im Text, „eine flexiblere Taktik gegenüber den sozialistischen Ländern und der kommunistischen Weltbewegung zu vertreten.“ Er habe jedoch beschlossen, „im Kampf gegen den Kommunismus, als einer Ideologie, die mit der christlichen Weltanschauung unvereinbar ist, die neuen taktischen Formen beizubehalten, die bei Papst Johannes XXIII. angewandt wurden.“

Der Papst – Washingtons Komplize?

Der Referent folgert: „Die Probleme der Arbeit gegen den Vatikan sind bedeutend und umfassend.“ Er empfiehlt, „in der Hauptsache auf zwei Richtungen“ einzugehen, „die unserer Meinung nach auf dem Gebiet der Organisation der Aufklärungstätigkeit von Interesse sind:

1. Die Verbindung des Vatikans, seiner Einrichtungen und der Kirche überhaupt mit der Politik der herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika.

2. Die wichtigsten Organe und Einrichtungen des Vatikans, die als Objekte für das Eindringen der Aufklärung von erstrangigem Interesse sind.

Die Redner (u.a. der sowjetische Vertreter) heben insbesondere auf eine angebliche Komplizenschaft zwischen dem Vatikan und Washington ab. „Vorliegende Aufklärungsinformationen“ zeugten davon, „dass sich der Vatikan und seine Organisationen in ihrer Tätigkeit mit der Außenpolitik der USA solidarisch erklären. Die herrschenden Kreise der USA gehen zur breitesten Zusammenarbeit mit dem Vatikan über. Sie halten es für günstig, die katholische Kirche, die katholischen Parteien und Organisationen für ihre Ziele auszunutzen und stützen sich auf sie bei der Durchführung des ideologischen Kampfes gegen die Länder des sozialistischen Lagers. Um seine Behauptung zu unter-

mauern, spricht der in der verfügbaren Textvorlage ungenannt Bleibende von der verstärkten „Rolle der amerikanischen Vertreter in einigen Einrichtungen des Vatikans und der Mönchsorden“. Es lohne sich, noch einmal darauf hinzuweisen, „dass eine besondere Rolle bei der Ausnutzung des Vatikans und seiner Organisationen im Interesse der USA der amerikanische Kardinal Spellmann spielt, der lange Zeit im diplomatischen Apparat des Vatikans tätig war.“ (zu Kardinal Francis Spellmann, Erzbischof von New York und ranghöchster amerikanischer Militärbischof: s.a. auch vorausgehende Beiträge dieser Serie).

Auch auf den „gegenwärtigen Staatssekretär des Vatikans Kardinal Cicognani“ zielt die Spitze des Stasi-Referenten. Cicognani sei „über 25 Jahre lang Vertreter des Vatikans in den USA“ gewesen und sei „einer der proamerikanischsten Kardinäle unter den höchsten Führern des Vatikans.“ Ebenso wachse „der Einfluss der katholischen Kreise selbst im Staatsapparat der USA und besonders im Außenministerium und im Kriegsministerium ständig.“

Eindringen in Objekte

Das Abschlussprotokoll unterzeichnete Oberstleutnant Willi Damm, Leiter der Abteilung X (Internationale Verbindungen). Der Referent kommt schließlich zu dem Punkt, welche „Objekte“ vorrangig von der Aufklärung durch die Staatssicherheitsorgane erfasst werden sollen. Eines „der wichtigsten Objekte für das Eindringen einer Agentur“ sei das Staatssekretariat des Vatikans, „das sich mit Fragen der Außenpolitik beschäftigt. „Laut bei uns vorhandenen Informationen, die auch durch Mitteilungen der Freunde (*gemeint ist der KGB*) bestätigt wurden, ist das Staatssekretariat gleichzeitig das Zentrum der politischen Aufklärung.“

Sprache des Kalten Krieges

Generalmajor Aganjans, Chef der Auslandsaufklärung des KGB, stößt in das selbe Horn: In der letzten Zeit“ habe sich „die feindliche Tätigkeit der katholischen und der unierten Geistlichkeit auf dem Territorium der UdSSR beträchtlich aktiviert“. Dies sei damit zu erklären, „dass die Westmächte, und vor allem die USA, bei der Rechtfertigung ihrer imperialistischen Politik wachsende Bedeutung den klerikalen Parteien und Organisationen beimessen, die sie als eines der wichtigsten Glieder in ihrem ideologischen Arsenal betrachten.“ Weiter: Der Vatikan unterstütze offiziell, „und wenn es für ihn günstig ist schweigend, die gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder gerichtete imperialistische Politik der westlichen Staaten.“ Diese Tätigkeit der Spitze des Vatikans gegenüber den Ländern des Sozialismus „resultiere aus dem Wesen der katholischen Kirche, ihren Bemühungen, ihre schwächer werdenden Positionen in diesen Staaten zu erhalten und zu festigen. Dafür sei sie bereit, „sogar mit den reaktionärsten Regimen zu paktieren.“ Der Vatikan fördere „im Komplott mit den herrschenden ag-

gressiven Kreisen der USA die Durchführung der Politik JOHNSONS (*Original-Schreibweise*), der so genannten Politik des „Brückenschlagens“ zwischen Ost und West.“ In diesem Zusammenhang sei der Vatikan an der Führung von Verhandlungen mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern interessiert.

Geheim-operative Maßnahmen

Zur Politik des Papstes weiß Generalmajor Aganjans zu berichten, Paul VI. habe sich „hinsichtlich der Sowjetunion“ besondere Ziele gesetzt. Er sei der Meinung, „daß die Festigung der Position der katholischen Kirche in der UdSSR“ eine „Angelegenheit von erstrangiger Bedeutung“ ist. Dies gelte auch für ein Abkommen mit der russischen Orthodoxen Kirche. Der KGB verfüge über Informationen darüber, „dass Paul VI. bemüht ist, gegenüber der Sowjetunion eine Politik des „Liebedieners“ durchzuführen, um eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu erreichen.“ Entsprechend seinen Überlegungen sei es nur unter diesen Bedingungen möglich, „eine Aktivierung der Tätigkeit der katholischen Kirche auf dem Territorium der Sowjetunion zu erreichen und Beziehungen zur russischen orthodoxen Kirche anzuknüpfen.“ Außerdem betrachte der Papst eventuelle Kontakte mit Vertretern der UdSSR „als Mittel der Erhöhung der Autorität der römisch-katholischen Kirche in der internationalen Arena.“

Der Text umfasst in der Transkription 25 Seiten; auffallend die fehlerhafte Schreibweise der Namen prominenter Vatikan-Prälaten, wie so oft, wohl auf Unkenntnis wie auf Übersetzungsprobleme zurückzuführen. Der Referent geht dann auf weitere Details ein, die politischen Akteure im Vatikan, in den Ortskirchen betreffend, kirchliche Einrichtungen und Ordensgemeinschaften, die vom KGB unisono als feindliche Kräfte eingestuft werden, fordert der Moskauer Genosse General die „Freunde“ auf, „sich tiefer und vollständiger mit den Materialien über die Tätigkeit des Vatikans insgesamt vertraut zu machen und einheitliche geheim-operative Maßnahmen der Organe für Staatssicherheit unserer Länder auf dieser Linie auszuarbeiten.“

Vor der „Wachablösung“ in Rom

Das Jahr 1977: unübersehbar. Papst Paul VI. ist schwer krank. Der zunehmende gesundheitliche Verfall löst, auch hinter vatikanischen Mauern, leidet die Pietät, die Nachfolge-Diskussion aus. Auch vom Osten werden die Spione ausgesandt, um Ausschau zu halten, wer als Kandidat auf dem Papstthron gehandelt wird. Erste Vermutungen schleichen sich in die „Informationen“ des polnischen Geheimdienstes. Bereits im vorausgegangenen Jahr hatte der polnische Geheimdienst gemeldet: „Glaubwürdigen Angaben zufolge spürt man in der römischen Kurie immer mehr eine Atmosphäre des Wartens

auf das baldige Ausscheiden Pauls VI., der bereits nicht mehr so aktiv wie früher an der Festlegung der Außenpolitik des Vatikans teilnimmt.“¹⁶⁷

In der römischen Kurie herrsche die Überzeugung, daß nach dem Tode Pauls VI. die konservativen Elemente dominierenden Einfluss auf die Gestaltung der politischen Konzeptionen und die Verhärtung des Vatikans gegenüber den sozialistischen Ländern nehmen würden.

In ihrer „Einschätzung der Entwicklungsperspektiven der polnisch-vatikanischen Beziehungen am Ende des Pontifikats Pauls VI.“ meinen die Experten des SB, „die Anhänger des aktiven Dialogs mit den sozialistischen Ländern mit Erzbischof A. Casaroli, Sekretär des Rates für öffentliche Angelegenheiten der Kirche, an der Spitze“, hielten es, einer Äußerung Casarolis zufolge, für notwendig, „einige Probleme aus dem Bereich der Ostpolitik noch zu Lebzeiten Pauls VI. zu lösen, um einige Tatsachen unumkehrbar zu machen.“

Der Auslands-SB meldet weiter, nach Einschätzung der römischen Kurie widersetze sich Kardinal Stefan Wyszyński „schon nicht mehr“ dem Vorschlag zur Schaffung einer ständigen diplomatischen Mission des Vatikans in Polen. Allerdings habe der polnische Primas seine Zustimmung von der Bedingung abhängig gemacht, einen eigenen „Beobachter“ im vatikanischen Staatssekretariat zu haben. Polnische Geistliche in Rom vermuteten, berichtet der Auslands-SB, dass der Vatikan inzwischen entsprechende Zusicherungen erhalten habe und damit die „sichere Möglichkeit“, den „Prozess der Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und dem Vatikan unmittelbar zu beobachten.“¹⁶⁸

Zweck der nachrichtendienstlichen Aufklärung, das auch in den hier zitierten „Informationen“ nicht aus dem Auge verloren wird, Material so aufzuarbeiten, dass es sich für die „ideologisch-politische Zersetzung“ eignet. Im Fokus, und für das MfS von speziellem Interesse, sind auf die Bundesrepublik Deutschland, d.h. auf die dort in Opposition zueinander stehenden Parlamentsparteien und deren Position gegenüber der vatikanischen Diplomatie. Im Vatikan werde „vor allem die offenkundige Unterstützung, die die westdeutsche Kirchenhierarchie den politischen Konzeptionen der CDU/CSU erweist“, kritisch vermerkt. Erzbischof Casaroli wird mit der Äußerung zitiert, „die politischen Konzeptionen der SPD zur Entwicklung der internationalen Beziehungen“ wiesen „viel Ähnlichkeiten mit den vatikanischen auf, besonders im Bereich der Ostpolitik, weshalb der Vatikan zur sozialdemokratischen Regierung des Kanzlers Schmidt bessere Beziehungen unterhält, als zur christdemokratischen Opposition.“ Hier kommt das operative Konzept der Agenturen des Ostens in den Jahren des Kalten Krieges klar zum Ausdruck, nämlich „Rom“ und die divergierenden politischen Kräfte in Bonn, Befürworter und Kritiker der sogenannten „vatikanischen Ostpolitik“ gegeneinander auszuspielen.

¹⁶⁷ MfS – HA XX/4 Nr. 127 v. 9. Dezember 1976, Abteilung X, Tgb.Nr. X/4587/76.

¹⁶⁸ Die schrittweise Annäherung erfolgte unter Johannes Paul II. zunächst durch eine „Delegation für Ständigen Kontakte“ mit der polnischen Regierung, von 1986-1989 von Sondernuntius Francesco Colasuonno geleitet. Volle diplomatische Beziehungen, die 1945 unterbrochen worden waren, nahm der Heilige Stuhl am 17. Juli 1989 wieder auf.

Papst Paul VI. starb am 6. August 1978. Die römische Kurie lag in der letzten Phase dieses Pontifikats lag keineswegs in Agonie, wenn man die Stasi-Informationen liest; vielmehr waren die Macher im Hintergrund am Werk. Man ließ den Papst in seiner Art, die von körperlicher und psychischer Schwäche bestimmt war, gewähren. Mochte er leidenschaftlich oder „zweideutig“ reden und schreiben, man würde die Weisungen später in eine härtere Form gießen.¹⁶⁹

Sein Mitleiden an den Bedrängnissen Not leidender Menschen hat viele Herzen gerührt. Als „unglücklich“ und „zögerlich“ wurde seine Zurückhaltung in der Frage der künstlichen Geburtenkontrolle beurteilt. Die Ursachen der sozialen Ungerechtigkeit den Ruf nach Frieden auf Erden hat er in seiner Enzyklika „*Populorum progressio*“ („*Die Entwicklung der Völker*“ vom 26. 3. 1967) zur Sprache gebracht, zum ersten Mal in einem päpstlichen Rundschreiben die Asymmetrie zwischen Erster und Dritter Welt thematisiert und einen Ausgleich zwischen „Nord und Süd“ gefordert. Seine Spiritualität beeindruckt viele Gläubige.¹⁷⁰ Das Ende dieses Pontifikats leitete eine Wende in der Wahl der Petrus-Nachfolger ein. Hirten, nicht Diplomaten, sollten künftig die Kirche führen. Dem Patriarchen von Venedig, Albino Luciano blieben nur 33 Tage. Ihm folgte der Erzbischof von Krakau, Karol Wojtyła. Ein Alarmsignal für die Moskauer Spione.

Kein Religions-Frieden mit Moskau

Ende November 2007 berichtete Bischof Clemens Pickel, der katholische Oberhirte des Bistums St. Clemens in Saratow über ein Jugend-Dekanatstreffen in der Stadt an der mittleren Wolga.¹⁷¹ Mit Rücksicht auf und in Anlehnung an die orthodoxe Kirche sind die vier inzwischen in Russland bestehenden römisch-katholischen Diözesen nicht nach Städten des Bischofssitzes, sondern nach Heiligen der katholischen Kirche als Schutzpatrone des Bistums benannt. Zwei „Schwestern der Mutter Teresa“ war von der Moskauer Religionsbehörde erlaubt worden, an der Eröffnung einer Ausstellung über ihre Ordensstifterin teilzunehmen. Die offizielle Bezeichnung der Ordensgemeinschaft heißt „Missionarinnen der Liebe“. Allein das Wort „Mission“ scheint bei einigen Nationalisten hysterische Anfälle auszulösen. Wie anders ist zu verstehen, dass noch immer der Gespenster-Begriff „Proselytismus“ durch die russische orthodoxe Welt geistert, als hätten die Katholiken an Moskwa und Wolga und bis nach Sibirien nichts Besseres zu tun, als gläubige Russen oder solche, die es werden wollen, abzuwerben.

Fünfzehn Jahre nach dem endgültigen Zusammenbruch des sowjetischen Regimes und der Einführung der Demokratie a la Russe sollten „normale Verhältnisse“ auch im religiösen Leben des neuen Russland eingetreten sein. Doch nicht wenige fragen, ob die Russische Orthodoxe Kirche mit dem Moskauer Patriarchat an der Spitze noch immer

¹⁶⁹ MfS – HA XX/4 – Abteilung X v. 7. Januar 1969, Tgb. Nr. X/54/69.

¹⁷⁰ Johannes Paul II. hat am 11. 5. 1993 das Seligsprechungsverfahren für seinen Vorgänger eröffnet. Seit dieser Zeit darf Paul VI. als „Diener Gottes“ verehrt werden.

¹⁷¹ Clemens Pickel: Ein Sachse als Bischof in Südrussland. Online-Dienst des Bistums Dresden-Meißen v. 26.11. 2007 (www.bistum-dresden-meissen.de).

nicht sich selbst gefunden hat oder zur Definition ihrer eigenen Identität einen Dauerkonflikt mit anderen christlichen Konfessionen benötigt, namentlich im Kräfteressen mit der Papstkirche.

Im Jahre des Herrn 2007 war es vermutlich nicht mehr erforderlich, dass ein Geheimdienst mitschrieb, was auf dem Treffen der katholischen Jugendlichen von Saratow und Marx gesprochen wurde. Wo der Staat vielleicht wegsieht, halten Beobachter der von Rom so freundlich adressierten Schwesterkirche Augen und Ohren offen, bisweilen mit verstelltem Blick und Hörschwäche. Und so hagelt es von Zeit zu Zeit die bekannten Vorwürfe: Missionierung von russischen Menschen unter Aneignung „kanonischen“ (kirchenrechtlich definierten) Territoriums, das vom Moskauer Patriarchat beansprucht wird. Unvermindert auch die leidige Frage bezüglich der ukrainischen Katholiken des byzantinischen Ritus. Für Moskau bleiben sie Abtrünnige.

Steht ein baldiges Treffen zwischen Alexi II. und Benedikt XVI. in Aussicht? Die dutzende Mal gestellte Frage erfuhr Ende November 2007 erneut eine Absage. Zuvor müssten die „Fragen des Wirkens der katholischen Kirche in Russland und den ehemaligen Sowjetrepubliken endgültig geklärt werden“, ließ sich ein Sprecher des Außenamtes des Patriarchats vernehmen.¹⁷² Und das nach bisher wer weiß vielen Begegnungen zwischen Metropoliten und Kardinälen, zwischen dem Ersten und dem Dritten Rom. Ob der wahre Hintergrund etwa mit Positionskämpfen im Zusammenhang mit Nachfolge-Fragen im Danilow-Kloster, dem Amtssitz des Patriarchats zu tun hat? Vielleicht könnten Dossiers einer gewissen, im Geheimen tätigen weltlichen Behörde die Frage beantworten. Völlig uninformiert dürften die Herren dort wohl nicht sein.

Ein Signal des Konklaves

Überraschte Zaungäste auf dem Petersplatz und an den Fernsehschirmen rund um den Erdball, weniger vermutlich in einigen Parteizentralen von Washington bis Moskau: Das Konklave hatte sich am 16. Oktober 1978 für einen Polen als Nachfolger von Paul VI. auf dem Stuhl Petri entschieden. Für die Agenten der östlichen Geheimdienste gab es viel zu tun. Auch auf den Schreibtischen der HV A, der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR bündelten sich die „Informationen“, die von den „Bruderorganisationen“ eingingen, insbesondere von Polen und Ungarn. Ein Papst, der wie kein anderer die Innenseite des sozialistischen Staatsapparates, seine Ideologie und seine Methoden, von Anfang an unmittelbar „kennen gelernt“ hat – man musste auf einiges gefasst sein. Entsprechend fallen die Spitzelberichte aus. „Inoffizielle Mitarbeiter“ nehmen nicht nur den Vatikan ins Visier, für Ostberlin ist von besonderem die Reaktion in Bonn von Interesse. Welche Konsequenzen hat die Wahl auf die vatikanische Ostpolitik im Zusammenhang mit der deutschen Frage?

¹⁷² „Moskauer Patriarchat dämpft Hoffnung auf Treffen mit Papst“ (Online-Dienst der Nationalzeitung und Basler Nachrichten v. 26. 11. 2007 (www.baz.ch)).

In den sozialistischen Ländern sei seine Wahl als ein Signal der Kirche an die Gläubigen verstanden worden, dezidierter gegen Atheismus und Materialismus aufzutreten, berichten die Ungarn in einem Bericht aus Rom, der sozusagen das erste Jahr des neuen Pontifikats in diesem Punkt zusammenfasst.¹⁷³ Die Nachrichtenwege der Dienste erscheinen für Außenstehende verschlungen. Was nicht direkt aus Bonn zu erfahren war, ließ sich offenbar aus Quellen im vatikanischen Umfeld abschöpfen.

Es bedurfte keiner besonderen Anstrengung diesbezügliche Informationen zu sammeln. Eine freie Presse und gesprächige Politiker lieferten die gewünschten Auskünfte frei Haus.

Die Regierungen der sozialistischen Länder befürchteten, dass die nationalen Kirchen nun einen weniger kooperativen Kurs einschlagen würden. Für die Führung der UdSSR sei die Wahl eines Polen zum Papst eine mit vielen Unwägbarkeiten behaftete Herausforderung. Sie könnte sich daher veranlasst sehen, auf seelsorgerisch motivierte Schritte des Vatikans überempfindlich bzw. mit Repressionsmaßnahmen zu reagieren. Zuständige Kreise der Regierung der BRD erklärten, in der Ostpolitik des Vatikans sei mit Akzentverschiebungen zu rechnen.

Der Papst habe deutlich gemacht, dass die katholische Kirche gegen jede Art von Ungerechtigkeit, Diskriminierung, Einschränkung der Gewissens- und Religionsfreiheit mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auftreten werde. Johannes Paul gestatte nicht, dass den Kirchen solche Bischöfe aufgezwungen werden, die der „kommunistischen Staatsmacht passen, deren Loyalität gegenüber der Kirche jedoch labil ist“.

Wie die Meinung der Bonner Regierungskoalition Schmidt-Genscher so interessierte selbstredend, wie die Opposition der Christdemokraten auf den Wechsel an der Spitze der katholischen Kirche reagiert.

„Führende Vertreter der CDU in der BRD vertraten die Auffassung, der Papst kenne die Lage der Kirchen in den sozialistischen Staaten gut und habe Erfahrungen im Kampf gegen den Marxismus“, meldet der Stasi-Stützpunkt in „Westdeutschland“. Sie äußerten die Hoffnung, dass es dem Papst gelingen werde, die Integration der Kirchen der sozialistischen Staaten zu erreichen. Die vatikanische Ostpolitik habe in diesen Ländern Angriffsflächen geschaffen, die politisch zu nutzen seien; das sei positiv zu bewerten. Vom gegenwärtigen Papst erhoffen sich diese CDU-Kreise eine Verstärkung dieser Momente der Ostpolitik.

Parteien und Kirchen gegeneinander auszuspielen zählt zur Alltagspraxis geheimdienstlicher Operationen. Die staatlichen Aufsichtsbehörden waren in diese Maßnahmen eingespannt. Die Generallinie gab Moskau vor. Es galt, den „Kissinger des Vatikans“, Erzbischof Casaroli zu favorisieren, von dem man wusste, dass seine „Ostpolitik“ nicht gerade auf Gegenliebe bei den Bonner Konservativen und der dorten Kirchenführung stieß. Diese Linie jedenfalls wurde in einer Äußerung des sowjetischen „Religionsministers“ Kurojedow auf einer Tagung der Leiter der Staatsämter für Kirchenfragen der sozialistischen Länder im Oktober 1972 in Sofia deutlich: „Diplomatie des Vatikans hat den außenpolitischen Kurs von Brandt unterstützt.“ Das Auswärtige

¹⁷³ MfS – HA XX Nr. 12373, Abt. X v. 11.12. 1979. Tgb. Nr. X / 6809/79.

Amt der BRD habe eine Einschätzung der Ostpolitik des Vatikans vorgenommen, „die im großen und ganzen positiv ausfällt“.¹⁷⁴

In den Parteizentralen des Ostens befürchtete man allerdings, der polnische Papst könnte Casaroli zurückschneiden. Der Papst wolle die bisherige Praxis verändern, wonach „unter Ausschluss der kirchlichen Amtsträger der betreffenden Ländern im Rahmen direkter Verhandlungen mit den kompetenten staatlichen Organen Probleme gelöst wurden, die entscheidend das Verhältnis zwischen Kirche und Staat beeinflusst haben.“ In Zukunft sollte das nicht durch vatikanische Reisediplomatie erledigt werden, sondern durch Bischöfe „vor Ort“, allerdings solche, die entschieden die päpstliche Position vertreten, wie eingangs erwähnt. Johannes Paul II. begründe diese Korrektur mit dem von ihm betonten „Prinzip der Kollektivität“. Gemeint ist die bischöfliche Kollegialität, wie sie vom Zweiten Vatikanischen Konzil betont wurde.

Ein Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, „der in Rom lebt und dienstliche Beziehungen in den Vatikan unterhält“ liefert die laufend die gewünschten Informationen, die er unter anderem „nach seinen eigenen Angaben“ in Gesprächen mit Erzbischof Pangrazio¹⁷⁵ „und anderen Würdenträgern der Kurie“ erarbeitet habe.¹⁷⁶

Diese Prälaten, Mitarbeiter oder aus dem Umfeld der Kurie, ihre Identität wird wie üblich verschwiegen, auch im internen Schriftverkehr der Geheimdienste, seien der Meinung, dass es am günstigsten wäre, direkte Kontakte zwischen der Botschaft der DDR in Rom und dem Botschafter des Vatikans in Rom herzustellen und „von Kollege zu Kollege“ die Probleme zu besprechen. Ein solches bedeute, „daß die Leitung der katholischen Kirche in der DDR ausgeschaltet wird.“¹⁷⁷

Über den neuen Arbeitsstil in der Chefetage des Apostolischen Palastes erfährt die Ostberliner Staatssicherheit einige Jahre später: Zu Sachfragen lehne Johannes Paul II. Meinungsäußerungen ab und fordere Entscheidungsvorlagen. Eine solche Arbeitsweise habe es bisher im Vatikan nicht gegeben. Seine Vorstellungen über mehr Kollegialität unter den Bischöfen habe er noch nicht realisieren können. Auch die Versprechen zur Stärkung und Unterstützung der nationalen Bischofskonferenzen seien noch nicht erfüllt worden. Der Papst arbeite viel mit direkten Anweisungen der Kurie an einzelne Bischöfe. Er wies alle Mitarbeiter an, Briefe, die direkt an ihn adressiert sind, ihm ungeöffnet zuzuleiten.¹⁷⁸

Eine Reise verändert die Welt

Vom 2. bis 10 Juni 1979 reist Papst Johannes Paul II. in seine Heimat Polen. Diese elf Tage werden die Welt verändern, am Ende wird der Staatssozialismus als komplexes

¹⁷⁴ MfS – HA XX/4 Nr. 289 – Arbeitsgruppe Kirchenfragen v. 9. 11. 1972.

¹⁷⁵ Andrea Pangrazio (1909-2005), von 1962-1967 Erzbischof von Gorizia/Görz-Gradisca im norditalienischen Friaul, an der Grenze zu Slowenien.

¹⁷⁶ MfS – HA XX/4 Nr. 2487 / Information 241/79 v. 26. März 1979.

¹⁷⁷ MfS – HA XX/4 Nr. 2487 v. 26. März 1979 – „Verschiedene Informationen aus dem Vatikan“.

¹⁷⁸ MfS – HA XX 16921 – X 4.3.84.

System unter Führung der Sowjetunion nicht mehr existieren. Der polnische Papst betrachtet diesen Besuch als eine Pilgerfahrt und verbindet diese mit dem Abschluss der kirchlichen Gedenkfeiern zum 900. Todestag des Märtyrerbischofs Stanislaus.¹⁷⁹ Zu den Jubiläumsfeiern in Erinnerung an seinen Vorgänger auf dem Krakauer Stuhl hatte Karol Wojtyła noch als Erzbischof auf dem Wawel aufgerufen. Erzbischof Agostino Casaroli, der „Kissinger des Vatikans“, wiederum hatte den Polenbesuch als Krönung seiner Ost-Diplomatie bezeichnet.

Den Staatssicherheitsorganen war klar, dass der Besuch des „großen Sohnes Polens“ bei seinen Landsleuten entsprechende nationale Emotionen auslösen würde, deren Folgen noch nicht abgesehen werden konnten. Sie hatten allen Grund dazu: Die Streiks von 1970 und 1976, die den „real existierenden Sozialismus“ entlarvten, brannten noch auf der Haut. Lech Wales, der trotzige Betriebselektriker einer Danziger Werft, die den Namen Lenin trug, hatte soeben im Untergrund eine freie Gewerkschaftsbewegung für Pommern ins Leben gerufen, die Keimzelle einer das ganze Land erfassenden Arbeiter-Aktion, die nun praktizierte Solidarität (Solidarnosc) auf ihre Fahnen schrieb.

Ein Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) stellt die kommunistische polnische Arbeiterpartei in den Schatten. Katholische Intellektuelle erfasste jene „aus der Realität kommende Unruhe“, wie es der Filmemacher Krzysztof Kieslowski formulierte. Sie sammeln sich in Oppositionsgruppen wie dem „Klub der katholischen Intelligenz“ (KIK) und erwarten „ihren Papst“, der ihnen die die „Energie“ geben wird, wie einer ihrer führenden Köpfe Tadeusz Mazowiecki erklärte. (Mazowiecki wird ab 1989 für ein Jahr der erste Ministerpräsident der neuen demokratischen Republik Polen sein.)

Die Staatssicherheitsorgane waren informiert. Dem hohen Gast aus Rom würden auch die staatlichen Autoritäten die diplomatischen Geflogenheiten entsprechenden Referenzen nicht versagen können, wollten sie nicht einen weltweit registrierten Eklat und einen Affront gegenüber dem eigenen Volk riskieren, mit unübersehbaren Konsequenzen.

Wohl eher beschwichtigend sollten in diesem Zusammenhang die Stasi-Berichte aus Rom auf die Parteizentralen wirken. Der Papst werde als Bischof von Rom und Patriarch des Westens bei den polnischen Katholiken zu Gast sein; also nicht als Staatsoberhaupt der Vatikanstadt beim polnischen Staatschef. Auch sei vor und während seines Polen-Aufenthaltes mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Vatikan – VR Polen nicht zu rechnen. Eine Nuntiatur in Warschau „werde gegebenenfalls später“ erfolgen.

¹⁷⁹ Stanislaus (Stanislaw) von Szczepanów (Diözese Tarnów/Tarnau in Kleinpolen), geb. um 1030, ermordet 1079, der Überlieferung nach in der „Kirche auf dem Fels“ (gemeint ist die Michaelskirche auf dem Skalka-Hügel vor den Toren der Stadt, auf Sichtweite zum Wawel der Krakauer Königsburg). Der Piasten-Fürst Boleslaw II. (1058-1079), ein Verwandter des Bischofs, soll selbst die Meucheltat begangen haben, nachdem Untergebene sich seinem Auftrag widersetzt hatten. Im Hintergrund standen vermutlich sowohl private Zwistigkeiten als auch die hohen moralischen Maßstäbe des Oberhirten, die insbesondere dem Fürsten und seiner Soldateska abverlangte, nämlich „Frauen wie Menschen zu behandeln“. Auch kündigte sich in diesem nationalen Konflikt bereits der europäische Investitur-Streit zwischen Papst und Kaiser an. Stanislaus wurde am 8. September 1253 von Papst Innozenz IV. (1243-1254) heilig gesprochen. Er in der Kathedrale des Königsschlusses auf dem Wawel beigesetzt; die Bischofskirche trägt seinen Namen. In Erinnerung an seinen frühen Vorgänger hatte Karol Wojtyła 1972 eine auf sieben Jahre angelegte Diözesansynode einberufen. Diese fand mit seinem Besuch als Papst in Polen ihren krönenden Abschluss.

Positiv aus der Sicht der Staatsicherheitsorgane gewendet und nach deren Sprachkunst formuliert: Die Polen-Reise solle „Beispielwirkung“ erzielen, dass auch im Sozialismus alles mit der Kirche besprochen werden müsse. Sie sei nur der Auftakt weiterer Aktionen, die folgen würden.

Über die erste Polenreise Karol Wojtylas als Papst, die eine Initialzündung für einen der gravierenden zeitgeschichtlichen Umbrüche des 20. Jahrhunderts nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auslöste, wurde so umfassend geschrieben, berichtet, kommentiert, dass sich eine detaillierte Ergänzung erübrigt. Was damals, im Vor-Sommer des Jahres 1979 für Polen, für Europa, für die in die Einflusszonen der beiden Supermächte geteilte Welt auf dem Spiel stand, unterstreichen nachfolgende Zitate aus der Warschauer Predigt von Johannes Paul II.

Ein Sohn polnischer Erde

„Ist meine Pilgerfahrt ins Vaterland in dem Jahr, da die Kirche den 900. Jahrestag des Todes des hl. Stanislaus feiert, nicht zugleich ein besonderes Zeichen für unser polnisches Pilgern durch die Geschichte der Kirche – nicht nur auf den Pfaden unseres Vaterlandes, sondern auch auf denen Europas und der Welt? Ich lasse hier meine Person beiseite, muss mir aber dennoch zusammen mit euch allen die Frage nach den Gründen stellen, warum gerade im Jahr 1978 (nach so vielen Jahrhunderten einer in diesem Bereich fest gefügten Tradition) auf den Bischofssitz des hl. Petrus ein Sohn polnischer Nation, polnischer Erde, berufen wurde. Von Petrus und den übrigen Aposteln forderte Christus, sie müssten seine „Zeugen sein in Jerusalem, in ganz Judäa und Samaria und bis an die Grenzen der Erde“. Haben wir mit Bezug auf diese Worte Christ nicht das Recht, zu folgern, dass Polen in unserer Zeit das Land eines besonders verantwortungsvollen Zeugnisses wurde?“

Vor den Hunderttausend auf dem Warschauer Siegesplatz, damals noch Aufmarschgelände der Partei, und den Zuhörenden in den Nebenstrassen der Hauptstadt, unterstrich Johannes Paul seine besondere Mission: dass er „posthum den Wunsch Pauls VI.“ erfülle, der zur Tausendjahrfeier der Taufe Polens nicht nach hier kommen konnte“, (weil es die Kommunisten nicht wollten. Aber das musste der Redner nicht eigens betonen), und damit er „das diesjährige Jubiläum des hl. Stanislaus in das Jahrtausend einschreiben“ kann, „mit dem die Geschichte der Nation und der Kirche ihren Anfang nahm“.

Unauslöschbar „eingeschrieben“ hat sich, nicht nur in die polnische Geschichte, sondern im übertragenen Sinne wohl auch auf andere Territorien bezogen, die abschließende pfingstliche Fürbitte: „Ich der Sohn polnischer Erde und zugleich Papst Johannes Paul II, ich rufe aus der ganzen Tiefe dieses Jahrhunderts, rufe am Vorabend des Pfingstfestes: Sende aus deinen Geist. (Und wiederholend, wie der große Rhetor es liebte): Sende aus deinen Geist und erneuere das Angesicht der Erde. *Dieser* Erde. Amen.“¹⁸⁰

¹⁸⁰ Predigt von Papst Johannes Paul II. am 2. Juni 1979 auf dem Siegesplatz in Warschau.

Niemand, der gefragt hätte, welche Erde gemeint war. Die Menge antwortete unisono: „Wir wollen Gott.“ Mochten in Moskau und in anderen Kommandostellen des Staatssozialismus die Alarmglocken schrillen, Polen wenig später mit der Drohung einer von Moskau kommandierten militärischen Invasion konfrontiert sein, unter selbst auferlegtem Kriegsrecht leiden, diese Revolution mit dem Papst an der Spitze war nicht mehr aufzuhalten. Es gab viele Gründe, die das sowjetische Herrschaftssystem kollabieren ließen. Doch soviel kann auch mit den Freunden Karol Wojtylas unter seinen Landsleuten gesagt werden: Die Schutzfunktion des Landmannes auf dem Papstthron sei damals vielleicht wichtiger gewesen, als die Durchsetzung höherer Löhne und niedrigerer Preise, „um Polen zu einer wirklichen sozialen und demokratischen Reform zu führen.“

Kirchenkampf bis zum Ende

Nicht die Geheimdienste beendeten den Kalten Krieg. Politische Vernunft, gepaart mit dem „Willen des Volkes“ obsiegte. Wie aus den Unterlagen des MfS zu entnehmen, hielten die Staatssicherheitsorgane an ihrem Auftrag, der Verpflichtung der Tscheken, bis zum letzten Befehl fest. Eines dieser Dokumente, als Beispiel genommen, bezieht sich auf eine „multilaterale Beratung der Bruderorgane vom 17. bis 21. Oktober 1988 in der VR Polen“, auf der „Linie der Kirchen.“ An dem Symposium in Warschau unter der Leitung des für den Staatssicherheitsdienst zuständigen stellvertretenden polnischen Innenminister Brigadegeneral Dankowski, nahmen ranghohe Vertreter der Staatssicherheitsorgane Bulgariens, der CSSR, Kubas, Ungarns, der UdSSR, Vietnams und eben auch der DDR teil.¹⁸¹

Auf der Themenliste: „Die Ostpolitik des Vatikans und die sich daraus ergebenden politischen-operativen Aufgaben.“ Die Beratung sei eine „logische Fortsetzung“ der Beratung von 1984 in Moskau, betonte die sowjetische Seite. Sie solle dazu führen, „unsere Maßnahmen gemeinsam weiter zu entwickeln und sie dem Vatikan entgegen zu setzen.“ Auch für die Aufklärung würden die Aufgaben „insgesamt größer“.

Dass sich die Zeiten geändert haben wird zwar durch einige selbstkritische Beiträge deutlich, gleich wohl bleibt das Ziel unverändert. Im Blickpunkt des Feindbildes in diesem Fall der Vatikan. Dessen internationale Stellung sei wesentlich gewachsen. Hervorgehoben wird die „bemerkenswerte moralische Autorität des Papst, die gesellschaftspolitische Doktrin des Vatikans und seine universale Diplomatie.“

Nach dieser eher positiv anmutenden Einschätzung folgt die übliche Klassifizierung des ideologischen Gegners: Vom Vatikan werde der Sozialismus „als nicht humane Doktrin“ beschuldigt. Das Verhältnis der Kirche zum Marxismus-Leninismus sei „kompromisslos gestaltet“, was bedeute dass die Kirche ihre „ideologische Selbständigkeit“ in den sozialistischen Ländern zu bewahren habe. In den kapitalistischen Ländern sei sie nicht gefährdet, daher ein „ständiger ideologischer Kampf in den sozialistischen Ländern.“

¹⁸¹ MfS – HA XX/4 Nr. 2145) HA XX v. 26. Oktober 1988.

Die Episkopate der führenden westlichen Länder – ohne eigene Konzeption der Ostpolitik – akzeptierten die des Vatikans und stünden voll dahinter, insbesondere der Klerus in den USA, der von Emigranten durchsetzt sei. Diese leisteten große materielle und finanzielle Unterstützung.

Anzeichen eines „stufenweise“ erfolgenden Rückganges der Ideologie des Sozialismus werde vom Vatikan für „seine Offensive“ genutzt, „um ein Ansteigen der Religion“ zu erreichen. Die kirchlichen Wissenschaften hätten wesentliche Fortschritte entgegen des wissenschaftlichen Sozialismus gemacht.

Insbesondere angesprochen wird die „außerordentlich wichtige Rolle der konfessionellen Laienorganisationen und Bewegungen in den sozialistischen Ländern. Sie agierten nach dem Prinzip: Verbreitung der katholischen Lehre in Verbindung mit dem gesellschaftlichen Leben; die gesellschaftliche Doktrin der Kirche realisieren; umfassenden Einfluss in der Gesellschaft erreichen. Der Vatikan bereite neue katholische Kader darauf vor, „die mit der veränderten Situation schneller fertig werden.“ Die politischen, ideologischen und diplomatischen Aktivitäten der vatikanischen Ostpolitik würden mit enormer Propaganda begleitet (Radio Vatikan vorneweg) und umfassten alle Gebiete des sozialistischen Lebens.

Schließlich wird schweres Geschütz aufgeföhren: Die Ziele des Vatikans gegen die sozialistischen Länder deckten sich mit den Zielen der kapitalistischen Länder Westeuropas.

Von sowjetischer Seite werden die kirchlichen Verhältnisse in der Ukraine aufs Korn genommen, insbesondere die Aktivität der mit Rom verbundenen Unierten Kirche; die polnischen Genossen nehmen sich die Kirche in ihrem Land vor: diese nehme eine wichtige Stellung im Gesamtkonzept der vatikanischen Ostpolitik gegen die sozialistischen Länder ein. Sie solle „als Typus“ für andere sozialistische Länder gelten und Regulierungen erreichen, wie sie auch „in anderen sozialistischen Ländern etabliert“ werden sollen. Auch solle die polnische Kirche das „Ziel des Papstes“ voll unterstützen, die Sowjetunion zu besuchen.

Kurzum: Die „Beratung“ der Führungskader der „sozialistischen Staatsicherheitsorgane“ fordert, „weitere gemeinsame Maßnahmen und der intensive Austausch von Informationen zu entwickeln und den Absichten des Papstes und der Ostpolitik des Vatikans durch die sozialistischen Länder offensiv entgegenzuwirken.“ Ein Jahr später fiel die Mauer.

Mühsame Bekenntnisse

„Papst Johannes Paul wurde ausspioniert, und wie!“ zitierten Anfang September 2007 die Medien den amtierenden Erzbischof von Warschau Kardinal Jozef Glemp.¹⁸² Moskau sei sehr daran interessiert gewesen zu erfahren, was in Rom vor sich ging, mit einem

¹⁸² Italienische Nachrichtenagentur ANSA v. 5. September 2006. Kardinal Glemp hatte wegen der „Affäre Wielgus“ die Leitung des Bistums als Diözesanadministrator vorübergehend beibehalten.

polnischen Papst auf dem Stuhl des heiligen Petrus, so der polnische Primas. Auch jeder Priester in Polen sei „sorgfältig“ überwacht worden. Für jeden „von uns“ habe es eine Akte gegeben. Niemand sei dieser Beschattung entkommen.

Von einer ersten schweren Erschütterung wurde die polnische Kirche Ende April 2005 getroffen. Die Schreckensmeldung aus Rom: der Dominikanerpater Konrad Stanislaw Hejmo habe jahrelang dem Geheimdienst SB¹⁸³ über Vorgänge aus dem Vatikan berichtet, diesen mit Informationen aus der Umgebung des Papstes versorgt. Das polnische Institut für das nationale Gedächtnis IPN¹⁸⁴ sprach von rund 700 Seiten Aktenmaterial, die angeblich belegten, wie der nicht nur gegenüber Journalisten stets auskunftsfreudige Ordensmann, unter den Decknamen „Dominik“ und „Hejnal“ auch die Stasi mit Material versorgte.

Den vorläufig letzten Höhepunkt dieser *litterae horribili* war die Entlarvung von Stanislaw Wojciech Wielgus, zuletzt Erzbischof von Plock, als Stasi-Informant. Spektakulär sein mit dem Vatikan vorab vereinbarter und dann öffentlich erklärter Rücktritt an dem Tag, an dem er in einem feierlichen Gottesdienst die Nachfolge von Glemp antreten sollte. Der Papst musste wohl auch dem Druck der Öffentlichkeit nachgeben.

Dem IPN war es zu verdanken, dass die Wahrheit um die Aktivitäten des ranghohen katholischen Prälaten nicht in einem Nebel von Gerüchten und Dementis verschwamm, mit unabsehbaren Folgen nicht nur für die Kirche des Nachbarlandes im Osten. Auf 68 Seiten hatte das polnische Institut IPN die Stasiberichte über den bischöflichen Konfidenten, Deckname: „Grey“, einer kirchlichen Historikerkommission vorgelegt. In den Jahren von 1973 bis 1978 soll er der Abteilung I des Innenministeriums zu Diensten gewesen sein.

Die Kirche reagiert auf der ihr eigenen Weise. Erbarmen vor Verurteilung, kein internes Gerichtsverfahren, sondern ein knapper administrativer Akt: Das Wort des Papstes unter Berufung auf einschlägige Paragraphen im Kirchenrecht genügte, den umstrittenen Oberhirten aus dem Verkehr zu ziehen.¹⁸⁵

Mit dem „Fall Wielgus“ zeige sich nur die Spitze des Eisberges, kommentierten die Medien. Karol Sauerland, ein polnischer Germanist, wurde zitiert, der davon ausging, dass 6000 Priestern und „kirchennahe“ Personen von 1944 bis 1982 den Staatssicherheitsdiensten als „inoffizielle Mitarbeiter“ zur Verfügung gestanden hätten. Sein wissenschaftlicher Kollege Andrzej Grajewski rundete die Zahl der Verdächtigen, die „unzulässige Formen der Zusammenarbeit mit der kommunistischen Staatsmacht aufnahm-

¹⁸³ Sluzba Bezpieczenstwa SB. Seit 1956 bestehende Nachfolgeorganisation der 1944 geschaffenen Geheimpolizei.

¹⁸⁴ Institut der nationalen Erinnerung (Instytut Pamięci Narodowej IPN). 1998 auf Beschluss des neuen, demokratischen Parlaments (Sejm) eingerichtet. Das Institut soll die verbliebenen Unterlagen der Organe des Staatssicherheitsdienstes auf Geheime Mitarbeiter hin untersuchen und auswerten und somit dazu beitragen, „die historische Wahrheit“ über die in der Zeit von 1939 bis 1989 von den Nazis und Kommunisten praktizierte Unterdrückung darzustellen.

¹⁸⁵ Can. 401 – § 2 besagt: „Ein Diözesanbischof, der wegen seiner angegriffenen Gesundheit oder aus einem anderen schwerwiegenden Grund nicht mehr recht in der Lage ist, seine Amtsgeschäfte wahrzunehmen, wird nachdrücklich gebeten, den Amtsverzicht anzubieten.“ (Codex Iuris Canonici / Kodex des kanonischen Rechtes. Lateinisch-Deutsche Ausgabe. Verband der Diözesen Deutschlands, Bonn. 1983.)

men“, auf etwa 15 Prozent des polnischen Klerus ab. Die Spitzel in der Soutane wurden vor allem in der Gruppe der „Patriotischen Priester“ vermutet.

„Namen“ waren schon vor Hejmo und Wielgus in der Presse aufgetaucht, verräterische Priester wie der Krakauer Ordensgeistliche mit dem Decknamen „Torano“ und „Zagielowski. Er sei 1948 „unter Drohungen“ angeworben und vor allem auf den Krakauer Bischof Karol Wotjyla sowie dessen Umfeld angesetzt worden sein. „Torano“ habe katholische Jugendliche bespitzeln sollen, jene Gruppen, die immer noch mit dem früheren Jugendkaplan und Studentenseelsorger zusammenkamen. Auch Primas Wyszynski stand auf seiner Liste. „Torano“ folgten weitere Zubringer sowohl aus dem Klerus als auch aus Kreisen der katholischen Laienorganisationen. Das Interesse des SB an solchen Mitarbeitern steigerte sich mit der zunehmenden von der Arbeiterschaft ausgehenden sozialen Unruhe, insbesondere mit dem Entstehen der Gewerkschaftsbewegung „Solidarität“.

Quellen und Zapfstellen

Der polnische Sicherheitsdienst verfügte nicht nur über kirchliche Quellen innerhalb Polens, sondern auch über Zapfstellen im Ausland, zum Beispiel in der Apostolischen Nuntiatur in Bonn. Es wurde davon ausgegangen, dass der Botschafter des Papstes in der westdeutschen Bundesrepublik sowohl über innerpolnische Vorgänge, wie auch über die „vatikanische Ostpolitik“ wie auch über die Linie der Bonner Regierung bestens informiert war. Direkt aus Rom berichtete „Peter“, Resident der 1. Abteilung des SB, also der Auslandsaufklärung in der polnischen Botschaft). In Bonn war „Lakar“ tätig, angeblich ein ehemaliger Militärgeistlicher mit Zugang zur Nuntiatur. Die „Informationen“, die der polnische Sicherheitsdienst auch dem Ostberliner MfS zur Verfügung stellte, betrafen die vatikanische Diplomatie im weltweiten Maßstab wie die speziellen Beziehungen des Heiligen Stuhls zur Volksrepublik Polen sowie die vor allem die DDR-Führung interessierenden Fragen, etwa im Zusammenhang mit den Ostverträgen.

Nach Ostberliner Sprachgebrauch ging es um „die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Realitäten“, ausgedrückt in der Anerkennung der 1945 geschaffenen politischen Grenzen: zu Polen (Oder-Neisse, Regelung der Kirchenverwaltung in den polnischen „Westgebieten“) zur Bundesrepublik Deutschland („Staatsgrenze West“) und in diesem Zusammenhang die Forderung des Regimes nach Eigenständigkeit der katholischen Administration auf dem Gebiet der DDR, gleichbedeutend mit einer indirekten Anerkennung des SED-Staates mit dem Ziel, diplomatische Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl aufzunehmen. Breiten Raum nehmen die Reisen des polnischen Papstes in seine Heimat ab 1979 ein, ihre gesellschaftlichen und innen- wie außenpolitischen Wirkungen.

Anfang Dezember 1980 erreicht die polnische Krise einen Siedepunkt. In Moskau und in Ostberlin ist von „Konterrevolution“ die Rede. Es werden militärische Truppenübungen unter Teilnahme einiger Staaten des Warschauer Vertrages angesetzt, darunter auch Einheiten der ostdeutschen Nationalen Volksarmee. Über den Zweck solcher

„Manöver“ muss niemand rätseln. Es genügt die Erinnerung an Ostberlin, Ungarn, Prag.

Die meisten polnischen Historiker stimmen überein, dass die Gefahr einer Invasion Polens unter sowjetischem Oberkommando „wirklich“ bestand und nicht nur um „Säbelrasseln“, wie nachträglich von Moskau beteuert. Dokumente deuteten darauf hin, dass nach der Geheimkonferenz der Partei und Staatschefs am 5. Dezember in Moskau vielleicht noch nicht Ende 1980, wohl aber in den folgenden Monaten „extensive Vorbereitungen für eine Intervention“ getroffen worden seien, vergleichbar der militärischen Übung „Wintermarsch“

Anfang Dezember 1980. Möglicherweise aber handelte es sich um Planungen, bei der von einem Manöver in eine aktive Militäraktion übergegangen werden konnte. Aussagen von ehemaligen NVA-Angehörigen lassen dies vermuten.

Unbeeindruckt von der sich abzeichnenden politischen Wende lief die „operative Aufklärung“ der „sozialistischen Sicherheitsorgane“ weiter – analog den Funktionen westlicher Dienste. Material, das von den Spezialabteilungen des MfS dem Minister für Staatssicherheit, also Erich Mielke, übermittelt wurde, ging von dessen Vorzimmer („VZ Minister“) zur „Einschätzung“ an die Zentrale Auswertungsgruppe ZAIG. So betreffen „Informationen“, die Ende der 80er Jahre aus Warschau eintrafen, die auch Ostberlin interessierende Frage der

Polnischer Kompromiss

Umfangreiches Material ging an das Vorzimmer des Ministers für Staatssicherheit, (VZ Minister, also das Büro Erich Mielkes) und wurde an die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) zur Einschätzung der „Informationen“ weitergeben.¹⁸⁶ Besonderes Interesse dürfte die Frage der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen gefunden haben und die damit verbundenen Regelungen bis in Einzelheiten – etwa Garantien für den Staat seitens der Kirche, die Regelung der Sozialversicherung für Geistliche seitens des Staates. Konnte die „polnische Lösung“ als Modell für die von der DDR zeitweilig angestrebten „höheren Weihen“ durch den Papst herangezogen werden?

Ob das SED-Regime 1988 bereit gewesen wäre, eine ebenso „modifizierte Haltung“ wie die PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) „gegenüber der römisch-katholischen Kirche“ einzunehmen, dürfte wohl eher verneint werden. Eher mit Entrüstung stellt der ZAIG-Experte fest, Ministerpräsident Mieczyslaw Rakowski habe in seiner Funktion als Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP vor Lektoren des Zentralkomitees intern die Einschätzung abgegeben: Die Partei- und Staatsführung könne es sich nicht leisten, angesichts der sinkenden Kampfkraft der Partei und der Zunahmen der gesellschaftlichen Spannungen eine Konfrontation mit der römisch-katholischen Kirche zuzulassen. Die Bischofskonferenz sowie einzelne Vertreter des hohen Klerus

¹⁸⁶ MfS ZAIG 13627.

hätten die Regierung öffentlich kritisiert: „Die polnische Nation leidet, weil sie von Kommunisten regiert wird.“

Rakowski habe erklärt, „dass in den 80er Jahren eine historische Umkehr in den Beziehungen Staat-Kirche eingeleitet worden sei, die in einen „historischen Kompromiss“ münden müsse.

Diese neue strategische Linie des polnischen Regierungschefs, der 1988 von General Jaruzelski in die aktive Politik zurückgeholt worden war, und nun auch die „Gespräche am Runden Tisch“ mit der „Solidarität“ führte, orientierte sich bei seiner Suche nach einvernehmlichen Regelungen mit der Kirche weniger an dem politischen Modell der italienischen Kommunisten aus den 70er Jahren, sondern setzte auf die „polnische Art“ Probleme zu lösen. Soviel Verständnis dürfte bei den Ostberliner Hardlinern kaum auf Bewunderung gestoßen sein, allein schon wegen der nicht vergleichbaren historischen kulturellen und gesellschaftlichen Voraussetzungen.

Einig indes waren sich vom Geist des Tschekismus infizierte Kader der Sicherheitsorgane auf beiden Seiten. Diese „Linie“ kommt in einer Weisung des MfS aus dem Jahre 1982 zum Ausdruck: „Es ist erforderlich, mit allen Mitteln die feindliche Tätigkeit des Vatikans bloßzustellen und besonders das Ansehen des Papstes zu kompromittieren, sein Verhalten ständig zu kritisieren.“ Auf polnischer Seite ging die Durchdringung des polnischen Klerus einher mit der Infiltration der Laienorganisationen: Das galt insbesondere für die Mitglieder der PAX-Bewegung, „regierungstreue Katholiken“, die eine eigene Abgeordneten-Gruppe im Sejm, dem damals von den Kommunisten kontrollierten Parlament stellten.¹⁸⁷

Auf Distanz zu ihren Glaubensbrüdern gehend, bildeten andere loyal zum Papst stehende, sowohl politisch wie wissenschaftlich und publizistisch aktive polnische Katholiken unter der Bezeichnung „Znak“ („Zeichen“) einen eigenen Kreis, ebenfalls – von 1956 bis 1976 – im Parlament vertreten. Tadeusz Mazowiecki, der spätere erste Ministerpräsident des demokratischen Polens und Professor Stanislaw Stomma zählten zu den prominenten Namen. Konnten sie ahnen, dass sie von einem gewissen Andrzej M. bespitzelt wurden. Dieser Informant, Tarnname „Historyk“, auch als „Michalski“ vom SB geführt, unterhielt auch „Kontakte“ zur katholischen Friedensbewegung in der Bundesrepublik.

Bereits im August 2006 hatte die Polnische Bischofskonferenz eine Denkschrift „zur Frage der Zusammenarbeit mancher Geistlicher mit den Sicherheitsorganen im Polen der Jahre 1944-1989“ veröffentlicht und klargestellt, welche Linie sie bei der Aufarbeitung zu verfolgen gedachte: „Die Kirche fürchtet auch nicht die redliche Lustration, wenn dieses Wort bedeuten soll: Ringen um die schmerzhaft Wahrheit mit dem Ziel der Reinigung und Versöhnung.“

Kardinal Stanislaw Dziwisz, der ehemalige Privatsekretär des polnischen Papstes und nun einer seiner Nachfolger in Krakau, rief für seine Erzdiözese eine Untersuchungskommission mit beziehungsreichem Titel „Gedächtnis und Fürsorge“ ins Leben. Was

¹⁸⁷ Vgl.: OST-WEST/ Europäische Perspektiven. Herausgegeben vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken ZdK und Renovabis, Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa. Heft 3/2007.

mochte er gewusst oder nur davon geahnt haben, dass sein ehemaliger Studienkollege „Mitek“, der gern in westlichen Medien mit seiner persönlichen Nähe zum „polnischen“ Papst kokettierte und – nicht gerade zur Freude des angeblichen Freundes im Apostolischen Palast – aus dem Nähkästchen plauderte – einer von diesen war. Dieser Mieczyslaw M. räumte „unter Tränen“ ein, „Kontakte“ mit der polnischen Staatsicherheit gehabt zu haben, verraten habe er aber nichts.

Ein ewiges Geheimnis

Neue Erkenntnisse über die Schüsse vom 13. Mai 1981, 17.19 Uhr, auf dem Petersplatz – der Versuch, Papst Johannes Paul II. zu töten oder doch schwer zu verwunden – vermag der ehemalige Papst-Intimus allerdings nicht preiszugeben, sofern er über solche verfügt. „Eine Hand hat geschossen, eine andere hat die Kugel gelenkt“, berichtet er in seinen Erinnerungen¹⁸⁸. Derart hatte schon Kardinal Casaroli sybillinisch formuliert. Alles übrige sind auch bei Don Stanislao Vermutungen, ohne solide Hinweise zu geben, auf was sich die Andeutungen stützen, wenn er schreibt: Der Schütze Mehmet Ali Agca, ein „perfekter Killer“, sei „von denen gesandt worden, die zu dem Schluss gekommen waren, der Papst sei eine Gefahr und ein Störfaktor, zutiefst entsetzt über einen polnischen Papst.“ Dzwizisz: „Wie sollte man da nicht an das kommunistische Lager denken, nicht zu dem Schluss kommen, zumindest hypothetisch, dass dahinter der KGB steckte?“¹⁸⁹

Nicht nur die östlichen sondern auch die westlichen Geheimdienste dürfte auf Spurensuche gegangen sein. Von französischer Seite war schon zu einem früheren Zeitpunkt eine allgemeine Warnung an den Vatikan ergangen. Und nach den Schüssen wollte ein ehemaliger Direktor des Auslandsnachrichtendienstes DGSE keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass die Hintermänner in Moskau zu suchen seien. Weitere Erkundigungen in Paris blieben erfolglos, diesbezügliche Anfragen unbeantwortet. Eine bisher wenig bekannte Einzelheit gibt Kardinal Dziwisz weiter. In seinem Blut liegend, habe der Papst im Moment des Anschlags noch flüstern können: „Wie bei Bachelet“.¹⁹⁰

Ende 2007, das vorliegende Material durchgesehen, lassen die bisherigen Veröffentlichungen keine abschließende Bewertung zu. Aus den Unterlagen, die dem Staatssicher-

¹⁸⁸ Stanislao Dziwisz: *Una Vita con Karol. Conversazione con Gian Franco Svidercoschi*. Milano 2007. Deutsche Fassung: „Mein Leben mit dem Papst. Wie er wirklich war.“ St. Benno Verlag, Leipzig 2007.

¹⁸⁹ Die ehemaligen sowjetischen Auslandsnachrichtendienste.

KGB Komitet Gosudarstwennoj Besopastnosti-Komitee für Staatssicherheit, 1954 gegründet, direkt dem Ministerrat unterstellt. 1.Hauptverwaltung: Auslandsaufklärung, 5. Hauptverwaltung: Ideologie und Dissidenten.

GRU Glawnoje raswedy watelnoje uprawlenije (Hauptverwaltung Aufklärung der Roten Armee), 4. Abteilung des Generalstabs. Hervorgegangen aus der „Raswedka“ von 1918. Leiter von 1963 bis 1986 Pjotr Iwaschutin (Jg. 1909), Armeegeneral seit 1971.

¹⁹⁰ Vittorio Bachelet (1926-1980). Jurist, Politiker, langjähriger Vizepräsident der Katholischen Aktion Italiens und Vizepräsident des Päpstlichen Rates für die Familie, Universitätsprofessor. Von einem Mitglied der linksterroristischen Gruppe „Rote Brigaden“ in der römischen Stadt-Universität „La Sapienza“ am 12. Februar 1980 erschossen.

heitsdienst aus eigenen Quellen und über den Informationsaustausch mit den „sozialistischen Sicherheitsorganen“ der übrigen Staaten des Warschauer Vertrages zur Verfügung standen ergeben sich die Umriss der Strukturen des ideologischen Krieges gegen Papst und Kirche, gegen „den Vatikan“ sowie Gemeinden und einzelne Christen „vor Ort.“ Auch die Methoden der „operativen Aufklärung“ werden sichtbar. Ebenso erschreckend die Diktion der Verlautbarungen, selbst im eher inoffiziellen Gedankenaustausch. Erkennbar ist auch, wie allmählich das Interesse an weiterer „Lustration“, insbesondere im politischen Bereich, aber auch in manchen kirchlichen Amtsstuben besteht. „Nach vorne schauen“, lautet offenbar die Devise, „nicht mit der Vergangenheit kämpfen und Gräber öffnen“, wie es der ehemalige rumänische Ministerpräsident Adrian Nastase sinngemäß formulierte.

Haben sich die Zeiten tatsächlich geändert, im Sprachgebrauch einer allseitig gern intonierten Floskel? Sicherlich die Methoden der Informationsbeschaffung. Der Krieg der Geheimdienste wurde weitgehend in den Cyber-Space verlagert. Weltweit nutzten 120 Staaten das Internet für Spionagezwecke, weiß „McAfee“, Hersteller von Sicherheitssoftware zu berichten.¹⁹¹

Gegen die „moderne Bedrohung“, den internationalen Terrorismus, der sich auch auf religiöse Motive beruft, versucht sich der Vatikan durch eine eigene, nach dem „11. September“ aufgestellte Spezialeinheit, die „Unitá Antisabbataggio“ zu schützen. An einer Methode der Ausspähung wird sich allerdings wenig ändern: Der schon von Erich Mielke beschworenen „Arbeit am Mann“ – sprich: dem Spitzel. Im kirchlichen Raum vielleicht die gemeinste Art der Bedrohung. Sensoren und Detektoren allein werden ihn so leicht nicht entlarven. Spione finden immer einen Durchschlupf.

Die Wahrheit darf nicht schweigen

Hier endet die Reihe der Beiträge zu Aufzeichnungen aus den Archivbeständen des Geheimdienstes des SED-Regimes. Dank für unbürokratische Unterstützung in diesem Zusammenhang der zuständigen Berliner Behörde (Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik), insbesondere Katrin Heinrich, der Sachgebietsleiterin für Anträge, Forschung und Medien. Ohne geduldige Bereitschaft zur Mitarbeit bei der Gestaltung der Webseiten durch Moritz Bringenberg wäre diese Publikation nicht möglich gewesen.

Nach den drei thematischen Hauptkapiteln „Spionage gegen den Vatikan“, „In den Fängen der Stasi“ sowie „Im Kreuz die Wahrheit“ soll sich ab dem kommenden Frühjahr eine vierte Staffel mit den Vorgängen in der Tschechoslowakei anschließen. Ein tschechischer Priester, der die Zeit „menschlicher Niedrigkeit“ in der Verfolgung durch Agenten und Spione der Staatssicherheit erlebte, mochte die Erinnerung nicht dem Ver-

¹⁹¹ Vgl. Richard Meusers: in „Ex-Kanzler Schröder mahnt Weblog an“ (SPIEGEL ONLINE vom 3. Dezember 2007).

gessen überlassen. So schrieb er auf eine diesbezügliche Anfrage: „Ich bin bereit zu reden, denn die Wahrheit darf nicht verschwiegen werden.“

© Werner Kaltefleiter 2007